WIDENER
HN TLVE 6

Historische Bibliothek
Band 5.

Felix Rachfahl

Margarethe von Parma

Statthalterin der Niederlande

Neth 290.2

Harvard College Library

DUTCH HISTORY

JOHN LOTHROP MOTLEY
MEMORIAL COLLECTION

FROM AN ANONYMOUS GIFT

Historische Bibliothek.

Herausgegeben von der

Redaktion der Historischen Zeitschrift.

Fünfter Band:

Margaretha von Parma, Statthalterin der Niederlande (1559—1567).

Von

Felix Rachfahl.

München und **Leipzig.**
Druck und Verlag von R. Oldenbourg.
1898.

Margaretha von Parma,

Statthalterin der Niederlande

(1559—1567).

Von

Felix Rachfahl.

München und Leipzig.
Druck und Verlag von R. Oldenbourg.
1898.

Neth 290.2

5 July 1907.
Harvard College Library
Motley Collection
Anonymous Gift.

Vorrede.

Es ist die Hauptaufgabe der „Historischen Bibliothek", Werke zu bringen, welche „die Ergebnisse selbständiger Forschung als Vorläufer oder als Zusammenfassung größerer Arbeiten bieten". Die vorliegende Schrift ist also unter diesem Gesichtspunkte zu betrachten. Sie will keine Darstellung des niederländischen Aufstandes in der ersten Phase seiner Entwicklung sein, sondern eine Studie über die Rolle, die Margaretha von Parma darin spielte. Dabei mußten freilich die Zustände und Ereignisse der niederländischen Geschichte jenes Zeitraumes insoweit berührt werden, als es für das Verständnis der Haltung der Statthalterin notwendig erschien. Diese Beschränkung in der Behandlung des Stoffes galt vornehmlich für die Schilderung der staatlichen und religiösen Verhältnisse in den Niederlanden während der ersten Jahre der Regierung Philipps II. Es war hier nicht am Platze, eine ausführliche Beschreibung der sozialen, der örtlichen und provinziellen Rechtsverhältnisse in ihrer bunten Mannigfaltigkeit zu geben; nur diejenigen Momente durften angedeutet werden, die von entscheidender Bedeutung für die Auffassung der Wirksamkeit Margarethas sind.

Bei dem Charakter der Schrift glaubte der Verfasser darauf verzichten zu müssen, fortlaufend über die Quellen und die Litteratur, die er heranzog, Rechenschaft zu geben, zumal da er

hofft, bald ein Werk veröffentlichen zu können, in dem auch die bereits hier behandelten Partieen der Geschichte des Abfalles der Niederlande in einem weiteren und tieferen Zusammenhange zur Darstellung gelangen werden. Es sei nur im allgemeinen bemerkt, daß neben dem gedruckten auch ein umfassendes archivalisches Material namentlich aus dem Staatsarchive zu Brüssel verwertet worden ist.

Kiel, im Februar 1898.

Felix Rachfahl.

Inhaltsverzeichnis.

		Seite
Erstes Kapitel.	Margaretha vor ihrer Ernennung zur Statthalterin der Niederlande (1522—1559)	1
Zweites Kapitel.	Die politischen und religiösen Verhältnisse in den Niederlanden bei der Abreise des Königs . . .	28
Drittes Kapitel.	Die Anordnungen Philipps bei seiner Abreise nach Spanien (1559)	61
Viertes Kapitel.	Margaretha unter dem Einflusse Granvellas. Der Kampf gegen die Spanier, die neuen Bistümer und die auswärtige Politik Philipps (1559—1563)	72
Fünftes Kapitel.	Der Kampf der Großen gegen Granvella . . .	94
Sechstes Kapitel.	Die Sendung des Armenteros und der Sturz Granvellas (1563/64)	116
Siebentes Kapitel.	Margaretha unter dem Einflusse der Opposition (1564—1566)	136
Achtes Kapitel.	Margaretha, die Liga und die Geusen (1565/66)	159
Neuntes Kapitel.	Die Erhebung der Protestanten. Der Bruch Margarethas mit der Opposition	182
Zehntes Kapitel.	Margaretha unter dem Einflusse Mansfelds (1566/67)	206
Elftes Kapitel.	Die Sendung Albas. Margarethas Entlassung (1567)	242
Schluß	. . . . .	268

Erstes Kapitel.

Margaretha vor ihrer Ernennung zur Statthalterin der Niederlande (1522—1559).

Etwas südlich von Gent, der berühmten, weit ausgedehnten Hauptstadt Flanderns, liegt gleichfalls an der Schelde, der alten Grenzscheide zwar nicht germanischen und romanischen Wesens, wohl aber des westfränkischen und des deutschen Reiches, der Ort Oudenarde, bekannt durch den Sieg, den hier 1708 Marlborough und Prinz Eugen über die Franzosen errangen. Noch heute ist Oudenarde der echte Typus eines altertümlichen vlamischen Landstädtchens. Es wurde beherrscht durch ein mächtiges Schloß, das 1385 von Philipp dem Kühnen erbaute „Bourgondisch Kasteel", das der Sitz des Gouverneurs und Großbaillis der Stadt und des mit ihr verbundenen Landbezirkes war.

In den Wintermonaten des Jahres 1521, von Ende Oktober bis Mitte Dezember, herrschte in dem Städtchen, in dem sonst nur friedliche Weber und stille Landbauern hausten, ein ungewohntes Leben. Kaiser Karl der Fünfte, der mächtigste aller Herrscher, in dessen Reiche die Sonne nicht unterging, hatte hier, begleitet von seinem Hofe und seinen Ministern, im Kriege gegen die Franzosen sein Hauptquartier aufgeschlagen. Aus Deutschland war er von dem Wormser Reichstage nach der Verurteilung Luthers in seine Niederlande gezogen, um durch seine Anwesenheit und sein persönliches Eingreifen den Unternehmungen gegen das Heer seines Nebenbuhlers, Franz I. von Frankreich, den nötigen Nachdruck zu verleihen.

›Ten fine nestelde hij binnen Audenaerde,
Daer hij zes weecken sijnen nest besat‹,

so sang ein gleichzeitiger Dichter, Matthieu de Casteleyn, in seinen „Balladen von Doornyck". Es waren schwere Zeiten, die der Kaiser in Oudenarde zu überstehen hatte. Seine Truppen fochten mit Unglück gegen die Franzosen, seine Kassen waren geleert, und unsäglich hatte sein Stolz unter dem herrischen Auftreten Wolseys, des in seinem Lager weilenden Bevollmächtigten seines englischen Bundesgenossen, zu leiden. Seine Lage schien ihm selber verzweifelt. Da auf einmal zerrissen die Wolken, die bisher neidisch den Stern seines Glückes verhüllt hatten: am 25. November empfing er die Nachricht von der Einnahme Mailands durch das kaiserlich-päpstliche Heer, am folgenden Tage die Kunde von der Übergabe Tournays. Wie mit einem Schlage war unerwartet das Übergewicht der habsburgischen Waffen sowohl auf dem italienischen wie auch auf dem niederländischen Schauplatze hergestellt worden.

Wie bedeutungsvoll auch somit für den Kaiser der Aufenthalt in dem Kastell zu Oudenarde in politischer Hinsicht wurde, so fand er hier doch noch die Muße, ein Liebesidyll zu durchleben. Zum erstenmale, soviel uns bekannt ist, erfaßte ihn hier die Leidenschaft für ein Weib. In dem Schlosse begegnete ihm ein junges Mädchen, wie es scheint, eine Magd des damaligen Gouverneurs, des Karl von Lalaing, Baron von Montigny und Escornaix, und seiner Gemahlin Jacqueline von Luxemburg. Sie hieß Johanna van der Gheynst und war das älteste Kind des Teppichwirkers Gilles van der Gheynst und seiner Gattin Johanna van der Coye; in dem Dorfe Nukerke, eine Meile von Oudenarde entfernt, wohnten die Eltern. Das hübsche Kind gefiel dem mächtigen Kaiser, und als die Frucht dieser flüchtigen Verbindung gebar Johanna im Sommer des folgenden Jahres ein Mädchen, das in der Taufe den Namen Margaretha empfing.[1])

[1]) Vgl. Serrure, Sur la naissance de Marguerite de Parme im Messager des sciences et des arts de la Belgique. T. IV. 1836. — D. J. Vandermeersch, Recherches historiques sur l'origine maternelle

Ein Baſtardkind des Kaiſers mit einer niedrigen Dienſtmagd war alſo ihrer Herkunft nach die Frau, die ſpäter dazu berufen war, die Geſchicke ihres Heimatslandes zu lenken, unter deren Regentſchaft die Loslöſung der nördlichen Niederlande von dem Scepter der Habsburger ſich vorbereiten ſollte. In ihrem Auftreten hat ſie niemals die Spuren ihrer Abſtammung von der mütterlichen Seite gänzlich zu verleugnen vermocht; weibliche Feinheit und echte Vornehmheit waren ihr nicht zu eigen, ſondern die parvenuartigen Züge in ihrem Weſen brachen nur allzuoft hervor. Es iſt verſtändlich, daß ihre Nachkommen auf dem Herzogsſtuhle zu Parma ſich nicht gern dieſer dunklen Herkunft erinnerten. Um die Wahrheit zu verſchleiern, wurde ein romantiſches Märchen erfunden, das, von Margarethas Biographen und Lobredner, dem römiſchen Jeſuiten Strada, verbreitet, zwei Jahrhunderte hindurch Glauben und Anerkennung fand. Dieſer Legende zufolge hieß die Mutter Margarethas von Parma gleichfalls Margaretha; ihre Eltern waren, wie man weiterhin fabelte, Jan van Geſte und Marie Coquambe, beide flandriſchen Adelsgeſchlechtern angehörig. Zeitig bereits ſeien die Eltern an der Peſt geſtorben, und es hätten darauf ein alter Freund des Vaters, Anton von Lalaing, Graf von Hooghſtraeten, und ſeine Gemahlin Eliſabeth von Culembourg ſich der fünfjährigen Waiſe angenommen und ſie in ihrem Hauſe wie ihr eigenes Kind erzogen. Zur Jungfrau herangewachſen, habe ſie durch ihre wunderſame Schönheit und Sittſamkeit die Blicke vieler Freier auf ſich gelenkt; ſtandhaft jedoch habe ſie alle Anträge abgewieſen, geſonnen, dem Dienſte des Herrn ſich zu widmen. Da ſei einſt Kaiſer Karl der Fünfte durch Oudenarde

de M. de P. Gand 1842. — Correspondence de Marguerite d'Autriche, duchesse de Parme, avec Philippe II. 3 T. Bruxelles 1867—81 (das Material für die Vorgeſchichte Margarethas findet ſich hier in den Einleitungen zu ſämtlichen drei Bänden zuſammengetragen). — Crutzen, L'origine maternelle et la naissance de M. d. P. in Fredericq' dissertations sur l'histoire des Pays-Bas au 16. siècle. I, 1 ff. Gand 1883. — Alfred Reumont, Margherita d'Austria, duchessa di Parma im Archivio storico Italiano,) IV. serie, T. VI 1880 S. 15 ff. Baumgarten, Geſch. Karls V., Stuttgart 1888, Bd. 2 S. 57 ff.

durchgekommen und habe auf einem Balle, zu dem ihre Pflegemutter sie führte, Margaretha gesehen. Von ihren Reizen entzückt, habe er seiner Bewunderung lauten Ausdruck gegeben, und, um seinem Herrn einen schändlichen Gefallen zu erweisen, habe einer seiner Höflinge in der Nacht die unschuldige Jungfrau entführt und in die Schlafkammer des Kaisers geschleppt; die Geburt Margarethas von Parma sei die Folge dieser Gewaltthat gewesen. Bald habe der Kaiser erfahren, daß Margaretha von Geste sich ihm nicht freiwillig, sondern nur durch des Höflings Drohungen erschreckt, hingegeben habe. Von Reue ergriffen, habe er geschworen, niemals würde er, wenn er den wahren Sachverhalt gekannt hätte, das arme Mädchen berührt haben. Um die Schande der Mutter und den eigenen Fehltritt zu verdecken, habe er angeordnet, daß die Geburt geheim gehalten würde. Durch die Schwatzhaftigkeit einer Magd sei alles jedoch ruchbar geworden, und schließlich habe auch die fürstliche Erziehung, die Karl seiner Tochter angedeihen ließ, das Geheimnis von der Geburt Margarethas verraten. In der That, ein artiges Märchen, ganz im Geiste eines höfischen Jesuitenpaters!

Von Anfang an erkannte Karl Margaretha als seine Tochter an. Die Mutter wurde durch eine kleine Jahresrente von 80 Gulden abgefunden, die später auf 300 Gulden erhöht wurde. Große Freigebigkeit gegenüber seinen ehemaligen Geliebten war eben nicht des Kaisers Sache.[1]) Sie heiratete später den Me.[2]) Jan Vanden Dycke, einen Brabanter von sehr altem Adel, der im Jahre 1539 außerordentlicher und 1549 ordentlicher Rat bei der brabantischen Rechenkammer wurde und erst 1572 starb, nachdem ihm seine Gattin bereits mehr als dreißig

[1]) So setzte Karl V. später dem Hieronymus Kegel, mit dem er seine Geliebte Blomberghe, die Mutter des Don Juan d'Austria, verheiratete, eine Pension von 100 Gulden aus und dieser selbst in seinem Testamente die Summe von 600 Thl. in Gold, wofür ihr eine Leibrente von 200 Gulden gekauft werden sollte. (Gachard, Retraite et mort de Charles V., Brux. 1855. T. VI, XL ff.)

[2]) = Dr. jur.

Jahre zuvor (am 15. Dezember 1541) in den Tod vorausgegangen war. Es entsprangen aus dieser Ehe zwei Söhne und zwei Töchter, welch letztere beiden den Schleier nahmen. Wiewohl Jan Vanden Dycke die Herrschaften Veersdyck und Santvliet bei Antwerpen besaß, kann die Familie doch kaum in günstigen Verhältnissen gelebt haben. Im Jahre 1564 sah sich Granvella veranlaßt, sich für einen der beiden Halbbrüder Margarethas, der als Licentiat der Rechte und Protonotar sich in sehr bedrängten Umständen befand, beim König Philipp II. zu verwenden, damit dieser ihm eine Pension von 400 bis 600 Gulden bewillige. Noch schlimmer erging es dem zweiten Bruder. Seines schlechten Lebenswandels und mehrerer Verbrechen wegen wurde er, noch ehe Margaretha die Statthalterschaft der Niederlande antrat, in dem flandrischen Kastell zu Rupelmonde gefangen gesetzt und erregte hier im Sommer 1564 einen höchst gefährlichen Aufstand der Gefangenen. Es wurde Feuer angelegt, wobei die flandrischen Urkunden, die hier aufbewahrt wurden, beinahe ein Raub der Flammen geworden wären, und nur mit Mühe konnten die Aufrührer bewältigt werden.[1])

In dem Hause der Familie Douvrin in Brüssel, von der uns eine Anzahl von Mitgliedern als Angehörige des kaiserlichen Hofes genannt werden, erhielt Margaretha ihre erste Erziehung. Ihr Unterricht war ein sehr sorgfältiger; beherrschte sie doch später die vlamische, französische, italienische und spanische Sprache zugleich. Der damaligen Regentin der Niederlande, Margaretha von Savoyen, einer Tante Karls V., war die oberste Fürsorge für sie anempfohlen. Die Gleichheit der Namen läßt übrigens vermuthen, daß die Tochter des Kaisers ein Patenkind der Statthalterin war. In den Rechnungen Margarethas von Savoyen finden sich in jenen Jahren mehrfach Posten für

[1]) Vgl. Papiers d'état de Granvelle, ed. Weiss. Tome VIII 170, 208, 241. Gachard (Corr. de Marg. I p. VIII, A. 4) hat unrecht, wenn er die Angabe von De Ram (Note sur les descendants de la mère de la duchesse M. de Parme in den Bulletins de la Commissions royale d'histoire, 3. série T. VII 339) bestreitet.

kostbare Schmuckgegenstände als Geschenke an die Kleine. Diese wird zwar darin immer als Bastardtochter des Kaisers bezeichnet; daß sie aber im übrigen bereits als Prinzessin behandelt wurde, geht daraus hervor, daß sie von ihrer Großtante gelegentlich ebenso reich beschenkt wurde, als die gleichfalls in Brüssel weilenden dänischen Königstöchter. Als 1530 Margaretha von Savoyen starb, übernahm wohl ihre Nachfolgerin in der Statthalterschaft über die Niederlande, Maria, die Schwester Karls V., die Königin-Witwe von Ungarn, die Aufsicht über die Erziehung der jungen Margaretha. Wenn Strada erzählt, Margaretha habe dem Einflusse der Königin Maria ihr ernstes männliches Wesen, ihre Vorliebe für männliche Beschäftigungen und besonders für die Jagd zu verdanken, so darf man das bezweifeln. Denn sie stand damals noch in einem so zarten Kindesalter, daß die Teilnahme an solchen Sportvergnügungen und überhaupt ein Einfluß von dauernder Wirkung auf Gesinnung, Charakter und Lebensgewohnheiten ausgeschlossen scheinen.

Wenn Karl V. Margaretha eine fürstliche Erziehung angedeihen ließ und sie in allen Stücken als seine Tochter anerkannte und behandelte, so war dafür schwerlich allein seine väterliche Liebe maßgebend, sondern auch Erwägungen politischer Art. In jenem Zeitalter dynastischer Interessenpolitik waren Familienverbindungen eines der sichersten Mittel, zwischen zwei Herrscherhäusern eine augenblickliche oder auch gar eine dauernde Gemeinschaft herzustellen. Und es gab gewiß genug unter den kleinen Fürsten Italiens und Deutschlands, denen die Aussicht, durch die Vermählung mit einer Bastardtochter des Kaisers in verwandschaftliche Beziehungen zum Hause Habsburg zu treten, als eine verlockende erscheinen mochte. Es konnte daher dem Kaiser nur Vorteile bieten, wenn er seine Tochter anerkannte; er gewann dadurch die Aussicht, durch ihre Heirat irgend eines der kleinen, zu Unruhe immer geneigten und daher nicht zu unterschätzenden Dynastengeschlechter der damaligen Zeit enger an sich zu ketten. Wenn wir Strada Glauben schenken wollen, so wäre Margaretha erst vier Jahre alt gewesen, als ihr Vater

zum erstenmale mit solchen Plänen hervortrat. Indem er sie im Jahre 1526 dem Herkules von Ferrara versprach, wollte er den Plan des Papstes Klemens VII. hintertreiben, ein Bündnis zwischen Alfons, dem Vater des Herkules, und der Krone Frankreich zu stiften. Das Verlöbnis ging jedoch zurück, da Herkules die Renata, die Tochter König Ludwigs, heiratete und sich daher auf die Seite Frankreichs schlug. Eine bessere Gelegenheit bot sich einige Jahre später. Die Erstürmung Roms durch die deutschen Landsknechte und die Niederlagen der Franzosen zwangen Klemens VII., seine hochfliegenden Entwürfe zur Befreiung Italiens von der spanischen Gewaltherrschaft aufzugeben. Auf eine Politik im nationalen Sinne verzichtend, war er jetzt nur noch auf die Förderung der besonderen Vorteile seines Hauses, der Medici, bedacht. Im Friedensvertrage zu Barcelona ließ er sich am 29. Juni 1529 die Wiederherstellung seines Geschlechtes in Florenz durch die Gewalt der kaiserlichen Waffen zusichern. Zur Bekräftigung der neuen Eintracht zwischen den beiden Häuptern der Christenheit wurde bereits einige Tage zuvor (am 23. Juni 1529) eine Heirat zwischen Alexander Medici, dem Neffen des Papstes, und Margaretha, Karls V. natürlicher Tochter, verabredet.

An eine sofortige Vermählung war bei dem jugendlichen Alter der Braut noch nicht zu denken. Der Kaiser erfüllte inzwischen die Bestimmungen des Friedensvertrages, indem er in der That den Florentinern seinen künftigen Schwiegersohn als Herrscher aufdrängte. Auch nach dem Tode Klemens VII. hielt Karl V. an dem Verlöbnis fest. Um seine Tochter an ihre künftige Heimat zu gewöhnen, schickte er sie im Jahre 1533 nach Italien. Ein deutscher Kardinal holte sie auf sein Geheiß in Mecheln ab. Mit einem zahlreichen Hofstaate, meist aus Mitgliedern der Familie Douvrin bestehend, zog die „Herzogin von Pennes", wie der Titel lautete, den der Kaiser ihr jetzt beilegte, über die Alpen nach Mantua und Florenz. Hier traf sie am 17. April ein und wurde zehn Tage lang von ihrem Verlobten und dessen Familie gefeiert. Alsdann begab sie sich unter der Führung der Franziska von Montbel, Prinzessin von

Sulmona, über Rom nach dem Schlosse Pichifalcon bei Neapel, da sie dort zunächst zur Stärkung ihrer Gesundheit ihren Aufenthalt nehmen sollte. Sie wurde hier am 27. Mai vom Marquis von Villafranca, dem Vizekönige von Neapel, und den Großen des Reiches mit solchen Ehrenbezeugungen empfangen, „gleich als wäre sie die legitime Tochter des Kaisers“. Bereits 1529 hatte Karl V. in der That daran gedacht, sie zu legitimieren; doch scheint eine dafür ausgearbeitete und noch vorhandene Akte Entwurf geblieben zu sein. Immerhin kam es einer förmlichen Legitimität nahe, daß ihr im Jahre 1533 die Erlaubnis erteilt wurde, sich im brieflichen Verkehre mit gekrönten Häuptern „Margaretha von Österreich“ zu nennen, ein Titel, den sie seitdem beständig führte.

Bei der Rückkehr Karls V. von dem glücklichen Zuge gegen Tunis wurde die Vermählung Alexanders und Margarethas in Neapel am 29. Februar 1536 unter großem Gepränge gefeiert. Als beim Einzuge in Florenz die Festlichkeiten von Neuem begannen, wurden sie, wie Strada erzählt, durch ein schlimmes Vorzeichen, eine plötzlich eintretende Sonnenfinsternis, zum allgemeinen Schrecken der Gäste gestört. Im Alter von kaum vierzehn Jahren vermählt, sollte Margaretha ein Jahr später bereits Witwe werden. Ihr Gemahl, durch seine Zügellosigkeit und Grausamkeit nicht nur in der Stadt, sondern sogar bei seiner eigenen Familie verhaßt, wurde in der Nacht vom 5. zum 6. Januar 1537 durch Verschworene erdolcht, an deren Spitze ein Vetter des Ermordeten, Namens Lorenz, stand. Auf den Rat ihrer Freunde zog sich Margaretha nach der Citadelle von Florenz zurück. Es blieb indes in der Stadt alles ruhig, und schon drei Tage nach dem Abscheiden Alexanders wurde zu seinem Nachfolger Cosimo Medici erwählt, — eine Würde, in der ihn der Kaiser noch im Sommer desselben Jahres bestätigte. Margaretha nahm nun ihren Aufenthalt für die nächste Zeit in Prato, vier Meilen von Florenz, um hier zu erwarten, welche Verfügung der Vater über ihr Schicksal treffen würde.

Kaum war Karl V. von dem Tode Alexanders benachrichtigt worden, als er neue Heiratspläne für seine Tochter

schmiedete. Er dachte zuerst daran, sie nach den Niederlanden oder nach Deutschland zu vermählen; sofort aber traten in Italien selbst zwei sehr gewichtige Werber in die Schranken. Der eine war Cosimo Medici in Florenz, der andere Papst Paul III. für seinen Enkel Oktavio Farnese. Hätte Margaretha freie Wahl gehabt, so würde sie sich für Cosimo entschieden haben. Der Aufenthalt in Toskana, wo sie große Zuneigung genoß, behagte ihr sehr. Cosimo und seine Mutter erwiesen ihr in ihrer Residenz zu Prato alle diejenigen Aufmerksamkeiten, die ihrem Range gebührten, und die darauf berechnet waren, ihr Wohlwollen und ihre Neigung zu gewinnen. Noch im Sommer des Jahres 1537 schickte er Gesandte nach Spanien um seine Werbung vorbringen zu lassen. Dringend stellten die florentinischen Agenten in ihren Verhandlungen mit Granvella (dem älteren) die Unzuträglichkeiten einer Ehe zwischen Margaretha und Oktavio Farnese vor: wenn der Papst, hochbetagt wie er sei, bald die Augen schlösse, so würde Margaretha an seinem Enkel und an dessen Macht nur eine geringe Stütze finden; als Gemahlin von Cosimo dagegen würde sie die Herrin eines blühenden Staates und Mitglied eines hochberühmten Hauses bleiben; der Kaiser könne doch nicht jedem Papste eine Tochter geben. Sie machten den Kaiser darauf aufmerksam, daß sich Margaretha in Florenz sehr wohl fühle; er solle sie doch daher nicht von dort hinwegreißen, sondern sich des schönen Landes erfreuen lassen, das der Himmel selbst für sie bestimmt habe.

Aber diese und noch später fortgesetzte Vorhaltungen fanden beim Kaiser kein Gehör. Er war nicht der Mann, sich in seinen Entschließungen durch sentimentale Gefühlsregungen bestimmen zu lassen. Er hielt dafür, daß das Haus der Medici ihm schon zur Genüge verpflichtet wäre, und daß es daher nicht nötig sei, mit ihm eine neue Familienverbindung einzugehen. Cosimo war zudem soeben erst von ihm als Nachfolger Alexanders bestätigt worden, und es war vorauszusehen, daß er sich bei den vielen Widersachern, die der Medicäische Prinzipat in Florenz fand, auf die Dauer ohnehin nur durch engen Anschluß und

Fügsamkeit gegen das Haus Habsburg würde behaupten können. Von Anfang an war er nicht gewillt, die Werbung des Cosimo anzunehmen, und verbot seinen Ministern auf das Bestimmteste, auf die Vorschläge der Medici einzugehen. Eine andere politische Konjunktur schien ihm günstiger, wenn es sich darum handelte, über die Hand der jungen Witwe zu verfügen; er verfolgte dabei den Zweck, das Haus Farnese in den Kreis seiner Interessen zu ziehen.

Nach dem Tode Klemens' VII. hatte Paul III. aus dem Hause Farnese den päpstlichen Stuhl bestiegen.[1]) Durch unwürdige Mittel hatte er sich emporgearbeitet. Erst 28 Jahre alt, hatte er den Purpur dem offenen Ehebruche seiner Schwester mit Papst Alexander VI. zu verdanken. Bis zu seiner vierzig Jahre später erfolgten Erhebung zum Oberhaupte der Christenheit hatte er ein Leben in sinnlichen Ausschweifungen geführt. Zwei Kinder, einen Sohn, Peter Ludwig, einen verworfenen Gewaltmenschen, und eine Tochter erkannte er offen an. Der Sohn von Peter Ludwig, Oktavio, war der einzige Erbe der Familie. Kaum fühlte Paul III. die Tiara auf seinem Haupte, als er es für seinen Beruf hielt, seine Würde als Regent des Kirchenstaates und obersten Hirten der Christenheit für die Begründung einer dynastischen Machtstellung seiner Nachkommenschaft zu mißbrauchen. „Nichts ist wahrer," so schrieb alsbald im Anfange seines Pontifikates ein venetianischer Diplomat, „als daß Seine Heiligkeit soviel Zärtlichkeit für seine leiblichen Nachkommen hat, daß es beinahe unmöglich wäre, das gleiche Gefühl in einem Menschen der Welt stärker ausgesprochen zu finden." Unter dem Vorgeben, die Integrität des Kirchenstaates wahren zu wollen, mischte er sich in den Erbfolgestreit um das Herzogtum Kamerino, das bisher dem Hause Varano gehört

[1]) Vergl. für diesen Abschnitt Ranke, Die römischen Päpste I Aufl. 6, S. 156 ff., M. Borch, Gesch. des Kirchenstaates, Bd. I, Gotha 1880 S. 163 ff., Reumont, a. O. 23 ff., Gachard, a. O. I S. X ff. und II S. III ff., Ribier, Lettres et mémoires d'estat, des roys . . . sous les règnes de François I, Henry II et François II, Paris 1677, T. I. passim.

hatte. Mit Waffen und durch Geld riß er es schließlich an sich, um es dem Kirchenstaate einzuverleiben. Welches freilich seine wahren Absichten waren, das zeigte sich einige Zeit später, als er es (im November 1540) seinem Enkel Oktavio als ein Lehen des päpstlichen Stuhles übertrug.

Die Ermordung Alexanders von Medici erschien dem Papste als eine günstige Gelegenheit, den Glanz und die Macht seines Hauses zu erhöhen, wenn es ihm nämlich gelänge, die Hand der Witwe für seinen Enkel Oktavio zu gewinnen. Alsbald ergingen Erbietungen in diesem Sinne an den kaiserlichen Hof nach Spanien, und Karl V. lehnte sie wenigstens nicht gleich von vornherein so schroff ab, wie diejenigen von Cosimo. Freilich legte der Krieg zwischen Karl V. und Franz I. dem Papste zunächst noch eine gewisse Zurückhaltung in der Verfolgung seiner ehrgeizigen Pläne auf. Er mußte fürchten, daß ihn Franz I., wenn die Farnese jetzt mit dem Kaiser in verwandtschaftliche Verbindung träten, als seinen Feind ansehen würde. Er strengte sich an, den französischen Gesandten vorzureden, nicht sowohl er, als vielmehr der Kaiser wünsche diese Heirat; was ihn selbst angehe, so habe er niemals dieses Projekt betrieben. Bald jedoch wurde der würdige Nachfolger Petri der Mühe weiteren Lügens überhoben. Indem sich die Dinge zum Frieden zwischen den beiden Monarchen anschickten, kam der heilige Vater in die angenehme Lage, die Rolle eines Friedensstifters vor ganz Europa spielen und dabei zugleich das besondere Interesse seiner Nachkommenschaft auf das Beste wahrnehmen zu können. Als er sich entschloß, zu dem Friedenskongresse zu Nizza zu reisen, da geschah das, wie seine Schwiegertochter, die Gattin von Peter Ludwig, naiv genug war, einzugestehen, vornehmlich in der Absicht, um als zärtlich liebender Vater und Großvater für seine Familie zu sorgen. An die Verhandlungen zu Nizza schloß sich noch eine zweite Zusammenkunft nur zwischen Kaiser und Papst zu Genua im Juni 1538: auf dieser wurde die Heirat zwischen Oktavio Farnese und Margaretha unwiderruflich festgesetzt; zugleich wurde Oktavio die Markgrafschaft Novarra übertragen. Ein weiterer Meister-

streich des Papstes war es, Franz I. zur selben Zeit zum Versprechen zu bewegen, daß seine Enkelin Viktoria mit einem französischen Prinzen von Geblüt vermählt werden solle. So war es dem Papste geglückt, seine Familie mit den beiden mächtigsten Potentaten des Abendlandes zu verschwägern. Welch große Aussichten eröffneten sich so für die Zukunft seines Geschlechtes! Er hatte es gleichsam unter den Schutz der beiden größten Monarchen Europas gestellt. Karl V. aber, als er auf den Antrag des Papstes einging, hatte dabei nach seiner eigenen Aussage nur im Auge, den bestehenden Zustand in Italien zu behaupten, — das wollte heißen: den Papst in die Sphäre seiner Interessen zu ziehen, ihn sich zu verpflichten und die päpstliche Politik in Italien durch die Rücksicht auf die Haltung des Kaisers zu binden.

In das große Drama der weltgeschichtlichen Bewegung verflechten sich die persönlichen Schicksale der Einzelnen als mit dem Gange der Haupthandlung mehr oder minder locker verbundene, von ihm die Aufmerksamkeit des Zuschauers ablenkende und zerstreuende Zwischenspiele. So wurde auch hier das Geschick Magarethas von der Entwicklung der Beziehungen zwischen Kaisertum und Papsttum und der politischen Verhältnisse des Abendlandes überhaupt in Mitleidenschaft gezogen. Bei den Abmachungen zwischen Paul III. und Karl V. war auf die eigenen Wünsche Margarethas keine Rücksicht genommen worden. Und doch war sie keineswegs geneigt, ihr Glück ohne Zaudern und Bedenken der Staatsraison zu opfern. Allzu ungleich war die Verbindung zwischen ihr, die nunmehr schon zum Weibe herangereift war, und dem um mehrere Jahre jüngeren, noch im Knabenalter befindlichen Oktavio. Strada berichtet, sie habe sich von der Eröffnung, daß sie mit Oktavio vermählt werden solle, sehr wenig erbaut gezeigt und scherzhaft geäußert, es sei ihr Verhängnis, daß sie nie einen passenden Gatten erhalten könne: im Alter von zwölf Jahren sei sie einem Siebenundzwanzigjährigen angetraut worden, und jetzt solle sie als Frau einen dreizehnjährigen Knaben heiraten. Zum Scherzen über ihr Schicksal war freilich Margaretha damals schwerlich aufgelegt.

Bisher war ihr Lebenspfad heiter und ohne Störungen geblieben. Nicht wie ein Bastardkind, sondern wie eine legitime Kaiserstochter war sie aufgezogen, und überall war ihr so gehuldigt worden. In der Brüsseler Galerie hängt ihr Bildnis, offenbar aus ihrem damaligen Lebensalter. Es zeigt Jugendfrische und nicht unangenehme Züge; der vlamische Typus ist unverkennbar. Mit ihrem ersten Gemahle scheint sie sich leidlich vertragen zu haben; doch war sie wohl schwerlich über seinen Verlust untröstlich. Läßt doch der Bericht der florentinischen Gesandten am spanischen Hofe deutlich durchblicken, wie gerne sie selbst Kosmus ihre Hand gereicht hätte. Diesem Traume mußte sie nun dem Willen des Vaters gemäß entsagen, um die Gattin eines noch unreifen Knaben zu werden. Wenn sie sich auch äußerlich dem väterlichen Machtgebote fügen mußte, so war sie doch zu hartnäckigem passiven Widerstande entschlossen.

Im Oktober 1538 siedelte sie dem Geheiße des Kaisers zufolge von Prato nach Rom über, wo die Trauung mit Oktavio alsbald stattfinden sollte. Cosimo gab ihr das Geleit bis an die Grenze seines Gebietes. Freilich nicht einer Braut glich sie, die ihrer Vermählung entgegenritt, sondern wie ein Leichenzug sah die ganze Reisegesellschaft aus. In Trauerkleidern reisten sie und ihr ganzes Gefolge, und in diesem traurigen Aufzuge trafen sie in Rom ein. Es muß einen merkwürdigen Eindruck gemacht haben, als sie zum ersten Male vor das Antlitz des Papstes trat, sie selbst in schwarzem Brokat, alle ihre Damen in schwarzem Sammet gekleidet. Gerne hätte sie zum Andenken an die schönen Tage in Florenz einen natürlichen Sohn ihres ersten Gemahles, Namens Julius, zu sich genommen; aber Cosimo hatte ihr das in Rücksicht auf die vielen Feinde der Medici in Rom nicht gestattet. Daß der Papst an der Haltung der Herzogin wenig Freude hatte, läßt sich denken. Schon am 4. November 1538 fand die Vermählungszeremonie statt. Mit welchen Gefühlen Margaretha vor den Altar trat, kann man aus dem Umstande ersehen, daß sie beim Wechseln der Ringe, wie sie später selbst erklärte, das Jawort nicht aussprach.

Es war vorauszusehen, daß diese Ehe unglücklich werden mußte. Zu dem unüberwindlichen Abscheu, den Margarethen ihr Gemahl einflößte, kam seine Rohheit, sowie die brutale Behandlung, die ihr von seiten ihres Schwiegervaters zu teil wurde, und endlich der filzige Geiz des Papstes. Alles das trug dazu bei, ihr den Aufenthalt im farnesianischen Hause zur Hölle zu gestalten. Bald sprach man in Rom davon, wie schlecht das Verhältnis der beiden Ehegatten sei. „Es ist eine jammervolle Ehe," schrieb der Kardinal Lenoncourt an den Konnetable von Montmorency, „die zwischen Oktavio und seiner Gemahlin; sie stehen sich wie Hund und Katze, und der Papst und seine ganze Familie sind darüber verstimmt." Umsonst ermahnte Karl V. aus der Ferne die Tochter: „Ich hoffe," — so ließ er sich bald nach der Vermählung in einem Briefe an sie vernehmen, — „daß die Befriedigung, die wir alle über diese Verbindung hegen, immer noch sich steigern wird." Am schlimmsten wurde es im Jahre 1540, als Oktavio einigermaßen herangewachsen war; sie ließ ihn jetzt ihre ganze Verachtung fühlen und erklärte, sie betrachte die Ehe für null und nichtig, da sie vor dem Altare das Jawort nicht ausgesprochen habe. Oktavio beklagte sich beim Großvater, dem Papste, und dieser hinwiederum beim Kaiser über das störrische Verhalten Margarethas. Durch wiederholte, sehr scharfe Briefe und durch Vertrauensmänner forderte Karl von seiner Tochter Nachgiebigkeit gegen ihren Gemahl; sie antwortete ihm in Ausdrücken, „wie sie keine Christin, zumal eine Dame ihres Standes und Tochter eines Kaisers anwenden dürfte, und die ihr wohl", wie ihr der eigene Vater vorhielt, „der Teufel eingegeben haben müßte." Da Margaretha darauf bestand, daß ihre Ehe nichtig sei, hielt der Papst die Sache für wichtig genug, um einen besonderen Botschafter in der Person eines Kardinales, des Marcell Cervin von Nicastro, an den Kaiser abzufertigen. Dieser gab dem Papste den Bescheid, er wolle noch einmal seiner Tochter die dringendsten Vorstellungen machen; sie zu zwingen, sei er indes weder gewillt, noch im stande; beharre sie auf ihrer Weigerung, so müsse die Sache gerichtlicher Entscheidung unterbreitet werden.

Die Lage war sehr kritisch. Ein Skandalprozeß ersten Ranges stand in Aussicht; zwischen den beiden Häuptern der Christenheit drohte wegen der ehelichen Zwistigkeiten ihrer Bastarde ein ernstes Zerwürfnis auszubrechen. Da aber gab Margaretha nach. Sie wollte es doch nicht zum Äußersten kommen lassen. Den größten Eindruck auf sie machte es wohl, daß ihr vorgestellt wurde, wenn es zum Prozesse käme, so sei es nicht wahrscheinlich, daß die von ihr geltend gemachten Gründe, insbesondere also die Nichtabgabe des Jawortes bei der Trauung, dem Gerichte genügen würden, um die Ehe für nichtig zu erklären. Margaretha erklärte sich bereit, den Widerstand gegen den Gemahl aufzugeben und sich mit den Farnesen auszusöhnen. Es sind uns noch mehrere Briefe erhalten, in denen Karl V. der Tochter seine große Zufriedenheit mit dieser Fügung ausspricht und sie ermahnt, ihren Gemahl zu ehren und zu achten, sowie dem Papste und dem ganzen Hause Farnese sich gefällig zu erzeigen.

Äußerlich war somit die Eintracht zwischen den Gatten hergestellt, und 1545, im achten Jahre ihrer Ehe, gebar Margaretha zu Rom ihrem Gemahle Zwillinge, von denen nur ein Knabe, der späterhin als Diplomat und Feldherr berühmte Alexander Farnese, am Leben blieb. Eine wirkliche innere Gemeinschaft zwischen Ottavio und Margaretha ist aber nie zu stande gekommen. Sie hat den Gemahl auch nach der scheinbaren Versöhnung und der Geburt des Sohnes verachtet. Als sich um 1547 zwischen dem Kaiser und dem Hause Farnese der Zwist um Parma und Plazentia erhob, von dem wir bald erzählen werden, da hätten sich die Farnesen gern der Vermittlung Margarethas bedient, um den Kaiser wieder zu versöhnen. Diese aber schlug dem Unterhändler, der sie darum anging, rundweg sein Ersuchen ab. Sie enthüllte ihm ohne Schonung die schlechten Eigenschaften des Gemahles und sagte, sie wolle lieber ihrem Kinde den Kopf abschneiden, als ihren Vater um etwas bitten, was ihm mißfallen könnte.[1]) Alle Zärtlichkeit, deren ihr

[1]) Ranke, Päpste S. 171.

Gemüt fähig war, übertrug sie in der Folgezeit auf ihren Sohn Alexander; diesem zu Liebe ist sie später sogar zusammen mit Oktavio eine energische Vertheidigerin der besonderen Interessen des Hauses Farnese selbst gegen ihren Bruder Philipp II. geworden. Meist jedoch lebte sie von ihrem Gemahle getrennt. Auch als sie nach Ablauf ihrer niederländischen Statthalterschaft wieder nach Italien zurückgekehrt war, hielt sie sich, während ihr Gemahl in Parma residierte, meist auf ihren Gütern in den Abruzzen auf.

Man begreift, daß die Episode des ehelichen Zerwürfnisses zwischen Oktavio und Margaretha ihren Nachkommen nicht gerade eine angenehme Erinnerung war. Da man die Thatsache nicht gerade hinwegleugnen konnte, so wurde sie wenigstens nach Möglichkeit beschönigt, und schließlich wurde ein rührender Familienroman zurechtgestutzt, den wir bei Strada lesen. In den ersten Jahren ihrer zweiten Ehe habe Margaretha eine gewisse Abneigung gegen den Gatten empfunden, nicht sowohl des Altersunterschiedes halber, als vielmehr infolge der Einflüsterungen eines langjährigen Dieners, der in Margaretha die erste Liebe zu ihrem getöteten Gemahle aus dem Hause Medici wach zu erhalten wußte und die politischen Differenzen zwischen Papst und Kaiser benützte, um sie mit Mißtrauen gegen das Haus ihres Gemahles zu erfüllen. Als aber Oktavio in das männliche Alter gelangte und sowohl durch seine blendende persönliche Erscheinung als auch durch glänzende Vorzüge des Geistes hervorragte, da änderte sich der Sinn Margarethens. Jener intriguante Höfling wurde entfernt, und Margaretha lernte ihren Gemahl achten und schätzen. Damals unternahm der Kaiser seinen Zug gen Algier, und wiewohl der Papst das ganze Unternehmen mißbilligte, so gestattete er doch seinem Enkel die Teilnahme, sowohl um dem Kaiser eine Annehmlichkeit zu bereiten, als auch um in dem Herzen Margarethas die Sehnsucht nach dem abwesenden Gemahle zu entflammen. Nachdem die Expedition nicht sowohl durch den Widerstand der Mauren als vielmehr durch die Ungunst des Meeres gescheitert war, verbreitete sich in Rom die Kunde, der

Kaiser und Oktavio seien verunglückt. Es gab Leute, die behaupteten, sie hätten mit eigenen Augen den Enkel des Papstes mit seinem Schiffe untergehen sehen. Dieses Gerücht schien sich zu bestätigen, als es bekannt wurde, daß der Kaiser zwar unversehrt geblieben sei, von Oktavio indes jede Nachricht ausblieb. Da wurde Margarethas Herz von Mitleid und Liebe zu dem Jünglinge gerührt, den auf der Flucht vor dem harten Sinne seiner Herrin bereits in seiner Jugend das Schicksal ereilte. Als sie jedoch die halb freudige, halb traurige Botschaft vernahm, Oktavio lebe noch, nur liege er in tödlicher Krankheit bei ihrem Vater darnieder, da sei Liebe und Mitleid durch Hoffnung und Furcht auf das Höchste gesteigert worden. Noch zwei Jahre blieb Oktavio beim Kaiser; dann kehrte er nach Rom zurück und wurde mit stürmischer Freude und liebevoll geöffneten Armen von der sich in Sehnsucht verzehrenden Gattin empfangen. Die Geburt Alexanders festigte für immer das Band, das beide Gatten umschlang, und in unwandelbarer Liebe blieb fortan Margaretha dem Gatten treu ergeben. Nur bisweilen erlitt dieses zärtliche Verhältnis in der Folgezeit kleine Trübungen durch die Herrschsucht und den männlichen Charakter der Herzogin. Auch das ist jedenfalls ein artiges Histörchen, dessen Erfindung nicht nur der Phantasie des römischen Jesuiten, wenn anders es von ihm selbst stammt, sondern auch jeder Verfasserin moderner sentimentaler Familienromane alle Ehre machen würde.

Wahrscheinlich zur Feier der Versöhnung zwischen den beiden Gatten ernannte der Papst im November 1540 seinen Enkel zum Herzoge von Kamerino, indem er ihm dieses Herzogtum als ein Lehen des päpstlichen Stuhles übertrug, sowie zum Großbannerherrn der römischen Kirche. Seine Fürsorge für sein Geschlecht war damit noch nicht erschöpft. Beim Wiederausbruch der Feindseligkeiten zwischen den Häusern Habsburg und Valois stellte er (1543) dem Kaiser das unverfrorene Ansinnen, sich die Bundesgenossenschaft der Kurie für den Preis der Überlassung des ganzen Herzogtums Mailand an das Haus Farnese zu erkaufen. Als dieser Antrag beim Kaiser kein Gehör

fand, entschloß sich der Papst, die Macht seines Hauses auf Kosten des Patrimoniums Petri selbst zu erhöhen, und zwar sollten dazu die Landschaften Parma und Plazentia dienen. Die Lande und Städte Parma und Plazentia gehörten ursprünglich zum mailändischen Herzogtume der Sforza; in den Kriegen zum Anfange des 16. Jahrhunderts aber hatte sie Julius II. 1512 an sich gerissen unter dem Vorgeben, sie seien Teile des alten Exarchates von Ravenna. Seit dieser Zeit waren sie trotz mannigfacher Wechselfälle und trotz des Widerspruches des Kaisers, der sie zumal nach dem Heimfalle des Reichslehens Mailand durch das Aussterben des Hauses Sforza (1535) für sich forderte, doch beim Kirchenstaate verblieben. Nach der Verbindung seines Enkels Oktavio mit der Tochter des Kaisers hatte der Papst wiederholt versucht, den ersteren zur Aufgabe seiner Ansprüche auf die beiden Länder zu bestimmen; doch waren seine Anstrengungen erfolglos. Jetzt faßte Paul III. einen Plan, der darauf berechnet war, die dynastische Stellung seiner Nachkommenschaft in Italien für immer zu sichern und würdig zu gestalten. Er erklärte im Kardinalskollegium, Parma und Plazentia, an der mailändischen Grenze gelegen, seien für den päpstlichen Stuhl allzuschwer zu behaupten. Daher wolle er das einträglichere Kamerino, welches er seiner Familie als päpstliches Lehen zuerkannt habe, wieder einziehen und dieser dafür Parma und Plazentia als ein erbliches Lehen auf ewige Zeiten zuweisen. Die Begründung, die der Stellvertreter Christi anführte, war eine große Lüge. Nicht mit Unrecht sagte der römische Stadtwitz jener Tage: Paul zeige sich als großer Fürst, indem er ein Kämmerchen (camerino) nehme und dafür zwei schöne große Säle fortgebe. Zwar protestierten mehrere Kardinäle heftig, und auch der Kaiser war nur durch die augenblickliche politische Lage verhindert, gegen das Tauschgeschäft mit zwei Provinzen, die er für sein Eigentum hielt, offenen Einspruch zu erheben. Aber Paul setzte seinen Willen durch. Am 12. August 1545 wurde Oktavios Vater in seinen neuen Besitz eingewiesen. Gegen den Kaiser, dessen Widerstand sie fürchten mußten, suchten und fanden die Farnese eine Stütze an Frankreich.

Dennoch fehlte noch viel dazu, daß etwa das Haus Farneſe das neue Herzogtum als ein geſichertes Beſitztum betrachten konnte. Als Peter Ludwig, der Sohn des Papſtes, die Zügel der Herrſchaft ſtraffer anzuziehen verſuchte, entſtand unter der Mitwirkung des kaiſerlichen Statthalters von Mailand, Ferdinand Gonzaga, eine Adelsverſchwörung, der er am 10. September 1547 zum Opfer fiel. Sofort beſetzte Gonzaga im Namen des Kaiſers Stadt und Gebiet Plazentia, während man in Parma an Oktavio feſthielt. Allen Bitten und Drohungen des Papſtes zum Trotze blieb Karl V. dabei, Plazentia, in deſſen Beſitz er durch den Handſtreich ſeines Statthalters gelangt war, nicht mehr herausgeben zu wollen, und auch Parma wurde von den Kaiſerlichen hart bedrängt. Da entſchied ſich Paul III. für einen Plan, der, zwar ſehr klug angelegt, doch infolge der eigentümlichen Verkettung der Umſtände nicht zum Ziele führen ſollte. Überzeugt, daß er Parma und Plazentia für den Augenblick nicht für ſein Haus zu retten vermöge, wollte er ſie wenigſtens dadurch vor dem Schickſale bewahren, dauernd in die Hände der Habsburger zu gelangen, daß er ſie wieder für die Kirche einzog und im Namen der Kirche gegen den Kaiſer verteidigte. Die Vermutung läßt ſich nicht abweiſen, daß er dabei im ſtillen die Hoffnung hegte, wenn die Gefahr erſt vorüber wäre, die beiden Länder wieder in den Beſitz ſeiner Familie zurückzuſtellen; inzwiſchen ſollte dieſe durch die Rückgabe von Kamerino entſchädigt werden.

Das Spiel war zwar ſehr fein angelegt; es wurde indes gekreuzt durch Pauls eigenen Enkel. Wahrſcheinlich dünkte Oktavio der Plan des Großvaters zu umſtändlich und in Rückſicht auf deſſen hohes Alter zu gefährlich und zeitraubend. Jedenfalls glaubte er, auf einem kürzeren Wege zum Ziele gelangen zu können. Wenngleich Paul Parma als päpſtliches Lehen wieder eingezogen hatte, begab ſich Oktavio doch nach Parma und forderte vom päpſtlichen Kommandanten Orſini Einlaß; zugleich ſuchte er Unterhandlungen mit Gonzaga anzuknüpfen, um ſich durch ein beſonderes Abkommen mit dem Kaiſer doch als Erbe ſeines Vaters Peter Ludwig im Beſitze

von Parma und Plazentia zu behaupten. Das war anscheinend eine offene Widersetzlichkeit gegen den Großvater, der die strittigen Herzogtümer dem Kirchenstaate wieder einverleibt hatte. Oder war vielleicht Paul III. nicht doch im geheimen mit dem Schritte seines Enkels einverstanden? Schließlich mußte es ja auch dem Papste ganz angenehm sein, wenn die Länder alsbald und nicht erst auf den von ihm selbst geplanten Umwegen wieder an seine Nachkommen gelangten. Nach der einen Nachricht hätten der Undank und der Trotz des Enkels, der so seine Maßnahmen durchquerte und hinter seinem Rücken mit dem Kaiser Verständigung suchte, ihn dermaßen erschüttert, daß ihn der Gram auf das Krankenlager warf und ihm das Herz brach. Wir wissen auch, daß Margaretha mehrere Tage lang im Anfange des Novembers unter Thränen in den Papst drang, er möge das kecke Unterfangen ihres Gemahles verzeihen, der ja nichts weiter thue, als sich seiner rechtmäßigen Erbschaft zu bemächtigen. Andererseits erzählen zwei unverdächtige, der Dinge kundige, gleichzeitige Zeugen, Paul III. habe schließlich doch ein Breve mit dem Befehle an Kamillo Orsini, seinen Kommandanten in Parma, erlassen, die Stadt Oktavio zu übergeben; Orsini habe sich indes geweigert, der Weisung des Papstes Folge zu leisten, und deshalb sei Oktavios Streich mißglückt. Beide Angaben lassen sich gleichwohl vereinigen; wir brauchen nicht anzunehmen, daß die Entrüstung des Papstes über das eigenmächtige Handeln des Enkels, sowie die Fürbitten und Thränen Margarethas nichts als eine wohl vorbereitete Komödie gewesen seien. Gewiß mag Paul III. zuerst mit Oktavios Unternehmen nicht einverstanden gewesen sein; es wird indes den Farnese gelungen sein, den Großvater bei seinem stark ausgeprägten Familiensinne zur nachträglichen Billigung und zu dem schon erwähnten, allerdings wirkungslos gebliebenen Befehle für Orsini zu bestimmen. Die Aufregungen, die alle diese Ereignisse mit sich brachten, trugen sicherlich dazu bei, sein Ende zu beschleunigen. Am 10. November 1549 war sein Zustand so bedenklich, daß man ihm die letzte Ölung erteilen wollte. Er bemerkte es und rief: „Noch nicht!“ Noch wollte der Hirt der Herde Christi aus

dieser Welt nicht abscheiden, die ihm so viel des Schönen gespendet hatte. Da trat Margaretha mit seinem dreijährigen Urenkel Alexander in das Gemach. Er erkannte sie, freute sich sehr, den Knaben zu sehen, und segnete ihn ein über das andere mal. Der Anblick des Kindes, das dereinst dazu bestimmt war, den Namen der Farnese mit unvergänglichem Ruhme zu bedecken, übte auf sein Befinden einen so wohlthuenden Einfluß aus, daß er sich sichtlich erholte, Nahrung zu sich nahm, und daß man schon hoffte, er werde die Nacht noch überstehen. Aber es war das letzte Aufflackern der Kräfte. Noch in derselben Nacht verschied er, der letzte in der Reihe jener Renaissancepäpste, deren Leben sich als eine ununterbrochene Kette raffinierter sinnlicher Freuden und der erlesensten ästhetischen Genüsse darstellt, die ihr Pontifikat bei allem äußeren Glanze, von dem es umstrahlt ward, vornehmlich als eine Stufe zur Erhöhung ihrer Angehörigen betrachteten, und in denen ein brutaler Egoismus sich paarte mit verschlagener Zähigkeit und Unbedenklichkeit in Auswahl der Mittel zur Erreichung ihrer Zwecke im Sinne des Fürsten Machiavellis.

Die Hoffnungen Oktavios, durch ein Sonderabkommen mit dem Kaiser Parma und Plazentia zu erlangen, erwiesen sich als trügerisch. Besseren Erfolg hatte er vorübergehend bei dem neuen Papste. Julius III. war als Kandidat der Farnese gewählt worden. Man darf annehmen, daß er ihnen dafür versprechen mußte, ihnen in ihren Händeln um Parma gefällig zu sein. In der That sprach er im Februar 1550 Oktavio den Besitz von Parma und Plazentia zu, und es gelang diesem, sich in Parma zu behaupten, während Plazentia in der Gewalt Gonzagas blieb. Bald indes schwenkte Julius III. Im Gegensatze zu seinem Vorgänger bewegte er sich in den Bahnen der kaiserlichen Politik. Als sich nun der Konflikt zwischen dem Kaiser und dem Hause Farnese zuspitzte, trug er kein Bedenken, sich auch in der parmensischen Angelegenheit trotz der Verheißungen vor seiner Wahl auf die Seite des Kaisers zu schlagen. Plötzlich verlangte er von Oktavio, daß dieser gegen Kamerino

auf Parma verzichte. Oktavio verweigerte den Gehorsam und verband sich (am 27. Mai 1551) mit Frankreich.

So wurde das Haus Farnese durch sein dynastisches Interesse in den neuen Krieg zwischen den Habsburgern und Valois verwickelt. Mit Frankreich stand Oktavio gegen den Papst und den Kaiser zusammen. Jener sprach über ihn den Bann aus und forderte Parma von ihm zurück; dieser nahm ihm die Markgrafschaft Novarra wieder ab und sperrte die Einkünfte, die er Margaretha als Heiratsgut im Königreich Neapel angewiesen hatte. Wir kennen den Briefwechsel, der sich infolge dieser Maßregel zwischen Margaretha auf der einen und dem Kaiser, sowie Granvella dem Jüngeren auf der anderen Seite entspann. Die Herzogin erhielt die bündigsten Zusicherungen, der Kaiser wisse wohl, daß sie keine Schuld an der feindseligen Haltung ihres Gemahles trage, und er hege für seine Tochter nach wie vor die gleiche Liebe. Wolle sich Margaretha von ihrem Gemahl trennen und in einem seiner Staaten ihren Aufenthalt nehmen, so solle der Sequester sofort aufgehoben werden, — doch nur unter dieser Bedingung, da sonst der Herzog, ihr Gemahl, diese Gelder doch nur zur Führung des Krieges gegen ihn, den Kaiser, verwenden würde. Wenn Margaretha dem Anerbieten des Vaters, das sie ein Jahrzehnt früher mit Vergnügen angenommen hätte, dieses Mal nicht Folge leistete, so bewog sie dazu nicht sowohl Anhänglichkeit an den Gemahl, als vielmehr die Liebe zum Sohne. Mußte sie doch nunmehr in allen Maßnahmen, die darauf hinzielten, dem Hause Farnese den Besitz von Parma streitig zu machen, Versuche erblicken, die Erbschaft Alexanders zu kürzen. Es war ein schmerzlicher Konflikt zwischen kindlicher Pietät und Mutterliebe, in den Margaretha durch die politischen Verhältnisse hineingedrängt wurde.

Kaiserliche und päpstliche Truppen rückten in das Gebiet von Parma ein und richteten dort große Verheerungen an. In der Stadt Parma hielt sich Oktavio mit französischen Hilfstruppen, während Gonzaga sich in Plazentia behauptete. Die

Entscheidung aber fiel nicht auf dem italienischen Kriegsschauplatze, sondern sie ward gegeben durch den glücklichen Vorstoß des Herzogs Moritz von Sachsen gegen den Kaiser im Jahre 1552. Karl V. sah sich mit einem Schlage von der Weltmachtstellung, die er durch seinen Sieg über den Schmalkaldener Bund errungen zu haben glaubte, herabgestürzt. Seine Herrschaft in Deutschland war auf das Äußerste bedroht, und durch den gleichzeitig erfolgten Angriff Heinrichs II. von Frankreich auf Metz, Toul und Verdun war die Westgrenze des Reiches unrettbar gefährdet. Es lag ihm daran, sich wenigstens seiner italienischen Gegner zu entledigen, und so kam unter venetianischer Vermittlung am 29. April 1552 ein Waffenstillstand auf zwei Jahre zu stande, demzufolge der status quo erhalten, d. h. Oktavio im Besitze der Stadt Parma, Karl V. in dem von Plazentia verbleiben sollte. Als dann im Jahre 1555 der finstere Karaffa den heiligen Stuhl bestieg, kam es zu einer vollständigen Aussöhnung zwischen den Farnese und den Habsburgern. Paul IV., von dem glühenden Verlangen beseelt, Italien von der spanischen Obmacht zu befreien und das Haus Habsburg zu demütigen, hauchte dem schon im Verglimmen begriffenen Kriege zwischen Heinrich II. und den Habsburgern neues Leben ein. Daher war Philipp II., der inzwischen die den müden Händen des Vaters entsunkenen Zügel der spanischen Herrschaft aufgenommen hatte, bestrebt, sich mit den italienischen Dynasten zu vertragen. Cosimo von Florenz stand bereits unbedingt auf seiner Seite, und unter des Medizäers Vermittlung wurde am 15. September 1556 ein Friedens- und Bündnisvertrag zwischen Philipp II. und Oktavio geschlossen. Philipp erkannte darin diesen als den rechtmäßigen Herrn von Parma, Plazentia und Novarra an. Doch mußte Oktavio dulden, daß auf seine eigenen Kosten spanische Garnisonen in den Citadellen von Plazentia und Novarra liegen blieben; er mußte ferner seinen Sohn Alexander als Geißel an den spanischen Hof senden, damit dieser hier eine standesmäßige Erziehung und später aus Philipps Hand eine angemessene Gattin erhalte. Diese beiden Momente, die spanische Besatzung in der Citadelle von Plazentia und das

Versprechen des Königs, ihren Sohn vorteilhaft zu verheiraten, bildeten in der Folgezeit nicht nur für Oktavio, sondern auch für Margaretha den Schwerpunkt, in dem sich alle ihre Gedanken und Wünsche konzentrierten. Sie wurden bestimmend für ihre gesamte Haltung, auch, wie wir noch sehen werden, nach ihrer Erhebung zur Statthalterin der Niederlande in Fragen der rein inneren niederländischen Politik.

Während Oktavio Farnese in den nächsten beiden Jahren als General in spanischen Diensten gegen den der französisch-päpstlichen Liga angehörigen, zum Generallieutenant Heinrichs II. ernannten Herkules II., Herzog von Ferrara, nicht ohne Glück und Auszeichnung focht, führt Margaretha „von Parma" ihren Sohn Alexander ihrem Halbbruder Philipp zu, der damals in England bei seiner Gemahlin, der blutigen Maria, weilte. Am 5. November 1556 zeigte sie ihrem Vater von Mailand aus an, daß sie soeben mit ihrem Sohne die Reise durch Flandern an den Hof Philipps antrete. Sie bedauerte, daß sie dort den Vater, dessen Anblick sie seit dreizehn Jahren entbehren mußte, da er bereits nach San Yuste abgereist war, nicht mehr treffen werde, und sprach ihre Sehnsucht aus, ihn noch einmal sehen und ihm die Hand küssen zu dürfen, da sie sonst nicht werde ruhig leben können. Er antwortete ihr, die Reise nach Spanien würde für sie allzu beschwerlich sein. Ende März 1557 kam sie in England an und verweilte hier einen Monat. Über Flandern heimkehrend, war sie bereits im Juli wieder in Parma, und am letzten August konnte sie ihren feierlichen Einzug in Plazentia halten, das die Spanier mit dem dazu gehörigen Landgebiete — freilich ohne die Citadelle —, eben damals ihrem Gemahle überantwortet hatten. Wir besitzen noch einige Briefe Philipps aus jener Zeit, in denen er der Schwester sein lebhaftes Bedauern über ihre Abreise, seine Freude über ihre glückliche Ankunft in Parma, sowie seine Befriedigung über die korrekte politische Haltung ihres Gemahles ausdrückt. Er lobte mit besonderer Wärme den unter seinen Augen jetzt heranwachsenden Prinzen Alexander: „Er ist, wie er sein muß!"

Als Margaretha im Mai 1557 ihre flandrische Heimat passierte, dachte sie schwerlich, daß sie so bald wieder dorthin kommen sollte. Die überlegenen Waffen Albas nötigten bereits im Herbste 1557 den Papst zum Frieden von Cavi; die Siege bei St. Quentin und Gravelingen mit ihren von Egmont vollbrachten Ruhmesthaten zwangen auch Heinrich II. seit dem Jahre 1558 zu Verhandlungen und am 3. April 1559 zum Frieden von Chateau-Cambresis. Eine der Bedingungen dieses Vertrages bestand darin, daß der Parteigänger Spaniens, Herzog Emanuel Philibert von Savoyen, dem die Franzosen sein Gebiet entrissen hatten, restituiert werde. Dadurch wurde die Statthalterschaft über die unter der spanischen Krone vereinigten Niederlande ledig, und es war eine Fügung von weltgeschichtlicher Bedeutung, daß sich Philipp II. nunmehr entschloß, dieses Amt seiner Schwester Margaretha von Parma anzuvertrauen. Es hatte nicht an Bewerbern gefehlt. Philipps Oheim, Kaiser Ferdinand, wünschte das Amt für einen der Erzherzöge. Margarethas eigener Gemahl, Oktavio, der im Frühjahre 1559 in Brüssel am Hofe Philipps sich befand, gab zu erkennen, daß auch er es nicht ablehnen würde. Die einheimischen Großen wünschten dringend die Ernennung der Herzogin-Witwe Christine von Lothringen, einer geborenen dänischen Prinzessin, die nach dem Sturze ihres Vaters, Christians II., in den Niederlanden bei ihrem Oheim Karl V. eine Zufluchtsstätte gefunden hatte. Erst soeben hatte sie sich große Verdienste um Philipp erworben, da sie auf das Zustandekommen des Friedens mit Frankreich großen Einfluß gehabt hatte. Aus verschiedenen Gründen aber war der König nicht geneigt, sie zu ernennen, wiewohl sie selbst heftig darnach begehrte. Bei ihren intimen Beziehungen zum hohen Adel in den Niederlanden fürchtete er, daß sie den Großen allzuweit entgegenkommen und daß dadurch die Autorität der Krone Schaden leiden könnte. Hielt doch damals gerade, und schwerlich ohne ihre Zustimmung, das Haupt der niederländischen Aristokratie, Prinz Wilhelm von Oranien, um die Hand ihrer Tochter Renata an. Als Schwiegersohn der Statthalterin hätte Oranien eine Stellung erreicht, die

nach Philipps Ansicht einem Unterthanen nicht zukam; auch mochte es ihm überhaupt unstatthaft erscheinen, daß ein solcher in den Kreis der Angehörigen des Herrscherhauses eintrete. Daher versagte er dem Plane des Prinzen rundweg seine Genehmigung. Erwägungen, die sich auf die Verhältnisse der äußeren Politik bezogen, ließen nicht minder dem Könige die Wahl Christines als bedenklich erscheinen. Ihr Sohn, der regierende Herzog von Lothringen, war in hohem Grade von Frankreich abhängig, und sie selbst machte kein Hehl daraus, daß sie die herrschende Dynastie in Dänemark für Usurpatoren betrachte und selbst nach der dänischen Krone trachte. Schon deshalb war sie schwer für die Regentschaft über die Niederlande geeignet. Denn diese mußten sich davor hüten, da sie mit vielen ihrer Interessen, zumal in wirtschaftlicher Hinsicht, auf Dänemark und die Ostsee angewiesen waren, in ein gespanntes Verhältnis zum dänischen Reiche zu gelangen.

Ganz anders lagen die Dinge bei Margaretha von Parma. Sie war eine Tochter des Kaisers, und dieser selbst hatte sie seinem Sohne, ehe er starb, dringend empfohlen. Auf diesen Wunsch seines Vaters konnte sich Philipp den anderen Bewerbern gegenüber berufen. Von mütterlicher Seite war sie ein Landeskind. Die Niederlande schienen in den Kreis ihrer persönlichen und besonderen politischen Interessen nicht verflochten; diese wurzelten ja lediglich in Italien, und ein direkter Zusammenhang zwischen Italien und den Niederlanden bestand nicht in dieser Hinsicht. Den Großen des Landes stand sie völlig fremd gegenüber, und es war daher nicht zu befürchten, daß sie ihretwegen die Autorität der Krone beeinträchtigen werde. Indem Philipp die Citadelle von Plazentia besetzt hielt, behauptete er einen militärisch wichtigen Punkt in dem Lande ihres Gemahles und nahm darin eine beherrschende Stellung ein. Andererseits waren die Rückgabe der Citadelle und eine günstige Verheiratung Alexanders die Lockäpfel, die er Margaretha als die Belohnung für ein braves Verhalten aus der Ferne zeigen konnte, und die sie anreizen mußten, auf die Erhaltung seines Wohlgefallens besonderen Wert zu legen.

Während Christines eigene Bestrebungen dem Vorteile des Königs zuwiderliefen, wurde vielmehr Margaretha, wie es schien, durch ihre besonderen Interessen erst recht vom Könige abhängig und fester an ihn gekettet. Es gab somit genug Gründe, die Philipp bewegen konnten, seiner Bastardschwester vor seiner legitimen Muhme Christine den Vorzug zu geben. Zwei seiner Ratgeber wirkten besonders in dieser Richtung auf Philipp ein, Granvella, der staatskluge Bischof von Arras, und Don Gomez Suarez de Figueroa, Graf von Feria.

Als Margaretha von Parma dem Rufe des Bruders nach den Niederlanden Folge leistete, stand sie im Alter von 37 Jahren. Schon manche bittere Erfahrung hatte sie auf ihrem bisherigen Lebenswege gemacht, und das Unglück hätte wohl ihren Geist reifen müssen. Ihr Lobredner Strada entwirft eine Schilderung von ihrer Persönlichkeit und ihrem Auftreten um diese Zeit: Sie war mit ausgezeichneten Eigenschaften ausgestattet. Ihr Geist besaß eine Stärke und Festigkeit, wie man sie bei Frauen selten antrifft. Der Jugendzauber war freilich von ihrer äußeren Erscheinung längst gewichen. Sie sah so aus, daß man sie leicht für einen in Weiberkleidern steckenden Mann halten konnte. Selbst ein Anflug von Bart auf Kinn und Oberlippe fehlte nicht. Auf der Jagd entwickelte sie eine Kraft und Geschicklichkeit, durch die sie selbst starke Männer übertraf. Sogar die Krankheit, an der sie zu leiden pflegte, war von einer Art, wie man sie bei Frauen selten trifft, nämlich das Podagra. Ihre Frömmigkeit war groß. Ignatius von Loyola gewann in Rom auf sie einen großen Einfluß. Sie wählte ihn zu ihrem Gewissensrate und beichtete bei ihm öfter, als das in der vornehmen Welt sonst damals üblich war; er leitete sie an zu inbrünstiger Verehrung des allerheiligsten Altarsakramentes. Zu Ostern pflegte sie zwölf Jungfrauen den Schmutz von den Füßen zu waschen, und zu Fronleichnam stattete sie dürftige Mädchen mit einer anständigen Mitgift aus.

Wieviel an dieser stimmungsvollen Schilderung wahr ist, bleibe dahingestellt. Der eifrige Jesuitenpater liebte es offenbar, zum größeren Ruhme seiner Gesellschaft und deren Stifters

etwas starke Farben aufzutragen. Wenn Loyola in der That auf sie einen großen Einfluß ausübte, so kann dieser doch, wie wir noch merken werden, nicht gerade sehr nachhaltig gewesen sein. Was ihr Äußeres betrifft, so bieten ihre Bildnisse aus der späteren Zeit in der That einen harten, wenig anmuthigen Eindruck. Den Staatsgeschäften brachte sie ein gewisses Interesse entgegen, und sie verfügte über eine große Arbeitskraft. Wenn man aber unter einem männlichen Geiste in der Politik die Fähigkeit versteht, die jeweilige Situation klar zu überschauen, sich durch sachliche Gründe, nicht durch augenblickliche Stimmungen oder durch persönliche Eindrücke und Einflüsse leiten zu lassen, sowie dem einmal als nothwendig Erkannten mit unverrückbarer Festigkeit und Furchtlosigkeit nachzustreben, so werden die Ereignisse der Folgezeit, des bedeutsamsten Abschnittes in Margarethas Leben, uns lehren, ob männlich der Sinn der Frau genannt zu werden verdient, deren Händen das Ruder des Staates in den Niederlanden während jener stürmischen Zeiten anvertraut war.

Zweites Kapitel.

Die politischen und religiösen Verhältnisse in den Niederlanden bei der Abreise des Königs.

Man kann die politischen und religiösen Zustände in einem Lande nicht ohne die genaue Kenntnis des gesamten Komplexes der Einrichtungen in Wirtschaft, Gesellschaft und allen Gebieten der kulturellen Entwicklung verstehen. Wie reizvoll wäre die Aufgabe, eine Schilderung von allen diesen Verhältnissen in den Niederlanden für die Mitte des 16. Jahrhunderts zu entwerfen! Welch' glänzende Bilder könnten wir da vorführen! Ein zahlreicher, mächtiger, glänzender und üppiger Adel, dessen Mitglieder die einflußreichsten Stellungen in Hof, Heer und Verwaltung bekleideten, der trotz allen höfischen Anstriches die

Überlieferungen feudaler Fronde im Stillen pflegte, dessen wirtschaftliche Grundlagen freilich durch die übermäßigen Ansprüche der Krone an seine Dienstbarkeit stark erschüttert waren; ein Bauernstand, zwar fast durchgängig in den Fesseln grund-, leib-, schutz- und gerichtsherrlicher Abhängigkeit, daneben freilich auch noch Reste alter germanischer Bauernfreiheit, meist in behäbiger wirtschaftlicher Lage, voller derben Frohsinns und kerniger Lebenslust. Welch' hohe wirtschaftliche Blüte auf dem platten Lande und vor Allem in den Städten, in Handel und Gewerbe, welch' hohe Entwicklung der städtischen Kultur überhaupt! Das buntbewegte Leben in den Städten mit ihren prachtvollen Kirchen, Stadt- und Zunfthäusern, die so unermeßliche Kunstschätze bargen; welch' sprudelnde Heiterkeit und Fröhlichkeit, bei den schimmernden Aufzügen der Schützengilden und der Redekammern! Antwerpen war der erste Handels- und Börsenplatz der Welt, der Schnittpunkt der wichtigsten Großhandelswege Europas, der Ort, wo die Geldfürsten des Abendlandes ihre unermeßlichen Kapitalien den kreditsuchenden Monarchen zur Verfügung zu stellen pflegten. Hier ist es uns indes nicht gestattet, diese farbenprächtigen Bilder auszumalen; wir dürfen in diesem Zusammenhange nur mit wenigen Strichen die Probleme politischer und religiöser Entwickelung andeuten, zu denen Margaretha, als sie die Statthalterschaft der Niederlande antrat, Stellung nehmen mußte. —

Man pflegt den politischen Zustand der Niederlande im Zeitalter Karls V. und Philipps II. als den eines unbeschränkten Absolutismus zu bezeichnen. Das ist so wenig richtig, daß man im Gegenteile behaupten darf, die Versuche der habsburgischen Herrscher, die Niederlande zu einer absoluten Monarchie umzugestalten, haben dazu geführt, daß sie Land und Leute verloren. Nur soviel darf man sagen, daß dem Fürstentume die Tendenz innewohnte, sich zu einer monarchischen Vollgewalt über die Niederlande auszugestalten; niemals jedoch hat es dieses Ziel erreicht. Die Niederlande stellen sich im 16. Jahrhunderte dar, wie damals noch fast alle Staaten im germanischen und romanischen Völkerkreise, als ein dualistischer Ständestaat, in

dem die höchste Gewalt zwischen Krone und Ständen geteilt war, von denen die letzteren als Organe des von ihnen vertretenen Landes fungierten; er setzte sich zusammen aus zweien, noch zu keiner einfachen, unteilbaren Staatspersönlichkeit organisch vereinigten Sonderbestandteilen, der Krone und dem Lande.

Zwei prinzipiell von einander verschiedene Gewalten gab es somit, die königliche und die ständische. Die Organisation der ersteren war der der letzteren bei weitem überlegen; der Schwerpunkt von jener lag in den zentralen, der von dieser in den lokalen Instanzen. Eigentlich waren ja die Niederlande ein Konglomerat von Territorien, die, bisher selbständig, allmählich unter das Scepter der burgundisch-habsburgischen Dynastie gelangt waren. Provinzialstatthalter handhabten als oberste Vertreter der Krone die landesherrliche Gewalt in diesen alten Territorien. Man zählte deren im ganzen siebzehn; indem manche von ihnen zusammengelegt wurden, gab es im ganzen zehn Gouvernements. Nur das Herzogtum Brabant mit der Herrschaft Mecheln war keinem besonderen Statthalter, sondern unmittelbar dem Generalstatthalter des ganzen Landes unterstellt, damit seine Autorität nicht durch einen zugleich mit ihm in Brüssel residierenden Untergouverneur geschwächt würde. Die Provinzialstatthalter wurden immer aus dem vornehmsten Adel entnommen und waren sehr mächtige Herren; fast die gesamte Verwaltung — mit Ausnahme des Finanzwesens und der Rechtsprechung — lag in ihren Händen. Ihnen zur Seite standen die Provinzialhöfe, kollegialisch organisierte Behörden, vorwiegend mit juristisch gebildeten Berufsbeamten besetzt. Ihre Funktionen bestanden in der Leitung der inneren Verwaltung und in der Rechtsprechung. In jener Hinsicht waren sie den Statthaltern untergeordnet und dienten ihm als beratende Organe; als Gerichtshöfe waren sie selbständig, und zwar waren sie Tribunale erster Instanz für den Adel und einer andern ordentlichen Gerichtsbarkeit nicht unterstellte Personen, sowie zweiter Instanz in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten für die städtischen Schöffengerichte und die sonstigen niederen Gerichte ihrer Provinz. Von ihnen ging dann wieder der Zug nach dem „Großen

Rate" zu Mecheln. Unabhängig von den Provinzialgouverneuren waren die „Rechenkammern", ebenfalls kollegialisch organisierte Mittelbehörden, immer je eine für mehrere Provinzen, für diese mit der Verwaltung der Finanzen des Königs beauftragt. Die Provinzialhöfe und die Rechenkammern waren rein königliche Behörden. Dem Amte der Provinzialstatthalter dagegen war eine scharf ausgeprägte Doppelstellung zu eigen. Denn zwar waren sie einerseits oberste Beamte und Vertreter der Krone, andererseits aber auch Repräsentanten und oberste Spitze der Stände ihrer Provinzen. Hieß doch der Großbailli von Hennegau geradezu: »chef des états du comté«. Mitunter führte der Statthalter den Vorsitz in den ständischen Versammlungen und den permanenten Ständeausschüssen, wo solche bestanden. Er berief die Stände im Auftrage des Herrschers, verhandelte mit ihnen und suchte ihnen die Steuerforderungen der Krone genehm zu machen. Die Aristokratie sah in ihm ihren natürlichen Führer und ihr geborenes Oberhaupt. Die Städte unterstanden seinem Einflusse, da er alljährlich die aus einem engbegrenzten Kreise von Geschlechtern oder von einer oligarchisch zusammengesetzten Wahlkörperschaft präsentierten Magistrate bestätigte. Er leitete die Verteilung, Erhebung und Rechnungslegung der Steuern in seiner Provinz, und zwar in diesen Fällen nicht als Organ des Herrschers, sondern der Stände. Indem er somit Vertrauensmann und Beamter der Krone und der Stände zugleich war, trug sein Amt einen ausgesprochen dualistischen Charakter sowohl in politischer als auch in staatsrechtlicher Beziehung.

Zwar besaßen die Statthalter und die ihnen beigeordneten Ratskollegien innerhalb ihrer Kompetenzen in vielen Stücken eine große Selbständigkeit; aber sie waren doch immer nur lokale Organe einer Zentralgewalt, von der die eigentliche Direktive ausging. Inhaber dieser Zentralgewalt war der König. Dieser ließ sich indes im 16. Jahrhundert ständig durch einen Generalstatthalter in Brüssel vertreten. Mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet, durfte dieser alle Regierungsakte vornehmen, zu denen ihn der König besonders ermächtigt, oder die er nicht wenigstens ausdrücklich sich selber vorbehalten hatte. Im

übrigen ſtanden der Herrſcher und ſein oberſter Statthalter in einer laufenden Staatskorreſpondenz, durch die jener von allen wichtigeren Begebenheiten im Lande unterrichtet wurde, um auf dieſen Bericht hin die nötigen Entſcheidungen ſelbſt treffen zu können. Der Generalgouverneur war angewieſen, ſich für die Erledigung der ihnen obliegenden Geſchäfte des Beirates einer Anzahl kollegial eingerichteter Behörden zu bedienen, die ihren dauernden Sitz — eine einzige ausgenommen — in Brüſſel hatten. Seit 1531 hatte dieſes Syſtem der oberſten Zentralbehörde eine endgültige Geſtaltung gewonnen. Es beſtand aus vier einander gleich geordneten Behörden, dem Staatsrat, dem geheimen Rate, dem oberſten Finanzrate, ſämtliche drei zu Brüſſel, und dem Großen Rate zu Mecheln.

Der Staatsrat war von ihnen allen zwar nicht die höchſte, aber die vornehmſte Behörde. Er war kollegial organiſiert. Der Generalſtatthalter führte in ihm den Vorſitz. Daneben gab es einen „Präſidenten“, unter Margaretha von Parma der Frieſe Viglius, der insbeſondere die Staatskorreſpondenz mit dem Könige zu leiten hatte. Als Mitglieder gehörten dem Staatsrate um jene Zeit an Granvella, Biſchof von Arras, Fürſt Wilhelm von Oranien, Graf Egmont, der Baron Berlaymont, Chef der Finanzen, und Philipp von Stavele, Baron von Glajon, General der Artillerie. In ſehr bedeutſamen Fällen wurde er verſtärkt durch die Einberufung aller Provinzialgouverneure und der einheimiſchen Ritter vom Orden des Goldenen Vließes. Die Kompetenz des Staatsrates war keine feſt umſchriebene. Nur die wichtigſten politiſchen Angelegenheiten, nicht das Detail der laufenden Geſchäfte ſollten vor ihn gelangen, ſo die Entſcheidungen über Krieg und Frieden, Bündniſſe, Landesverteidigung, kurz die Beziehungen der äußeren und diejenigen Fragen der inneren Politik, von denen das Wohl und Wehe des Landes abhing. Der Staatsrat war kein reines Beamtenkollegium. Die in ihm ſitzenden Großen fühlten ſich meiſt in erſter Linie nicht ſowohl als Organe der Krone, ſondern vielmehr als Vertreter des Landes, deſſen Intereſſen ſie hier der Krone gegenüber zur Geltung zu bringen berufen ſeien. Die Folge davon waren

fortgesetzte Reibungen zwischen ihnen und den übrigen Mitgliedern, die sich ausschließlich als Diener des Königs fühlten, und oft genug befand sich der Staatsrat oder doch wenigstens seine Majorität in Opposition gegen die Krone und den Generalstatthalter.

Anders die übrigen Zentralbehörden; sie waren reine Beamtenkörperschaften. Der Geheime Rat setzte sich zusammen aus einem Präsidenten, gleichfalls Viglius, sowie einer Anzahl von Räten und Sekretären. Früher hatte ihm auch der Siegelbewahrer angehört; jetzt befand sich dieser (Karl von Tisnacq) regelmäßig beim Hoflager des Königs. Im wesentlichen hatte der Geheimrat die Funktionen der Ministerien des Innern, des Kultus und der Justiz, sowie einer Gesetzgebungskommission. Die einzige niederländische Zentralbehörde, die der kollegialen Organisation entbehrte, war der Finanzrat. Es gab in ihm zwei „Chefs der Finanzen", der Baron von Berlaymont und Philipp von Montmorency, Herr von Hachicourt; ihnen ward eine Anzahl von „Kommis" als unselbständige Gehilfen beigegeben. Der Finanzrat leitete die Verwaltung des Domaniums und der Einkünfte des Herrschers, stellte die Generaletats für die einzelnen Rechnungsjahre auf und war der oberste Rechnungshof für die Niederlande und Burgund. Die Rechenkammern in den Provinzen waren ihm unterstellt. Der Große Rat zu Mecheln endlich war das höchste Appellationstribunal im Lande, an das die Züge von den Provinzialhöfen gingen. Nur die Höfe von Brabant, Hennegau und Mecheln waren von ihm unabhängig und hießen daher „souveräne Höfe".

Die Krone hatte sich somit für die Handhabung der ihr gebührenden Rechte eine Organisation geschaffen, die in technischer Hinsicht vollkommen auf der Höhe der Zeit stand. Sie hatte weiterhin nicht versäumt, ein stehendes Heer zu errichten, das die Wehrhaftigkeit des Landes erhöhte und ihm Schutz gegen Angriffe von Außen und Unruhen im Innern sicherte. Es bestand sowohl aus Kavallerie als auch aus Infanterie; meist lagen die Soldaten als Besatzungen in den Festungen an der Grenze gegen den französischen Erbfeind. Die niederländische

Kavallerie ist bekannt unter dem Namen der „Ordonnanzbanden". Es waren dies vierzehn „Kompagnien" oder „Banden" von verschiedener Stärke mit je einem „Chef" oder „Kapitän". Sie setzten sich zusammen aus „Lanzen" zu je fünf Reitern, nämlich einem schwergerüsteten homme d'armes, einem mit einem Schwerte bewaffneten coutiller, einem Pagen und zwei gleichfalls berittenen Bogenschützen (archiers). In ihnen diente der einheimische Adel. Im ganzen betrug ihre Anzahl etwa 3000 Pferde. Die stehende Infanterie war unter Karl V. 5000 Mann stark. Zur Deckung für die Kosten dieses Friedensheeres von 8000 Mann pflegten die Stände eine Steuer zu bewilligen, deren Reinertrag sich auf 518600 Gulden im Jahre belief. Unter Philipp II. gab es nach Beendigung des Krieges mit Frankreich eine kurze Zeit lang überhaupt kein stehendes Heer. Dann bewilligten die Stände zwar Mittel dafür, setzten aber die Stärke der Infanterie auf 3200 Mann herab. Der König mußte ferner ein Viertel der Kosten für den Unterhalt der Kavallerie als auch der Infanterie in der Höhe von 110000 Gulden im Jahre übernehmen.

Das gerade Gegenstück zu der vortrefflichen Organisation der Gewalt der Krone war die der ständischen Gewalt. Die ständische Verfassung war auf einer merkwürdig niedrigen Stufe der Entwickelung stehen geblieben. Jedes der alten historischen Territorien hatte seine eigenen Stände, die der Idee zufolge die Vertretung des Landes darstellen sollten. Nicht überall jedoch finden wir die traditionellen drei Stände des Abendlandes, Klerus, Adel und Städte. So fehlte der Klerus in den meisten nördlichen Provinzen. Das Schlimme indes bestand darin, daß es in den niederländischen Territorien eine wirkliche Repräsentation des Landes als eines einheitlich organisierten Gemeinwesens, eine wahre ständische Körperschaft nicht gab. Ein einleuchtendes Beispiel dafür bietet Holland. Hier hatte es ursprünglich in der That drei „Stände" gegeben, Geistlichkeit, Adel und Städte. Wegen ihrer geringen Bedeutung verschwand die Geistlichkeit schließlich aus den Reihen der Stände, und nur Adel und Städte blieben übrig. Vertreten waren indes von

den Städten auf den Ständetagen nur die sechs großen Städte Amsterdam, Leiden, Delft, Dordrecht, Gouda und Haarlem mit je einer Stimme. Die siebente Stimme gehörte dem Adel, der das platte Land und die in seinem Besitze befindlichen zahlreichen Mediatstädte vertrat. Besaß der Adel auch nur diese eine Stimme, so war sie doch die wichtigste. Denn auf ihn und seine Hintersassen fiel kraft der Veranlagung der größte Teil der Steuer, wenn eine solche vom Landesherrn erbeten wurde; bewilligte er, so pflegten sich die Städte seinem Beispiele anzuschließen. Keineswegs waren sie jedoch dazu gezwungen, sondern jede der sieben Stimmen stand durchaus unabhängig neben der anderen. Es gab kein Majoritätsprinzip, demzufolge etwa, wenn vier Stimmen für eine Bewilligung waren, nunmehr auch die übrigen drei zur Leistung der Steuer verbunden waren. In Wirklichkeit handelten also alle sieben Stimmen lediglich für sich selbst, d. h. nur für ihre besonderen Kommittenten, etwa nur für die Stadt Amsterdam. Die Ständemitglieder bildeten also nicht, wenn sie zusammentraten, in kollegialer Verfassung eine das ganze Land unbedingt vertretende und verpflichtende Körperschaft — eine Unvollkommenheit in der Verfassungsentwickelung, die in ihren letzten Konsequenzen zur Aufhebung jedes geordneten Staatslebens und zur politischen Anarchie führen mußte.

Ähnlich lagen die Verhältnisse in Brabant. Es gab hier drei Stände: der Klerus, zu dem dreizehn Prälaten gehörten; der Adel, aber nur die vornehmsten Geschlechter des Herzogtums; die Städte, und zwar nur die vier Hauptstädte Brüssel, Antwerpen, Löwen und Herzogenbusch. Auch hier war jeder Stand von den übrigen durchaus unabhängig. Das ging sogar so weit, daß die verschiedenen Glieder, aus denen sich eine bestimmte Stadt zusammensetzte, nur für sich selbst bewilligten und an das Votum der übrigen Glieder derselben Stadt nicht gebunden waren. Die Städte von Brabant hatten erst bewilligt, wenn alle vier Städte damit einverstanden waren, d. h. wenn jedes der einzelnen „Glieder“ in ihnen ausdrücklich und besonders seine Zustimmung gegeben hatte. Wenn nur ein einziges Glied,

z. B. das vierte Glied in Löwen, hartnäckig blieb, so konnte in Brabant keine Steuer zustandekommen, auch wenn alle anderen Städte und Ständemitglieder sich dafür ausgesprochen hatten. Das war nun freilich ein so unhaltbarer Zustand, daß man auf ein eigentümliches Auskunftsmittel verfiel, um das mangelnde Majoritätsprinzip einigermaßen zu ersetzen. Wenn nämlich einzelne dissentierende Glieder trotz alles gütlichen Zuredens halsstarrig blieben, so durfte die Regierung an die übrigen Ständemitglieder, die bereits bewilligt hatten, das Ansuchen stellen, die Steuerverweigerer in ihre Bewilligung einzuschließen (comprendre). Erklärten sich die Stände dazu bereit und stellten sie darüber eine förmliche Akte aus, so galt die Bewilligung als vollzogen. Aber nur gegen einzelne Glieder der Städte pflegte man dieses Verfahren anzuwenden. Wenigstens war es ungebräuchlich, eine ganze Stadt, falls diese bei der Steuerverweigerung beharrte, der „Komprehension" zu unterwerfen.

Wir erkennen jedenfalls, wie wenig ausgebildet die ständische Verfassung in den Niederlanden war. Die ständischen Versammlungen waren nur Kongresse, auf denen sich einige der mächtigsten Vasallen und Städteboten jedes Landes trafen. Sie repräsentierten wohl der Idee nach das Land, dem sie angehörten, und stellten es in sich dar; sie übten wohl auch einen mächtigen politischen Einfluß aus. Aber das korporative Element war in den landständischen Verfassungen doch nur mangelhaft entwickelt; sie entbehrten einer festen kollegialen Verfassung, und ihre Mitglieder erschienen doch noch in viel höherem Grade als selbstständige politische Machtfaktoren oder als die Vertreter derjenigen sozialen Verbände, denen sie angehörten, wie etwa als die des Landes als eines abstrakten Rechtssubjektes. Die Deputierten zu den Ständetagen waren nicht mit unbedingten Vollmachten ausgestattet, sondern mußten die Proposition des Landesherrn erst ihren Kommittenten vorlegen und. wurden dann von diesen mit bindenden Instruktionen versehen. Man kann die Eigentümlichkeiten der ständischen Verfassung in den wichtigsten niederländischen Territorien in wenigen Worten zusammenfassen: sie wurde beherrscht noch von dem mittelalterlichen Autoritäts-

prinzipe, das sich aber in dieser Zeit als sehr ungenügend herausstellte. Denn die niedrigeren Stände dachten keineswegs immer daran, dem Vorgange der höheren sich anzuschließen, sondern oft genug verharrten sie bei ihrer steuerverweigernden Haltung, mochten sich auch diese zur Bewilligung bereit zeigen. Zu dem Fehlen eines wie auch immer gestalteten Majoritätsprinzipes — selbst innerhalb der einzelnen ständischen Kurien — kam dann noch der Mangel unbedingter Vollmachten für die Deputierten. Die Landtage wurden dadurch zu Kongressen herabgedrückt, während der Schwerpunkt des ständischen Lebens bei den einzelnen Ständen lag; sie bildeten also, staatsrechtlich betrachtet, keine wahren Landesvertretungen.

Das waren Verhältnisse, die das einzelne Ständemitglied zu einer ungeheuren Bedeutung erhoben. Versagte auch nur eine einzige Stimme, so durfte die Regierung auf keine Steuer rechnen. Denn jeder Stand bewilligte immer nur mit der Klausel: »si avantque tous les autres états consentiraient en leurs quotes«, d. h. nur unter der Bedingung, daß auch alle übrigen Stände eine dem bestehenden Verteilungsmodus entsprechende Quote auf sich zu nehmen sich bereit erklären würden. Es war das liberum veto des polnischen Reichstages in anderer Gestalt. Es kam alles darauf an, jeden einzelnen, auch wenn er an sich noch so unbedeutend war, gut zu stimmen und bei guter Laune zu erhalten, da sonst leicht alles verdorben werden konnte. Eben darauf beruhte auch die große Bedeutung der Provinzialstatthalter, von deren Geschicklichkeit der Erfolg der Steuervorlagen der Krone abhing. Mit jeder einzelnen Stimme verhandelten sie besonders, und ihren ganzen persönlichen, sozialen und amtlichen Einfluß boten sie auf, um die Stände ihrer Provinz zur Erfüllung der Forderungen der Regierung zu bewegen. In der Regel gelang es schließlich, die Bewilligung zu erwirken, oft aber erst nach langem Feilschen und Bieten und unter großen Verzögerungen. Jedenfalls war die Organisation höchst unvollkommen und geeignet, der Regierung die erheblichsten Schwierigkeiten zu bereiten.

Indem die Fürsten aus dem burgundisch-habsburgischen Hause die niederländischen Territorien zu einem einzigen großen Herrschaftskomplexe vereinigten, zentralisierten sie zugleich die Rechte der Krone und schufen ein mächtiges und kunstvolles System der Zentralverwaltung am Hofe zu Brüssel. Geschah nun ein Gleiches mit den Rechten der ständischen Gewalt? Wir haben gezeigt, daß nicht einmal die Idee der ständischen Körperschaft als der Vertretung des einzelnen Landes hier zu ihrer reinen Entfaltung gelangte. Blieb somit das Werk der ständischen Verfassung sogar in den einzelnen Territorien nur ein halbfertiges, so stand noch viel weniger zu erwarten, daß es zu einer kräftigen, lebensvollen ständischen Gesamtverfassung für alle Niederlande kommen würde.

Allerdings hat es an Ansätzen dazu nicht gefehlt, aber erreicht wurde sehr wenig. Die ersten Versuche in dieser Richtung fallen unter die Regierung von Herzog Philipp dem Guten und Karl dem Kühnen, und über das, was damals geschaffen wurde, ist man eigentlich nie hinausgelangt. Es bestand im wesentlichen darin, daß dreizehn Länder (1. Brabant, 2. Flandern, 3. Artois, 4. Hennegau, 5. Holland, 6. Seeland, 7. Namur, 8. Utrecht, 9. Lille mit Douay und Orchies, 10. Tournay, 11. Tournaissis, 12. Valenciennes und 13. Mecheln) eine nähere Vereinigung zum Zwecke der Steuerbewilligung eingingen. Das sind die sog. „dreizehn Generalstaaten". Ihre Organisation war der der provinzialständischen Versammlungen genau nachgebildet. Die Deputierten der Stände, die zu ihnen gehörten, traten auf den Ruf des Königs zusammen. In einem Saale versammelt, hörten sie gemeinschaftlich die „Generalproposition" an, die ihnen der Kommissar des Königs vorlas. Darauf trennten sich die Deputierten, und es wurde nun in der Regel noch jedem Stande besonders eine „Partikularproposition" des gleichen Inhaltes vorgelegt und mit ihm durch Mitglieder der Regierung verhandelt, um ihn zur Bewilligung geneigt zu stimmen oder zu günstiger Berichterstattung bei seinen Kommittenten zu bewegen. Alsdann kehrten die Deputierten nach der Heimat (vers leurs principaux) zurück und referierten vor ihren Auftrag-

gebern über die Forderung des Königs, also etwa die Deputierten von Brüssel in den Versammlungen der einzelnen „Glieder" daselbst. Die Steuer wurde also gar nicht auf dem Generallandtage bewilligt, sogar nicht einmal auf dem Provinziallandtage, sondern direkt von dem einzelnen Stande, etwa in der Versammlung der Prälaten von Brabant oder des dritten Gliedes von Brüssel. Die Generallandtage waren daher — analog den Provinziallandtagen — nichts weiter als Kongresse von Deputierten mit bindenden Instruktionen, und sie krankten an denselben Übeln, wie diese, nämlich an dem Mangel eines Majoritätsprinzipes und unbedingter Vollmachten. Die „Generalstände" sind daher als eine Vertretung des gesamten Landes, das sie umfaßten — d. h. nur von dreizehn Provinzen, nicht aller Niederlande — nur unter denselben Einschränkungen aufzufassen, wie etwa der Ständetag von Brabant als die seines Herzogtumes.

Für die Regierung war diese Verfassung kaum ein Gewinn, sondern eher eine neue Quelle der Verlegenheiten. Denn seitdem sie bestand, wollte keine Provinz und kein Stand eine Steuer mehr bewilligen, ehe sich nicht alle übrigen Stände in allen dreizehn Provinzen zu einer Bewilligung in entsprechender Höhe (zu ihrer „Quote") verstanden hätten. Diese „Generalklausel" bereitete der Regierung viel Ärgernis, zumal da die letzten Glieder in den brabantischen Städten, in denen eine stark demokratisch-oppositionelle Gesinnung herrschte, leicht zu Steuerverweigerung geneigt waren, und es blieb dann eben nichts übrig, als die übrigen Stände von Brabant zu ersuchen, die „Komprehension" über die Störrischen zu verhängen. Aber sogar wenn ein Stand unter seiner Quote blieb, wurde die Steuer nicht perfekt, wenigstens nicht in der von der Regierung gewünschten Höhe. Alle übrigen Stände in den dreizehn Provinzen waren dann befugt, die von ihnen bereits bewilligten Summen in dem gleichen Verhältnisse herabzusetzen. Jeder Stand bewilligte nur provisorisch, solange noch nicht alle Übrigen ihre Quoten auf sich genommen hatten; erst dann vollzogen sie die Akte der endgültigen Bewilligung. Mit treffenden Worten

charakterisiert Ranke diese Lage der Dinge, indem er von den Ständen sagt: „Sie wollen einzeln abschlagen, aber nur im ganzen gewähren dürfen.“

Daß die Krone unter diesen Umständen das Institut der Generalstände nicht gerade mit sehr wohlwollenden Blicken betrachtete, läßt sich begreifen. Oft genug blieb der Regierung nichts übrig, als aus eigenen Mitteln den Fehlbetrag zuzuschießen, der dadurch entstand, daß ein Stand hartnäckig unter seiner Quote blieb, damit nur nicht die ganze Steuer scheitere. Unvollkommenheit, Schwerfälligkeit und Kostspieligkeit waren die Kennzeichen der generalständischen Verfassung. Anstatt, wie es bei einer wahrhaft kollegialen Organisation gewesen wäre, einen einheitlichen Ausdruck des höchsten Willens der gesamten Landesgemeinde zu ermöglichen, wies sie alle Nachteile einer vielköpfigen, zerspaltenen und zwieträchtigen Versammlung auf. Die kleinste Minorität in ihr hielt alle anderen zurück, lähmte ihre Kraft und drohte jeden Augenblick die Staatsmaschine zum Stillstande zu bringen. Ein einziges negatives Votum bedeutete so viel wie eine Steuerverweigerung von dreizehn Provinzen.

Noch stärker jedoch wurde der Haß der Regierung gegen diese Institution geschürt, als sie merkte, daß man im Lande darnach trachtete, sie nach zwei Richtungen hin auszubauen, die auf eine offene Bedrohung der Autorität der Krone hinausliefen. Bisher hatten die Generallandtage staatsrechtlich nur die Bedeutung vorbereitender Deputiertenkongresse für die Steuerbewilligung gehabt. Seit den Tagen der Königin Maria von Ungarn aber und noch mehr nach dem Regierungsantritte Philipps II. machte sich eine Bewegung geltend, die auf eine verstärkte Zentralisation der ständischen Gewalt hinarbeitete. Nicht in der Weise, als ob man wahre, gesunde Verfassungsreformen erstrebt hätte, wie etwa die Umbildung der Generallandtage zu einer echten Landesvertretung durch Einführung der unbedingten Vollmachten für die Deputierten und des Majoritätsprinzipes bei gemeinschaftlicher Stimmenabgabe oder bei fest geschlossenen Kurien mit gesonderten Kollektivvoten. Die Pläne der Opposition waren ganz anderer Natur; sie faßte

selbst ihre Wünsche zusammen in dem doppelten Rufe nach „Union“ oder „Generalständen“ und nach Errichtung einer „Generalität“. Beide Forderungen standen in dem innigsten Zusammenhange; beide bedeuteten ein Gegenmittel gegen die absolutistischen Bestrebungen der Krone und zur Erhöhung der ständischen Macht gegenüber dem alles zu verschlingen drohenden Despotismus des spanischen Systems Philipps II.

Was bedeutete das Verlangen nach „Generalständen“ und nach „Generalität“? Jenes drückte aus das Streben nach einer anscheinend geringfügigen Änderung der ständischen Verfassung, dieses nach einer Reform der Verwaltung im ständischen Sinne. „Generalstände“ existierten ja bereits, wie wir sahen, indem die Deputierten der Stände von dreizehn Provinzen zu gemeinsamer Entgegennahme der königlichen Generalproposition bei Steuerforderungen sich versammelten. Die Opposition trachtete indes darnach, indem sie das Begehren nach „Generalständen“ auszusprechen nicht unterließ, etwas Neues zu erringen. Es war bisher, wie schon erwähnt wurde, üblich, daß die Deputierten auf den Generallandtagen nur solange zusammenblieben, bis die Generalproposition verlesen war; dann traten sie sofort auseinander, und jeder Stand beriet für sich, und gesondert verhandelte mit ihm die Regierung. Das sollte nunmehr anders werden. Man forderte, daß sich die Deputierten gemeinschaftlich über die Steuervorlagen der Krone beraten dürften. Schon unter der Regentschaft Marias von Ungarn hatten sie es durchgesetzt, die Erlaubnis dazu zu bekommen, und die Regierung hatte damit sehr schlechte Erfahrungen gemacht. Denn in dem Bewußtsein, daß sie hier nicht mehr einzeln stünden, sondern durch die Gesamtheit aller Stände gedeckt seien, daß sie nicht nur in ihrem eigenen Namen, sondern in dem des ganzen Landes, als dessen berufene Vertreter und Organe (freilich mehr im politischen als im staatsrechtlichen Sinne) aufträten, hatten die Deputierten bei diesen gemeinsamen Verhandlungen eine sehr kühne Sprache geführt. Und unter Philipp II. wiederholten sie eben diesen Wunsch; der König, damals mit Schulden überhäuft, ohne Mittel zur Beendigung des unter seinem Vater

entstandenen Krieges gegen Frankreich, nach einem Staatsbankerotte jedes Kredites bar, mußte sich, wenngleich schweren Herzens, zu diesem Zugeständnisse verstehen.

Es waren dies die berühmten „Generalstaaten" zu Arras und Valenciennes in den Jahren 1557 und 1558, als deren Ergebnis dem Könige eine Steuer von 800 000 Gulden jährlich auf 9 Jahre (l'aide novennale) bewilligt wurde. Durch Verkauf von Renten zum Fuße von 8⅓ % brachten die Generalstände sofort ein Kapital von 2 400 000 Gulden auf, das sie dem Könige für die Beendigung des Krieges zur Verfügung stellten. Acht Jahre lang sollten diese Renten im Gesamtbetrage von 200 000 Gulden für das einzelne Jahr laufen; weitere 300 000 Gulden sollten zum allmählichen Rückkaufe dieser Renten ($8 \times 300\,000 = 2\,400\,000$) verwandt werden. Es blieb dann noch von dem jährlichen Steuerertrage eine Summe von 300 000 Gulden übrig, die für die Besoldung des stehenden Heeres in Friedenszeiten bestimmt wurden; das reichte indes nur für die Kavallerie der Ordonnanzbanden, nicht auch für Infanterie. Dem Könige wurden so die Mittel geliefert, um den Krieg mit Frankreich zu Ende zu führen. Aber wie theuer hatte er sie erkaufen müssen! Auf den zahlreichen Tagfahrten, die der Bewilligung vorausgingen, und auf denen die Deputierten gemeinschaftlich verhandelten, war das gesamte System seiner äußeren und inneren Politik von den Deputierten einer schonungslosen Kritik unterworfen worden. Die Abgeordneten hatten im Namen der sämtlichen Niederlande als deren Repräsentanten der Regierung eine Anzahl von Beschwerden und Forderungen vorgetragen, von deren Abstellung und Gewährung sie die Steuer abhängig machten, und die ihnen der König bewilligen mußte, wenngleich er sie als schändliche Eingriffe in die Rechte und in die Autorität der Krone betrachtete. Nicht mit Unrecht meinte er, daß sich die einzelnen Stände, ohne des Rückhaltes auf die Gesamtheit sicher zu sein, niemals zu so ungemessenen Ansprüchen verstiegen haben würden. Aber was er als das Allerschlimmste empfand, die Deputierten hatten seine Notlage benutzt, um ihm den Verzicht auf die Verwaltung der neun-

jährigen Steuer durch die königlichen Finanzbehörden abzutrotzen. Sie hatten beschlossen, daß die Steuer nicht in die Kasse des Königs fließen dürfe, sondern daß rein ständische Beamte die Erhebung, Verwaltung und Verwendung der Steuererträge besorgen sollten. Zu diesem Zwecke schufen sie eine besondere vom König unabhängige, nur den Ständen unterstellte Organisation des Finanzdienstes für die neunjährige Steuer, bestehend aus Untereinnehmern in den Provinzen, aus Zahlmeistern und Musterschreibern für die Auszahlung des Soldes an die Truppen des Königs und endlich einer zentralständischen Behörde, die mit der obersten Leitung des Ganzen sowie der obersten Kontrolle beauftragt wurde, die sogenannte „Generalität", an deren Spitze der Antwerpener Bürgermeister Anton van Straelen als commis oder trésorier général der Generalstaaten stand. Daß ein Brabanter der Vorstand dieser neuen ständischen Verwaltung wurde, war freilich etwas, was die Stände der beiden anderen größten Provinzen, Flanderns und Hollands, mit bitterem Neide erfüllte. Sie protestierten dagegen von vornherein auf das Lebhafteste und meinten, daß das ihre Unterwerfung unter Brabant bedeute. Nur mit Mühe ließen sie sich schließlich überreden, zunächst ihren Widerspruch aufzugeben, und so konnte denn am 3. Mai 1558 die definitive Akte der Bewilligung der neunjährigen Steuer unterzeichnet und der Regierung ausgehändigt werden. Kaum war indes der Frieden wieder hergestellt, als sich Flandern und Holland wieder der „Generalität" entzogen. Der provinzielle Sondergeist war bei den Ständen eben stärker als der Einheitsgedanke, und doch konnte nur dadurch, daß dieser entschieden betont und kräftig durchgeführt wurde, diejenige Zentralisation und Organisation der ständischen Macht erreicht werden, die der Gewalt der Krone das Gleichgewicht zu halten vermochte.

„Generalstände" oder „Union", d. h. gemeinsame Verhandlung auf dem Generallandtage der 13 Provinzen, und „Generalität", d. h. ständische Verwaltung der Steuern unter einer obersten zentralständischen Behörde, — das waren die Hauptpunkte, welche die politische Opposition in den Niederlanden auf

ihr Programm gesetzt hatte. Dem stellte der König die Forderung entgegen, daß die „Autorität" der Krone unangetastet bleibe. Es verbarg sich hinter diesen Formeln der große Kampf zwischen Landesherrschaft und Ständen, wie er in allen dualistischen Ständestaaten jenes Zeitalters tobte: Die Tendenz des Königtums nach Vertilgung der alten genossenschaftlichen Freiheit, der korporativen Autonomie der Stände, nach Vernichtung des Landes als eines Gemeinwesens, nach Herstellung des rein obrigkeitlichen Staates, der absoluten Monarchie; auf der anderen Seite das Streben nach Wahrung und Mehrung der ständischen Freiheiten, Rechte und Gewalt, nach Errichtung eines Staatswesens, in dem die Macht bei den Ständen liege, für das die Krone gar keine oder nur noch eine reine formelle Bedeutung habe, das in Wahrheit eine aristokratisch regierte Republik wäre. Wenn das Königtum in diesen Stücken noch weiter nachgab, so beging es einen politischen Selbstmord, und das um so mehr, als selbst der augenblickliche Gewinn, den es sich aus der Gewährung der „Union" und der „Generalität" versprechen durfte, nämlich für die Steuerbewilligung, ein sehr zweifelhafter war. Denn wenn der König auch fernerhin die gemeinsame Tagung der Generalstände gestattete, so mußte sich eben das wiederholen, was die Beispiele aus der Zeit Marias von Ungarn lehrten, und was sich soeben in den Jahren 1557 und 1558 ereignet hatte: es war vorauszusehen, daß die Deputierten die schärfste Kritik an der Regierungspolitik üben, daß die Gesamtheit vor dem Volke eine Sprache führen und der Krone Bedingungen vorschreiben würde, für die den einzelnen der Muth fehlte. Und selbst wenn der König alle die Bedingungen erfüllte, die man ihm auferlegte, so konnte er bei dem Mangel jeglichen Majoritätsprinzipes und unbeschränkter Vollmachten der Deputierten noch nicht sicher sein, ob nicht alle seine Opfer und Zugeständnisse fruchtlos sein würden, da die so nötigen Geldbewilligungen schließlich doch nicht so leicht zustandekommen konnten. Welche Verlegenheiten erwuchsen ihm erst daraus, wenn die zentralständische Verwaltung auch auf die kommenden Steuern erstreckt wurde? Schon der Zwist zwischen den einzelnen

Provinzen machte diese Einrichtung unbrauchbar. Die Regierung machte in dieser Hinsicht bei Gelegenheit der neunjährigen Steuer die traurigsten Erfahrungen. Holland und Flandern sagten sich aus Eifersucht gegen Brabant von der „Generalität" los, und nun drohten die Brabanter, ihre Quote an der Steuer nicht mehr zu erlegen, falls nicht die Regierung die Holländer und Flanderer zum Wiedereintritte zwänge. Diese aber hatte dazu weder Macht noch Mittel. Die Folge davon waren für sie ärgerliche Verlegenheiten: Die Brabanter wollten ihre Jahresbeiträge nicht mehr entrichten, und mußten dazu immer erst jedesmal besonders mit Mühe und Noth durch gütliches Zureden bewogen werden. Es kam vor, wie wir bereits erwähnten, daß die Stände nur unter der Bedingung bewilligten, daß der König, falls ein Stand nicht seine herkömmliche Quote auf sich nehmen könne, den Fehlbetrag zuschieße, daß er ferner die Einbuße trage, die durch etwaige Rückstände erwachse. Wenn nun die Stände die Steuerverwaltung in der Hand behielten, dann mußte die Regierung, in deren Kassen stets eine unergründliche Leere gähnte, noch baares Geld an die ständische Administration herauszahlen. Das größte Übel indes war: die staatliche Finanzwirtschaft jener Zeit war eine Kreditwirtschaft, wie sie ihr Gegenstück in der Weltgeschichte nicht finden dürfte; sie lebte rein von den Schulden, die sie merkwürdigerweise trotz aller Staatsbankerotte immer noch aufzunehmen Gelegenheit fand. Das königliche Domanium war bereits bei weitem überlastet; falls nunmehr auch die Steuern regelmäßig nicht mehr in die königlichen Kassen flossen, dann hatte der Kredit der Krone jede Grundlage verloren und war vernichtet. Die Staatswirtschaft stand dann vor ihrem Ende, das Königtum verlor jeden finanziellen Halt und sah vor sich seinen und, wie es meinte, auch des Staates unausbleiblichen Untergang.

Nie und nimmer konnte daher der König in die Forderungen der Opposition willigen. Er wußte wohl, was er für seine Autorität auf das Spiel setzte, wenn er sich beugte. Und es verstand sich von selbst, daß er von seinem Generalstatthalter die Einsicht in die Notwendigkeit seiner Weigerung, kräftige

Vertretung derselben und eine feste Haltung gegenüber dem Ansturme der ständischen Opposition verlangen mußte. —

Nicht minder gewichtig als die politischen Probleme waren die religiöser Art, die zur Zeit des Beginnes der Statthalterschaft Margarethas für die Niederlande in Betracht kamen. Noch stand hier scheinbar die katholische Kirche da als eine gewaltige Macht. Vom Staate gestützt, schien sie alles Ansturmes der neuen Lehren zu spotten, und Schwert und Feuer drohten den kühnen Revolutionären, die gegen ihre geistliche Alleinherrschaft anzukämpfen wagten. Unzählige Klöster, Stifter und Kirchen, mit unermeßlichen Besitzungen und Einkünften ausgestattet, erhoben sich in den Städten, wie auf dem platten Lande. Ein großer Teil der Bevölkerung stand in sozialer und rechtlicher Abhängigkeit vom Klerus als Hintersasse der geistlichen Anstalten, als ihr Rentenschuldner, oder als ihrer direkten Jurisdiktion unterworfen. Noch größer war die Gewalt, die sie immer noch über die Gemüter ausübte. Ein venetianischer Beobachter um die Mitte des 16. Jahrhunderts rühmt die große Frömmigkeit der Niederländer. Sie geben Almosen und veranstalten fast alle Sonntage in ihren Kirchen Prozessionen; auch finden sich bei ihnen viele Brüderschaften, und fast jedes Haus hat einen Altar. Mit welchem Eifer wachten der gesamte Klerus, die Regierung, die Universität zu Löwen und die Inquisition in einzelnen Provinzen über die Erhaltung der alten Religion!

Trotz seiner glänzenden äußeren Machtstellung hatte der Katholizismus ungeheuer unter den heimlichen Angriffen des Protestantismus zu leiden. Seine Grundfesten wurden unterhöhlt durch die stille, aber unverdrossene Minierarbeit der protestantischen Sekten. Als Luthers Lehre zuerst in den Niederlanden bekannt wurde, wie schnell und allgemein fand sie da Eingang; wie erschien sie denen, die an den herrschenden Mißbräuchen in der alten Kirche Anstoß nahmen, die nach einer tieferen und reineren Auffassung von Gottes Wort dürsteten, als das wahre Evangelium! Es gab damals eine Zeit, in der die nördlichen Niederlande dem Luthertume und dem Anabaptismus zu verfallen drohten. Nur der Entschlossenheit der Regierung, ihrer eisernen

Festigkeit war es zuzuschreiben, daß hier noch einmal die alte Kirche triumphierte; sahen doch die Niederlande die ersten Blutzeugen für die Kraft und die Wahrheit des Evangeliums. So vortrefflich arbeitete die Inquisition Karls V. in den ersten Jahrzehnten des 16. Jahrhunderts, daß die Ketzerei, wie mächtig sie auch zuerst überhand zu nehmen drohte, in der That so gut wie unterdrückt wurde. Durch eine Anzahl geschickt gewählter Hinrichtungen wußte sie Furcht und Entsetzen zu verbreiten. Nur in Amsterdam und den nördlichen Provinzen erhielten sich in tiefem Geheimnisse eine Menge von Wiedertäufern. Es hat nicht den Anschein, als ob die Inquisition in der zweiten Hälfte der Regierungszeit Karls V. eine große Thätigkeit entwickelte oder zu entwickeln für nötig befunden hätte. Man liest mitunter, die Plakate des Kaisers gegen die Abtrünnigen hätten in Holland und Seeland bis 1546 an die 30000 und überhaupt während der Regierungszeit des Kaisers an die 50- bis 100000 Opfer dahingerafft. Das sind arge Übertreibungen. Es ist neuerdings nachgewiesen worden, daß die Zahl der wegen Ketzerei zum Tode geführten Personen in den Niederlanden schwerlich sich über zweitausend erhoben hat.

Eine Änderung in diesen Verhältnissen vollzog sich erst wieder um die Mitte des Jahrhunderts. Von Genf aus verbreitete sich mächtig über ganz Frankreich die calvinistische Bewegung, und schon drang sie von Nordfrankreich aus in den südlichen Provinzen der Niederlande ein. Dazu trug einmal die laue Aufsicht bei, welche die Behörden ausübten; dann erleichterte auch der Krieg, der damals mit Frankreich geführt wurde, und der alle Kräfte der Regierung anspannte und in Anspruch nahm, das Vordringen des Calvinismus. Auch die Lutheraner und Wiedertäufer rührten sich wieder und trieben neue Propaganda; ihre Zahl vermehrte sich gerade damals stark. Durch die Handelsbeziehungen der Niederlande wurde der Einführung der protestantischen Lehren von Frankreich, England und Deutschland aus großer Vorschub geleistet. Immer mehr schwang sich aber der Calvinismus zur herrschenden Form des Protestantismus im Lande empor. Er vermochte eine ganz

andere Anziehungskraft und auch Widerstandskraft zu enthalten als das Luthertum mit seiner Lehre, daß man der Obrigkeit bei ihrem Vorgehen gegen Andersgläubige nur einen passiven Widerstand entgegensetzen dürfe. Sein demokratischer Charakter, die Verlegung des Schwerpunktes der kirchlichen Organisation in die Gemeinde verschafften ihm gerade bei den unteren Volksklassen eine große Popularität, und das war eine große Gefahr für die Regierung, da dieser Teil der Bevölkerung ohnehin schon von alters her zu Ausschreitungen und Unruhen neigte. Tournay und Valenciennes an der französischen Grenze, sowie Westflandern waren die Hauptsitze des Calvinismus, desgleichen Antwerpen, wo es allerdings auch viele Lutheraner gab. In den mittleren und nördlichen Provinzen, zumal an der deutschen Grenze, gehörten die Ketzer weniger der calvinistischen Richtung an, als vielmehr dem Luthertume und auch dem Anabaptismus.

Gewöhnlich überschätzt man die Ausdehnung der protestantischen Bewegung. Zustände, wie in Limburg, wo sich beim Ausbruche der Unruhen herausstellte, daß die entschiedene Mehrheit der Bevölkerung den neuen Lehren zugethan war, waren doch sehr selten. Über höchstens nennenswerte Minoritäten, die das, was ihnen an Stärke fehlte, durch Entschlossenheit und bald auch durch eine feste Organisation ersetzten, gelangten die Protestanten in den Städten nicht hinaus, selbst in den Hauptstädten. Als sie sich im Jahre 1566 aus dem schützenden Dunkel an das Licht der Öffentlichkeit hervorwagten, fanden ihre Predigten einen großen Zulauf. Aber die Zahl der Teilnehmer an den Predigten war nicht identisch mit derjenigen der festorganisierten Gemeindegenossen; sondern diese bildeten nur den Kern, um den sich eine Anzahl von Neugierigen und Halbentschlossenen scharte. Viele freilich von denen, deren Herz sich den Neuerungen zugewandt hatte, zogen es aus Besorgnis um ihre persönliche Sicherheit vor, sich in das Ausland zu flüchten, ohne doch deshalb den Zusammenhang mit dem Vaterlande ganz aufzugeben. Sie bildeten gleichsam die Reserve ihrer heimischen Gesinnungsgenossen, jeden Augenblick bereit, falls ihnen der Zeitpunkt günstig erschien, zurückzukehren und sich zu erheben. Emden,

Bremen, Wesel, Köln, Frankfurt, die Kurpfalz, Straßburg und Metz, Sedan und die Pikardie waren angefüllt mit niederländischen Exulanten, die hier ganze Gemeinden bildeten und sich ständige Prediger hielten. Seit dem Regierungsantritte Elisabeths wählten sie mit Vorliebe England als Zufluchtsort; allein in London und Sandwich weilten sie in der Anzahl von 18—20 000 Personen. Die englische Regierung nahm sie gern auf; brachten sie doch mit sich die Kenntnis und Übung der hochentwickelten Technik der flandrischen Textilindustrie. Jedenfalls lag in diesen das ganze Land wie ein Gürtel umschlingenden Kolonien von Verbannten, die mit der Heimat in ununterbrochener Verbindung standen, die des Schutzes der benachbarten Fürsten und Glaubensgenossen gewärtig sein konnten, die nur eines Winkes bedurften, um sich die Rückkehr mit Gewalt zu erzwingen, eine sehr starke Bedrohung der Kirche und der Regierung in den Niederlanden.

Um den Ansturm der Ketzer abzuwehren, war die Kirche angewiesen auf ihre innere Kraft und auf die Hilfe des Staates. Nicht als ob nicht auch innerhalb der niederländischen Kirche die Tendenzen innerer Reform sich geltend gemacht hätten, die in jener Epoche zu einer Regeneration des Katholizismus führten, — eine kräftigere Stütze jedenfalls fand der alte Glauben in von der staatlichen Gewalt verhängten Zwangsmaßregeln gegen diejenigen, die in ihm wankten, in der Einrichtung der Inquisition und in den Plakaten. Die „Inquisition" als ein selbstständig neben den Bischöfen als den ordentlichen Hütern der Glaubensreinheit in ihren Sprengeln bestehendes, dem Papste unmittelbar unterstelltes Tribunal zur Verfolgung der Ketzereien war in den Niederlanden bereits im Mittelalter bekannt und in Übung. Bald nach dem Reichstage von Worms gab ihr Karl V., um sein Land von der Ansteckung durch die lutherische Ketzerei zu bewahren, eine neue Organisation, durch die das Institut zugleich in eine weitgehende Abhängigkeit von der Staatsgewalt geriet. Zuerst setzte er mit päpstlicher Genehmigung einen weltlichen Inquisitor ein, später eine Anzahl von geistlichen Inquisitoren, denen Subdelegierte für die einzelnen

Provinzen beigegeben wurden. Ihre Obliegenheiten bestanden in der Aufspürung von Häretikern und Übertretern der staatlichen Religionsgesetze zur Erhaltung der Einheit des Glaubens im Lande, der sogenannten „Plakate" oder „Edikte", die der Kaiser seit dieser Zeit immer wieder von neuem erließ. Sie hatten nur die Untersuchung zu führen und insbesondere zu prüfen, ob der Angeklagte sich gegen das Dogma vergangen habe; das Urteil wurde dann auf Grund des von ihnen ermittelten und vorgelegten Belastungsmateriales vom ordentlichen Richter oder von Spezialkommissionen gefällt, die zumeist aus Mitgliedern der Provinzialhöfe zusammengesetzt waren. In den Jahren 1546 und 1550 wurden die Instruktionen der Inquisitoren revidiert und erneuert. 1550 publizierte Karl V. auch noch ein neues Plakat, durch das alle früheren Religionsedikte als ungültig erklärt und jede Art der Ketzerei, Begünstigung von Ketzern, Kauf und Verkauf häretischer Bücher mit Todesstrafe und Vermögensverlust bedroht wurden: wer sich bekehrte, sollte zum Tode durch das Schwert begnadigt werden, während die Verstockten dem Feuertode verfielen. Als Philipp II. seinem Vater folgte, beschränkte er sich darauf, die Instruktion für die Inquisitoren und das Plakat von 1550 einfach zu bestätigen, und zwar auf den Rat Granvellas, der ihn davor warnte, durch Neuerungen das Odium der Unpopularität auf sich zu laden. Um so entschiedener aber hielt er an dieser Erbschaft des Vaters fest.

Zweifelsohne war es nur dem Umstande zuzuschreiben, daß sich die Staatsgewalt vollständig mit den Interessen der Kirche einverstanden erklärte, wenn ihre Autorität im großen und ganzen noch im Lande respektiert wurde. Indem nun die Kirche ihren Fortbestand im wesentlichen der Hilfe des Staates zu verdanken hatte, ließ es sich nicht vermeiden, daß dieser einen großen Einfluß auf ihre inneren Angelegenheiten gewann, und daß die Kirche andererseits den Preis für den Schutz, der ihr gewährt wurde, mit einer weitreichenden Abhängigkeit vom Staate zu bezahlen hatte. Die Tage der mittelalterlichen Theokratie waren in den Niederlanden längst gezählt. Schon die burgundischen

Herzöge hatten darnach gestrebt, das System der Theokratie durch das des Staatskirchentumes, die Herrschaft der Kirche über den Staat durch die des Staates über die Kirche zu ersetzen. Die habsburgischen Herrscher, zumal Karl V., beharrten in diesen Bahnen. Den allen Voraussetzungen einer geordneten staatlichen Rechtspflege spottenden Übergriffen der geistlichen Gerichtsbarkeit, die Verbrechen, wie Mord und Raub, vor ihr Forum zogen, wurde ein Ende gemacht. Die Exemtion der Kleriker vom staatlichen Gerichtsstande wurde nach Möglichkeit beschränkt. Karl V. erwirkte beim Papste einen Indult für die Besetzung der Abteien und vornehmsten Pfründen, d. h. es hörte die freie kanonische Wahl der Konvente auf, und an deren Stelle trat das unbeschränkte Ernennungsrecht des Königs. Der höhere Klerus verlor damit ein gutes Teil seiner unabhängigen Stellung gegenüber der Krone, und wurde zu deren gefügigem Werkzeuge herabgedrückt. Auch der Episkopat sollte der unbedingten Herrschergewalt des Königs unterworfen werden. Bisher hatte es in den niederländischen Provinzen drei Bistümer gegeben: Arras, Utrecht und Tournai. Sämtliche drei Bistümer hatten weitausgedehnte Sprengel; sie sollten nunmehr ihrer alten Bedeutung beraubt werden, indem sie in eine Anzahl von kleineren Sprengeln zerstückelt wurden, und indem zugleich die Ernennung der neuen Bischöfe dem Könige vorbehalten bliebe. Erst unter Philipp II. wurde mit der Verwirklichung dieses Planes Ernst gemacht. Die Bischöfe in ihren kleinen Sprengeln wurden dadurch völlige Kreaturen der Regierung, die wieder durch ihre Vermittelung das gesamte kirchliche Leben beherrschte. Nehmen wir noch hinzu, daß die Inquisition, wenngleich sie den Charakter einer „päpstlichen“ führte, in der Hauptsache als eine Funktion der Staatsgewalt zu betrachten war, und daß das königliche Placet zu einer in die kleinsten Details der kirchlichen Verwaltung eingreifenden staatlichen Bevormundung ausgebildet wurde, so haben wir die wichtigsten Züge in dem Bilde des niederländischen Staatskirchentumes jener Periode angedeutet.

So war Kirche und Klerus in den Niederlanden mit Einschluß des Episkopates unter die ausgedehnteste staatliche

Kontrolle gestellt, und zwar mit Genehmigung der Kurie. Leicht genug konnte sich diese dazu verstehen. Denn dafür versprach ihr der Staat alle Kraft zur Erhaltung des alten Dogmas einzusetzen, und das erschien ja damals als das Nötigste und ohne die Hilfe der weltlichen Obrigkeit überhaupt unerreichbar. Konnte doch die Kurie sogar den Klerus in dieser Hinsicht nicht immer als unbedingt zuverlässig erachten; um so weniger brauchte sie Bedenken dagegen erheben, der staatlichen Macht eine so weitgehende Herrschaft selbst über die Geistlichkeit und die innere kirchliche Organisation einzuräumen. Und in der That, die Kirche durfte zufrieden sein mit dem Schutze, den ihr Dogma beim Königtum fand. Unbesorgt durfte sie ihm die Obhut über ihre durch das Aufkommen des Protestantismus gefährdeten Interessen anvertrauen. Denn niemals hat es Könige gegeben, die sich so unbedenklich und rücksichtslos, so glaubensstark und eifrig in den Dienst der katholischen Idee gestellt hätten, wie die spanischen Könige seit Kaiser Karl V. Die Wiederbefestigung der Herrschaft der dogmatisch-transcendenten Idee des Katholizismus über allen anderen Lebenszwecken und Interessen des Einzelnen, des Staates und der Gesellschaft: das war der geistige Inhalt jener Bewegung, die in Spanien gegen das Ende des Mittelalters im Kampfe wider die Mauren erwachsen war, jener sich damals hier vollziehenden Regeneration des Katholizismus, der im übrigen Europa so stark verweltlicht war. Nichts Neues wurde dadurch dem Wesen des Katholizismus hinzugefügt, sondern diese Bewegung bedeutete nur die Rückkehr zu dessen ureigensten, innersten Prinzipien, und eben daher konnten an sie im Zeitalter der Kirchentrennung die Tendenzen der Gegenreformation in ganz Europa anknüpfen.

Mit Begeisterung und mit einer starren, blutigen Konsequenz stellte sich das spanische Volk, voran seine Herrscher, als der Kampf zwischen den Anhängern des alten und des neuen Glaubens durch ganz Europa hindurch entbrannte, in den Dienst der katholischen Idee, und nirgends war die Gelegenheit zum Einschreiten günstiger, als in den Niederlanden, deren Herrin ja die spanische Krone war. Vor dem transcendenten

Ziele der Menschheit und vor der Alleinherrschaft des Dogmas, durch das allein jenes Ziel erreichbar erschien, mußten alle anderen menschlichen Interessen zurücktreten: Eigentum, Freiheit und Leben des Einzelnen, die Bande der Familie, Volkswirtschaft, Kunst, Wissenschaft und Politik, alles dies hatte nur einen bedingten Wert gegenüber dem religiösen Zwecke; wenn dieser es erforderte, so mußten sie bedingungslos und ohne Besinnen geopfert werden. Wie oft hat Philipp II., in dem die katholische Idee ungleich stärker lebte, als in seinem Vater, der darin eben mehr Spanier war, als Karl V., nachdrücklich betont, dem Interesse der Religion zu Liebe müsse Alles ohne Zaudern preisgegeben werden. Nicht daß er nicht in seiner Weise dafür besorgt gewesen wäre, daß seine Lande in wirtschaftlicher Blüte stünden; aber wäre der Wohlstand nur unter der Gefährdung des alten Dogmas möglich gewesen, so hätte er keinen Augenblick gezögert, seine Völker zu ruinieren. Die Bedeutung der Niederlande, zumal Antwerpens, für den Handel bestand darin, daß sie gleichsam der Rendezvous-Platz für die Kaufleute der anderen Nationen waren. Da aber ein großer Teil dieser fremden Kaufleute, zumal die Engländer, Franzosen und Deutschen, Ketzer waren, sah der König nur ungern, daß sie nach Antwerpen kamen. Am liebsten wäre es ihm gewesen, wenn sie fortblieben: wären dann auch seine Länder verödet, so wären doch seine Unterthanen vor dem Gifte der Ansteckung bewahrt geblieben. Wie oft hat er versichert: lieber wolle er das ganze Land verlieren, als dulden, daß es dem Glauben der Väter untreu würde; denn das würde er vor Gott und seinem Gewissen nicht verantworten können. Nahm er doch keinen Anstand, den Ständen seines Landes öffentlich zu erklären: kein Privileg, so stark es auch sei, dürfe gelten, wenn es seiner religiösen Politik im Wege stünde, »cum summa sit ratio, quae pro religione facit, et salus populi suprema lex sit«. Die Wohlfahrt des Volkes aber, wie er sie hier verstand, das war nicht dessen irdisches Glück, sondern das ewige Heil, das nur durch die treue Befolgung des Glaubensbekenntnisses der alten Kirche erwirkt werden könne, und vor diesem transcendent-dogmatischen

Zwecke, vor der religiösen Idee in der Gestalt, wie sie ihn beherrschte, hatten alle Rücksichten zu schwinden, alle anderen Interessen in den Hintergrund zu treten: das Jenseits im Sinne der katholischen Lehre war die eigentliche Bestimmung seiner Völker, und er hatte sie ihr entgegenzuführen, müßte er auch dafür Tausende dahinschlachten, verlöre er auch darüber Land, Leute und Leben.

Ein ausgeprägtes staatskirchliches System, dessen Zweck in der absoluten Durchführung der katholischen Idee bestand, wie sie in Spanien zuerst wieder in ihrer ganzen Reinheit und Vollständigkeit erfaßt worden war: das war demnach der herrschende kirchliche Zustand in den Niederlanden um die Mitte des 16. Jahrhunderts. Dagegen erhob sich nun im Lande ein dreifacher Widerspruch; zunächst natürlich seitens derjenigen, die das alte Dogma leugneten und den verschiedenen Richtungen des Protestantismus anhingen. Aber noch waren sie an Zahl zu schwach, auf die unteren Kreise der Bevölkerung beschränkt, in sich selbst zersplittert und gegen einander feindlich gesinnt, realer Machtmittel und selbst einer festen Organisation noch entbehrend. Es traf sich indes gut für sie, daß das System der Regierung noch von anderer Seite bekämpft wurde, nämlich von denjenigen, die sich den absolutistischen Bestrebungen des Königtums widersetzten und auf die Erhaltung und Vermehrung der Freiheiten und der Macht der Stände als der Vertretung des Landes hinarbeiteten. Dieser ständischen Opposition war die Erhöhung der Gewalt der Krone durch die neuen Errungenschaften ihres staatskirchlichen Systemes ein Dorn im Auge. Zu ihr gehörte selbst ein Teil des Klerus, vornehmlich die alten Kapitel und Konvente, die sich im Besitze ihrer Rechte und ihrer Selbständigkeit bedroht sahen, denen die Krone die kanonische Wahl geraubt hatte, und die sich nur mit Widerwillen der beständigen Kontrolle der Regierung unterwarfen. Zumal in den ersten Jahren der Regierung Philipps II., als dieser die Pläne seiner Vorgänger behufs Zerteilung der Diözesen wieder aufnahm, gewann dieses Element der Opposition an Bedeutung. Die dritte, und zwar die zahlreichste und damals noch wichtigste

Gruppe der Widerstrebenden umfaßte endlich alle diejenigen, welche zwar für ihre Person nicht daran zweifelten, daß nur die Befolgung des katholischen Dogmas dem Menschen die Erreichung seines transcendenten Zieles sichern könne, die es aber ablehnten, für ihr Verhalten in Staat und Gesellschaft alle diejenigen Konsequenzen aus dem katholischen Prinzipe zu ziehen, wie das Philipp II. und das spanische Volk thaten. Sie waren insbesondere nicht damit einverstanden, der Religion eine alle übrigen Gebiete des menschlichen Lebens dominierende Stellung zuzuweisen.

Eben in dieser Weigerung, sich so unbedingt in den Dienst der katholischen Idee zu stellen, wie das der Herrscher wünschte und befahl, unterschied sich der Charakter des niederländischen und spanischen Volkes. Die große Mehrzahl der Bevölkerung wollte wohl, was ihre persönliche Überzeugung anging, beim katholischen Dogma verharren. Nicht anders glaubten sie, ihr Heil wirken zu können, als indem sie im alten Glauben lebten und stürben. Aber sie waren nicht gewillt, dem Alles verschlingenden Dogma alle ihre Gefühle, wirtschaftlichen, sozialen und politischen Interessen zu opfern. Sie wehrten sich dagegen, wenn Philipp ihr Land in den Rahmen seiner katholischen Weltmachtpolitik spannen wollte. Was ging es sie an, ob in Frankreich die Königin-Mutter, die Guises oder Condé mit seinen Genossen den jungen König und sein Reich beherrschten, wenn nur das Heimatland gedieh und sich von den schweren Wunden erholte, die ihm in den letzten Kriegen geschlagen waren? Es empörte sie, daß das Verhältnis zu England getrübt, daß die wirtschaftliche Blüte ihres Vaterlandes geknickt, daß die fremden Kaufleute, auf deren Verkehr die Bedeutung des niederländischen Handels beruhte, ferngehalten werden sollten, nur damit nicht etwa in ihrem Gefolge ketzerische Meinungen eingeschleppt würden. Sie fanden es schimpflich, daß ihre Brüder, Freunde und Landsleute in den Kerker, auf das Schafott oder auf den Scheiterhaufen geschleppt würden, weil sie sich erdreisteten, Gott anders zu verehren, als Kirche und Staat das vorschrieben, und noch viel unerträglicher dünkte es ihnen, daß sie dabei selbst

die Hand mit anlegen, als willenlose Werkzeuge die Gebote einer ihnen innerlich fremden Gewalt ausführen mußten. Dem nachspürenden Inquisitor die Thüre zu öffnen, die nächsten Blutsverwandten ihm auszuliefern, gegen sie Zeugnis abzulegen, um nicht selbst der Strafe zu verfallen, das waren Zumutungen, gegen die sich ihr Stolz, ihre Pietät und ihr Freiheitssinn aufbäumten. Man glaube nicht, daß sie sich selbst darum als schlechte Katholiken fühlten. Sie meinten eben, den Geist einer gewissen Duldung und die Beachtung auch der übrigen als der konfessionellen Interessen mit dem Heile ihrer Seele vereinigen zu können. Ihre gesunde, realistische Denkungsart schreckte zurück vor allen den fürchterlichen Konsequenzen aus dem einseitigen Streben nach absoluter Verwirklichung einer religiösen Idee, die den Schwerpunkt des menschlichen Daseins in das Jenseits rückte, und die den dogmatischen Voraussetzungen zur Erreichung dieses transcendenten Zieles alles und jedes im Diesseits zum Opfer zu bringen verlangte.

Gewiß war dies eine Halbheit, die sich mit einer strengen Auffassung des katholischen Prinzipes nicht vertrug. Aber wie tief begründet liegt diese Halbheit doch in der menschlichen Natur, und wie tief vor allem wurzelte sie in dem Charakter des niederländischen Volkes! Sie scheuten den Widerspruch gegen das katholische Dogma, da sie meinten, sie müßten dadurch den Anspruch auf das Heil im Jenseits verscherzen. Dennoch wollten sie sich im Diesseits von den Forderungen des katholischen Prinzipes, wo diese störend an sie herantraten, nicht beherrschen lassen. So wollten sie das Diesseits heiter und zwanglos genießen, ohne doch auf das Heil zu verzichten, das ihnen ihre Kirche für das Jenseits versprach. Es war das eine Strömung innerhalb des Katholizismus, wie sie immer wieder, solange dieser besteht, zu Tage getreten ist, und sich immer wieder geltend machen wird, die aber von der strengen Richtung und, vom Standpunkte des katholischen Prinzipes aus betrachtet, nicht mit Unrecht als ein Abfall von dessen eigentlichen Grundsätzen bezeichnet, und die daher, falls die Mittel der Macht es erlauben, mit Gewalt als ein verabscheuungswürdiges Beginnen unter-

drückt werden muß. Denn ihre Grundlage ist ein Moment des Individualismus, das sich nicht mit dem Autoritätsprinzipe der Kirche verträgt. Sie mag dem natürlichen Empfinden des Einzelnen oder auch eines ganzen Volkes zur Ehre gereichen, bedeutet aber eine Auflehnung gegen die kirchliche Norm. Nicht der Einzelne ist ja befugt, zu binden und zu lösen, sondern allein die Kirche als die objektive Heilsanstalt, gestiftet zur Vermittelung der göttlichen Gnade an die Menschheit.

Von dieser milderen Auffassung des Katholizismus aber waren so ziemlich alle Klassen der niederländischen Gesellschaft ergriffen. Durchaus richtig charakterisierte Granvella einmal die Stimmung im Lande, indem er an Philipp schrieb: Die Sache stehe jetzt so, daß es zwar noch viele gutgesinnte Katholiken, aber auch noch viele andere gebe, die das nicht seien; noch größer indes sei die Zahl derjenigen, auf die kein Verlaß sei und die wankelmütig wären; denn das Volk sei neuerungssüchtig, und die Gemüter seien entfremdet. Unzuverlässig und schwankend mußten dem ganz in dem Ideenkreise seines Königs aufgehenden Kirchenfürsten alle diejenigen erscheinen, die der Opposition innerhalb des Katholizismus selbst angehörten. Und deren gab es genug, nicht nur beim niederen Volke. In den Schichten der Beamten und des gebildeten Bürgertums lebte der aller Gewalt und Verfolgung abholde Geist gemäßigter erasmischer Denkungsart. Es gab selbst eine Richtung innerhalb der katholischen Theologie, die diese Traditionen pflegte, — die Vermittelungstheologie des Georg Kassander, eines geborenen Niederländers. Es war die Lehre von der allgemeinen Kirche Christi, von der die römische nur ein Glied sei, und zu der auch diejenigen Protestanten gehörten, die, wenngleich getrennt in Dogma und Formen des Gottesdienstes, doch ihre katholischen Brüder wahrhaft liebten und das apostolische Glaubensbekenntnis als die Grundlage ihrer religiösen Anschauungen anerkännten. Ähnliche Ansichten fanden in den Niederlanden leichten Eingang und weite Verbreitung. Zumal Mitglieder der höchsten Aristokratie, der Graf Hoorne, der Marquis von Bergen-op-Zoom, Egmont und vorübergehend selbst Oranien standen unter ihren Einflüssen.

Volk und Adel meinten einstimmig, nicht mit der Ketzervertilgung, sondern beim Klerus müßten die Versuche zur Verbesserung der kirchlichen Zustände einsetzen. Grausige Szenen bei den Hinrichtungen schürten die Erbitterung gegen den erbarmungslosen Glaubenseifer der Regierung und riefen gelegentlich maßlose Ausbrüche der Volkswut hervor.

Am hinderlichsten freilich für die Verfolgung ihrer Religionspolitik wurden der Regierung der aktive und passive Widerstand der ständischen Gewalten und der mittleren und unteren Behörden in den einzelnen Territorien. Schon Karl V. mußte es erleben, daß sich teils die Stände mancher Provinzen gegen die von ihm angeordnete Einführung der Inquisition widersetzten, teils daß ihm die Beamten dabei ihre Mitwirkung versagten. Luxemburg, Groningen und Geldern wußten unter Berufung auf ihre Privilegien die Inquisition von sich abzuwehren, desgleichen Brabant, wo sie allerdings zuerst sehr kräftig ihres Amtes gewaltet hatte. Philipp II. ernannte zwar 1560 neue Generalinquisitoren; aber auch unter ihm gelang es der Inquisition nicht, eine nennenswerte Thätigkeit zu entfalten. Nur in Flandern entwickelte der Subdelegierte Peter Titelman eine eifrige Wirksamkeit; thatkräftig wurde er aber in dem, was er für seine Pflicht hielt, nur von der obersten flandrischen Behörde, dem Provinzialhofe, unterstützt, während ihm die unteren Behörden und Richter auf Schritt und Tritt Schwierigkeiten in den Weg legten. Hie und da griff er einige Ketzer heraus und überlieferte sie dem Richter. Aber diesem war es lieber, wenn er die Gefangenen wieder laufen lassen konnte, und konnte er es nicht vermeiden, die Verurteilung auszusprechen, so that er es nach langem Zögern, mit Unwillen und innerem Widerstreben. Und in Flandern that wenigstens noch der Provinzialhof seine Schuldigkeit; in anderen Provinzen zeigte auch diese Behörde die höchste Lässigkeit und Saumseligkeit in der Ausführung der Plakate. Alle Vorwürfe, gelinde und scharfe, seitens des Königs blieben dagegen fruchtlos. Die Beamten fürchteten sich, die Sektierer zu verhaften, und noch mehr, sie zu verurteilen. Überall boten die Privilegien der Provinzen und der Städte, die Haltung der

Gerichte und Behörden und endlich die mangelhafte Organisation der niederländischen Inquisition selbst dem Vorgehen der Regierung gegen die Ketzer einen unüberwindlichen Widerstand.

Wie gerne hätte Philipp den Geist, der ihn und die spanische Nation beseelte, dem niederländischen Volke eingehaucht! Aber allzugroß waren die Verschiedenheiten in dem gesamten Volkscharakter. Nichts fürchtete man in den Niederlanden mehr, als etwa die Einführung der spanischen Inquisition. Hat sich Philipp II. in der That mit dem Plane getragen? Er hat einmal geäußert, er denke daran um so weniger, als die päpstliche Inquisition, wie sie in den Niederlanden bereits bestehe, weit schonungsloser sei als die in Spanien. Etwas Wahres liegt in diesen Worten, wenn sie auch keineswegs buchstäblich aufzufassen sind. Gewiß, wenn sein Vorhaben der Vermehrung der Bistümer verwirklicht wurde, so erreichte er seinen Zweck ohne einer Verpflanzung der spanischen Inquisition zu bedürfen. Das Land zerfiel dann in eine Anzahl kleiner Diözesen, die von dem Sitze des Bischofs aus leicht zu überwachen waren. Dann brauchte nur der — nunmehr ganz von der Staatsgewalt abhängige — Bischof in Mitwirkung mit seinem Kapitel die ihm zustehende ordentliche Inquisitionsgewalt streng und straff zu handhaben. Die Regierung mußte darob wachen, daß die ordentlichen Gerichte gehörig ihre Pflicht erfüllten, lässige Beamte entsetzen und dafür sorgen, daß nur glaubensstarke und verfolgungseifrige Katholiken für die Magistrate und Richterstellen ernannt würden. Dann erreichte Philipp auch so das Ziel, das ihm vorschwebte, die staatskirchliche Vollgewalt und vermittelst dieser die Erhaltung der religiösen Einheit in den Niederlanden. Freilich durften Schwert und Feuer dabei nicht gespart, aller anderen Interessen und Rücksichten dabei nicht geachtet werden.

Aber gerade das war es ja, was die Niederländer in ihrer überwiegenden Mehrheit, die Katholiken mit eingeschlossen, nicht leiden wollten. Sie wollten der katholischen Idee nicht jene dominierende, alles überwältigende Stellung eingeräumt wissen, wie sie das Ziel des spanischen Königs und der spanischen Nation war. Indem sich das Geschrei gegen die

spanische Inquisition erhob, traf der Volksinstinkt, wiewohl er in der Form fehlte, doch in der Sache das Richtige. Denn wenn Philipp auch nicht die spanische Inquisition nach den Niederlanden verpflanzen wollte, so doch jenes System der Religionspolitik, von dem die spanische Inquisition nichts weiter als ein Ausfluß war. Und eben dieses spanische System Philipps lehnten die Niederlande rundweg ab. Die Regierung mochte thun, was sie wollte; immer witterte das Volk hinter ihren Maßregeln das drohende Gespenst der spanischen Inquisition. Wie die Pest wurde alles, was mit ihr irgendwie in Berührung stand oder — wenngleich fälschlich — auf sie bezogen wurde, gemieden und verabscheut, und in unzähligen Pamphleten und Pasquillen wurde der Haß gegen sie dem niederländischen Volke eingeflößt und in ihm wacherhalten. Der Kampf gegen die spanische Inquisition wurde das Losungswort, das für den Widerstand gegen das ganze Regierungssystem Philipps II. allenthalben ausgegeben wurde und ertönte. Mit diesem Feldgeschrei wurde schließlich die große Bewegung des Jahres 1566 eingeleitet, die in ihren Anfängen nicht etwa lediglich ein Werk des Protestantismus war, sondern auch desjenigen Teiles der katholischen Bevölkerung, dem die Religionspolitik des spanischen Königtums widerstrebte, und der seinem verhaßten Systeme ein Ende bereiten wollte. Aber von vornherein trug diese zweite Richtung der Opposition an sich den Stempel der Halbheit. Wie konnte man die aus dem eigensten Wesen des Katholizismus sich ergebenden Konsequenzen ablehnen und doch im Katholizismus verharren wollen? Als die Häupter von Egmont und Hoorne in den Sand rollten, da ward auch das Urteil über die gemäßigte Richtung im Katholizismus gesprochen, deren Führer sie gewesen waren. Die Opposition im Schoße des Katholizismus selbst war niedergeschlagen, und geschlossen trat der nunmehr in sich wieder geeinte Katholizismus dem Protestantismus gegenüber, dessen Position allerdings durch das, was an Gewinn aus jener einstmaligen Spaltung des Katholizismus übrig geblieben war, verstärkt worden war.

Das waren die politischen und religiösen Verhältnisse, vor die Margaretha gestellt wurde, als sie die Statthalterschaft der Niederlande übernahm. Fest abgesteckt stand dem Könige sein Ziel vor Augen: Aufrechterhaltung und Fortbildung seines bisherigen Systems, nämlich Wahrung der Glaubenseinheit und der monarchischen Vollgewalt mit den von ihr geschaffenen, alt bewährten zentralistischen Einrichtungen in der Regierung des Landes, sowie Kampf gegen die ständischen Ansprüche im Sinne absolutistischer Tendenzen. Selbstverständlich verlangte er von der neuen Statthalterin, daß sie auf seinen Bahnen wandle oder wenigstens nicht durch Befolgung einer anderen Politik seinen Ansichten entgegenwirke. Es sollte offenbar werden, daß diese Erwartung eine trügerische war.

Drittes Kapitel.

Die Anordnungen Philipps bei seiner Abreise nach Spanien (1559).

Die Ernennung Margarethas von Parma für das Generalstatthalteramt in den Niederlanden kam ganz unvermutet. Neben Christine von Lothringen war Margarethas Gemahl Oktavio als Nachfolger des Herzogs von Savoyen genannt worden. Oktavio befand sich im Frühjahr 1559 in Brüssel, um die Rückgabe der Citadelle von Plazentia persönlich bei Philipp II. zu betreiben. Mehr als schöne Worte vermochte er indes nicht zu erlangen, und so mußte er denn unverrichteter Sache wieder nach Italien abreisen, während Margaretha sich von dort, dem Rufe des Königs Folge leistend, nach den Niederlanden begab.

Zunächst schien es, als ob die Regentschaft Margarethas von kurzer Dauer sein würde, da sie nur für 18 Monate ihr neues Amt übernommen hatte. Es sollten daraus allerdings neun Jahre von Mühen und Sorgen werden, wie sie einer

Frau wohl selten beschieden worden sind. Anfang Mai 1559 wurde ihre Ernennung bekannt, und acht Wochen später langte sie an der Stätte ihres nunmehrigen Wirkens an. Am 28. Juli wurde sie vom Könige zu Gent sehr ehrenvoll empfangen und einige Tage später ebenda den Generalständen vorgestellt. Der König versicherte diesen, seine Wahl sei vornehmlich deshalb auf seine Schwester gefallen, weil sie in den Niederlanden geboren und erzogen sei, das Volk liebe und seine Sprache kenne. Sie erhielt im wesentlichen dieselben Vollmachten, wie die bisherigen Generalstatthalter, allerdings mit einigen Beschränkungen. Es wurde ihr ein ordentliches auf bestimmte Revenuen angewiesenes Gehalt von 36 000 Gulden und eine außerordentliche Pension von 37 000 Gulden ausgesetzt, die aus der Generalstaatskasse gezahlt werden sollten, bei deren Leere jedoch bald in das Stocken gerieten.

Vor allem war es Philipps Sorge, ihre Umgebung so zusammenzusetzen, daß nicht Einflüsse auf sie wirkten, die sie aus den Bahnen seines politischen Systemes herausdrängen könnten. Denn sie war noch „unerfahren, ein Neuling in der Kunst des Regierens", wie sich Granvella ausdrückte, noch „ziemlich unbewandert in den Staatsgeschäften". Daher wollte der König, daß zuverlässige Ratgeber bei ihr zurückblieben. Am liebsten hätte er einige spanische Räte in den Niederlanden zurückgelassen, nämlich den Grafen Feria, Vargas und den Staatssekretär Erasso für die Finanzen. Er stieß jedoch dabei auf Widerspruch nicht nur bei den Anhängern und Gönnern der ständischen Opposition, sondern auch bei den Parteigängern des spanischen Systems, vornehmlich bei Granvella, dem Bischofe von Arras, der gleichfalls zum Bleiben bestimmt war. Granvella hatte wenig Lust, den Einfluß, der ihm nach Philipps Abreise nach dessen eigenen Wünschen zufallen mußte, mit einer Anzahl von Spaniern zu teilen, und auch die Herzogin selbst war wenig von der Aussicht entzückt, unter die beständige Aufsicht der hochfahrenden spanischen Günstlinge des Königs gestellt zu werden. Beide baten Philipp zu erwägen, daß das Verweilen so vieler Spanier im Lande böses Blut machen würde, und es gelang ihren

vereinten Bemühungen, den König von seinem Vorhaben abzubringen. Nur der Graf Feria, dem ja Margaretha zu besonderem Danke verpflichtet war, da er für ihre Ernennung lebhaft eingetreten war, blieb noch zurück unter dem Vorwande, hier die Entbindung seiner Gemahlin abwarten zu wollen. Die Herzogin war darüber nicht sehr erfreut, wenngleich sie es an Liebenswürdigkeit gegen Beide nicht fehlen ließ.

Der König war daher darauf bedacht, wenigstens Vorkehrungen zu treffen, damit in der einheimischen Umgebung seiner Statthalterin die Anhänger seines Systems das Übergewicht besäßen. Das war freilich schwer zu bewerkstelligen. In ihrer offiziellen Instruktion wurde die Herzogin angewiesen, sich bei ihren Regierungshandlungen des Beirates der drei Brüsseler Zentralbehörden, des Staatsrates, des Geheimrates und des Finanzrates zu bedienen. Wir wissen, daß die wichtigsten Angelegenheiten der inneren und äußeren Politik im Staatsrate zur Verhandlung kamen; dieser war demnach für die Haltung der Herzogin von der größten Bedeutung. Das Einfachste wäre nun für Philipp gewesen, als er bei seiner Abreise den Staatsrat reorganisierte, nur solche Männer für ihn zu ernennen, auf deren politische Gefügigkeit er unbedingt rechnen konnte. Dann hätte er indes verschiedene der angesehensten Großen des Landes, die, wie ihm bekannt war, sich der ständischen Opposition zuneigten, ausschließen müssen, — eine Maßregel, die ihm bei dem Stolze dieser Herren, bei dem Vertrauen und der Popularität, die sie allenthalben im Lande genossen, nicht ungefährlich dünkte. Hatten ihn doch die Generalstände zu Gent ausdrücklich ersucht, daß das Land während seiner Abwesenheit nach den Ratschlägen der „einheimischen Herren“ regiert würde, und wenngleich sie keine Namen genannt hatten, so war es doch ein öffentliches Geheimnis, daß sie dabei an Männer, wie Oranien und Egmont, die Häupter der niederländischen Aristokratie, gedacht hatten. Wiewohl gerade sie es waren, denen Philipp am meisten mißtraute, so durfte er sie doch nicht, wenn er nicht allgemeine Verstimmung und Unzufriedenheit erregen wollte, vom Staatsrate fernhalten; ja, ihre

Anwesenheit in diesem war sogar dringend geboten. Es war ein Doppelspiel, wie es der Natur des Königs durchaus entsprach, wenn er sich scheinbar dieser Notwendigkeit fügte, in Wahrheit aber den Einfluß der Verhaßten im Staatsrate lahmzulegen und sie zu bloßen Figuranten zu erniedrigen suchte, deren Teilnahme am Staatsrate Stände und Volk über die Thatsache hinwegtäuschen sollte, daß das spanische System für die Regierung des Landes das Maßgebende sei.

Oranien und Egmont ahnten, welche Rolle ihnen der König zudachte, und sie waren nicht gesonnen, mit dem Schilde ihres Namens eine Politik zu decken, die ihren und des Landes Wünschen nicht zusagte. Sechs Personen ernannte Philipp vor seiner Abreise in den Staatsrat: Granvella, den Bischof von Arras; Viglius, den Präsidenten des geheimen Rates, der zugleich als Präsident des Staatsrates fungieren sollte; den Baron Berlaymont, Chef der Finanzen und Gouverneur von Namur; den Prinzen Wilhelm von Oranien, Statthalter von Holland, Seeland und Utrecht; den Grafen Egmont, Statthalter von Flandern, und den General der Artillerie Glajon. Die ersteren drei waren Vertrauensmänner der Krone, nicht so die anderen drei. Als nun Oranien und Egmont ihre Patente als Mitglieder des Staatsrates erhielten, verweigerten sie die Annahme. Sie entschuldigten sich damit, schon unter der Regentschaft des Herzogs von Savoyen hätten sie dem Staatsrate angehört; es seien aber damals alle wichtigeren Fragen nicht im Plenum des Staatsrates, sondern hinter ihrem Rücken verhandelt worden; sie zögen es daher vor, dem Staatsrate von jetzt ab fernzubleiben, da das Land doch allen Mitgliedern die gleiche Verantwortlichkeit beimesse. Dem Könige kam diese Weigerung sehr ungelegen, da eine Abstinenzpolitik der vornehmsten Großen von vornherein das heftigste Mißtrauen bei Volk und Ständen gegen seine Regierung wachgerufen hätte. Er drang in Oranien und Egmont, ihm willfährig zu sein; er versprach ihnen auf das Bestimmteste, daß sie eine derartige Zurücksetzung nicht mehr erleiden würden, und es gelang ihm schließlich, sie zur Annahme der Mitgliedschaft zu bewegen.

Gleichwohl meinte er es nicht ernst mit diesen Versicherungen. Denn er erteilte der Herzogin im Geheimen die schriftliche Instruktion, in wichtigen Fällen sich zuerst abseits bei Granvella, Viglius und Berlaymont Rates zu erholen und deren Ansichten beizupflichten. Noch an Bord des Schiffes, als er bereit war, nach Spanien abzusegeln und Margaretha von ihm Abschied nahm, schärfte er ihr diese Mahnung mündlich ein. Das war eine Doppelzüngigkeit, die um so empörender war, als er erst noch soeben in Seeland Oranien und Egmont von neuem die bündigsten Zusagen gemacht hatte, daß nichts ohne ihr Vorwissen geschehen solle. Oranien, Egmont und Glajon wurden dadurch gleichsam zu Staatsräten zweiter Klasse herabgedrückt, und da das Triumvirat der Übrigen durchaus unter der Leitung Granvellas stand, so ward dieser der wahre Regent der Niederlande nach dem verborgenen Willen des Königs.

Noch einer weiteren — allerdings offen bekannten — Bevorzugung hatten sich Granvella, Viglius und Berlaymont zu erfreuen. Zwar hatte sich der König die Besetzung der wichtigsten Prälaturen und der obersten Ämter, nämlich die Ernennung der Provinzialstatthalter, der Kapitäne der Grenzfestungen und der Ordonnanzbanden, der Räte bei den Zentralbehörden und der Präsidenten der Provinzialhöfe, sowie die Verleihung von Pensionen vorbehalten. Immerhin übte indes die Generalstatthalterin hierin einen weitgehenden Einfluß aus, indem sie dem Könige Vorschläge über die geeigneten Kandidaten zu unterbreiten hatte. Ferner wurden eine große Anzahl geringerer Prälaturen und weltlicher Ämter direkt von ihr besetzt. Dazu gehörten vor Allem die Ratsstellen in den Provinzialhöfen, und da sie zugleich die Statthalterschaft über Brabant innehatte, die Magistrate der Brabantischen Hauptstädte. Bei seiner Abreise aus den Niederlanden nun wies Philipp die Herzogin an, sich für diese Funktionen mit seinen drei soeben genannten Vertrauensleuten zu beraten. Sie bildeten nicht eben eine feste Behörde. War ein Amt vakant, wofür die Herzogin zu ernennen oder dem Könige Vorschläge zu unterbreiten hatte, so berief sie diese drei Männer, um mit ihnen Rates zu pflegen (à la

consulte); davon erhielten diese Beratungen nach spanischem Vorbilde den Namen „Konsulten“, und es ist nicht eigentlich richtig, wenn man von einer „Konsulta“ als einer Art von Behörde spricht. Noch viel weniger hatte diese Einrichtung an sich mit dem Staatsrate zu schaffen, sodaß man sie etwa als einen Ausschuß desselben bezeichnen könnte, sondern es war rein zufällig, daß die Männer, die zu den Konsulten hinzugezogen wurden, zugleich im Staatsrate saßen. Oranien und Egmont oder anderen Großen ihrer Richtung wollte der König daran keine Teilnahme gewähren, und zwar aus einem ganz bestimmten Grunde. In den Konsulten wurden alljährlich die Magistrate der vier brabantischen Hauptstädte erneuert. Nun standen die Brabanter an der Spitze der ständischen Opposition, und diese hinwiederum wurde, wie der König wußte, von Oranien und Egmont begünstigt. Wenn diesen Einfluß auf die Ernennung der städtischen Magistrate gewährt wurde, so mußte man besorgt sein, daß sie nach Möglichkeit oppositionell gesinnte Leute an das Ruder in den Städten bringen würden, und das war von Belang für die Haltung der Städte in den ständischen Versammlungen. Denn die Magistrate bildeten selbst das erste Glied in den Städten, und von ihnen war weiterhin die Zusammensetzung auch der niederen Glieder abhängig; sie bestimmten nämlich die Vorsteher der Gilden und Zünfte, aus denen sich diese letzteren zusammensetzten, auf Grund von Kandidatenlisten, die ihnen vorgelegt wurden. Der Einfluß der Regierung reichte also mittelbar sehr tief hinab und ragte hinein in das ständische Verfassungsleben: das war ein hinreichender Grund für den König, die oppositionell gesinnten Großen von den Konsulten fernzuhalten. In jeder Beziehung war somit Sorge getragen, daß die Macht der Großen beschränkt und Margaretha in Abhängigkeit von Granvella und dessen Gehilfen gehalten würde. In der Hut dieser Männer glaubte Philipp seine Schwester und die Autorität der Krone wohl geborgen, und um ganz sicher zu gehen und zu verhüten, daß nicht noch persönliche Einwirkungen Margaretha zu umgarnen vermöchten, ließ er ihr als vertrautesten Privatsekretär einen Spanier, den Thomas

Armenteros, zurück, einen Vetter seines ersten Staatssekretärs, des Gonzalo Perez. Schwerlich hat sich freilich ein Monarch so in der Wahl seines Vertrauensmannes je getäuscht, wie Philipp in Armenteros.

Durch die Hilfe und den Einfluß dieser Personen sollte Margaretha in den Bahnen des religiös-politischen Systemes der spanischen Monarchie erhalten bleiben. Vornehmlich war es die Einheit der katholischen Religion, die der König auf keinen Fall während seiner Abwesenheit angetastet oder erschüttert wissen wollte. Mit besonderem Nachdrucke ward es der Herzogin durch ihre Instruktion an das Herz gelegt, eifrig über die Reinheit der katholischen Lehre zu wachen und mit Gewalt die Ketzereien zu unterdrücken. Die Generalstände wurden ermahnt, dem Eindringen der Sekten zu steuern, da diese es nicht nur auf kirchliche Umwälzungen, sondern ganz ebenso auf die Sicherheit des Staates und die Besitztümer der Reichen abgesehen hätten. An die Provinzialhöfe wurde ein Rundschreiben erlassen, durch das sie ermahnt wurden, auf das Strengste darauf zu achten, daß die lokalen Behörden von Zeit zu Zeit die Plakate publizierten und sie ohne Gnade vollzögen, sowie lässige Richter zu strafen. Sie wurden eindringlich davor gewarnt, sich Skrupel über die Gesetzmäßigkeit der Ketzeredikte zu machen; denn sie seien nicht dazu berufen, darüber ein Urteil abzugeben, sondern lediglich die Befehle des Fürsten als heilig und unverbrüchlich zu achten und auszuführen. Eine Maßregel aber dünkte dem Könige mehr als alles andere zweckmäßig und geeignet zur Befestigung seines Systemes, und er wollte die Niederlande nicht verlassen, ehe er nicht die einleitenden Schritte zu ihrer Einführung gethan hätte: es war dies der alte Plan des burgundisch-habsburgischen Hauses einer neuen Diözesaneinteilung.

Nur drei Bistümer hatte es bisher, wie wir schon früher bemerkten, in den Niederlanden gegeben, Utrecht im Norden, Tournai und Arras im Süden. Alle drei waren von übermäßiger Ausdehnung, sodaß die Bischöfe nicht im stande waren, ihre Diözesen genau zu überwachen. Eine Anzahl von Grenz-

bezirken gehörten zu benachbarten Bistümern sowohl des deutschen Reiches als auch Frankreichs. Einen dreifachen Vorteil hoffte der König durch sein Projekt zu erreichen. Zunächst wollte er der ihm lästigen Jurisdiktion der fremden Bischöfe ein Ziel setzen, da ihm ihr Eifer und ihre Rechtgläubigkeit, zumal bei den deutschen Prälaten, verdächtig war, und da er der unbeschränkte und einzige Herr auch der Kirche in seinen Landen zu sein wünschte. Durch die Zerstückelung ihrer Diözesen sollten die Bischöfe ihres bisherigen Ansehens und ihrer früheren großen Stellung beraubt werden, und indem er von der Kurie das Recht der Ernennung erlangte, sollten sie ganz und gar zu Kreaturen der Regierung werden. Endlich mußte es durch die Zerteilung der Diözesen den Bischöfen und Kapiteln erleichtert werden, über die Geistlichkeit und die gesamten Insassen des Sprengels eine scharfe und geordnete Aufsicht auszuüben: das war gewissermaßen ein Ersatz für die mangelhafte Durchführung der Inquisition in den Niederlanden. Es waren also religiöse Zwecke, gemischt mit solchen staatskirchlicher Art; der Plan diente somit den Interessen des Katholizismus und zugleich den absolutistischen Tendenzen der Krone, — eine Verquickung, die freilich erst recht den Widerstand im Lande erwecken mußte.

Im März des Jahres 1558 wurde der Doktor der Theologie Franz Sonnius als Spezialgesandter nach Rom geschickt, um die päpstliche Genehmigung zu erwirken. Seine Bemühungen waren von Erfolg gekrönt. Im Konsistorium der Kardinäle fanden im Mai 1559 in Gegenwart des Papstes die entscheidenden Verhandlungen statt. Die Zahl der niederländischen Bistümer wurde auf vierzehn erhöht, von denen zwei, Mecheln und Utrecht, Erzbistümer wurden. Der König erhielt für alle das Ernennungsrecht. Die Jurisdiktion der fremden Bischöfe wurde abgeschafft. Bei jedem Bischofssitze wurden neun Kanonikate eingerichtet, drei für Doktoren der Theologie, drei für Doktoren der Rechte, während die letzten drei für — gleichfalls graduierte — Edelleute vorbehalten wurden. Sie sollten ihrem Oberhaupte in der geistlichen Regierung ihrer Diözese und vornehmlich in der Aufsicht über die Reinheit des Glaubens

Beistand leisten. Auch der Bischof sollte graduiert sein; nur der Papst durfte von dieser Bedingung entbinden. Das Einkommen der Bischöfe setzte der Papst auf je 3000, das des Erzbischofes von Mecheln auf 5000 Dukaten fest. Die Mittel dazu sollten den schon bestehenden geistlichen Zehnten und Einkünften, zumal dem Gute der reichen Klöster, entnommen werden. Ohne Zweifel war diese Neuordnung der niederländischen Bistumsverfassung mit allen ihren näheren Bestimmungen, hauptsächlich über die Vorbildung der Bischöfe und ihrer Kapitelherren, sowie über die Aufsicht, welcher der Lebenswandel und die Lehre des niederen Klerus unterworfen werden sollten, eines der bedeutsamsten Momente in der Geschichte der inneren Regeneration, die damals der Katholizismus unter dem Einflusse der großen Kirchentrennung erfuhr. Philipp konnte sich so das Verdienst thätiger Mitwirkung an der Verbesserung der Kirche und ihrer Einrichtungen zuschreiben und nahm doch zugleich sein eigenes staatliches Interesse wahr.

Selbst Granvella hatte der König anfangs keine Mitteilung von seinem Plane gemacht. Er mochte fürchten, daß dieser mit der Zerkleinerung seiner Diözese Arras wenig zufrieden sein würde; doch hatte er ihm als Entschädigung das Erzbistum Mecheln mit dem Primate über die niederländische Kirche zugedacht. Erst als die Verhandlungen in Rom weit genug gediehen waren, wurde Granvella in das Vertrauen gezogen, und mit seinem Beistande wurde durch Viglius eine vorläufige Liste der Kandidaten für die übrigen Bistümer festgestellt. Als sich der König in Middelburg befand, bereit, in See zu stechen, langten Sonnius und die päpstliche Bulle am Hofe an. Im Einverständnisse mit dem päpstlichen Legaten, dem Bischofe von Chiusi, der dafür Vollmacht hatte, setzte der König bei seiner Abreise fünf niederländische Kommissare ein für die Arbeiten behufs Vollziehung der Bulle. Unter ihnen befanden sich Viglius und Sonnius und als Leiter des Ganzen Granvella. So glaubte denn Philipp, dem dieses Werk besonders am Herzen lag, beruhigt von den Niederlanden Abschied nehmen zu können; hatte er doch die Ausführung seines Vorhabens in

die Hände desjenigen Mannes gelegt, zu dem er das größte Vertrauen hegte.

Alle Vorkehrungen hatte Philipp mit Vorbedacht getroffen, die ihm den Schutz seines Systemes in den Niederlanden zu verbürgen schienen. Nur ein Bedenken noch blieb übrig. Es war möglich, daß sich offener Widerstand gegen sein System erhob, daß sich die Ketzer vermehrten und Aufruhr flifteten. Auch die Rücksicht auf außen gebot zur Vorsicht. Zwar war der Frieden mit Frankreich geschlossen; aber noch traute man sich auf beiden Seiten nicht recht. Jedenfalls mußte die Regierung mit den nötigen Machtmitteln ausgestattet werden, um gegen alle feindseligen Regungen im Innern und von außen gewappnet zu sein. Durch die neunjährige Steuer waren allerdings 300 000 Gulden jährlich vorgesehen, für die in Friedenszeiten 2000 Ordonnanzreiter unterhalten und weitere 6000 einheimische Reiter in Wartegeld gehalten werden sollten. Nicht mit Unrecht fand Philipp diese Friedensstärke für viel zu geringfügig; insbesondere vermißte er das Dasein von Infanterie. Er stellte an die Generalstände das Ansinnen, daß sie, wie es früher bräuchlich war, die Mittel für 3000 Pferde und 5000 Mann Infanterie bewilligten. Da er sich mit ihnen über diesen Punkt nicht einigen konnte, kam es schließlich 1559 so weit, daß die Stände nicht einmal den Sold für die Ordonnanzreiter zahlten, und daß es — abgesehen von einigen noch nicht verabschiedeten Truppen aus dem letzten Kriege, 3000 Spaniern und 2000 Mann einheimischer Infanterie — ein stehendes Heer auf Kosten der Stände, wie das sonst üblich war, in den Niederlanden nicht gab.

Diese Zustände schienen dem Könige eine Handhabe zur Verwirklichung einer Absicht zu bieten, die, wenn sie glückte, für die Sicherung seines politischen Systemes in den Niederlanden sehr nützlich war. Da die Stände keine stehenden Truppen unterhalten wollten, so wollte er solche auf seine eigenen Kosten im Lande zurücklassen, freilich solche, auf die er sich für alle Fälle verlassen könnte. Die noch unter den Waffen stehenden 3000 Spanier sollten in den Niederlanden zurückbleiben; daneben sollten, damit das Land mit dieser Maßregel einiger-

maßen ausgesöhnt würde, 1200 Mann einheimischer Infanterie, Wallonen, nicht abgedankt, sondern auf Kosten der Stände weiter unterhalten werden. Eine Anzahl von 3000 Mann durchaus ergebener Soldaten, im Lande geschickt verteilt, war immerhin eine Macht, die es der Regierung erleichtern mußte, die Mißvergnügten im Zaume zu halten. In Italien lagen bereits Spanier in genügender Anzahl in Garnison, und auch für die Niederlande hatte die Krone das Gleiche schon früher in Erwägung gezogen. Bereits 1552 hatte Karl V. sich mit der Absicht getragen, Spanier in der Stärke von 12000 Mann nach den Niederlanden zu ziehen. Dagegen hatte sich allerdings ein allgemeiner Protest erhoben, und selbst Granvella hatte den Kaiser davor gewarnt. Auch jetzt riet Granvella dem Könige zu äußerster Behutsamkeit; offenbar war er es, der Philipp den Gedanken eingab, um den Widerspruch im Lande zu dämpfen, den Oberbefehl über die Spanier einheimischen Großen, und zwar am besten Oranien und Egmont, zu übertragen. Das lief auf eine ähnliche Figurantenrolle hinaus wie ihre Berufung in den Staatsrat, und Oranien und Egmont sahen das sehr wohl ein. Sie wollten nicht ihre Popularität im Lande auf das Spiel setzen und den Eindruck erregen, als machten sie mit den Spaniern gemeinsame Sache. Sie verweigerten die Übernahme des Kommandos, und es kam zu Gent zwischen ihnen und Philipp zu stürmischen Auftritten. Nicht minder groß war die Erregung bei den zu gleicher Zeit in Gent versammelten Deputierten der Generalstände, die dem Könige wohl vier bis fünf Petitionen gegen die verhaßten spanischen Truppen überreichten. Philipp beachtete diese Proteste indes nicht. Er bewog vielmehr — Mühe genug mag ihm das gekostet haben — Oranien und Egmont zur Annahme des Oberbefehles. Die Stände suchte er zu beruhigen, indem er ihnen hoch und teuer versicherte, er lasse die Spanier nur deshalb zurück, weil die Vorkehrungen für ihre Einschiffung geraume Zeit in Anspruch nehmen würden, und er selbst ohne Gefahren seine Abreise nicht länger aufschieben könne; länger als etwa ein halbes Jahr würde aber ihres Bleibens im Lande nicht sein.

Im September 1559 verließ Philipp die seeländische Küste, um auf dem Seewege sein geliebtes Spanien zu erreichen. An der niederländischen Regierung lag es jetzt, die Mittel und Wege zu finden, wie die Spanier trotz der Opposition der Stände im Lande zu halten seien, sowie die Herrschaft des politischen Systemes Philipps zu wahren. Ungeheuere Schwierigkeiten sollten sich ihr dabei freilich in den Weg stellen.

Viertes Kapitel.

Margaretha unter dem Einflusse Granvellas. Der Kampf gegen die Spanier, die neuen Bistümer und die auswärtige Politik Philipps (1559—1563).

Für die Ausführbarkeit der Pläne Philipps kam ein gewichtiger Faktor in Frage, das Land. Wie würde sich dieses und seine berufenen Vertreter, die Stände, und insbesondere die höchsten führenden Schichten, die Großen im Staatsrate, die Provinzialgouverneure und die Ordensritter, gegen die neue Statthalterin, gegen deren Umgebung, wie sie vom König zusammengesetzt war, und gegen sein System überhaupt verhalten?

Die Ernennung Margarethas von Parma war in den Niederlanden nicht gerade mit großer Genugthuung aufgenommen worden. Stimmen wurden laut, die Niederlande seien des ewigen Weiberregimentes endlich satt. Man rügte an Margaretha, daß sie hochfahrend und ein Bastard sei. Die Damen am Hofe hielten sich über ihre illegitime Geburt auf und meinten, schon deshalb sei sie unfähig für eine so hohe Stellung. Man hatte nicht vergessen, daß ihr Gemahl in dem letzten Kriege lange Zeit ein Parteigänger Frankreichs war. Besonders die hohe Aristokratie, die eher noch die Erhebung Christinens von

Lothringen gewünscht hätte, machte zuerst aus ihrer Verstimmung gegen Margarethen kein Hehl. Man fürchtete, daß sie sich ganz den spanischen Einflüssen unterwerfen würde, und zwei Dinge vermochte man vor Allem Anderen nicht zu ertragen: „Von einer Frau regiert und von Spaniern bewacht zu werden."

Trotzdem ging zunächst nach der Abreise Philipps Alles verhältnismäßig gut. Margaretha widmete sich dem Studium der Geschäfte und der Personen mit Fleiß. Sie bestrebte sich, unparteiisch und gerecht zu walten. Insbesondere entwickelte sie den löblichen Grundsatz, die Ämter und Pfründen nur nach dem Verdienste verleihen zu wollen. Als Jemand ein Amt durch Bestechung zu erreichen suchte, ließ sie sein Gesuch zerreißen und kündigte an, daß sie es in Zukunft immer so machen würde, — ein Versprechen, das sie freilich schlecht genug gehalten hat. Bald konnte Granvella nach Spanien melden, daß die Herzogin täglich an Neigung im Lande gewinne. Der König drückte dem Prälaten seine Befriedigung über die glücklichen Anfänge der Regierung seiner Schwester aus, indem er zu des Bischofs hoher Freude das Kompliment hinzufügte, er habe es auch gar nicht anders gehofft, und die guten Ratschläge Granvellas würden wohl viel dazu beigetragen haben.

Selbst mit den Großen wußte sich Margaretha auf einen guten Fuß zu stellen. Sie zog dieselben nach Möglichkeit zu den Staatsgeschäften heran und gab ihnen, wo es ging, Beweise ihrer Anerkennung. Wie die in die Verhältnisse durchaus eingeweihte Gräfin Feria bemerkte, und wie sich der ganze Hof erzählte, bestand sogar zwischen ihr und dem Prinzen von Oranien eine große gegenseitige Zuneigung. Im Staatsrate schienen noch Frieden und Eintracht zu herrschen. Das Verhältnis zwischen Granvella und Oranien war das denkbar beste; sie besuchten sich gegenseitig und erwiesen sich alle denkbaren Achtungs- und Freundschaftsbezeugungen. Granvella konnte beim Könige nicht genug den Eifer nicht nur der Herzogin, sondern auch der Großen im Staatsrate, Oraniens und Egmonts, für die Aufrechterhaltung der Religion loben; er rühmte

von ihnen, daß sie Beweise des besten Willens gäben. Wenn Reibungen bestanden, dann weniger im Staatsrate zwischen den Mitgliedern des hohen Adels und Granvella mit seinen Anhängern als vielmehr unter den Großen selbst. Unverkennbar war die Rivalität zwischen Egmont, Oranien und dem Herzoge von Arschot. Alles war somit vorderhand scheinbar ruhig und ging seinen gewöhnlichen Gang. Zweifelsohne trug dazu viel der Umstand bei, daß man die Regentschaft der Herzogin noch immer als ein Provisorium betrachtete und die baldige Ankunft von Don Carlos aus Spanien erwartete. Nur ein einziges Wölkchen trübte den politischen Himmel, und zwar war das die allgemeine Unzufriedenheit im Lande darüber, daß der König keine Anstalten machte, sein Versprechen hinsichtlich der Abberufung der spanischen Infanterie zu erfüllen. Aber selbst das konnte zuerst noch keine Spaltungen im Staatsrate hervorrufen. Denn Granvella und seine Anhänger, die wohl wußten, daß das Land in dieser Hinsicht unerbittlich sei, sprachen sich hier nicht minder entschieden, wie Oranien und Egmont, für die Abberufung der Spanier aus, und sowohl Granvella als auch die Herzogin verlangten in ihren Briefen ein über das andere Mal dringend vom Könige, daß er den Wunsch des Landes berücksichtige.

Und es gab einen Punkt, wo das Land und seine Vertreter, die Stände, einsetzen konnten, den König zur Nachgiebigkeit zu zwingen. Das war das finanzielle Elend, in dem Philipp seine Regierung zu Brüssel zurückgelassen hatte. Alle ordentlichen Staatseinkünfte waren verpfändet, und die Schulden erreichten eine geradezu unerschwingliche Höhe. Alles hatte Philipp bei seiner Abreise gethan, um sein System in den Niederlanden auf Jahre hinaus zu festigen. Er hatte seiner Regierung so bestimmte Weisungen gegeben, daß sie nicht fehlgehen konnte; er hatte sie so reorganisiert, daß er sie gegen Verstöße wider seine Intentionen für gesichert hielt. Aber Eins hatte er versäumt, ihre finanzielle Stellung so zu fundieren, wie es nötig war, damit sie nicht nur seine Pläne durchführen, sondern überhaupt funktionieren könne. In der That war es ihm bei der

vollständigen Erschöpfung und Überlastung seines Domaniums durchaus unmöglich, aus eigenen Kräften dafür zu sorgen, sondern er war dafür auf die Hülfe der steuerbewilligenden Stände angewiesen, und auch das hatte seine Schwierigkeiten. Denn einmal war das Land selbst — zumal die südlichen Provinzen — durch die Folgen des Krieges hart mitgenommen, erschöpft und mit hohen Schulden beladen. Es war fernerhin vorauszusehen, daß sich die Stände, selbst wenn das Land sich wieder erholte, nicht sehr freigebig und gefügig erzeigen würden, ohne dem Könige Bedingungen aufzuerlegen, die auf eine Abschaffung oder Milderung seines politisch-religiösen Systems und auf eine Stärkung ihrer eigenen Macht hinausliefen.

Wohl oder übel, der König mußte die Bereitwilligkeit der Stände anrufen. Zwar lief die neunjährige Steuer in der Höhe von 800,000 Gulden. Aber deren Erträgnisse waren für die Verzinsung und Tilgung der von den Ständen 1558 aufgenommenen Rentenschuld, sowie zum Unterhalte der Landeskavallerie in der Friedenszeit bestimmt. Der König trat daher kurz vor seiner Abreise mit einer Reihe weiterer Steuerforderungen vor die Generalstände. Im August 1558 verlangte er von ihnen zu Arras eine Steuer, die auf indirektem Wege aufgebracht werden sollte; als ihren Zweck gab er an die Deckung der Kosten für die laufende Verwaltung in den Niederlanden und für eine genügend starke stehende Truppe neben den Ordonnanzbanden und der spanischen Infanterie. Inzwischen war der Frieden mit Frankreich geschlossen worden, und Philipp mußte die in seinem Dienste befindlichen Truppen ablöhnen und entlassen. Da seine eigenen Mittel auch dafür nicht hinreichten, bat er die Generalstände im April 1559 zu Brüssel um eine Bewilligung von ungefähr 900 000 und abermals im Juni zu Brüssel und im August zu Gent um eine neue Steuer in der Höhe von 1 200 000 Gulden, die allerdings erst nach drei Jahren erlegt werden sollte. Es sind dies die berühmten „drei alten Steuern“ (les trois vieilles aides), die in den ständischen Verhandlungen der nächsten Jahre eine große Rolle spielten; die erste wurde auch genannt die Steuer von Arras, die zweite

die von Brüssel (d. h. vom April 1559) und die dritte die von Gent, da sie, wenngleich im Juni 1559 zum ersten Male in Brüssel vorgeschlagen, doch im August 1559 in Gent wiederholt worden war.

Bewilligt freilich war, als Philipp die Niederlande verließ, noch keine von diesen letzten drei Steuern. Wir wissen ja, daß die Abgeordneten, nachdem sie den Steuerantrag der Regierung entgegengenommen hatten, zu ihren Kommittenten zurückkehrten, um ihnen Bericht zu erstatten. Diese beeilten sich aber dieses Mal keineswegs mit der Antwort, wohl schon deshalb nicht, weil Philipp in Erinnerung an seine Erfahrungen bei der Beratung der neunjährigen Steuer den Deputierten keine gemeinsame Tagung mehr gewährte. Einige Stände, so die von Flandern, zeigten sich willfähriger; die brabantischen dagegen, die Führer der generalständischen Bewegung, waren viel hartnäckiger. Selbst die Regierung konnte sich der Einsicht von vornherein nicht verschließen, daß die Bewilligungen, falls sie wirklich erfolgen sollten, weit unter der gewünschten Höhe zurückbleiben würden. Aber Philipp hatte sich zunächst über alle diese Schwierigkeiten hinwegzusetzen verstanden. Er hatte nämlich einfach soviel Geld, als er für die Ablöhnung wenigstens der fremden Truppen brauchte, durch Kreditoperationen aufgebracht und die Banquiers, die ihm diese Summen vorstreckten, auf die Erträgnisse der von ihm zwar geforderten, in Wirklichkeit aber noch gar nicht bewilligten Steuern verwiesen. Er rechnete eben mit der Bewilligung als mit einer unzweifelhaften Thatsache. Speziell auf die Genter Steuer waren bereits Ende 1559 so viele Verweisungen ergangen, daß sie deren voraussichtlichen Ertrag um 167 000 Gulden überstiegen. Ebenso war es mit den anderen Steuern. Die Regierung nahm munter Darlehen auf sie auf, die natürlich verzinst werden mußten, und schon gegen Ende des Jahres 1561 berechnete man, daß der mutmaßliche Ertrag aller Steuern hinter den auf ihnen ruhenden Verweisungen um 700 000 Gulden zurückbleiben würde. Und das Schönste bei dieser tollen Wirtschaft war, daß die Steuern noch gar nicht

bewilligt waren, und daß es auf Jahre hinaus sehr fraglich blieb, ob sie überhaupt zu stande kommen würden.

Doch war die schwebende Schuld, die dadurch den Niederländischen Finanzen aufgebürdet wurde, nicht die einzige. Nur die fremden Soldaten hatte man bezahlt, den einheimischen dagegen keinen Pfennig von ihren Soldrückständen, und man schuldete ihnen über vier Millionen Gulden. Dazu kamen drei Millionen, welche die Krone auf die sogenannten Rentmeisterbriefe schuldete. Das waren Darlehen, die Karl V. und Philipp II. bei deutschen Bankhäusern, namentlich bei den Fuggern, aufgenommen hatten; zur Sicherstellung sowohl des Kapitales als auch der Zinsenzahlung sollten die ordentlichen Einkünfte des Domaniums dienen, und die Rentmeister, die Finanzbeamten in den Provinzen, hatten darüber sich urkundlich den Gläubigern gegenüber verpflichten müssen, die ihrer Verwaltung unterstellten Einkünfte diesen zur Deckung der Zinsen abzuführen. Im Jahre 1557 befahl Philipp, im Kriege gegen Frankreich von der äußersten Not bedrängt, plötzlich den Rentmeistern, die Zahlung der Zinsen einzustellen und die bei ihnen einlaufenden Gefälle der Generalstaatskasse zu seiner Disposition abzuliefern. Das war natürlich der offene Staatsbankerott, und es war seitdem nichts geschehen, um die Ansprüche der Gläubiger auf Kapital und Zinsen zu befriedigen. Als letzter größerer Schuldposten waren endlich noch 700 000 Gulden vorhanden, die der König gleichfalls bei deutschen Bankhäusern geliehen, und wofür sich die flandrischen Städte auf seinen Wunsch verbürgt hatten, daher die „flandrische Schuld" genannt. Auch für sie dachte der König weder an Tilgung noch an Verzinsung; die Folge davon war, daß die Gläubiger zu Antwerpen und auf den deutschen Messen gegen die Bürger der flandrischen Städte mit Güter- und Personalarrest einschritten. Sehr leicht fürwahr hatte es sich der König bei seiner Abreise mit der „Ordnung" der niederländischen Finanzen gemacht.

Man sieht, wie sehr die Regierung bei dieser Lage der Finanzen auf die Hilfe der Stände angewiesen war. Aber diese waren keineswegs gewillt, der Regierung die Mittel an

die Hand zu geben, eine Herrschaft zu führen, die sie drückend empfanden. Sollten sie dem Könige beistehen, so verlangten sie dafür, daß er das Land so regiere, wie sie selbst es am besten erachteten. Das Recht der Steuerbewilligung war unter diesen Umständen für sie eine furchtbare Waffe, und sie säumten nicht, diese zu handhaben. Sie widersetzten sich den Maßregeln, durch die Philipp sein politisches System in den Niederlanden zu befestigen suchte; sie rissen darein eine Bresche nach der anderen, so daß schließlich das ganze Gebäude in Trümmer zu fallen drohte.

Ihren ersten Angriff richteten sie gegen die spanische Infanterie. Auf dem Landtage zu Gent hatte ihnen ja Philipp deren baldige Abberufung versprochen, ohne es freilich mit dieser Zusage ernst zu meinen, wenngleich er sie immer wieder auf die Beschwerde der Stände hin erneuerte. Auf die Dauer ließen sich diese indes durch solche leere Versicherungen nicht täuschen. Ausdrücklich und ohne Ausnahme erklärten sie, sie würden keine der schwebenden Steuern bewilligen, ehe nicht die Spanier außer Landes seien. Zwar hatte der König die Besoldung der Spanier auf sich genommen; in seiner finanziellen Bedrängnis konnte er aber die dafür erforderlichen Zahlungen nur sehr unregelmäßig anweisen. Schlecht bezahlt und dem Elende preisgegeben, ließen sich die Spanier zu Ausschreitungen hinreißen, die den Abscheu im Lande gegen die verhaßten Fremdlinge nur noch steigerten. Umsonst drängten selbst Margaretha und Granvella, durch die Haltung der Stände genötigt, in den König, der Sache ein Ende zu machen; länger als ein Jahr wußte dieser durch seine Winkelzüge noch die Abfahrt der Spanier zu verzögern. Als nun gar im Verlaufe des Sommers 1560 sich die inneren Verhältnisse in Frankreich zum Religionskriege zuspitzten, da machte Philipp die letzten verzweifelten Anstrengungen, das Bleiben der Spanier durchzusetzen. Einmal wollte er sie zur Hilfeleistung für die katholische Partei Frankreichs von den Niederlanden aus verwenden; dann mußte in diesen selbst ihre Anwesenheit etwaige Regungen der protestantischen Parteigänger ersticken. Die Stände aller Provinzen ließen jedoch nicht ab von ihrer

Opposition. Sie wollten sogar, was sie früher abgelehnt hatten, die Mittel zum Unterhalte einer stehenden Truppe aus einheimischen Soldaten bewilligen; doch beharrten sie darauf, daß die Spanier auf jeden Fall fort müßten. Sie waren fest überzeugt, daß diese eine beständige Bedrohung ihrer Freiheit bedeuteten, für die sie zu sterben bereit waren.

Es war dem Könige unmöglich, sich noch länger zu sträuben. Zu wiederholten Malen beschloß der Staatsrat einmütig — Granvella, Viglius und Berlaymont nicht ausgenommen —, es sei nötig, die Spanier außer Landes zu schicken, ohne weitere Befehle abzuwarten. Noch einmal ließ Philipp die Statthalterin brieflich durch den Grafen Feria, dem sie ja besonders verpflichtet war, und der inzwischen nach Spanien zurückgekehrt war, auffordern, alle ihre Kräfte dafür einzusetzen, daß die Spanier nicht abzuziehen brauchten. Er sah ein, was es für den Bestand seines Systemes zu besagen hatte, wenn er genötigt würde, sie zurückzuziehen. Wir kennen den Brief nicht, den Feria damals der Herzogin schrieb. Seine Sprache mag ernst genug gewesen sein; glaubte doch Margaretha sich noch Jahrelang später beim Könige dafür entschuldigen müssen, daß es ihr damals unmöglich gewesen sei, seinen Befehlen zu gehorchen. Von allen Seiten gedrängt, willigte Philipp am 20. November 1560 definitiv darein, daß die spanische Infanterie die Niederlande verlasse. Widrige Winde verhinderten noch mehrere Wochen ihre Abfahrt, und noch zuletzt kam es zu blutigen Gewaltszenen zwischen ihnen und der einheimischen Bevölkerung. Ihre Disziplin war vollständig aufgelöst. Sie begingen so große Gräuelthaten, daß die Seeländer, als die Spanier schon eingeschifft waren, der ungünstigen Winde halber aber noch nicht in See stechen konnten, damit drohten, sie würden, falls die Fremdlinge noch einmal aus ihren Schiffen herausstiegen, die Arbeiten für die Instandhaltung ihrer Schleusen einstellen und sich lieber durch den Ozean ersäufen lassen. Erst am 10. Januar 1561 segelten sie ab zur unaussprechlichen Freude des Volkes, daß man die spanische Plage endlich los sei. Mit einer ungewöhnlichen Schnelligkeit bewilligten die Stände eine Steuer von

ungefähr 180 000 Gulden jährlich für den Unterhalt von 3200 Mann einheimischer Infanterie; weitere 60 000 Gulden sollte altem Brauche zufolge der König als eigene Quote hinzuschießen. Die Bewilligung sollte mit dem 1. Oktober 1560 beginnen und drei Jahre lang laufen. Zugleich erklärten sie sich damit einverstanden, daß ein Teil des Ertrages der neunjährigen Steuer jetzt wirklich, — was bisher, wenngleich schon lange beschlossen, noch nicht zur Ausführung gekommen war, — zur Besoldung der Ordonnanzbanden verwandt würde, und zwar sollten diese 3000 Pferde stark sein. Die Kosten dafür beliefen sich auf 200 000 Gulden im Jahre, und der König mußte davon ebenfalls den vierten Teil tragen.

Der Abzug der spanischen Infanterie war der erste Sieg der ständischen Opposition über die Politik der Krone, und schmerzlich genug empfand man seine Tragweite am spanischen Hofe. Und es sollten bald noch mehrere solcher Triumphe der ständischen Macht folgen, errungen durch die geschickte Benutzung des Rechtes der Steuerbewilligung. Noch war in dieser Frage keine Meinungsverschiedenheit im Staatsrate zu Tage getreten. Das aber ward jetzt der Fall, als die Opposition sich demjenigen Plane widersetzte, der dem König, als seiner eigensten Initiative entsprungen, besonders am Herzen lag, durch den er sein System für immer zu befestigen hoffte, nämlich der Neuordnung der Diözesanverfassung.

Zuerst hatte dieses Projekt Philipps in den Niederlanden geringe Beachtung gefunden. Man wußte wohl, daß er sich mit diesem Vorhaben trug; hatte er doch einem der Führer der ständischen Opposition, dem Marquis von Bergen-op-Zoom, eher Mitteilung davon gemacht, als selbst Granvella. Aber man glaubte wohl, daß es sich dabei um eine innerkirchliche Maßregel handele, die für weitere Kreise ohne Interesse sei. Der Marquis von Bergen gab später zu, daß der König mit ihm zuerst darüber gesprochen habe, nicht aber über die Zuthaten, die man dem Plane nachher beigefügt habe. Erst gegen das Ende des Jahres 1560, zur selben Zeit, als man glücklich die Entfernung der Spanier durchgesetzt hatte, begann man der Sache

größere Aufmerksamkeit zu zollen und ihre politische Wichtigkeit zu erkennen, und zwar vornehmlich infolge einer Änderung, welche die von Philipp zur Ausführung der Bulle Pauls IV. eingesetzte Kommission unter der Ägide Granvellas an dem ursprünglichen Projekte vorgenommen hatte. Es handelte sich dabei um die Ausstattung der neuen Bistümer. Nach der Bulle Pauls IV. sollte diese dadurch erfolgen, daß ihnen Zehnten und sonstige Einkünfte reicher Klöster übertragen würden. Dieses Verfahren fand Granvella zu umständlich und schlug vor, daß den einzelnen Bistümern eine ganze Abtei, die in ihrem Sprengel oder in der Nachbarschaft liege, einfach zugeteilt würde: die der Inkorporation unterworfenen Klöster sollten so erhalten bleiben, wie sie bestanden, nur daß sie die Dotation eines bestimmten Bistums bilden, und daß der dort regierende Bischof immer die Abtswürde bekleiden würde. Ein Teil der von der Kommission dafür in Aussicht genommenen Abteien war bereits vakant; bei den übrigen sollte gewartet werden, bis der gegenwärtige Abt abtrete, und den Bischöfen inzwischen eine Pension vom Könige bewilligt werden, mit deren Bezahlung gewisse reichere Bistümer in Spanien belastet werden könnten. Ein solches Verfahren bot, wie Granvella dem Könige auseinandersetzte, die denkbar größten Vorteile. Die Dotationsfrage war dann ebenso einfach wie zweckmäßig geregelt, und dazu kam noch ein politisches Moment: die Äbte seien zwar brave Leute; sie hätten eine gute Erfahrung vom Klosterleben und wüßten, ihre Mönche zu regieren; in der Regel jedoch vergäßen sie nur allzuschnell die Wohlthat, die ihnen der Herrscher durch ihre Erhebung erwiesen habe, und zeigten sich in den Ständeversammlungen, denen sie angehörten, ebenso störrisch und Vernunftgründen unzugänglich wie die unwissendsten Leute im Volke.

Von vornherein trug der Plan Philipps nicht nur eine rein religiöse, sondern auch eine eminent politische, staatskirchliche Tendenz an sich; durch diese neue Wendung, die ihm Granvella gab, wurde seine politische Seite erst recht in den Vordergrund geschoben. Aber gerade darum forderte er zum Widerspruche heraus und lenkte die allgemeine Aufmerksamkeit

auf sich. Die ständische Partei empfand ihn mit Recht als einen gegen sie gerichteten Schlag. Philipp zwar bestätigte sehr gern die Vorschläge Granvellas, in Rom jedoch konnten diese nicht so schnell erledigt werden. Der neue Papst Pius IV. hielt die Änderungen für so wichtig, daß er sie nicht genehmigen zu können glaubte, ohne das Kardinalskollegium vorher zu befragen. Bei der Mitwissenschaft so vieler Personen, die durch diese Art der Verhandlung bedingt war, konnte das Geheimnis nicht gewahrt bleiben, mit dem die Kommission ihre Anträge bisher umgeben hatte. Die Einzelheiten wurden bekannt und nach den Niederlanden berichtet, wo sie einen wahren Sturm der Entrüstung gegen die Regierung erregten. Kaum hatte diese durch den Abzug der spanischen Infanterie einige Ruhe gewonnen, als sie sich schon wieder von neuen Schwierigkeiten bedroht sah. Die ausländischen Bischöfe, die ihrer Jurisdiktion in den Niederlanden beraubt werden sollten, protestierten auf das heftigste beim Papste, die Reichsbischöfe zudem beim Kaiser und beim Reichstage. Am schlimmsten aber war der Widerstand im eigenen Lande.

Aus verschiedenen Gruppen, die aber alle einheitlich und mit gleichmäßiger Energie vorgingen, setzte sich die einheimische Opposition gegen die Errichtung der neuen Bistümer zusammen. Zuerst kamen die Äbte und Konvente der mit der Inkorporation bedrohten Klöster; ihnen schloß sich der größte Teil der übrigen Klöster an; sie alle verlangten solchen staatskirchlichen Übergriffen gegenüber die Wiederherstellung der kanonischen Wahl. Aus wirtschaftlichen Gründen widersetzte sich der Adel und die großen Seestädte, — jener, weil er gewohnt war, die Prälaturen als Versorgungsstellen für seine jüngeren Söhne anzusehen, und weil ihm das durch die Forderung des Doktorates als Vorbedingung für den Zutritt zu den neuen Pfründen erschwert wurde; diese, weil sie fürchteten, daß die für sie bestimmten Bischöfe einen regen inquisitorischen Eifer entfalten und dadurch die fremden, aus protestantischen Ländern stammenden Kaufleute vertreiben würden. Das Projekt des Königs schien ihnen, zumal der Stadt Antwerpen, die gleichfalls Mittelpunkt einer besonderen

Diözese werden sollte, gleichbedeutend mit dem Ruine ihres Handels. Politische Beweggründe endlich leiteten die ständischen Körperschaften derjenigen Länder, in denen der Klerus Sitz und Stimme hatte, zumal Brabants. Indem durch das Mittel der Inkorporation die neuen, vom Könige ganz abhängigen Bischöfe Äbte wurden, drangen sie zugleich in die Reihen der Ständemitglieder ein. Der König erhielt dadurch innerhalb der Stände eine Reihe von unbedingten Anhängern, die auf die Haltung der gesamten Körperschaft von Einfluß waren, und das mußten die oppositionell gesinnten Elemente um jeden Preis verhindern. Gerade das, was Granvella als den größten Vorzug seiner Abänderungsvorschläge empfohlen hatte, wurde zum größten Hindernisse für die glückliche und vollständige Durchführung des gesamten Projektes.

In allen Provinzen bezeugten Stände und Volk offenkundig bald mehr bald minder entschieden ihre Abneigung gegen die neue Einrichtung. Nirgends aber entbrannte der Streit so heftig als in Brabant. Drei der vornehmsten Abteien sollten hier von der Inkorporation betroffen werden. Die von Affligbem, die augenblicklich der Bischof von Tournai inn hatte, sollte zu Mecheln, St. Bernhard an der Schelde zu Antwerpen, Tongerloo zu Herzogenbusch kommen; die beiden letzten waren gerade vakant. Durch die von Rom ausgegangene Indiskretion von dem Schicksal benachrichtigt, das ihren Klöstern bevorstehe, entschlossen sich die Konventualen beider Stifter in Gemeinschaft mit den übrigen Prälaten Brabants zu thatkräftiger Gegenwehr. Sie fanden auch alsbald einen Rückhalt an den Großen, von denen Oranien und der Marquis von Bergen-op-Zoom den Ständen von Brabant als deren wichtigste Mitglieder angehörten. Auch Egmont äußerte seinen Unmut. Er sowohl als auch Oranien erhoben Beschwerde, daß der König so wichtige Maßregeln nur mit zwei oder drei Personen und nicht mit den gesamten Notablen des Landes, nicht einmal vor dem Plenum des Staatsrates verhandle. Sie sahen darin — und nicht ohne Grund — einen Bruch des Versprechens, das ihnen Philipp bei seiner Abreise gegeben hatte, um sie zur Rückkehr in den Staatsrat zu bewegen. Erst jetzt

wurde Granvella der Ernſt der Situation klar; auf ſeinen Rat ſuchte der König beide Herren durch eigenhändige Briefe für das Projekt zu gewinnen. Aber es war bereits zu ſpät; der Bruch im Staatsrate war entſchieden. Auf Betreiben Oraniens und Egmonts reichten die Prälaten und Klöſter von Brabant bei den Ständen dieſer Provinz eine Remonſtranz ein, worin die Inkorporation der Abteien als verfaſſungswidrig bezeichnet wurde, da ſie gegen einen Artikel des brabantiſchen Hauptprivilegs, der Joyeuse Entrée (ſo genannt, weil es der Herzog bei ſeinem Regierungsantritte beſchwören mußte) verſtoße. Die brabantiſchen Stände, als deren Wortführer Oranien, der Marquis von Bergen-op-Zoom und der Penſionär Weelemans auftraten, nahmen ſich der Petenten nachdrücklich an. Sie erließen eine Proteſtſchrift, in der ſie dem Könige vorwarfen, daß er ſich am Kirchengute vergreife, und ſchickten Geſandtſchaften an den Hof nach Spanien und nach Rom. Die Stadt Antwerpen ordnete eine beſondere Geſandtſchaft an Philipp ab, um die Errichtung des ihr zugedachten Biſchofsſitzes zu verhindern.

Zuerſt hatten dieſe Schritte geringen Erfolg. Die Geſandten benahmen ſich, von der Nähe des Königs geblendet, ziemlich kleinmütig, und Philipp glaubte ſchon, es werde Alles glimpflich abgehen. Er gab ſich Mühe, Oranien und den Marquis von Bergen zu beruhigen, und hoffte, daß dann der Widerſtand aufhören würde. Was die Antwerpener betraf, ſo rieth Granvella, der König möge ihnen, um ſie einzuſchüchtern, zu verſtehen geben, daß es nur eines Federſtriches bedürfe, um die Stadt von ihrer Höhe herabzuſtürzen. Aber der König und ſeine Miniſter täuſchten ſich doch über die Zähigkeit der Oppoſition. Die Großen blieben feſt; die Stände von Brabant reichten eine Petition nach der andern bei der Herzogin und beim Könige ein und erklärten, den Rechtsweg zur Verteidigung ihrer Privilegien beſchreiten zu wollen. Die Antwerpenſchen Geſandten blieben über anderthalb Jahre am ſpaniſchen Hofe und wollten nicht ohne einen günſtigen Beſcheid abreiſen. Den Ausſchlag indes gab wieder die Haltung in der Steuerfrage, und hier kam es der Oppoſition zu gute, daß eben alle Stände einmütig ohne

Ausnahme bewilligen mußten. Zwar war die Steuer für die Ersatztruppen an Stelle der abgezogenen Spanier bereits beschlossen; da erklärten die Brabanter plötzlich im Juli 1561, sie würden ihre Quote nur dann auszahlen, wenn unter andern Beschwerden auch die Inkorporation der Abteien abgestellt würde. Drei Monate dauerte es, bis sie sich auf die flehentlichen Bitten der Herzogin hin zur Nachgiebigkeit bequemten. Als Klerus und Adel die „drei alten Steuern" endlich bewilligten, statuierten sie als Bedingung wiederum die Aufhebung der Union der Klöster. Und als es schließlich nicht möglich war, das dritte Glied von Brüssel und sämtliche Glieder von Löwen zur Zustimmung zur Steuer von Gent zu bewegen, und somit nichts übrig blieb als das Mittel der „Komprehension", da wollten sich Prälaten und Adel von Brabant dazu herbeilassen abermals nur dann, wenn der König die brabantischen Abteien nicht den neuen Bistümern einverleibe.

Konnte Philipp unter diesen Umständen anders als weichen? Schon im Sommer 1562 empfahl er der Herzogin in einem geheimen, eigenhändigen Briefe, auf ein Mittel der Verständigung mit den „Teufeln von Brabant" zu sinnen. Ungefähr ein Jahr später begannen zu Brüssel Verhandlungen zwischen den Äbten von Brabant und der Regierung, die nach langem Markten und Feilschen durch das Konkordat vom 30. Juli 1564 ihren Abschluß fanden. Der König verzichtete darauf, die Abteien von St. Bernhard, Afflighem und Tongerloo zur Ausstattung der neuen Bistümer zu verwenden. Dafür verpflichteten sich die genannten Klöster zur Zahlung einer jährlichen Rente von 8000 Gulden, welche die Hälfte der Ausstattung von Mecheln und Herzogenbusch bilden sollten. Dem Könige blieb es anheimgestellt, für die Aufbringung der anderen Hälfte Sorge zu tragen. Von der Errichtung der Diözese Antwerpen wurde Abstand genommen und ihre Aufteilung zwischen Mecheln und Herzogenbusch angeordnet. Auch in den andern Provinzen ging die Organisation der neuen Bistümer nur sehr langsam und unvollständig vor sich, zumal in Holland und Friesland.

Die Brabanter hatten somit ihren Willen durchgesetzt, zwar nicht ohne Opfer, aber doch nicht ohne Glück. Die Autorität der Krone hatte eine neue Erschütterung erlitten. Immer deutlicher zeigte es sich, daß ihre Politik im Lande keinen Anklang finde. Das Bemerkenswerteste dabei war die Rolle, welche die Großen gespielt hatten. Sie waren die Seele des Widerstandes, und zumal das Verhalten der Prälaten war durch sie beständig inspiriert worden. Granvella versicherte, oft habe sich der Sinn der Äbte schon dem Besseren zugewandt; doch da habe es nur eines Wortes der Herren bedurft, um sie wieder umzustimmen, und am Narrenseil hätten sie sich von diesen hin- und herziehen lassen. Die Schuld an dem Plane wurde von den Großen Granvella beigemessen, und nicht mit Unrecht; denn wenn er ihn auch nicht dem Könige eingegeben hatte, so hatte er ihm doch im Bestreben, die Macht der Stände hinterrücks zu schwächen, jene verhängnisvolle Wendung gegeben, von der er hätte voraussehen können, daß sich ihr die Opposition auf das Entschiedenste widersetzen würde. Es war dies eine Maßregel politischer Natur, von der die Herren dem Versprechen zufolge, das ihnen der König gegeben hatte, wohl verlangen durften, daß sie vorher der Begutachtung des Staatsrates unterbreitet würde. Von diesem Zeitpunkte an datiert der Kampf der Großen des Staatsrates gegen Granvella. Im ganzen hatte Egmont Recht, wenn er später versicherte, durch die Errichtung der neuen Bistümer habe sich der König die Herzen des Volkes entfremdet, und durch die Opposition Brabants habe sein Ansehen große Einbuße erlitten. Schon erscholl der Ruf, die neuen Bistümer seien nichts als das Vorspiel zur Einführung der spanischen Inquisition. Die populären Instinkte waren nun einmal entfesselt; es bedurfte nur noch eines Funkens, und der reichlich angehäufte Zündstoff mußte in hellen Flammen auflodern. —

Hatten die Niederländer durch den Sturm gegen die neuen Bistümer gezeigt, daß sie der inneren Politik des Königs feindlich gegenüberständen, so spielte sich gleichzeitig mit dieser Bewegung eine zweite ab, durch die sie bekundeten, daß sie auch die äußere

Politik ihres Souveräns nicht billigten und von seiner katholischen Weltmachtspolitik nichts wissen wollten. Schon waren sie ungehalten darüber, daß nach dem Tode seiner Gemahlin, der katholischen Maria, und nach der Thronbesteigung der protestantischen Elisabeth sein Verhältnis zu England erkaltete und eine gegenseitige Spannung eintrat. Noch weniger gefiel ihnen seine gleichzeitige Annäherung an Frankreich. Hier machten der Hof und die allmächtigen Guises Miene, gegen die Hugenotten mit Gewalt vorzugehen. Sie riefen Philipps Hilfe zu diesem heiligen Werke an, und der hätte es für eine schwere, unsühnbare Sünde erachtet, sich dieser Bitte zu versagen. Gerade deshalb wünschte er im Herbste 1560 so dringend, daß die Abberufung der spanischen Infanterie aus den Niederlanden vermieden würde. Als Philipp seine Absicht offenbarte, in den französischen Religionskrieg einzugreifen, fand er nirgends Beifall. Durch die Vermittlung von Perez, des Königs vertrautesten Sekretärs, warnte Granvella ganz entschieden davor, dem französischen Hofe Hilfe zu leisten; er ließ dem Könige vorhalten, daß niemals eine aufrichtige Freundschaft zwischen Frankreich und Spanien bestehen würde, da das Haus Valois allzu eifersüchtig auf die Größe der Habsburger sei. Margaretha wies darauf hin, daß der Krieg in Frankreich nicht nur ein Religionskrieg, sondern auch eine Erhebung gegen die Herrschsucht und die Übermacht der Guises sei: falls man sich darin einmische, würde man die Feindschaft Englands, das die Hugenotten begünstigte, und Angriffe von Deutschland her gegen die Niederlande heraufbeschwören; von Geld und Soldaten entblößt (sans gens et argent), würde das Land den Feinden eine leichte Beute werden.

Eine Zeitlang schien es, als ob sich Philipp bei diesen Erklärungen beruhige. Über ein Jahr lang beobachtete er ein tiefes Stillschweigen, um dann plötzlich seinen Plan wieder aufzunehmen. Im November 1561 sandte er seinen Staatssekretär für die niederländischen Angelegenheiten, Courteville, mit Aufträgen in diesem Sinne an Margaretha. Der niederländische Staatsrat, den die Herzogin befragte, sprach sich indes fest und

bestimmt gegen das Eingreifen in den französischen Bürgerkrieg aus, und wieder hüllte sich Philipp in ein monatelanges, undurchdringliches Schweigen, das er erst im Juni des Jahres 1562 brach, indem er der Herzogin den Befehl zur Mobilmachung gegen die Rebellen in Frankreich schickte. Er ordnete an, daß 2000 Reiter der Ordonnanzbanden, ferner 1000 deutsche Pistolenreiter und 4000 Mann deutscher Infanterie von den Niederlanden aus dem französischen Hofe zur Verfügung gestellt würden. Das Kommando über diese Truppenmacht übertrug er dem Grafen Aremberg, da er den Herren im Staatsrate nicht traute. Die deutschen Soldaten mußten freilich erst geworben werden; zur Deckung der dafür erforderlichen Kosten sandte er der Herzogin die nötige Anweisung, desgleichen einen Wechsel von 100000 Thalern auf Spanien, dessen sie sich für unvorhergesehene Fälle einer feindlichen Invasion oder eines Aufstandes im Innern bedienen dürfte. Außerdem wollte er 3000 Spanier von Bayonne aus und 3000 Italiener über die Dauphiné zum Heere der französischen Katholiken stoßen lassen. Indem er sein eigentliches Motiv leugnete, gab er vor, er wolle nichts gegen die neue Religion in Frankreich vornehmen, sondern nur dem Könige helfen, die Ruhe wieder herzustellen und die Empörer zu züchtigen. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Herzogin und der Staatsrat unverzüglich seine Befehle ausführen würden; denn mißzubilligen, daß ein Fürst seinen Nachbarn gegen Rebellen beistehe, das heiße die eigenen Unterthanen aufstacheln und sich selbst auf die Bahn des Aufruhrs stürzen. An die Ordensritter, die Provinzialgouverneure, die Kapitäne der Ordonnanzbanden, die Provinzialhöfe und die ständischen Körperschaften richtete er Schreiben, in denen er als den Hauptzweck seines Unternehmens bezeichnete, Ruhe und Frieden in den Niederlanden zu erhalten und zu verhüten, daß sie, die solange und so schwer unter dem Kriege gelitten hätten, nicht wieder neuer Kriegsgefahr ausgesetzt würden. Mit anderen Worten: um die Niederlande vor Krieg zu bewahren, sollten sie in den Krieg gestürzt werden; das dünkte den Niederländern freilich, den Teufel durch Belzebub auszutreiben.

Noch war die königliche Mobilmachungsordre nicht in den Niederlanden eingetroffen, als sich hier bereits die maßgebenden politischen Faktoren einstimmig gegen jede Beteiligung am französischen Bürgerkriege schlüssig geworden waren. Das rätselhafte lange Schweigen des Königs, die zunehmende Spannung mit England, der Eindruck der Unruhen in Frankreich drohten hier eine allgemeine Verwirrung zu stiften. Der Staatsrat glaubte unter dem Einflusse Oraniens und Egmonts diesen Gefahren nicht unthätig zusehen zu dürfen. Vor allem mußte man wissen, was der König eigentlich zu thun gedenke, und daher beschloß der Staatsrat im Frühjahre 1562, eine Person aus dem vornehmsten Adel nach Spanien zu entsenden, „damit, was Briefe nicht zu erreichen vermöchten, die mündliche Unterhandlung bewirke". Die Wahl fiel auf Floris de Montmorency, Baron von Lenze und Herrn von Montigny, Statthalter von Tournai. Da man jedoch so lange, bis Montigny Bescheid vom Könige gebracht hätte, nicht ruhig der Entwicklung der Dinge zusehen zu dürfen glaubte, so beschloß der Staatsrat weiterhin, es sei in Anbetracht der gefährlichen politischen Situation nötig, daß die Herzogin den Rat der Ritter vom Goldenen Vließe und der Generalstände einhole. Eine allgemeine Aufregung herrschte im Lande über die Pläne Philipps. Man hielt sich darüber auf, daß der König das Land in einen neuen Krieg verwickeln wolle, nachdem es doch erst vor kurzem soviel gelitten habe. Die Hugenotten sprengten das Gerücht aus, die Pläne Philipps reichten noch weiter als bis zur Unterdrückung des französischen Protestantismus: es sei vielmehr bereits eine Liga zwischen dem Papste, dem Kaiser und den Königen von Frankreich und Spanien zur Bewältigung des Protestantismus auch in Deutschland geschlossen worden. Sowohl in Deutschland als auch in den Niederlanden fanden diese Übertreibungen Glauben, und die Niederländer waren mehr als je abgeneigt, Vorspanndienste für die katholische Weltmachtspolitik Spaniens zu leisten.

Angesichts dieser erbitterten Stimmung, deren gewaltsamen Ausbruch sie jeden Augenblick fürchtete, meinte Margaretha dem Drängen des Staatsrates nicht ausweichen zu können. Sie

versammelte zunächst Ende Mai 1562 die Ordensritter, und diese billigten sowohl die Sendung Montignys als auch die Einberufung der Generalstände. Die Herzogin gab zu dieser letzteren Maßregel ihre Einwilligung, wiewohl nicht ohne Bedenken. Denn es war dies ein Schritt, von dem sie wußte, daß es der König nicht gerne sah, wenn sie ihn unternahm, ohne ihn vorher befragt und seine Genehmigung erhalten zu haben. Indessen erschien ihr die Lage dringend genug, um in diesem Falle eigenmächtig handeln zu dürfen. Die Deputierten der Generalstände wurden auf den 25. Juni nach Brüssel beschieden, um über Vorkehrungen zum Schutze des Landes zu beraten, und zwar sollten sie ersucht werden, eine Art von Steuer in der Höhe von 1 600 000 Gulden zu beschließen. Die Bewilligung sollte nicht in barem Gelde statthaben, sondern jeder Stand sollte eine Schuldurkunde in der Höhe seiner Quote ausstellen, auf die man im Falle eines feindlichen Einbruches Geld aufnehmen könnte. Man hoffte, daß sich die Stände so, wenn man nicht bares Geld von ihnen verlange, eher geneigt erweisen würden, die für die Landesverteidigung nötigen Mittel bereitzustellen.

Kurz ehe die Generalstände zusammentraten, langte (am 23. Juni) die Mobilmachungsordre des Königs an. Jetzt konnte über seine wahren Absichten kein Zweifel mehr bestehen. Sie rief einen panischen Schrecken hervor sowohl bei der Herzogin als auch beim Staatsrate und im ganzen Lande. In wie bestimmtem Tone sie auch immer gehalten war, selbst Margaretha und Granvella verzweifelten an der Möglichkeit ihrer Ausführung. Der Staatsrat entschied sich nach mehrfachen Beratungen dafür, dem Befehle des Königs nicht zu gehorchen, sondern ihn zu bitten, daß er von den Niederlanden aus dem französischen Hofe keine Truppenhilfe, sondern nur eine heimliche Geldunterstützung zu teil werden lasse. Ein langer Depeschenkrieg entspann sich zwischen Philipp und seiner Regierung zu Brüssel. Zu wiederholten Malen forderte er die Vollziehung seiner Ordre oder doch wenigstens andere — wenngleich gelindere — Maßregeln zu thatkräftiger Unterstützung der

französischen Katholiken. Aber der Staatsrat beharrte, geleitet von Oranien und Egmont, bei seiner widerstrebenden Haltung, und nach monatelangem Hin- und Herschreiben gab sich Philipp schließlich (11. September 1562) damit zufrieden, daß von den Niederlanden aus dem französischen Hofe keine Unterstützung außer einem Hilfsgelde von 100000 Thalern in drei Monatsraten bewilligt würde. Die Niederländer konnten mit diesem Ausgange um so zufriedener sein, als Philipp das Subsidium aus seiner eigenen Tasche, d. h. mit spanischem Gelde, zahlte. Die Thätigkeit der Brüsseler Regierung beschränkte sich darauf, auf Grund einer Vollmacht des Königs die einzelnen Raten auf der Börse zu Antwerpen gegen Wechsel auf Spanien zu erheben und nach Paris zu schicken. Wie sich aber die Stände in den einzelnen Provinzen zu der Angelegenheit verhielten, konnte man am besten daraus ersehen, daß auf die Steuerforderung, die den generalständischen Deputierten Ende Juni 1562 in Brüssel vorgetragen worden war, nur eine einzige Provinz, das Gouvernement Lille, einzugehen sich geneigt zeigte. Artois, Namur und Holland verweigerten geradezu, und die Hauptprovinzen Brabant und Flandern fanden es trotz des Befehles der Regierung, daß sich die Stände binnen vier Wochen zu entscheiden hätten, nicht einmal der Mühe wert, eine Antwort einzusenden.

Die ganze Aktion des Königs war somit kläglich in das Wasser gefallen. Sogar Granvella hatte sich ihr nicht anzuschließen vermocht. Sie hatte keinen anderen Erfolg gehabt, als die tiefe Kluft zwischen Krone und Land noch zu erweitern. Deutlich genug hatten die Niederländer bewiesen, daß sie sich entschieden gegen jeden Versuch sträuben würden, sich in den Rahmen der katholischen Weltmachtpolitik Spaniens einspannen zu lassen und für diese die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Denn hierauf lief es hinaus, wenn Philipp die Niederlande mit 7000 Mann, Spanien und Italien aber nur mit je 3000 Mann an dem französischen Religionskriege beteiligen wollte. Und es war klar, daß, wenn infolge des Eingreifens Philipps sich der Krieg auf außerfranzösisches Gebiet hinüber-

gespielt hätte, die Niederlande am ehesten in Mitleidenschaft gezogen worden wären. In unübersehbare Verwicklungen drohte Philipps auswärtige Politik die Niederlande hineinzuziehen, und den Großen des Staatsrates hatte es das Land zu danken, wenn es solcher Gefahr entronnen war. Diese waren bisher überhaupt die Führer der Opposition gewesen; ihren Bemühungen hauptsächlich war es zuzuschreiben, daß die Anordnungen, die Philipp bei seiner Abreise zur Sicherung seines politischen Systemes getroffen hatte, die spanische Garnison und die Neuordnung der Bistumsverfassung, gefallen oder doch wenigstens in hohem Grade erschüttert worden waren. Und nun war es die große Frage, ob sie sich damit zufrieden geben oder ob sie noch weiter gehen, ob sie es wagen würden, den Kampf gegen dieses System selbst aufzunehmen. Würden sie kühn genug sein, die religiöse Zwingherrschaft des Königs stürzen, ihm seine staatskirchliche Vollgewalt entwinden, der Autorität der Krone gegenüber die ständische Machtsphäre erweitern zu wollen?

Wenn sie sich solche Zwecke setzten, so konnten sie gewiß sein, auf ein Hindernis in ihrer nächsten Nähe, im Staatsrate selbst, zu stoßen und das war Granvella. Sie mußten sich sagen, daß dieser niemals gutwillig bei den Versuchen zur Hebung der ständischen und zur Minderung der königlichen Autorität seine Hand zur Mitwirkung bieten, sondern sich ihnen mit allen Kräften widersetzen würde. Hatte ihn doch der König zum Wächter der Machtvollkommenheit der Krone bestellt und die Statthalterin angewiesen, ihm in allen Stücken Folge zu leisten. Und willig hatte sie sich seinem Einflusse bisher gefügt. Von ihm geleitet und behütet, hatte sie ihre ersten Schritte auf dem Felde der großen Politik gewagt. Nichts gab es, was sie ohne seinen Beirat that. Seit dem Beginne ihrer Regentschaft hatte sie ihre Haltung genau der seinigen angepaßt. Selbst da, wo sie sich der Opposition beugte, handelte sie im Einvernehmen mit ihm und auf seine Veranlassung. Seinem Beispiele gemäß hatte sie dem Könige das weitere Verbleiben der Spanier im Lande, sowie die Hilfeleistung für den französischen Hof abgeraten. Auch in der Bistumsfrage war sie

ganz seiner Direktive gefolgt. Noch war keine, wenn auch noch so leichte Trübung in dem Verhältnisse eingetreten, das zwischen ihnen waltete, weil sie sich gern seiner höheren Einsicht unterwarf, und weil er klug genug war, sie das so wenig wie möglich merken zu lassen. Er stand mit dem Könige in einem direkten Briefwechsel, der viel wichtiger war, als die offizielle Staatskorrespondenz zwischen Margaretha und Philipp. Er war der eigentliche Regent des Landes, und das wußte man allgemein, sowohl diesseits als auch jenseits der niederländischen Grenzen. Sagte doch die Königin Elisabeth, deutlich auf Frankreich und auf die Niederlande anspielend, sie wolle der Welt zeigen, daß es in England keinen Connetable und keinen Bischof von Arras gebe.

Die Verdrängung Granvellas aus dem Staatsrate und, falls es möglich wurde, aus dem Lande überhaupt, war das nächste Ziel, das die Herren der Opposition zu erreichen trachteten. Sie war die Vorbedingung aller weiteren Erfolge. Von ihm befreit, konnte der Staatsrat, die höchste Behörde des Landes, in das Fahrwasser der ständischen Bewegung gelenkt werden. Dann war die Statthalterin isoliert und konnte sich dem beherrschenden Einflusse der Großen nicht mehr entziehen; diese andererseits waren einen lästigen Beobachter los, von dem sie wußten, daß er sie überwache und über ihre Bestrebungen und Handlungen dem Könige Bericht erstatte. „Fort mit Granvella!" war der Ruf, den die Opposition jetzt erhob. Persönliche Beweggründe und Leidenschaften, die mit in den Streit hineinspielten, brachten es zuwege, daß dieser Akt des politischen Dramas, das das sich damals in den Niederlanden vollzog, der geräuschvollste wurde, der die allgemeine Aufmerksamkeit am meisten auf sich lenkte.

Fünftes Kapitel.

Der Kampf der Großen gegen Granvella.

Wohlgerüstet traten die beiden Parteien einander gegenüber in dem beginnenden Kampfe. Die eine pochte auf die Zustimmung, die ihr Vorgehen bisher im Lande und bei den Ständen gefunden hatte, deren Machtansprüche und Interessen sie verfochten; die andere stützte sich auf das Vertrauen des Königs und der obersten Statthalterin, dessen sie ja um so sicherer sein konnten, als sie die Autorität der Krone verteidigten. Es waren die hervorragendsten Männer der Niederlande, die sich nunmehr, in zwei Heerlager gespalten, schroff und feindlich gegenüberstanden. Eben der Konflikt mit Granvella trug viel dazu bei, die Parteibildung zu fördern und die einzelnen Gruppen fest zu gestalten und zu schließen.

Zu den Führern und vornehmsten Mitgliedern der ständischen Partei gehörten mit wenigen Ausnahmen die Provinzialgouverneure und die Ritter vom Goldenen Vließe, also die Spitzen der heimischen Aristokratie. „Herren" (Seigneurs) hießen sie, und als Herren fühlten sie sich auch selbst gegenüber ihrem Könige. Da war zunächst eine Reihe jüngerer Männer, die Grafen von Hooghstraeten, Culembourg und Vanden Berg, ein Schwager Oraniens, sowie Heinrich von Brederode, Herr von Vianen und Almeyden, Vicomte von Utrecht, ein Abkömmling der alten Grafen von Holland, dem ältesten Adel des Landes angehörig, mehr keck und verwegen als von ausdauerndem Mute und Standhaftigkeit. Alle diese repräsentierten die jüngere Generation des niederländischen Hochadels; einen großen Einfluß auf sie übte Graf Ludwig von Nassau aus, der Bruder Oraniens. Eifrige Anhänger der ständischen Opposition waren der Graf Meghem, Statthalter von Geldern und Zutphen, und der Graf Peter Ernst von Mansfeld, Statthalter von Luxemburg. Mitten in den Wirren starb Philipp von Stavele,

Baron von Glajon, General der Artillerie, einer der Vertreter der Oppoſition im Staatsrate. Dieſen reihte ſich an das Brüderpaar Montmorency, der freiſinnige Floris von Montigny, Statthalter von Tournai, und Philipp, Graf von Hoorne, Admiral des Meeres. Noch als der König im Lande weilte, pflegten die Großen dieſen als ihren Sprecher vorzuſchicken; um ihn unſchädlich zu machen, nahm ihn daher der König mit nach Spanien, indem er ihn zum Mitgliede des ſpaniſchen Staatsrates für die niederländiſchen Angelegenheiten ernannte. Da ſich Hoornes Abreiſe durch die Krankheit ſeiner Gemahlin verzögerte, traf er erſt im Sommer 1560 in Spanien ein, kehrte aber ſchon nach etwa einem Jahre mißmutig nach den Niederlanden zurück, da ihn der König durchaus unbeſchäftigt ließ. Einer der reichſten Magnaten und die Seele der brabantiſchen Oppoſition, ſowie der generalſtändiſchen Beſtrebungen war Jan van Glymes, Marquis von Bergen-op-Zoom und Graf von Walhain, vornehmlich beeinflußt durch die katholiſche Vermittelungstheologie Caſſanders, der Verfolgung der Ketzer daher abhold und leidenſchaftlich begeiſtert für die Freiheit ſeines Vaterlandes. Er war Statthalter von Valenciennes; dort und in Tournai wagten um jene Zeit die Calviniſten an die Öffentlichkeit hervorzutreten. Da ſowohl er wie Montigny ſehr läſſig dagegen einſchritten, zogen ſie das Mißfallen des Königs, der Generalſtatthalterin und Granvellas auf ſich. Eine ähnliche Haltung in religiöſer und politiſcher Hinſicht nahm Lamoral, Graf von Egmont, Fürſt von Gavres und Steenhuys ein, berühmt durch ſeinen Anteil an den Siegen von St. Quentin und Gravelingen. Er entſtammte einem alten holländiſchen Geſchlechte, das einſt das Herzogtum Geldern beſeſſen hatte. Er genoß im Lande eine beiſpielloſe Popularität, um deren Erhaltung er ängſtlich beſorgt war. Nicht minder liebte er es freilich, ſich in der Gunſt des Königs zu ſonnen. Mit Keinem wollte er es verderben, und daher gewann ſeine Haltung etwas Schwankendes und Unbeſtändiges. Politiſch gering veranlagt, war er den großen Gegenſätzen, die ſeine Zeit beherrſchten, nicht gewachſen, und daran ging er ſchließlich zu Grunde.

Alle aber überragte an staatsmännischer Begabung ein Mann, kein Niederländer von Herkunft, sondern „von deutschem Blute", Graf Wilhelm von Nassau, Fürst von Oranien. Im Alter von elf Jahren ließen ihn seine Eltern um den Preis des Übertrittes zum Katholizismus die reiche Erbschaft seines Vetters René von Nassau erkaufen, bestehend in einer großen Anzahl niederländischer und burgundischer Güter, sowie des souveränen Fürstentums Oranien; denn nur unter dieser Bedingung war Karl V. gewillt, das Testament Renés zu bestätigen. Durch diesen Religionswechsel wurde er dem Glauben seiner Kindheit entfremdet, ohne doch dem Katholizismus gewonnen zu werden. Jedenfalls überwog in ihm die politische Begabung bei Weitem die religiöse Veranlagung, und was von religiösem Gefühle in seiner Brust lebte, das vermochte er nicht in den Rahmen eines bestimmten dogmatischen Bekenntnisses hineinzuzwängen. Karl V. hatte ihn sehr geschätzt trotz seiner großen Jugend, und Philipp II. hatte ihn zum Gouverneur von Holland, Seeland und Utrecht ernannt. In zweiter Ehe hatte er sich 1561 mit Anna von Sachsen, der Tochter des verstorbenen Kurfürsten Moritz, vermählt, und es hatte ihm der konfessionellen Verschiedenheit wegen große Mühe gekostet, sowohl die Einwilligung des Königs, als auch der Verwandten seiner Braut zu erlangen. Nur durch ein gefährliches Doppelspiel wußte er sie zu erringen: Diesen spiegelte er vor, er sei ein heimlicher Protestant, jenem hingegen, seine Braut werde mit der Genehmigung ihrer Angehörigen zum Katholizismus übertreten. Der König, unschlüssig wie gewöhnlich, schob, um die Verantwortung von sich abzuwälzen, die Prüfung der Angelegenheit und ihre Entscheidung Margaretha und Granvella zu, d. h. in Wahrheit diesem Letzteren. In jenen Tagen, als es der verwickeltsten Lügen bedurfte, um Granvella über den wahren Stand der Sache zu täuschen und ihn zu bestimmen, beim Könige nicht wenigstens geradezu das Verbot des Heiratsplanes zu beantragen, mag der Grund zu dem tiefen persönlichen Hasse Oraniens gegen den „roten Pfaffen" gelegt worden sein. Wie demütigend mußte es für den stolzen Herren sein, sich seiner freien Selbstbestimmung beraubt zu sehen, dem

Prälaten gute Worte geben zu müssen und von der Gunst seiner Entscheidung abhängig zu sein.

Durch diese Heirat wurden die Beziehungen Oraniens zu Deutschland noch inniger, als sie schon vorher waren. Er war nunmehr mit den Häusern Sachsen und Hessen — Philipp der Großmütige war der Großvater seiner jungen Gemahlin —, den Führern des Protestantismus in Norddeutschland, nahe verwandt. Mit Vorliebe betonte er der niederländischen Regierung gegenüber, er sei „von deutschem Blute und Deutschland sei sein Vaterland". Philipp war keineswegs erbaut von den Verbindungen, die sein vornehmster Vasall in den Niederlanden mit den deutschen Protestanten unterhielt; das Mißtrauen in ihm regte sich, und er hatte allen Grund dazu. Setzten doch Oraniens lutherische Freunde in Deutschland geradezu ihre Hoffnungen auf ihn für die Ausbreitung des Evangeliums in den Niederlanden; unaufhörlich ermahnten sie ihn, sich hier des Wortes Gottes und seiner Bekenner anzunehmen. In der That wurde Oranien durch seine deutschen Beziehungen immermehr dem Luthertume, dem Glauben seiner Kindheit, in die Arme geführt. Seine Mutter, die edle Gräfin Juliane von Stolberg, sein Bruder Ludwig, seine Schwäher in Sachsen und Hessen wirkten beständig auf ihn ein. Eine Zeitlang knüpfte er mit den Vertretern der ireniſchen Richtung im Katholizismus an; aber das vermochte ihm auf die Dauer nicht genügen. Wenn er im Anfange des Jahres 1564 an den Landgrafen Wilhelm von Hessen schrieb, „die Katholischen" sähen es gern, wenn Dänemark und Schweden sich gegenseitig zu Grunde richteten, so gab er damit bereits deutlich genug zu verstehen, daß er sich in seinem Innern nicht mehr zu deren Gemeinschaft rechne.

Wie gefährdet seine persönliche Lage unter diesen Umständen war, konnte sich Oranien schwerlich verhehlen. Er kannte Philipps mißtrauische Art zur Genüge, um sich sagen zu müssen, daß dieser seit seiner zweiten Heirat ihn und seinen Verkehr mit Deutschland genau beobachten lasse und nicht zögern würde,

falls er etwas Verdächtiges entdecke, sowie er dazu in der Lage sei, mit Gewalt einzuschreiten. Zwar hütete er sich, Anlaß zu einem Zweifel an seiner Rechtgläubigkeit zu geben. Er lebte äußerlich nach den Vorschriften der Kirche und bewog auch seine Frau, sich diesen Anschein zu geben. Um nicht selbst verdächtig zu werden, zeigte er im Staatsrate und in seinem Amte als Provinzialstatthalter Eifer in den Anordnungen zur Unterdrückung der Ketzerei, wenngleich nur mit Widerwillen und innerem Widerstreben. Er hatte einen sicheren Blick für das Erreichbare und war Realpolitiker genug, um sich nicht unnütz zu opfern. Granvella konnte nicht anders, als dem Könige zu berichten, die religiöse Haltung Oraniens selbst sei untadelhaft, wie wenig ihm auch dessen Verkehr mit Deutschland und seinen protestantischen Verwandten gefalle. Aber es war doch die Frage, ob Oranien auf die Dauer sein wahres Gesicht dem Späherauge Philipps würde verbergen können. Schon verbreiteten sich im Frühjahre 1564 Gerüchte, der Geistliche, der Oraniens letztes Kind getauft habe, sei kein katholischer Priester, sondern ein lutherischer Prädikant. Jedenfalls mußte Oranien selbst fühlen, daß der ungeschwächte Fortbestand des religiös-politischen Systemes Philipps seine und seiner Familie persönliche Sicherheit mit schweren Gefahren bedrohe. Alle Bestrebungen, die auf die Schwächung oder gar den Sturz dieses Systemes hinarbeiteten, mußten ihm willkommen sein und in ihm einen Bundesgenossen finden. Bei seiner hohen amtlichen und sozialen Stellung, bei seiner hervorragenden politischen Begabung ließ es sich sogar nicht vermeiden, daß er an die Spitze der Opposition trat und deren eigentlicher Führer wurde.

Was war es nun, was die Opposition, voran Oranien, erstrebte, und für dessen Erreichung sie zunächst die Beseitigung Granvellas als notwendig erachtete? Nur vereinzelte Notizen sind es, meist durch die Gegner überliefert und daher mit Vorsicht aufzunehmen, die uns davon Kunde geben. Schwerlich verfolgten sie von Anfang an ein bestimmtes Programm, sondern allmählich erst entwickelten sie im Laufe des Kampfes ihre

Forderungen. Wir hören, daß sie, vornehmlich Oranien und der Marquis von Bergen, im Einverständnisse mit den brabantischen Ständen, den Ruf nach Generalständen und einem Nationalkonzil erschallen lassen: Der König sollte den generalständischen Deputierten, wie bei der neunjährigen Steuer, gemeinsame Beratung bewilligen; dabei wollten sie dann die gesamten politischen und kirchlichen Verhältnisse zur Sprache bringen und dem Könige Reformvorschläge vorlegen, deren Annahme sie durch die Waffe der Steuerverweigerung bei ihm zu erzwingen hofften; sie wünschten weiterhin die Erhaltung und Ausbildung der generalständischen Steuerverwaltung. Nach diesen Richtungen hin liefen ihre Pläne demnach auf eine Stärkung der zentralständischen Gewalt und auch eine Durchbrechung des religionspolitischen Systemes der spanischen Krone hinaus. Bald berichtet Granvella, Oranien erstrebe die Stellung eines „Superintendenten" oder „Protektors" der Stände von Brabant. Wir erinnern uns, daß in den einzelnen Provinzen das Amt des Statthalters einen dualistischen Charakter trug, indem er wohl der höchste Beamte der Krone, zugleich aber auch der Leiter und Vertrauensmann der Stände war. Da es in Brabant keinen Unterstatthalter gab, fehlte hier ein derartiges Oberhaupt der Stände, wie in den anderen Territorien. Dieser Mangel sollte jetzt dadurch ergänzt werden, daß Oranien an die Spitze der Stände von Brabant trat; indem diese nun ihrerseits nach dem Primate innerhalb der verstärkten generalständischen Verfassung trachteten, mußte Oranien dann gleichsam als das Haupt der sämtlichen Stände, als der oberste Repräsentant des Landes gegenüber dem König erscheinen. Gelang es, die Autorität der Krone zu Gunsten der ständischen Zentralmacht beiseite zu schieben, so war Oranien dann in Wahrheit der — wenngleich ungekrönte — König der Niederlande. Noch weitere Pläne schmiedeten sie: sie wollten Zutritt zu den Konsulten über die Besetzung der Ämter, für welche die Ernennung oder das Vorschlagsrecht der Generalstatthalterin zustand. Auch das hatte, da es sich dabei in erster Reihe mit um die Erneuerung der brabantischen Stadtmagistrate handelte, den Zweck,

die Macht der ständischen Opposition zu erweitern und zu befestigen. Das Land sollte die Tilgung der Staatsschuld, den Unterhalt der stehenden Truppen und alle ordentlichen Staatsausgaben übernehmen. Dafür sollten ständische Organe, die „Generalität" unter der Leitung Straelens, die Verwaltung des königlichen Domaniums und der Steuern führen. Der Staatsrat, in dem die Mitglieder der ständischen Bewegung die Mehrheit haben, der also eine Art von Vollziehungsausschuß der Generalstände bilden sollte, sollte die Staatsgeschäfte in ihrer Gesamtheit führen und mit der Ernennung aller Beamten betraut werden. Bergen sagte offen, man brauche keinen Finanzrat und keinen Geheimrat, sondern im Staatsrate sollten alle Angelegenheiten behandelt werden, indem sich dieser als untergeordneter technischer Gehülfen zweier Finanz- und Justizbeamter bedienen könnte. Wonach sie trachteten, das war also nicht mehr und nicht weniger, als die Aufhebung der alten, viel bewunderten Behördenordnung der Vorgänger des Königs, der burgundischen Herzoge, sowie die Stellung der gesamten Verwaltung unter die Machtsphäre der Stände. Und wie sich Oranien wenigstens schon damals, wohl freilich noch allein, — da die anderen sich so genaue Vorstellungen darüber, was kommen würde, schwerlich bildeten —, die Gestaltung der religiösen Frage dachte, davon legt Zeugnis ab ein Schreiben des Landgrafen Philipp von Hessen, der ohne Zweifel in die Entwürfe Oraniens und seines Bruders eingeweiht war. Er zeigt darin diesem an, daß die Stände von Nieder-Österreich den Kaiser um die Zulassung der Augsburgischen Konfession gebeten und einen günstigen Bescheid bekommen hätten, und fügt hinzu: „Hoffen zu Gott, es werden die niederländischen Stände eine gleich förmliche supplikation auch einmal an ireh hern und köning übergeben". Zulassung der Augsburgischen Konfession sollte nach Oraniens geheimsten Wünschen das stolze Gebäude der ständischen Errungenschaften krönen.

Ungeheure Schwierigkeiten standen der Opposition freilich noch bevor, ehe sie darauf rechnen durfte, ihre Hoffnungen verwirklicht zu sehen. Vor allem war der Widerstand der Gegen-

partei, der Anhänger des religiös-politischen Systemes Philipps, der strengen Katholiken und der starren Royalisten, zu überwinden. Zählten zu ihr auch nicht so glänzende Namen der hohen Aristokratie, so doch außer der von den Ideen der Gegenreformation ergriffenen Geistlichkeit ein Teil des mittleren und niederen Adels, sowie das höhere Berufsbeamtentum, wenngleich auch diese letzteren Gruppen einer Milderung des Systemes und Kompromissen mit der Opposition schwerlich abgeneigt gewesen wären. Im wesentlichen war es eben ein einziger Mann, der ihr das Gegengewicht hielt, Granvella. Nur wenige Persönlichkeiten in hervorragender Stellung blieben ihm treu, als der Kampf gegen ihn begann; bald wurden sie dafür mit dem Spottnamen der „Kardinalisten" belegt.

Nur zwei von den Provinzialstatthaltern und ein paar Ordensritter standen zu Granvella; damit war die Reihe seiner Anhänger innerhalb der hohen Aristokratie erschöpft. Es waren dies die Brüder Croy, der Marquis von Havré und der Herzog von Arschot, schon aus Eifersucht auf Oranien und Egmont. Dazu kamen der Graf Aremberg, Statthalter von Friesland, und der Baron Berlaymont, Gouverneur von Namur. Berlaymont war einer der vornehmsten Getreuen Granvellas; doch er hielt sich nach Möglichkeit zurück. Er hatte eine zahlreiche Familie, deren Versorgung ihm sehr am Herzen lag; schon deshalb hütete er sich vor der Teilnahme an Bewegungen, die dem Könige mißfallen konnten. Für einen seiner Söhne erstrebte er die Nachfolge im Bistume Lüttich und suchte sich das Wohlwollen Philipps zu erhalten, um dessen Unterstützung dafür zu gewinnen. Da er aber andererseits fürchtete, daß die übrigen Großen, wenn er es ganz mit ihnen verdürbe, seine Absichten durchkreuzen würden — war doch der regierende Bischof von Lüttich, der einen Koadjutor wünschte, der Bruder des Marquis von Bergen —, so suchte er zwischen den Parteien zu lavieren. Er mied Granvella ostentativ, hinterbrachte indes der Herzogin, was immer er Ungünstiges über die anderen Großen erfahren konnte, selbst vage und wenig glaubwürdige Gerüchte. Er war der Schwager des Grafen Aremberg und übte auf ihn einen

ziemlichen Einfluß aus. Diesen hielt übrigens auch seine an Geist und Einsicht überlegene Gemahlin aus dem Geschlechte der Grafen von Mark aus dem Ardennenwalde vom Anschlusse an die Opposition ab. Parteigänger Granvellas im Staatsrate war neben Berlaymont Viglius, Präsident des Staatsrates und Geheimrates, ein Friese von Geburt. Ein berühmter Rechtsgelehrter und Universitätslehrer, hatte er erst später die staatsmännische Laufbahn eingeschlagen, in der er sehr schnell zu hohen Würden stieg. Nach dem Tode seiner Gemahlin nahm er die Weihen und erhielt gegen Brederode, der damals geistlich werden wollte, die reiche Propstei von St. Bavo zu Gent. Ein vielseitig gebildeter Humanist, war er eine zurückhaltende und ängstliche Natur. Nur wenn er sich eines starken Schutzes bewußt und von kräftiger Hand gelenkt war, vermochte er sich zu fester Haltung aufzuschwingen.

Man sieht, wie alle diese Männer teils wegen ihrer geringen Anzahl, teils wegen Mangel an Begabung und Selbständigkeit, teils aus anderen Charaktereigenschaften Granvella in Wirklichkeit einen festen Rückhalt im Kampfe gegen die Opposition nicht zu bieten vermochten. Aber stand er auch so gut wie allein, so war er doch kein verächtlicher Gegner. Wegen seines Ansehens beim Könige und der Statthalterin und wegen seiner unvergleichlichen Fähigkeiten hielten ihn die Männer der Opposition für ihren gefährlichsten Feind, mit dessen Beseitigung das ganze Spiel für sie gewonnen wäre. Anton Perrenot, Herr von Granvelle und Bischof von Arras, hatte schon unter Karl V. als der bedeutendste Staatsmann am kaiserlichen Hofe gegolten. Von seinem Vater, dem langjährigen ersten Minister Karls V., in die hohe Schule der Politik eingeführt, hatte er sich seinem Lehrmeister bald als ebenbürtig erwiesen. Er war ein kluger, weltgewandter Mann von staunenswerter Arbeitskraft, sowie großer politischer Einsicht und Erfahrung, auch in den Künsten der politischen Intrigue wohl bewandert, ein entschiedener Anhänger der absolutistischen Tendenzen und des staatskirchlichen Systemes der Krone. Der Prachtentfaltung sowie der Kunst und Wissenschaft nicht abhold, erschien er als ein Kirchenfürst

im Sinne der Renaissance, während er doch zugleich den Ideen der katholischen Restauration zugethan war. Voller Großmut gegen diejenigen, die sich ihm unterordneten und Gefolgschaft leisteten, verstand er doch trotz aller Worte der Sanftmut und Liebe, die ihm von den Lippen flossen, gründlich zu hassen, wenngleich er keineswegs unversöhnlich war, sondern dem Feinde, der sich vor ihm beugte, goldene Brücken baute. Er hatte eine scharfe Beobachtungsgabe und wußte die Menschen zu beurteilen; er pflegte wohl auch eine Art von priesterlicher Demut zur Schau zu tragen, die freilich nicht immer seinen Stolz und seinen Ehrgeiz zu verdecken vermochte. Beim König besaß er unter dessen nichtspanischen Ratgebern das größte Ansehen, weil der ihn als durchaus und sogar bis zu einer gewissen ängstlichen Devotion ergeben und als ein brauchbares Werkzeug kannte. Niemand wußte so geschickt als er die Intentionen seines Herrn zu erraten, niemand seine privaten Wünsche in einer bescheideneren Form vorzutragen. Er drängte nicht ungestüm wie andere; denn er wußte, daß der König das verabscheue, und nichts fürchtete er mehr, als seinem Herrscher lästig zu fallen. Von Natur nicht gerade grausam und scharfen Maßregeln zugeneigt, zumal wo sie nichts nützten, sondern schaden konnten, hütete er sich doch, manche Gewaltschritte Philipps zu mißbilligen, um nicht in seiner Gunst zu wanken; auch hegte er von der spanischen Macht eine hohe Vorstellung und unterschätzte die sittlichen Kräfte im Volks- und Staatsleben, so daß er meinte, mit Gewalt sei alles zu erreichen. Vom Volke hatte er die denkbar schlechteste Meinung. Er hielt es für eine gemeine, stumpfsinnige Bestie und begriff nicht, wie die Großen nach seiner Gunst haschen könnten: besser sei es doch, nur Einem Herrn, als einem so vielköpfigen und wandelbaren Souverän zu dienen. Und er selbst war bei diesem Grundsatze bisher wohl gefahren. Zahlreiche Beweise der königlichen Huld und Gnade hatten ihn in den letzten Jahren beglückt. Nach dem Tode des letzten Abtes, Georgs von Egmont, eines Oheims Lamorals, hatte ihm der König 1560 die reiche Abtei St. Armand in Tournaisis bewilligt, mit der ein Einkommen

von 15000 Gulden verbunden war. Noch in demſelben Jahre wurde er zum Erzbiſchofe von Mecheln und Primas der niederländiſchen Kirche ernannt. Der König hielt das aus zwei Gründen für ratſam: Granvella würde dann immer in ſeiner Diözeſe reſidieren, da Brüſſel zu Mecheln gehören ſollte, und ebendaher in der Lage ſein, ſich beſtändig den Staatsgeſchäften zu widmen, deren Hauptleitung (la direction principale) nach wie vor in ſeinen Händen liegen ſollte. Bald darauf, am Oſtertage 1561, legte er zum erſtenmale den Purpur an, den ihm der Papſt verliehen hatte. Er ſtand auf der Sonnenhöhe ſeines Glückes und ſeiner Macht. Aber es dauerte nicht lange, und es begannen für ihn Jahre der Leiden, der Verfolgungen und der Demütigungen; es waren ihm Zeiten beſchieden, da er ſich ſelbſt der Gunſt ſeines Herrn nicht mehr ſicher wiſſen ſollte.

Wenn die Unterthanen mit der Regierung ihres Souveräns unzufrieden ſind, ſo ſind ſie geneigt, ſeine Maßregeln, auch wenn ſie ſeiner eigenen Initiative entſprungen ſind, dem Einfluſſe ſeiner Miniſter und der Perſonen ſeiner nächſten Umgebung zuzuſchreiben, die ihn ihrer Meinung nach beherrſchen, — ſchon deshalb, um ihre Oppoſition mit dem ihnen noch innewohnenden Gefühle der Loyalität in Einklang zu ſetzen. So auch glaubten die niederländiſchen Großen, daß Granvella den König ebenſo beherrſche, wie ihnen dies von Margaretha aus eigener Anſchauung bekannt war. Sie wußten, daß er eine geheime Korreſpondenz mit Philipp unterhalte, und daß ſich dieſer ſeine Anſichten über die Lage in den Niederlanden auf Grund ſeiner Berichte zu bilden pflegte. Die Vermutung hatte daher viel für ſich, daß der Kardinal die wahre Triebfeder des verhaßten Syſtemes der Krone ſei, daß er alle jene Maßregeln inſpiriert habe, gegen die man bisher einen ſo erbitterten Kampf geführt hatte. Man beſchuldigte ihn laut und immer lauter, er habe dem Könige geraten, die Spanier im Lande zu behalten, um deſſen Freiheit zu unterdrücken; er ſei der Urheber der neuen Biſtümer, und zwar aus perſönlichem Ehrgeize, um dadurch die Würde eines Erzbiſchofes und Primas der Niederlande

zu ergattern; er stehe mit den Guises in heimlichem Einvernehmen und habe mit diesen zusammen jenen angeblichen Plan einer katholischen Liga zur Unterdrückung des Protestantismus in Europa und vornehmlich in Deutschland ausgebrütet.

Es waren bloße Vermutungen, und dazu nicht einmal richtige. Man überschätzte den Einfluß Granvellas beim Könige bei weitem. Alle jene Maßnahmen entstammten Philipps eigenem Geiste, und Granvella war nicht der Urheber des Systemes Philipps, sondern nur dessen Werkzeug, Vertreter und Wächter bei Margarethe von Parma. Nur widerwillig stimmte er in vielen Fällen den Anordnungen seines Souveränes bei, da er die Zähigkeit einmal getroffener Entschließungen des Königs kannte und diesen nicht durch Widerspruch gegen sich aufreizen wollte. Er hatte sich von jeher gegen eine spanische Garnison in den Niederlanden erklärt und eifrig beim Könige für deren Zurückziehung gewirkt. Er hatte davon abgeraten, sich von den Niederlanden aus in die französischen Religionswirren einzumischen, und selbst der Gedanke der neuen Bistümer stammte nicht von ihm, sondern nur jene Änderung in dem Projekte, die auf die Inkorporation der Abteien hinauslief, und durch die allerdings der Sturm erst entfacht worden war. Hier hatte ihn seine gewohnte Vorsicht einen Augenblick verlassen: die Gelegenheit, der ständischen Opposition hinterrücks ein Bein zu stellen, hatte ihm allzu verlockend gedünkt. Ging er doch in der Rücksicht auf die Stimmung im Lande so weit, daß er öfters im Staatsrate anerkannte, die Plakate seien zu grausam und dürften nicht in ihrer ganzen Strenge vollzogen werden. Allerdings war das nicht seine Herzensmeinung, sondern ein der Not abgedrungenes Geständnis. Im wesentlichen war er eben ein treu ergebener Anhänger der Politik Philipps, nur daß er immer betonte, man müsse in den Niederlanden sehr behutsam zu Werke gehen und auf die Zeitumstände und den Volkscharakter Rücksicht nehmen. Vor allem war er ein abgesagter Feind der generalständischen Bewegung, und nicht ohne Grund. Denn mit scharfem Blicke erkannte er, daß man bei der Rivalität zwischen den Provinzen und bei der unvollkommenen

Ausbildung der ständischen Verfassung, zu welchen Zugeständnissen an die Stände man sich auch immer herbeilassen möchte, doch nicht einmal die Garantie prompter und sicherer Steuerbewilligung zu erlangen vermöge. Eine Vermehrung der ständischen Macht mußte, wie er einsah, wohl eine Erschütterung der Krone nach sich ziehen, bot aber noch keine Hoffnung auf eine wahrhafte Heilung der Schäden, an denen das Staatswesen krankte. Aber eben wegen seines Widerspruches gegen die Generalstände war Granvella der Opposition im Wege, und daher mußte er gestürzt werden.

Die sachlichen Gegensätze wurden durch eine persönliche Intrigue verschärft, deren Urheber der Rat im geheimen Rate Renard war. Renard war gleichfalls Burgunder von Herkunft. Vom älteren Granvella war er gefördert worden und hatte es schließlich bis zum Gesandten in London und Paris, sowie zum Mitgliede des niederländischen Geheimrates und Staatsrates gebracht. Namentlich hatte er sich um das Zustandekommen der Heirat zwischen Philipp und Maria von England Verdienste erworben. Er hatte jedoch die Unvorsichtigkeit begangen, sich als Nebenbuhler des jüngeren Granvellas in der Gunst Karls V. aufzuspielen, und dieser verfolgte ihn wegen solcher „Undankbarkeit" mit leidenschaftlichem Hasse. Zum Unglücke für ihn war einer seiner Diener des Hochverrates und geheimer Beziehungen zur französischen Regierung überführt worden. Granvella benutzte dies, um Renard der Mitwissenschaft zu beschuldigen, und wußte Philipp II. so gegen ihn einzunehmen, daß er bei der Reorganisation des Staatsrates 1559 nicht mehr für diesen ernannt wurde. Renard behielt zwar seine Stellung im Geheimrate, wurde aber auch dort, wo Granvellas bester Freund Viglius den Vorsitz führte, beiseite geschoben.

Keineswegs war Renard der Mann, solche Verfolgungen und Verunglimpfungen mit Gleichmute hinzunehmen. Er näherte sich den Führern der ständischen Opposition, und das ward für Granvella um so gefährlicher, als er gute Verbindungen in Spanien hatte. Durch diese Kanäle hörte er, was man sich am spanischen Hofe über die niederländische Opposition erzählte,

und er hatte nichts Eiligeres zu thun, als diese Nachrichten sofort Oranien und Egmont zu hinterbringen, indem er sie wissen ließ, daß die in Spanien gegen sie herrschende Verstimmung auf die geheimen Berichte Granvellas an den König zurückzuführen sei. Es läßt sich denken, daß man am Hofe Philipps die Großen, die durch ihren Widerstand alle Maßnahmen des Königs zu nichte machten, keineswegs mit freundlichen Augen betrachtete. Man erklärte sie als Hochverräter, die den Tod für ihr frevles Beginnen verdient hätten. Alle diese Gerüchte, durch den Hofklatsch übertrieben und vergrößert, gelangten durch Renards Vermittlung zu den Ohren Oraniens und Egmonts und schürten ihre Abneigung gegen Granvella. Durch ihn erlangten sie auch die Kunde von dem angeblichen geheimen Bunde zwischen dem Kardinal und den Guisen. Bald hörten sie, Granvella verleumde sie beständig beim Könige und verdächtige ihre Treue, oder die Depeschen des Königs für den Staatsrat würden in den Niederlanden von Granvella auf Blanketts verfaßt, die ihm der König, mit seiner Unterschrift versehen, zur Verfügung gestellt habe. Sie vernahmen, Granvella habe dem Könige geraten, daß er, um die Ruhe wiederherzustellen, ein Dutzend Köpfe abschlage, daß er mit einem großen Heere nach den Niederlanden komme, um den Absolutismus einzuführen und die alten Privilegien zu brechen, daß er die spanische Inquisition hierher verpflanze u. s. w. Oranien und Egmont glaubten alle diese Dinge und machten kein Hehl daraus. Die Anklagen gegen Granvella erfüllten bald das ganze Land und fanden ein tausendfältiges Echo in unzähligen, bald von flammender Begeisterung getragenen, bald mit ätzendem Spotte durchtränkten Pasquillen und Pamphleten, die an die öffentlichen Gebäude und die Kirchen angeschlagen wurden oder von Hand zu Hand gingen. Der „rote Pfaffe", der „Erzschuft", der „Sohn des römischen Drachen" wurde der bestgehaßte Mann im Lande. „Die feingesponnenen Ränke des Kardinals Granvella, die Inquisition den Niederlanden aufzulegen," so lautete der Titel einer gegen ihn gerichteten Schmähschrift, aus dem bereits ihr Inhalt zur Genüge erhellt.

Es war ein seltsames Gemisch zum Theil wahrer, meist aber bei weitem übertriebener Beschwerden und Beschuldigungen, welche die Opposition gegen Granvella erhob; die Hauptsache war freilich der politische Gegensatz. Mit dem Sommer 1561 begann sich dieser zu offenbaren, zu derselben Zeit, als die Wendung in der Bistumsfrage die Gemüter erhitzte. Den Anlaß gab eine Scene im Staatsrate. Oranien und Egmont waren verstimmt, daß die Bistumsangelegenheit bisher ohne ihr Vorwissen verhandelt war, und schoben die Schuld auf Granvella. Als dieser nun eines Tages im Staatsrate äußerte, welche Gefahren auch immer über das Land kommen möchten, alle Mitglieder des Staatsrates würden die gleiche Verantwortung zu tragen haben, gerieten Oranien und Egmont in eine große Erregung. Sie sahen darin eine versteckte Drohung und entgegneten, sie müßten jede Verantwortung ablehnen, da die wichtigsten Sachen hinter ihrem Rücken beraten würden. Granvella blieb bei seiner Ansicht, und nunmehr richteten die beiden Herren im Juli 1561 ein Schreiben an den König, worin sie sich beklagten, daß das Versprechen nicht gehalten würde, das er ihnen 1559 bei seiner Abreise gegeben habe; da sie es nunmehr müde seien, bloße Titularräte zu spielen, über die sich jedermann lustig mache, so boten sie ihre Demission an. Der Graf Hoorne, der gegen Ende des Jahres 1561 vom Hofe nach den Niederlanden zurückkehrte, war der Überbringer einer eigenhändigen Antwort des Königs, daß in Zukunft eine andere Praxis in der Behandlung der Staatsgeschäfte eintreten würde. Fast mußte es somit scheinen, als ob der Protest der beiden Herren seine Wirkung gehabt habe. Wie der König indes in Wirklichkeit dachte, zeigte er in der Abschiedsaudienz Hoornes. Dieser eiferte dabei gegen Granvella, wußte aber, um die Gründe seines Hasses gegen den Kardinal befragt, nichts anzugeben, was dem König stichhaltig erschien. Der sonst so zurückhaltende Herrscher geriet darüber in solche Erregung, wie man sie noch nie an ihn bemerkt hatte, und rief dem Grafen zu: „Wie! Ihr beklagt Euch alle über diesen Mann, und niemanden gibt es, wen auch immer ich frage, der die Ursache davon sagen könnte!“

Bestürzt und sich verfärbend ging Hoorne hinaus, so daß er mit Mühe die Thüre fand.

Die folgenden Ereignisse waren nicht dazu angethan, den Zwist beizulegen. Philipp wich zunächst noch in der Bistumsfrage keinen Schritt zurück, und eben damals sandte er Courteville, um den niederländischen Staatsrat von seiner Absicht der Beteiligung am französischen Religionskriege in Kenntnis zu setzen. Natürlich erklärte man das alles für die Folge der Machenschaften des Kardinals. Durch den Eintritt Hoornes in den Staatsrat wurde die Opposition darin verstärkt, und diese packte jetzt die Regierung an ihrer schwächsten Stelle, nämlich an ihrer verzweifelten Finanzlage. Der Plan war sehr klug angelegt: die niederländischen Finanzen waren so zerrüttet, daß eine kräftige Abhilfe unumgänglich war. Vom Anfange ihrer Regentschaft an hatte Margaretha nicht aufgehört, um die erforderlichen Mittel zur Ablegung der Staatsschuld und für die Kosten der Regierung zu ersuchen. Als Horrne 1560 nach Spanien reiste, beauftragte sie ihn, dem Könige in dieser Hinsicht die dringendsten Vorstellungen zu machen, und der Graf versprach ihr, ein „guter Bittsteller“ zu sein. Nur eine einmalige Subvention von 400 000 Gulden vermochte er indes zu erwirken, und diese bedeuteten bei der Schuld von Millionen einen Tropfen auf den heißen Stein. Kaum war Hoorne in den Niederlanden angelangt, so waren sie auch schon aufgebraucht. Hier glaubten nun die Herren der Opposition den König fassen zu können: wenn sie ihm immer und immer wieder die finanzielle Notlage vorstellten, was blieb ihm dann schließlich anderes übrig, als die Hilfe seiner getreuen Generalstände anzurufen und ihnen dafür zunächst die gemeinsame Tagung zu gestatten? Neben diesem Plane aber beschlossen sie, den Kampf gegen Granvella nicht aufzugeben, sondern mit ungeschwächter Kraft fortzuführen und noch weitere Kreise hineinzuziehen. Im Frühjahre 1562 hielten die Herren mehrere Versammlungen zu Maastricht und zu Weert, auf denen sie sich darüber einig wurden. Granvella selbst äußerte damals, sie hätten eine „Liga“ gegen ihn geschlossen; wir haben dabei nicht

an einen fest organisierten Bund zu denken, sondern an ein gegenseitiges Übereinkommen, fest zueinander zu stehen und nicht eher zu ruhen, bis Granvella verdrängt und die Generalstände erreicht seien.

Der Konflikt mit Granvella nahm nun ernstere Formen und eine größere Ausdehnung an. Schon hielten mehrere Provinzialstatthalter zu Oranien und Egmont. Auch die Öffentlichkeit wurde eben damals ergriffen. Die ungeheuerlichsten Anklagen, zu denen Renard den Stoff zu liefern bemüht war, tauchten auf, und es erschienen die ersten Pasquille, denen Renard gleichfalls kaum fern stand. Bisher hatte äußerlich wenigstens noch ein rücksichtsvolles Verhältnis zwischen Granvella und den Herren der Opposition gewaltet. Jetzt aber brachen sie jeden gesellschaftlichen Verkehr mit ihm ab. Sie mieden seinen Umgang und leisteten seinen Einladungen keine Folge mehr. Es kam ihnen zu Hilfe, daß sich damals der König trotz des Ausbruches der Wirren in Frankreich in ein monatelanges Schweigen hüllte. Um so eher schien es berechtigt, wenn sie selbst die Initiative ergriffen, um das Land vor Gefahren zu bewahren. Sie setzten es durch, daß der Staatsrat die Einberufung der Bließritter und Generalstände beschloß, sowie (am 7. Mai 1562) die Sendung Montignys für gut befand, damit dieser die Willensmeinung des Königs entdecke und ihm die schlimme Lage in den Niederlanden, zumal der Finanzen, vorstelle. Welch wohlbegründeter innerer Zusammenhang zwischen diesen Beschlüssen bestand, und worauf die Mission Montignys hinauslief, das zeigte sich, als auf der Versammlung der Bließritter, die Ende Mai stattfand, davon die Rede war, man solle den Generalständen den Vorschlag machen, die Deckung des ordentlichen Staatsbedarfes zu übernehmen. Margaretha widersetzte sich diesem Plane, wohl auf den Rat Granvellas, dem es nicht verborgen bleiben konnte, welche schwerwiegenden Konsequenzen sich hinter diesem anscheinend so harmlosen Antrage verbargen. Im wesentlichen diente die Zusammenkunft der Bließritter dazu, die Liga zu stärken und zu erweitern. Oranien, Egmont und Bergen frugen jeden von den Ordensrittern, ob

er sich ihnen anschließen wolle: falls er das ablehne, so müßten sie ihn als einen Anhänger Granvellas und als ihren Feind betrachten. Bitten und Drohungen wandten sie zugleich an. Nur wenige wagten es, ihnen zu widersprechen, unter ihnen vornehmlich die Brüder Croy. Während somit in den Niederlanden der Widerstand gegen Granvella fester organisiert wurde, vermochte Montigny in Spanien nichts auszurichten. Philipp fertigte die Beschwerden über die Finanzlage dadurch ab, daß er eine Subvention von 2—300000 Thalern für den Fall eines Einbruches von außen oder eines Aufstandes im Innern in Aussicht stellte; doch blieb es beim bloßen Versprechen, und zugleich erklärte er geradeheraus, er könne in der Folgezeit auch nicht den geringsten Zuschuß für die Niederlande mehr leisten. Den Kardinal nahm er in der Abschiedsaudienz Montignys gegen alle verleumderischen Gerüchte in Schutz und vertröstete den Gesandten im übrigen mit der Zusicherung, er gedenke nächstens selbst nach den Niederlanden zu kommen, um die Ruhe wieder herzustellen.

Der Bericht, den Montigny bei seiner Heimkehr in den letzten Tagen des Dezember 1562 erstattete, war nicht geeignet, die Gemüter zu besänftigen. Offen zieh er den König der Parteilichkeit und erklärte der Herzogin, es könne nicht besser werden, solange Granvella am Ruder sei; zwischen der spanischen und niederländischen Nation bestehe eine tief eingewurzelte Abneigung, die noch dadurch verschärft werde, daß der König im Gegensatze zu seinem Vater die Spanier bevorzuge. Der Haß gegen Granvella verdoppelte sich, wenn das möglich war, als man erfuhr, wie fest seine Stellung beim König war. Umsonst veranstaltete Margaretha große Festlichkeiten, um den Kardinal und die Herren einander zu nähern. Sobald sie hörten, Granvella werde kommen, so sagten sie ab, und wenn sie schon dort waren, so verließen sie auf der Stelle die Festräume, falls sie ihn sahen. Ihr Terrorismus ging so weit, daß sie jedermann für einen persönlichen Feind erklärten, der mit ihm verkehre. Am meisten schürte die Feindseligkeiten der Baron Glajon, der einen großen Einfluß auf Oranien und Egmont besaß, sich bei

der öffentlichen Aktion aber ziemlich im Hintergrunde hielt. In erneuten Zusammenkünften, über die sie das strengste Geheimnis bewahrten, verhandelten sie über weitere Schritte. Das Ergebnis bestand darin, daß Oranien, Egmont und Hoorne Anfang März 1563 abermals, und zwar im Namen der Provinzialgouverneure und der Vließritter, den König um die Entlassung Granvellas ersuchten, ihm zugleich für den Fall, daß er ihren Wunsch nicht gewähre, ihre Demission als Mitglieder des Staatsrates anbietend; um ihrem Protestschreiben Nachdruck zu verleihen, kündigten sie an, sie würden dem Hofe der Generalstatthalterin solange fernbleiben, bis sie Antwort vom Könige hätten, und nur dann zurückkehren, wenn dieser Bescheid sie zufrieden stelle. Das Schreiben war nur von Oranien, Egmont und Hoorne als Mitgliedern des Staatsrates unterzeichnet; doch hatten die übrigen Mitglieder der Liga ihnen Reverse ausgestellt, in denen sie ihnen ihre Zustimmung erteilten. Glajon hatte seine Unterschrift verweigert, wiewohl auch er im Staatsrate saß, und wiewohl er einer der Hauptteilnehmer der Umtriebe gegen Granvella war. Die Folge davon war ein schweres Zerwürfnis zwischen ihm und den anderen drei Herren; er legte seine Stelle im Staatsrate nieder und starb bald darauf. Auch Aremberg, Berlaymont und Arschot hatten ihrer bisherigen Haltung gemäß die Beteiligung an der neuen Eingabe an Philipp abgelehnt. Der Konflikt war somit in ein neues Stadium getreten: die Mitglieder der Opposition, soweit sie im Staatsrate saßen, suchten durch eine Art von Abstinenzpolitik den Rücktritt Granvellas zu erzwingen. Und andere Mittel standen ihnen außerdem zur Verfügung. Die allgemeine Volksstimme war durchaus für sie. Ein Pamphlet nach dem andern, immer heftiger und beißender, von hoch und niedrig mit Behagen gelesen, wurde verbreitet. Schon konnte die Opposition, wenn der König Granvella nicht fallen lassen wolle, der Regierung das Schreckgespenst von Volksunruhen vorführen, und wieder griff sie zu ihrer alten, wirksamsten Waffe, indem sie drohte, solange man ihren Wunsch nicht erfülle, würden die Stände von Brabant keine Steuern bewilligen.

Inmitten der Stürme, die ihn umbrauſten, verlor Granvella nicht ſeine ruhige Haltung. Er glaubte, ſeiner Pflicht und ſeinem Gewiſſen gemäß zu handeln. Wiewohl er ſich vereinſamt ſah, wiewohl die Volkswut gegen ihn wuchs und Nachrichten zu ihm drangen, daß man ihm an das Leben wolle, blieb er unerſchüttert und ſeinem Wahlſpruche treu: »Durate et vosmet rebus servate secundis!« Am liebſten freilich wäre er nach Spanien gegangen; aber Philipp ließ dieſen Ruf nicht an ihn ergehen. Des Rückhaltes beim Könige und, wie er wähnte, bei Margaretha ſicher, erſtattete er jenem lange Berichte über die Schritte ſeiner Gegner und über ihre politiſchen Tendenzen. Man wird ihn deshalb ſchwerlich tadeln oder Denunziantentum vorwerfen können. Dem Syſteme der Krone ergeben und als deſſen Hüter in den Niederlanden zurückgelaſſen, hätte er gemeint, ſeine Pflicht zu verletzen, wenn er Philipp nicht von allen Vorfällen unterrichtet hätte, die ihm als ein Verſtoß gegen dieſes erſcheinen mußten. Man kann nicht finden, daß er Dinge meldete, die der Wahrheit nicht entſprachen. Freilich ſchoß er bei ſeinen Urteilen über die Beweggründe der Herren über das Ziel hinaus, wenn er etwa ihre Verſchuldung, ihr Streben nach zügelloſer Freiheit und ihren maßloſen Ehrgeiz als die Triebfedern ihrer Oppoſition hinſtellte. Das war ebenſo einſeitig und verkehrt, wie wenn ſeine Gegner die Politik Philipps als eine Wirkung der Herrſchbegierde Granvellas, die Errichtung der neuen Bistümer als ein Werk ſeiner Habſucht und ſeines Ehrgeizes darſtellten. Bei der Leidenſchaft, mit der der Kampf gegen ihn geführt wurde, war es nicht zu verwundern, daß auch ihm bittere Worte entſchlüpften. Und man muß anerkennen, daß er trotz der heftigen Feindſchaft, die Oranien ihm bezeugte, dennoch über deſſen religiöſe Haltung, ſolange ſich der Prinz äußerlich als guten Katholiken gerierte, in dieſem Sinne berichtete, ſelbſt als Philipp von dem Gegenteile bereits überzeugt war. Nur einen Menſchen haßte er ingrimmig, und ihn ſuchte er durch alle Mittel zu vernichten. Das war Renard, auf deſſen Einflüſterungen bei den Großen er ſeine gefährdete Lage nicht mit Unrecht zurückführte.

Wie freilich sollte er es anstellen, die furchtbare Opposition, die sich gegen ihn richtete, zum Schweigen zu bringen? Nach Möglichkeit suchte er sich zurückzuziehen, um die Aufmerksamkeit von sich abzulenken. An den Konsulten nahm er seit Ende 1562 nicht mehr teil, indem er sich darauf beschränkte, die Herzogin im geheimen zu beraten. Er war sogar damit einverstanden, daß die Herren der Opposition zu den Konsulten Zutritt erlangten; das wäre freilich abermals auf eine Spiegelfechterei hinausgelaufen. Durch persönliche Vorteile, Gratifikationen u. s. w. riet er die Herren zu gewinnen. Das zeugte freilich davon, daß er die ganze Tiefe der oppositionellen Bewegung nicht durchschaute; auch fehlte dem Könige dazu das Geld. Für den Bestgesinnten seiner Gegner hielt er Egmont; er bezeichnete es für unbedingt erforderlich, diesen, der ein „Freund des Dunstes" sei, durch ganz besondere Geschenke, Vertrauensbeweise und Ehrenbezeugungen zu gewinnen: dadurch würden der Neid und die Eifersucht der Übrigen erweckt werden, und man könne so mit Leichtigkeit die Liga sprengen. Leise und behutsam, wie das seine Art war, deutete er in seinen Briefen an, daß des Königs Unschlüssigkeit sowie die Saumseligkeit in seiner Korrespondenz mit den Niederlanden ein schwerer politischer Fehler sei. Vor allem drang er immer und immer wieder in den König, er möge doch unverzüglich nach den Niederlanden kommen: nur seine Gegenwart vermöge die Opposition niederzuhalten; noch sei das Volk in seiner Mehrheit gut gesinnt, und seine Ankunft würde die Guten stärken und die Verirrten auf den rechten Weg zurückführen. Er wandte diejenige Beschwörungsformel an, die unfehlbar auf Philipp wirken mußte; er appellierte an sein religiöses Gewissen. Täglich, so schrieb er ihm, werde es hier mit der Religion schlimmer und ohne des Königs Herkunft sei Besserung unmöglich: welch schwere und drückende Last müsse das für sein Gewissen sein!

Hatte Philipp jemals die ernste Absicht, nach den Niederlanden zu kommen? Man darf daran zweifeln, so lebhaft er das auch beteuerte. Zunächst fehlte es ihm jedenfalls an Geld,

und ohne Geld und Truppen — natürlich Spanier — versprach er sich selber nichts von seiner Reise. So blieb ihm nichts übrig, als es mit dem Rate Granvellas zu versuchen, Uneinigkeit in der Liga zu stiften und sie zu zerreißen. In diesem Sinne faßte er seinen Entschluß. Am 6. Juni 1563 beantwortete er die letzte Beschwerde der drei Herren. Da ihr Schreiben ihm keine Aufklärung über die Gründe gebe, aus denen sie Granvellas Entlassung für nötig erachteten, und da er sich selbst vorderhand nicht nach den Niederlanden begeben könne, so forderte er sie auf, einen aus ihrer Mitte zu ihm zu entsenden, der ihm die nötigen Informationen liefern könne. Zugleich aber richtete er durch Albas Vermittlung an Egmont einen eigenhändigen Brief, indem er ihm auf das Strengste verbot, davon seinen Genossen Mitteilung zu machen; er sprach darin unter den schmeichelhaftesten Ausdrücken den Wunsch aus, daß sich Egmont zu ihm begebe. Die Statthalterin erhielt den Befehl, nach Kräften dafür zu wirken, daß sich Egmont zur Reise nach Spanien bereit finden lasse.

Der Plan war klug und fein angelegt, eines gewiegten Diplomaten und scharfsichtigen Menschenkenners, wie Granvella es war, durchaus würdig. Egmont war für Ehren und Gunst keineswegs unempfindlich: sollte nicht das ihm innewohnende Gefühl der Loyalität, durch außerordentliche Gnadenbeweise des Königs gestärkt, die Oberhand über die Interessengemeinschaft mit den übrigen Herren, über sein Streben nach Popularität gewinnen? Und wenn man ihn von der Liga abzog, und wenn der Neid auf ihn bei den anderen erwachte, dann war die Liga gesprengt, Granvella, vom Könige und der Herzogin beschützt und beschirmt, blieb im Lande und behielt allen Anfeindungen zum Trotze das Heft in den Händen, ein standhafter und treuer Wächter der Krone, ein entschlossener Verteidiger ihres Systemes. Inzwischen bekam der König vielleicht freie Hand, selbst nach den Niederlanden zu kommen und die Opposition zu ersticken oder doch wenigstens die Statthalterin mit genügenden Mitteln und Streitkräften auszustatten.

Da geschah das Unerhörte: Margaretha verbündete sich mit der Opposition und ließ Granvella fallen. Und die Mittlerrolle bei dieser Wandlung in ihrer Haltung spielte eben jener Spanier Armenteros, ihr vertrautester Rat und Sekretär, den ihr der König neben und unter Granvella beigegeben hatte, um zu verhüten, daß sie in falsche Bahnen einlenke.

Sechstes Kapitel.

Die Sendung des Armenteros und der Sturz Granvellas (1563/1564).

Auf das Entschiedenste hatte sich Margaretha von Parma bisher Granvellas gegen die Großen angenommen. Neben der offiziellen Staatskorrespondenz, die in französischer Sprache geführt wurde, war sie seit dem Juni 1562 in eine geheime Korrespondenz mit dem Könige eingetreten. Armenteros redigierte diese geheimen Depeschen, die nicht im Staatsrat verlesen wurden, in italienischer Sprache. Die Antworten kamen in spanischer Sprache entweder von Philipps vertrautestem Sekretäre Gonzalo Perez geschrieben oder in sehr wichtigen Fällen von Philipps eigener Hand. Ganz und gar stellte sich Margaretha in diesem vertraulichen Briefwechsel auf die Seite Granvellas. Sie schilderte ihn als einen unschuldig Verfolgten, als einen Märtyrer, dessen Geduld, Demut und Langmut sie bewunderte. Alles, was sie nur Ungünstiges über die Herren erfahren konnte, meldete sie dem Könige; sie führte gegen sie die heftigste Sprache, noch erbitterter als Granvella selbst. Sie ist außer sich über die Anmaßung der Großen, über ihre religiöse Lauheit und über ihre politischen Pläne. Nie wird sie dulden, daß die Generalstände gemeinsam beraten, oder daß eine Milderung in dem Vorgehen gegen die Ketzer eintrete. Dem Wunsche des Marquis von Bergen nach einem Nationalkonzile wird sie sich energisch

widersetzen: denn das wäre der erste Schritt zu einer ähnlich betrübenden Entwickelung, wie sie sich eben in Frankreich vollzieht. Ganze Seiten ihrer italienischen Depeschen sind nichts als eine Wiederholung der Gedanken Granvellas. Sie stimmen stellenweise fast wörtlich mit den Briefen des Kardinales an Philipp überein und könnten ebensogut aus der Feder des Prälaten geflossen sein. Und dieser hinwiederum wird nicht müde, die Herzogin beim Könige zu loben. Mit einer wahren Begeisterung schildert er ihre unermüdliche, rastlose Thätigkeit und ihre staunenswerte Arbeitskraft. Sie ist thätig bis tief in die Nacht hinein und gönnt sich nicht den nötigen Schlaf. Wie leidet sie unter der störrischen Haltung der Großen und unter der ewigen Finanznot! Nur ihren Bemühungen ist es zu danken, daß es mit der Religion nicht noch schlimmer steht. Gerade weil die Verhältnisse so schwierig sind, hält sie es für eine Ehrenpflicht, auf ihrem Posten auszuharren. Und in der That, wenn sie zurückträte, durch wen sollte man sie da ersetzen? Sie führt die Regierung ganz anders wie ihr Vorgänger, der Herzog von Savoyen. Niemand von ihren privaten Dienern darf sich in die Angelegenheiten der Regierung mischen und noch viel weniger in dieser einen Sondervorteil zu erlangen streben. Mit aufrichtigem Eifer und Liebe dient sie dem Könige, ohne daß jemand bisher an ihr eine Spur von Eigennutz entdecken konnte, und das ist doch wahrlich nicht gering anzuschlagen, wenn man bedenkt, wie es in der Welt heutzutage geht. Wie eine bittere Satire erscheinen diese enthusiastischen Lobsprüche, wenn man an Margarethas späteres Verhalten denkt. Der König aber mußte in der That glauben, er habe keinen besseren Griff thun können, als die Ernennung Margarethas, und nicht nur er, sondern die gesamten spanischen Großen waren voll ihres Ruhmes und Preises. Alle hielten die Herzogin für die zuverlässigste und thatkräftigste Vertreterin, die das spanische System in den Niederlanden hätte finden können.

Bald sollte es sich zeigen, daß der Einfluß Granvellas die einzige Bürgschaft für eine korrekte Haltung Margarethas im spanischen Sinne war. Und dieses Einflusses suchte sie sich

plötzlich mit allen Mitteln zu entledigen. Ihre bisherige Verehrung und Fügsamkeit schlug um in einen wütenden Haß und in ein leidenschaftliches Trachten, um jeden Preis Granvella los zu werden. Noch im März 1563 hatte sie an den König eine ihrer geheimen Depeschen mit den schwersten Anklagen gegen die Großen gerichtet. Gemäßigter schon war ein italienischer Brief vom 3. Mai, und acht Wochen später erklärte sie selbst den Sturz Granvellas als unvermeidlich und arbeitete hinter seinem Rücken ohne Rast und Ruhe auf dieses Ziel los, indem sie ihm, eine vollendete Heuchlerin, gleichwohl das gewohnte freundliche Gesicht zeigte und sich seinem Einflusse scheinbar willig wie bisher unterwarf. Welches war das Motiv dieser unerwarteten Sinnesänderung?

Man begnügt sich gewöhnlich, den Umschwung in der Haltung Margarethas gegen Granvella dadurch zu erklären, daß sie seiner überdrüssig geworden sei. Aber es bleibt dann immer noch die Frage zu beantworten, warum sie seiner gerade damals so plötzlich überdrüssig wurde. Granvella verstand es so meisterhaft, sie zu lenken, und sie selbst war einer höheren Leitung immer so bedürftig, daß es der Selbständigkeitstrieb allein nicht sein konnte, der sie bewog, sich gegen die Abhängigkeit zu empören, in der sie vom Kardinal gehalten wurde. Hatte sie doch selber noch vor kurzem dem Könige mit allen Zeichen der Entrüstung mitgeteilt, die Herren verstiegen sich in ihren Verleumdungen sogar bis zur Behauptung, sie lasse sich von Granvella beherrschen. Oder sah sie etwa ein, daß ihr Regiment in geordnete und ruhige Verhältnisse nicht einlenken könne, solange Granvella, der Stein des Anstoßes bei den Großen, bleibe, und daß er daher geopfert werden müsse? Dann aber ist der tiefe und leidenschaftliche Haß nicht zu erklären, den sie nunmehr auf ihn warf. Sie hätte ihn dann mit Bedauern scheiden gesehen und nicht seiner Rückkehr so beharrlich widersprochen. Auch mußte sie wissen, daß der Opposition mit dem Abtreten Granvellas allein nicht gedient war, und daß, so heftig sich auch der persönliche Gegensatz zugespitzt hatte, die Angriffe im letzten Grunde nicht der Person des Kardinals, sondern dem

von ihm vertretenen Systeme galten; sie mußte sich dann vornehmen, wenigstens das System nach Kräften zu verteidigen. Oder hatte sie sich etwa gar überzeugt, daß dieses selbst nicht mehr haltbar sei, und daß man der Opposition und ihren politischen Forderungen nachgeben müsse? In der That sehen wir, daß sie später die Geschäfte der Opposition beim Könige zu besorgen suchte, — freilich nicht deshalb, weil ihr das Wohl des Landes so sehr am Herzen lag, weil sie mit Bewußtsein und klarer Einsicht in die Machtverhältnisse die Notwendigkeit der Nachgiebigkeit eingesehen hätte, sondern weil ihr bei ihrem schwachen und unselbständigen Charakter, bei ihrem mangelhaften politischen Verständnisse, wenn sie mit Granvella brach, keine andere Möglichkeit blieb, als mit der Opposition gemeinsame Sache zu machen. Es waren überhaupt keine politischen Gesichtspunkte, die ihren Gesinnungswechsel veranlaßten, — mindestens nicht solche, die im Zusammenhange mit der Lage der Dinge in den Niederlanden standen, — sondern persönliche Motive, die Rücksicht auf die Interessen des Hauses Farnese.

Daß Philipp Margaretha zur Regentschaft der Niederlande berief, dafür war mitbestimmend ohne Zweifel der Umstand, daß das Schicksal der Dynastie Farnese zum guten Teile in seinen Händen lag. Margaretha war darauf angewiesen, sich in den Niederlanden so zu verhalten, daß sie sicher sein konnte, die Gunst des Bruders nicht zu verscherzen. Die wichtige Citadelle Plazentia befand sich in seinen Händen, und alle Anstrengungen von Oktavio Farnese, bei seiner Anwesenheit in den Niederlanden im Frühjahre 1559 die Herausgabe zu erwirken, blieben fruchtlos. Philipp dachte um so weniger daran, sie abzutreten, als sie ihm ja auch eine Bürgschaft für die korrekte Amtsführung Margarethas in den Niederlanden gewährte. Am spanischen Hofe weilte ferner gleichsam als Geisel Margarethas einziger heißgeliebter Sohn Alexander, der Stolz und die Hoffnung des Geschlechtes. Er befand sich jetzt im heiratsfähigen Alter, und der größte Wunsch seiner Eltern bestand darin, daß er eine Verbindung eingehe, durch die der Ruhm und das Ansehen der jungen, von beiden Seiten her illegitimen Dynastie

erhöht und gefestigt würde. Die Sorge für ihre dynastischen Interessen, die Rückgabe Plazentias und die Vermählung Alexanders beschäftigten Margarethas Gemüt mehr als alle politischen Verwicklungen in den Niederlanden.

Als Philipp 1559 die Niederlande verließ, mag er nicht verfehlt haben, der Schwester durch Versprechungen, mit denen er ja freigebig genug war, die Scheidestunde zu versüßen. Jahr um Jahr verging, Oktavio und Margaretha harrten mit Geduld; aber Philipp machte keine Miene, ihre Wünsche zu befriedigen. Von Unruhe ergriffen, drangen sie jetzt in ihn und erhielten im Juli 1562 eine zwar sehr freundlich klingende, aber nicht sehr günstige Antwort. Philipp versprach, beim Kaiser um eine Tochter für Alexander zu werben, verweigerte aber die Rückgabe von Plazentia; um sie darüber zu trösten, wies er der Herzogin eine Rente von 8000 Gulden und für Alexander von 4000 Gulden in Neapel an. Der Herzogin bereitete diese Entscheidung großen Kummer; sie ließ sich „durch die Worte der Liebe und Zuneigung, die der König hinzugefügt hatte, um seine Pille zu vergolden", nicht beruhigen. Monatelang weinte sie täglich darüber, daß sie bei Philipp in Ungnade gefallen sei. Sie sagte, sie habe allen Mut zur Führung der Geschäfte verloren und wolle abdanken. Nicht einmal mit dem von Philipp vorgeschlagenen Heiratsprojekte war sie ganz einverstanden. Zwar war schon vor einigen Jahren eine Ehe zwischen Alexander und einer Tochter des Kaisers geplant worden; dieser hatte in der That Neigung gezeigt, darauf einzugehen, und es war nur noch nötig gewesen, die Zustimmung Philipps einzuholen. Gleichwohl war die Angelegenheit, — wir wissen nicht, warum — ins Stocken geraten, und Alexanders Eltern hatten nunmehr daran gedacht, ihn mit einer Tochter des Herzogs von Ferrara zu vermählen. Der König mißbilligte jedoch diese Verbindung, vermutlich weil er es dem spanischen Interesse für angemessener hielt, daß die kleinen italienischen Dynastien nicht in allzunahe Beziehungen zu einander träten. Er kam vielmehr von selbst auf die Idee einer Heirat Alexanders mit einer kaiserlichen Prinzessin zurück und beauftragte Granvella, darüber

mit Ferdinand I. zu verhandeln. Da mußte Margaretha den neuen Schmerz erleben, daß der Kaiser erst aufschiebend und dann ablehnend antwortete. Diese Sinnesänderung Ferdinands war so auffallend, daß Margaretha hinter seiner Weigerung eine Intrigue vermutete. Ihr Verdruß stieg, und sie erklärte Granvella, Oktavio verlange gebieterisch ihre Rückkehr. Der Kardinal suchte ihr begreiflich zu machen, daß Philipp unter den augenblicklichen Verhältnissen ihr nicht den Abschied bewilligen würde; sie erwiderte ihm, dann werde sie eigenmächtig ihre Entlassung nehmen.

Die Situation war eine schwierige, und noch kritischer wurde sie dadurch, daß jetzt das unbedingte Vertrauen, das die Herzogin bisher in Granvella gesetzt hatte, erschüttert ward. Es ging ihr ganz ebenso, wie den Herren der Opposition. Wie sich diese nicht vorstellen konnten, daß alle die Anordnungen, die ihnen so verhaßt waren, auf den König selbst zurückgingen, und daß Granvella nur dessen Werkzeug war, so auch konnte Margaretha nicht glauben, daß das mangelnde Entgegenkommen Philipps gegen sie und ihre Familie diesem selbst zuzuschreiben wäre, sondern sie hielt sich für das Opfer einer Intrigue Granvellas. Sie meinte, dieser habe sie übel beim Kaiser bedient und schade ihr auch beim Könige. Bald sah sich Granvella gezwungen, alle Gelegenheiten des Alleinseins mit ihr zu vermeiden und mit ihr nur noch im Staatsrate und in Gegenwart von Zeugen zusammenzutreffen, da sie sonst stundenlang vor ihm weinte und klagte. Im Frühjahre 1563 kam Oktavio nach den Niederlanden, und beide beschlossen, dem Könige die Wahl der Braut für Alexander anheimzustellen, dafür aber auf das Entschiedenste Plazentia zu fordern oder sonst die Demission Margarethas anzubieten. Oktavio versicherte, er würde die Niederlande nicht wieder verlassen, ohne Plazentia bekommen zu haben oder seine Gemahlin mit nach Italien zu führen. Aber auch jetzt gab Philipp nicht nach. Er bestimmte (am 15. Juni 1563) für Alexander die Heirat mit einer portugiesischen Prinzessin und bekundete Margaretha seinen Unwillen darüber, daß sie seine Weigerung betreffs Plazentia so übel aufnehme.

Wie groß der Ärger und die Betrübnis Oktavios und Margarethas waren, läßt sich denken. Sie maßen Granvella alle Schuld bei, und zwar mit Unrecht. Der Kardinal hatte im Gegenteil die wärmste Fürsprache für sie eingelegt. Er hatte dem Könige vorgehalten, welche Unannehmlichkeiten daraus erwachsen müßten, wenn Margaretha wirklich zurücktrete, und ihn gebeten, ihre großen Verdienste zu erwägen, die einer derartigen Belohnung würdig seien. Die Herzogin aber glaubte steif und fest daran, daß sie ihm den Mißerfolg aller ihrer Anstrengungen bei Philipp zu verdanken hätte, und sie wurde darin von ihrem Gemahle bestärkt. In diesem Wahne faßte sie den Vorsatz, sich Granvellas zu entledigen. Die Opposition gegen Granvella erhielt nun auf einmal eine Verstärkung, die ihn zu Falle brachte. Nicht dem Wirken der Großen ist der unmittelbare Anlaß zu Granvellas Sturze zuzuschreiben. Hätte Margaretha zu ihm gestanden, wie bisher, Philipp hätte ihn nie fallen lassen, zumal wenn es geglückt wäre, die Liga zu sprengen. Aber da die Statthalterin selbst sein Verbleiben für unmöglich erklärte, so blieb dem Könige nichts übrig, als ihn gehen zu heißen. Allerdings wußte sie mit raffinierter Schlauheit den Kardinal über ihre wahre Gesinnung so lange zu täuschen, bis er außer Landes war.

Im Juli 1563, als die Entscheidungen des Königs auf die Beschwerde der Großen, sowie auf die Vorstellungen Oktavios und Margarethas in den Niederlanden eingelaufen waren, begann die neue Aktion gegen Granvella, dieses Mal mit vereinten Kräften der Herzogin und der Opposition und daher mit Erfolg. Der Bescheid Philipps dünkte den Herren, nachdem sie so lange Zeit darauf hatten warten müssen „schlecht und kalt“; sie argwöhnten, er sei von Granvella selbst „geschmiedet“. Um die Mitte des Monats trafen die Provinzialgouverneure und Vließritter, die zur Liga gehörten, in Brüssel ein, und es wurde zuerst darüber beraten, ob sich der Aufforderung des Königs gemäß einer von den drei Herren des Staatsrates nach Spanien begeben solle. Egmont sprach sich sehr lebhaft dafür aus. Der geheime Brief des Königs hatte ihn sehr entzückt, und er wünschte

nichts sehnlicher, als daß er dem Rufe des Monarchen Folge leisten dürfe. Er blieb jedoch zu seinem großen Schmerze mit seiner Ansicht allein. Denn die anderen fanden insgesamt, daß eine neue Gesandtschaft an den König nur eine Verschleppung der Angelegenheit bedeute, und daß man Granvella viel zu viel Ehre anthue, wenn seinetwegen jemand von ihnen eine so weite Reise unternehme. Sie beschlossen vielmehr, daß der König nochmals brieflich um Granvellas Entlassung gebeten werden solle, und daß Oranien, Egmont und Hoorne bis zum Eintreffen einer günstigen Erwiderung auch weiterhin dem Staatsrate fernzubleiben hätten. Und daß sie in der That nicht nur gegen Granvella, sondern gegen das gesamte Regierungssystem kämpften, zeigten sie durch ihre weiteren Beschlüsse. Sie erklärten es für notwendig, daß bei dem geringen Nutzen, den die bestehenden Gesetze und Plakate gestiftet hätten, die Generalstände zu gemeinsamer Beratung über eine Reform der inneren Verhältnisse in den Niederlanden versammelt würden. Weiter als je zuvor lüfteten sie den Schleier, den sie bisher über ihr politisches Programm gebreitet hatten. Die Zusage, die ihnen der König bei seiner Abreise gemacht hatte, daß alle wichtigeren Sachen dem Staatsrate unterbreitet werden sollten, deuteten sie so, daß ihnen selbst das, was im geheimen Rate, im Finanzrate und in den Gerichtshöfen vorgehe, mitgeteilt, und daß ihnen vor allem Mitwirkung bei den Konsulten eingeräumt würde. Das hieß in Wirklichkeit, alle anderen Behörden dem Staatsrate unterzuordnen und diesen als eine Art zentralständischen Vollziehungsausschusses zum Herrn der ganzen Verwaltung zu machen. Dann war das Königtum zu gunsten der ständischen Gewalten seiner Autorität entkleidet.

Sie zögerten nicht, sofort die Herzogin von ihren Beschlüssen in Kenntnis zu setzen. Am 21. Juli begaben sich Oranien, Egmont, Hoorne, der Marquis von Bergen, Meghem, Mansfeld, Montigny, der Graf Hooghstraeten und der Herr von Ligne, ein jüngerer Bruder Arembergs, der Stammvater der Herzöge von Barbançon, zu Margaretha, und eröffneten ihr, daß niemand von ihnen nach Spanien reisen, und daß sie auch

dem Hofe zu Brüssel fernbleiben würden. Fünf Tage später erschienen sie fast ebenso vollzählig abermals vor der Herzogin, nicht nur mit neuen Klagen gegen Granvella, sondern um ihr ganzes politisches Programm ausführlich zu entwickeln. Oranien war der Sprecher. Er begann mit den religiösen Zuständen und erklärte mit dürren Worten, die Ketzerei sei bereits im Lande so verbreitet, daß mit Gewaltmitteln gegen sie nichts mehr auszurichten sei. Was er vortrug, war nicht mehr und minder als ein kurzer, aber um so schärfer wirkender Protest gegen die Plakate und das religiöse System Philipps. Alsdann kam er auf die zerrütteten Finanzen zu reden, entwarf eine lebhafte Darstellung der ungeheuren Schuldenlast und der daraus erwachsenden Mißstände und Gefahren und schloß damit, daß, wenn der König nicht endlich aus seiner eigenen Tasche die Mittel zur Wiederherstellung der Ordnung gäbe, trotz alles Widerspruches Granvellas und Berlaymonts nichts weiter übrig bleibe, als die Hülfe der Generalstände anzurufen. Bei der Autorität, die sich Granvella anmaße, könnten sie nicht anders, als auch weiterhin den Staatsratssitzungen fernzubleiben, um nicht als Mitschuldige seiner Handlungen zu erscheinen. Nicht persönliche Leidenschaft sei es, die sie zu ihrem Auftreten gegen Granvella bewege, wiewohl sie auch dazu alle reichlich Grund haben würden: beschuldige er sie doch beim Könige der Ketzerei und der Untreue, — eine Anklage, die um so ungeheuerlicher sei, als sie gern durch die That mit Aufopferung ihres Lebens zeigen möchten, wie groß ihr Eifer für die Erhaltung der katholischen Religion und wie unbegrenzt ihre Ergebenheit für den König sei. Sie setzten eine Denkschrift auf, in der sie ihre politischen Forderungen in Kürze zusammenfaßten, und die sie der Herzogin überreichten. Sie ließen auch Kopien davon verteilen, um vor aller Welt Rechenschaft über ihre Haltung abzulegen.

Dennoch war die Liga nicht so fest geschlossen, wie es nach diesem einmütigen Auftreten vor der Herzogin den Anschein hatte. Zumal zwischen den beiden Häuptern, Oranien und Egmont, bestanden Reibereien. Egmonts Eintreten dafür, daß

man den Wunsch des Königs erfülle, stimmte Oranien mißtrauisch. Man beschwerte sich in seiner Umgebung, erst habe Egmont den Prinzen in diesen Konflikt hineingezogen, und nun zeige er sich plötzlich kalt. Dagegen beklagte sich Egmont, daß man ihm Lauheit vorwerfe, da er sich nicht so heftig, wie die anderen, über Granvella auslasse. Das geheime Vertrauen, womit ihn der König scheinbar vor seinen Genossen auszeichnete, machte auf ihn einen großen Eindruck. Es war ihm sehr peinlich, daß er sich anstandshalber dem Beschlusse der Übrigen, die Reise nach Spanien zu verweigern, unterwerfen mußte. Die Aussicht, den glücklichen Vermittler zwischen Krone und Land zu spielen, schien seinem Ehrgeize allzu verlockend. Alsbald nach der Versammlung der Liga sandte er (am 22. Juli) einen Kurier an den König. In den ehrerbietigsten Worten drückte er diesem seinen Dank für das eigenhändige Schreiben aus: kaum sei ihm je eine größere Ehre widerfahren. Er ahnte nicht, daß sich Philipp einst an seinem Kopfe für die Überwindung schadlos halten würde, die ihn diese Herablassung gegenüber einem Unterthan gekostet hatte. In lebhaften Farben schilderte Egmont, wie sehr es ihn schmerze, daß er sich dem Willen seiner Genossen fügen müsse, wie eifrig er ihrem Beschlusse sich entgegengestemmt habe. Er bat den König, ihm unverzüglich den Befehl zu erteilen, in seinen privaten Angelegenheiten nach Spanien zu kommen: Das sei die passendste Form, seine Reise an den Hof doch noch zu ermöglichen. Ungeduldig erwarte er daher die Rückkehr des Kuriers und halte sich inzwischen reisefertig. Nie werde er, — so versicherte er —, Gut und Blut sparen, wenn es den Dienst des Königs gelte; denn er halte sich für dessen getreuesten Vasallen.

Gewiß hätte es nur des sehnsüchtig erwarteten Rufes seitens Philipps bedurft, und Egmont wäre unverzüglich nach Spanien geeilt. Wie nahe lag dann die Möglichkeit der Sprengung der Liga! Gleichwohl mußte der König ein solches Unternehmen als aussichtslos ansehen. Denn inzwischen hatte Margaretha bei ihm Schritte gethan, um die Entlassung Granvellas als eine unvermeidliche Maßregel zu erwirken. Schon am 14. Juli

hatte sie Philipp angezeigt, sie werde ihren Geheimsekretär Armenteros an ihn abordnen, und ihn gebeten, seine Entscheidung auf die erneute Vorstellung der Liga gegen Granvella bis zur Ankunft ihres Vertrauten zu verschieben. Um den wahren Anlaß der Mission des Armenteros zu verschleiern, gab sie vor, sie sende ihn im Interesse des Hauses Farnese an ihren Bruder. Granvella setzte keinen Zweifel in ihre Vorspiegelung; er war sogar der Meinung, Armenteros habe nebenbei den Auftrag von Margaretha, dem Könige das schändliche Treiben der Großen schonungslos aufzudecken und ihn insbesondere über die gefährlichen Beziehungen Oraniens mit Deutschland aufzuklären. Er ahnte so wenig den Umschwung der Herzogin und das Ungewitter, das sich drohend über seinem Haupte zusammenzog, daß er sich gerade damals mehr als je in Lobsprüchen auf sie erschöpfte. Namentlich wußte er ihr geschicktes diplomatisches Verhalten gegenüber den Herren nicht genug zu rühmen, und er drang in den König, in Anbetracht ihrer großen Verdienste ihr doch endlich die Citadelle von Plazentia zurückzuerstatten.

Nicht also die Herren der Opposition waren es, die Margaretha geschickt zu täuschen wußte, sondern der Kardinal selbst. Ganz anders lauteten seit Mitte Juli ihre geheimen Berichte. Hatte sie früher darin gegen die Großen nur Worte des Zornes und Hasses gehabt, so benützte sie jetzt jede Gelegenheit, um sie zu empfehlen. So sehr sie früher in Übereinstimmung mit Granvella das Vorgehen Bergens und Montignys in Valenciennes und Tournay gegen die Ketzer getadelt hatte, jetzt wußte sie es nicht laut genug zu preisen. Nur dem festen Katholizismus der Großen sei es zu danken, so prägte sie dem Könige ein, daß es nicht noch schlimmer mit der Religion im Lande stehe; sie könne nicht anders sagen, als daß diese einen „unbegrenzten Eifer für die Religion und den Dienst des Königs an den Tag legten". Ohne Zweifel war sie schon damals durch die Vermittlung von Armenteros im stillen in nähere Beziehungen mit den Herren getreten, und diese wußten ganz genau, daß sie jetzt auf ihrer Seite stand. Im August 1563

ging Armenteros nach Spanien ab, beauftragt auch von den Großen, den König ihres guten Willens zu versichern. Seine Geheiminstruktion in italienischer Sprache, datiert vom 12. August, ist eines der wichtigsten und charakteristischsten Aktenstücke aus der Vorgeschichte des Abfalles der Niederlande. Die Herzogin gab dem Könige darin vornehmlich Rechenschaft über die Audienzen, in denen ihr die Führer der Opposition deren politisches Programm entwickelt hatten. Da war es nun merkwürdig, wie sich Margaretha zu den Forderungen der gemeinsamen Verhandlung bei den generalständischen Versammlungen und der Entlassung Granvellas verhielt. Sie hütete sich wohl, in beiden Stücken dem Könige einen bestimmten Rat zu geben. Sie stellte ihm sogar vor, daß bei gemeinschaftlicher Beratung der Generalstände den Rednern der Mut schwellen würde, und daß dadurch zumal in religiöser Hinsicht schlimme Folgen entstehen könnten; andererseits machte sie ihn darauf aufmerksam, daß man sonst aller Mittel entblößt bleibe, und daß alles dem Verderben geweiht sei. Ebenso erkannte sie an „die vielen Verdienste des Kardinals, seine Fähigkeiten, seine Erfahrung und sein Verständnis für die Staatssachen, den Eifer, die Liebe und die Treue, die er stets für den Dienst Gottes und des Königs gezeigt, und um derentwillen sie ihn bisher so hoch geschätzt habe". Auf der andern Seite aber schilderte sie, wie alle Versöhnungsversuche fruchtlos geblieben seien, und daß das Unternehmen, ihn noch länger in den Niederlanden halten zu wollen, große Gefahren und sogar einen Aufstand heraufbeschwören müsse. Wenn sie dem König somit auch scheinbar nur das „Für und Wider" vortrug, so legte sie ihm doch die Entscheidung nahe genug, schon dadurch, daß sie betonte, daß ihm die Herren der Opposition aufrichtig ergeben seien, und daß er sich auf sie verlassen könne. Ausdrücklich wurde Armenteros angewiesen, auch mündlich in diesem Sinne auf den König einzuwirken. Und daß ihre Zurückhaltung nur eine Maske war, um nicht durch allzu stürmische Heftigkeit und durch die Plötzlichkeit ihrer Sinnesänderung den Argwohn des Königs zu erregen, daß sie in der That schon damals die Wünsche der

Opposition durchaus billigte, das erkannte sie offen in einem Briefe an, den sie ungefähr ein Jahr später (am 29. August 1564) an Philipp richtete, um die Forderungen der Opposition zur Annahme zu empfehlen: „Ich halte es für meine Pflicht, jetzt freier zu sprechen, als ich je bisher gesprochen habe. Denn ich habe jetzt mehr Sachkenntnis und sehe die Dinge klarer, als das früher der Fall war. Schon durch Armenteros habe ich Ew. Majestät benachrichtigt von allem dem, was ich für notwendig erachte, allerdings ohne Namen zu nennen."

Mitte August reiste Armenteros aus den Niederlanden ab, und es dauerte über ein halbes Jahr, bis er wiederkehrte. Der König, in dessen Charakter die Unschlüssigkeit ohnehin überwog, zauderte in einer Sache, bei der es sich um Sein oder Nichtsein seines ganzen Systemes handelte, doppelt lange. Denn daß es der Liga nicht nur um Granvella zu thun war, hatte sie ja selbst offen bekannt, und es war daher nutzlos, ihr Granvella zu opfern, ohne ihr ihre übrigen Forderungen zu bewilligen. Das erkannte denn auch Alba, des Königs vertrautester Ratgeber in dieser Angelegenheit, sehr genau. Er mahnte Philipp, auf keinen Fall Granvella preiszugeben, sondern durch die Berufung Egmonts nach Spanien die Liga zu teilen; weder dürfe er ein Zeichen der Schwäche an den Tag legen, noch auch allerdings seine wahre Meinung über das Treiben der niederländischen Herren kundwerden lassen, bis daß der Tag gekommen sei, da er über sie die verdiente Strafe verhängen könne, nämlich den Tod durch das Schwert. Nach den Berichten indes, die Philipp aus den Niederlanden empfing, konnte er kaum noch glauben, daß das von Alba vorgeschlagene Auskunftsmittel fruchten könne. Die beunruhigendsten Nachrichten über die Stimmung der Großen und im Volke liefen ein; Granvella schrieb ihm, er müsse für sein Leben fürchten, und mit Gewalt einzuschreiten, war dem Könige noch nicht möglich. Und vor allem kam wieder die leidige Steuerfrage in Betracht. Am 1. Oktober 1563 lief die seit 1560 auf drei Jahre bewilligte Steuer für die Infanteriegarnisonen ab, und es war nicht daran zu denken, daß ihre Fortsetzung, solange Granvella im Lande bleibe, bewilligt würde;

nicht einmal dazu war Aussicht, daß endlich die drei alten Steuern von Arras, Brüssel und Gent zu stande kämen. Während die Herzogin dem Bruder das alles in ihren Briefen zu Gemüte führte, drängte zugleich Armenteros unaufhörlich um Abfertigung und einen den Wünschen Margarethas günstigen Bescheid.

Noch einmal fügte sich der König der Opposition, wenigstens teilweise. Er ließ Granvella fallen, war aber fest entschlossen, sein System nicht antasten zu lassen. Es war eine Halbheit, die höchstens die Katastrophe, wenn eine solche unvermeidlich war, hinauszuschieben vermochte. Aber das gerade wollte ja Philipp; es war seine Absicht zu „dissimulieren" und die Gelegenheit zu blutiger Rache abzuwarten. Auf den Rat Albas sollte sogar der Anschein vermieden werden, als hätten die Beschwerden der Liga gegen Granvella Eindruck auf den König gemacht. Durch einen eigenhändigen Brief gab Philipp am 22. Januar 1564 Granvella den Befehl, von der Statthalterin unter dem Vorwande, daß er seine alte Mutter noch einmal sehen wolle, Urlaub zu erbitten und sich nach der Freigrafschaft Burgund zu begeben. Es sollte also in der Öffentlichkeit der Glauben erweckt werden, daß Granvella aus eigenem Antriebe das Land verlassen habe. In Wirklichkeit freilich bedeutete das Schreiben nicht mehr und nicht minder als eine förmliche Abberufungsordre für Granvella, wenn sie auch bestimmt war, für alle anderen — mit Ausnahme der Herzogin — geheim zu bleiben, und der Kardinal mußte sie auch als solche empfinden. Oranien, Egmont und Hoorne sollten auf ihre letzte Remonstranz die kurze Antwort erhalten, daß ihnen, da sie es abermals versäumt hätten, ihre Anklagen gegen Granvella näher zu begründen, keine Entscheidung zu teil werden könne, indem ihnen zugleich unverzügliche Rückkehr in den Staatsrat auferlegt würde. Die Wahrscheinlichkeit, daß Granvella aus eigener Initiative abgereist sei, sollte dadurch erhöht werden. Da Philipp nun auf der anderen Seite fürchtete, daß diese kurze und herrische Erwiderung die Opposition zu Gewaltschritten fortreißen könnte, machte er Gebrauch von einer weiteren, sehr merkwürdigen Vorsichtsmaßregel. Während nämlich Armenteros mit der Abberufungsordre

für Granvella sofort abreiste, wurde der Kurier, der den Brief an die drei Herren überbringen sollte, noch fast einen Monat, bis zum 19. Februar, am Hofe zurückgehalten. Es war offenbar seine Absicht, daß der Kurier erst dann in den Niederlanden ankommen solle, wenn Granvella schon von dort abgereist sei, oder wenn es doch wenigstens schon bekannt wäre, daß er außer Landes gehe. Philipp hoffte, daß die Opposition, damit befriedigt, sich über den für sie bestimmten, ungünstig lautenden Bescheid trösten würde. Da ja die Herren der Ansicht sein mußten, daß Granvella aus privatem Antriebe gewichen sei, so war seine Autorität dann äußerlich einigermaßen gewahrt; es hatte dann immerhin den Anschein, als habe nicht er nachgegeben, sondern Oranien, Egmont und Hoorne, indem sie sich seinem schroffen Befehle unterwarfen. Die Einberufung der Generalstände wurde rundweg verweigert, wenngleich Philipp selbst zugab, daß er bei seinem Unvermögen nicht wisse, wie sonst die Ordnung in den Finanzen der Niederlande hergestellt werden könne. Nicht minder blieb er, was die persönlichen Angelegenheiten Margarethas betraf, bei der Weigerung der Auslieferung von Plazentia mit der alten fragwürdigen Begründung, daß das zu ihrem eigenen Besten geschehe. In den dringendsten Ausdrücken aber beschwor er sie, über das Wohl der Niederlande zu wachen und zu verhüten, daß die Großen den Versprechungen, die sie ihm durch Armenteros gemacht hatten, untreu würden und vom rechten Wege abwichen. Armenteros mußte ihm beim Scheiden versichern, daß er allen seinen Einfluß bei der Herzogin geltend machen wolle, um Maßregeln gegen den Dienst Gottes und des Königs, nämlich gegen die Einheit der Religion und die Autorität der Krone, zu verhüten. Schnell genug freilich sollte er dieses Versprechen vergessen.

Lange hatte Philipp mit seiner Entscheidung gezögert, und als er sie endlich fällte, umgab er sie mit allen möglichen Kautelen, damit einerseits die Opposition nicht meine, sie habe einen Sieg über ihn errungen, damit sie sich aber auch andererseits nicht zu weiteren Ausschreitungen gedrängt sehe. Schwerlich allerdings konnte er sich darüber täuschen, daß man den wahren

Sachverhalt wohl doch durchschauen und Granvellas Abreise als das ansehen würde, was sie in der That war, als die Vollziehung eines geheimen Befehles des Königs, das Land zu verlassen. Unentschlossenheit, Argwohn und zugleich das Bestreben, die Verantwortung für seine Handlungen möglichst auf die Schultern anderer abzuwälzen, waren ihm von jeher eigentümlich; aber was er jetzt that, setzte doch allem die Krone auf. Wir erwähnten, daß er aus wohl erwogenen Gründen die Abfertigung des Kuriers der drei Herren bis zum 19. Februar verschoben hatte. Eben diesem Kurier gab er nun ein eigenhändiges Schreiben, das vom 18. Februar datiert war, an Margaretha mit, durch das er die Abberufungsordre für Granvella zurückzog, oder vielmehr das Schicksal Granvellas in die Hände der Herzogin legte. Er sei seit der Abreise des Armenteros, so hieß es darin, zur Überzeugung gelangt, daß die Entfernung Granvellas, anstatt Frieden zu bringen, den Konflikt verschärfen würde. Margaretha würde sich wohl selbst der Einsicht nicht verschließen können, daß es darum besser sei, wenn der Kardinal in den Niederlanden bleibe. Sollte er aber in Brüssel unmöglich sein, so möge die Herzogin prüfen, ob es nicht genüge, wenn er sich unter dem Vorwande der Osterzeit nach Mecheln begäbe und gemäß seiner Hauptverpflichtung indes sein erzbischöfliches Amt ausübe.

Die Depesche Philipps vom 18. Februar 1564 bedeutete einen so vollständigen Bankrott des absolutistischen Systemes, des Systemes der persönlichen Kabinettsregierung, wie er schwerlich sonst wieder in ähnlicher Tragweite vorgekommen ist. Es handelte sich um eine Frage, von der das Wohl seiner Staaten abhing, wie sie wichtiger nicht an ihn herantreten konnte, und er ließ die Zügel seiner allmächtigen Hand entgleiten und übergab die Entscheidung einem Organe, dem er selbst nur eine untergeordnete Bedeutung beimaß, seiner Statthalterin, deren politische Einsicht er selbst gering genug anschlug. Aber das war ganz seine Art, wichtigen Entschließungen auszuweichen und die Verantwortung dafür anderen zu überlassen, indem er freilich deutlich genug merken ließ, welcher Ausgang der Sache ihm am genehmsten

wäre. Margaretha jedoch war in diesem Augenblicke nicht das willige und fügsame Werkzeug zur Ausführung seiner wahren Intentionen, für das er sie noch hielt. In ihre Hand war die Entscheidung gelegt, nnd sie trug keine Bedenken, sie so zu fällen, wie es ihr beliebte.

Mit Schmerzen und mit banger Erwartung sahen die Großen, während sich diese Vorgänge am spanischen Hofe abspielten, der Rückkehr des Kuriers entgegen, der ihnen den Bescheid des Königs auf die Beschlüsse der Liga vom Juli 1563 bringen sollte. Mit nicht geringerer Spannung harrte Margaretha der Rückkehr ihres Vertrauten Armenteros. Je länger die Antwort ausblieb, um so mehr wuchs die Verstimmung der Opposition. Als Anfang November Depeschen aus Spanien anlangten, die kein Wort über die Angelegenheit Granvellas enthielten, erreichte die Erbitterung den höchsten Grad. In diesen Tagen war es, daß sich Oranien auf die Eingebung seines Bruders Ludwig zum erstenmale mit dem Gedanken vertraut machte, seine Zuflucht zu den Mitteln der Gewalt zu nehmen.[1]) Es blieb freilich vorderhand nur eine vorübergehende Anwandlung; ohne Zweifel stand er auch mit solchen Plänen allein. Man hielt es für besser, die Steuerschraube wieder fester anzuziehen. In den ersten Tagen des Monats Dezember traten die Generalstände in Brüssel zusammen, um den Antrag der Regierung zur Verlängerung der Garnisonsteuer auf drei Jahre entgegen zu nehmen; gemeinsame Beratung wurde ihnen allerdings dabei nicht gewährt. Da eröffneten die Führer der Opposition, zumal Oranien und Bergen, der Herzogin ganz unumwunden, ohne den Sturz Granvellas und Erlaubnis zu gemeinsamer Beratung für die Abgeordneten der Generalstände wäre sowohl die Bewilligung der neuen, als auch der noch immer nicht erledigten drei alten Steuern nicht zu erwarten.

Endlich traf Armenteros — nach vierwöchentlicher Reise — in den Niederlanden ein. Als er am 18. Februar 1564 die Grenze bei Valenciennes überschritt, wurde er von einer Anzahl

[1]) Blok, Lodewyk van Nassau. S. 20.

von Herren, dem Marquis von Bergen, Hoorne, Montigny und Hooghstraeten, empfangen, die sich dort unter dem Vorwande einer Truppenmusterung versammelt hatten. Er mußte sich begnügen, ihnen allgemeine Versicherungen der Huld und der Gnade des Königs zu erteilen, da ja dieser die Antwort auf ihre Beschwerdeschrift noch zurückhielt. In Brüssel angelangt, übergab er der Herzogin den Entlassungsbefehl für Granvella. Das Ziel, das sie seit Monaten erstrebt hatte, war somit erreicht, und unverzüglich händigte sie dem Kardinal das geheime Schreiben des Königs ein. Was in des stolzen Prälaten Seele vorgegangen sein mag, als er die wenigen Zeilen Philipps las, durch die seine Entfernung verlangt wurde, wer kann es wissen? In den Kreisen, die der Opposition nahe standen, erzählte man sich: „Als der kardinal des königs bevel bekommen, daß er hinweg solt, hat er gebrombt wie ein bär und sich eine zeitlang in einer cammer allein gehalten und all sein thun, so eilent als möglich, zum abzug gerichtet.“ Jahrelang hatte er den Kampf gegen eine starke und beispiellos heftige Opposition für die Autorität der Krone fast allein geführt, und jetzt opferte ihn der König selbst seinen Gegnern. Um zu bemerken, wie tief er sich dadurch getroffen fühlte, daß ihn sein Herr einfach fallen ließ, braucht man nur seine Briefe in den nächsten Monaten zu lesen. Ängstlich war er bemüht, selbst vor seinen nächsten Verwandten und Freunden den wahren Sachverhalt zu verbergen, und hartnäckig leugnete er die Wahrheit ab. Er hatte oft dem Könige versichert, er würde, wenn dieser es wünsche, auf seinem Posten ausharren, und sollte es ihm das Leben kosten. Es waren keine leeren Worte, wenn er so sprach. Pfintzing, der deutsche Sekretär Philipps, beurteilte Granvella ganz richtig, wenn er von ihm sagte: „Gleichwol ist ambitio und el punto de la honnra so groß, daß keiner gern was nachgibt oder sich völlig überwinden läßt.“ In der That hielt sich Granvella für unbedingt notwendig, damit die Regierung in den Niederlanden ihren rechten Weg gehe, und es war ein harter Schlag für seinen Stolz, daß man dennoch seinen Feinden diesen Triumph über ihn gegönnt habe. Und das Schlimmste und Demütigendste

wußte er noch nicht einmal, den Wechsel in der Gesinnung Margarethas; noch immer hielt er sie für seine Gönnerin und zugleich für seine Kreatur, die ganz seiner Direktive folge.

Sofort nach Empfang des Abberufungsbefehles hatte Granvella der Herzogin Anzeige erstattet, daß er das Land zu verlassen gedenke. Er wartete nur noch auf seinen Bruder, den Herrn von Chantonnay, der, von Paris als Gesandter nach Wien versetzt, über Brüssel nach Burgund reisen sollte, damit Granvella einen passenden Vorwand erhalte, sich ihm in Brüssel anzuschließen, angeblich um seine alte Mutter in Burgund noch einmal vor ihrem Tode zu sehen. Die Ankunft Chantonnays verzögerte sich, und dadurch geriet die Herzogin in eine sehr unangenehme Lage. Schon eine Woche nach dem Eintreffen des Armenteros langte nämlich auch der — wiewohl erst vier Wochen später aus Spanien abgefertigte — Kurier mit der Depesche an Oranien, Egmont und Hoorne an. Das kurze und trockene Schreiben Philipps, das nichts als die Bemerkung enthielt, es sei unbegreiflich, wie sie aus so nichtigen Gründen dem Staatsrate fern bleiben könnten, und den gemessenen Auftrag, sofort wieder darin einzutreten, erschien ihnen als ein vollständiger Sieg Granvellas. Sie erklärten der Herzogin, sie würden dem Befehle nicht gehorchen, sondern eine Versammlung der Liga einberufen. Die Wogen der Erregung gingen sehr hoch in der Stadt und im Lande. Pasquille wurden verteilt, und die Großen nebst ihrem Gefolge trugen gewisse Abzeichen, die „Livrée", als deren Zweck man im Volke die Verhöhnung Granvellas und der „Kardinalisten" ansah. Noch größer als die Bestürzung der Opposition war die der Herzogin, und zwar über die neue, geheime Weisung Philipps, deren Überbringer ebenderselbe Kurier war, alles aufzubieten, um Granvella im Lande zu halten. Ohne Zweifel hätte sie damit die Intentionen des Königs erfüllt. Sollte sie sich aber der Schwierigkeiten, von denen sie umgeben war, nur deshalb nicht zu entledigen trachten, um den Mann zu stützen, dessen Bleiben ihren eigenen Wünschen durchaus entgegengesetzt war? Sie entschloß sich, den Gegenbefehl des Königs einfach zu ignorieren. Noch einen

Schritt weiter ging sie: sie bestimmte Granvella, öffentlich bekannt zu geben, daß er das Land zu verlassen gedenke. Er richtete das förmliche Gesuch an die Statthalterin, ihm einen Urlaub auf einige Zeit zu bewilligen, da er sich in Familienangelegenheiten nach Burgund begeben müsse.

Sobald sich die Nachricht verbreitete, daß der Kardinal abtrete, brach bei der Gegenpartei ein allgemeiner Jubel aus. Oranien machte sofort am 5. März seinem Bruder Ludwig davon Mitteilung durch die Worte: „Es ist gewiß und eine sichere Sache, daß unser Mann abreist. Gott gebe, daß er weit genug reist, um niemals mehr wiederzukommen.“ Acht Tage später verließ Granvella in Begleitung zweier seiner Brüder Brüssel und zog über Luxemburg und Lothringen nach Besançon. Die Herzogin wurde kurz nach seiner Abreise von einem starken Katarrh befallen, der sie über eine Woche lang am Ausgehen verhinderte; sofort erhob sich das Gerücht, sie lasse sich aus Trauer über die Abreise ihres geliebten Beraters nicht blicken. So wenig durchschaute man die Rolle, die sie gespielt hatte. Und am allerwenigsten davon wußte immer noch Granvella. Er glaubte fest und steif daran, daß seine Abwesenheit nur wenige Monate dauern würde. Viel schwerer noch als seine Abreise traf es ihn, als er sich allmählich der Erkenntnis nicht verschließen konnte, daß fürs erste an eine Rückkehr nicht zu denken, und daß Margaretha seine grimmigste Feindin sei, der er seinen Sturz vornehmlich zu verdanken habe. Er sollte die Niederlande nicht mehr wiedersehen.

Er war von dort geschieden, beladen mit dem Fluche des Volkes, wohl der bestgehaßte Mann seiner Zeit; häufte man doch auf sein Haupt die Schuld aller anderen. Wie zahlreich sind die Karikaturen aus jener Zeit, auf denen der „rote Pfaffe“ mit dem Kardinalshute hinter Philipp, Margaretha und Alba steht, an ihren Ohren den Blasebalg einsetzend, um ihnen seine teuflischen und blutigen Ratschläge einzuflüstern. Und doch war er in Wahrheit nichts als das Werkzeug seines Herrschers, der Vertreter und der Wächter seines Systemes, sogar noch weit entfernt von dessen starrer Konsequenz. Aber

nicht die Opposition von Oranien, Egmont und Hoorne hat seinen Sturz schließlich herbeigeführt. Denn vor diesen wäre Philipp schwerlich zurückgewichen, wenn Margaretha fest zu ihm gestanden hätte. Indem sie sein Bleiben für unmöglich erklärte, indem sie selbst auf seine Entlassung drang, da glaubte Philipp, er könne nicht umhin, ihn gehen zu heißen, und als er ihn schließlich doch noch zurückhalten wollte, da versagte die Herzogin dem Könige einfach den Gehorsam und zwang Granvella erst recht zum Weichen. So sehr war ihre einstige Zuneigung und Unterwürfigkeit umgeschlagen in Zorn und Haß. Und der Hauptgrund für diese Wandlung bestand darin, daß sie sich von ihm in ihren privaten Interessen verraten glaubte, und ihr Helfershelfer dabei war eben jener Armenteros, den ihr der König zurückgelassen hatte, um sie vor unrichtigen Schritten zu bewahren. Der eine Vertrauensmann hatte den anderen aus dem Sattel gehoben: auf wen sollte sich der König da in den Niederlanden noch verlassen?

Die Beseitigung Granvellas aber war für die Großen nur Mittel zum Zwecke, nämlich zur endgültigen Durchführung ihrer politischen Pläne. Würde der König den Willen und die Kraft haben, sein System gegen die Opposition zu verteidigen, nachdem er ihr schon so große Zugeständnisse gemacht hatte, und zwar auch dann, wenn seine Statthalterin mit ihr gemeinsame Sache machte? Die Zukunft mußte es zeigen.

Siebentes Kapitel.

Margaretha unter dem Einflusse der Opposition (1564—1566).

Die Entlassung Granvellas bedeutete nicht nur einen Personenwechsel, sondern auch einen Systemwechsel in der obersten Instanz der niederländischen Regierung, dem sich die Generalstatthalterin am wenigsten zu entziehen vermochte.

Am 18. März 1564 waren Oranien, Egmont und Hoorne auf den Beschluß der Liga hin zum ersten Male wieder im Staatsrate erschienen, zunächst freilich noch etwas mißtrauisch, da sie sich der Zweifel über die Dauerhaftigkeit der neuen Wendung der Dinge noch nicht ganz entschlagen konnten. Denn Granvella versicherte unaufhörlich von Burgund aus, spätestens werde er im Monate Juni zurückkehren, und seine Parteigenossen verfehlten nicht, diese Nachricht zu verbreiten. Dem gegenüber drohten die drei Herren ganz bestimmt, sie würden sich sofort wieder aus dem Staatsrate zurückziehen, wenn der Kardinal das Land wieder heimsuche. Ebensowenig machten sie ein Hehl aus ihren weitergehenden politischen Ansprüchen. Ohne Scheu äußerten sie, nicht gegen Granvella richte sich die Mißstimmung, sondern gegen den König, der sich durch seine ganze Politik das Volk entfremdet habe. Von neuem erhoben sie alle ihre alten Forderungen: Gemeinsame Beratung der Generalstände; Übernahme der Staatsschuld durch das Land, dafür aber auch Übertragung der gesamten Finanzverwaltung, sowohl des königlichen Domaniums als auch der Steuern, an die „Generalität", jene schon mehrfach erwähnte zentralständische Finanzbehörde, der dann auch die bisher königlichen Provinzialrechenkammern unterzustellen seien; Stärkung der Macht der Provinzialgouverneure durch gänzliche Unterordnung der Provinzialhöfe, durch ausschließliches Ernennungsrecht für alle königlichen, städtischen und militärischen Ämter in ihrer Provinz, durch Untersagung des direkten Verkehres aller Beamten und Städte mit der Zentralregierung, sowie durch alleinige Verfügung über die Festungen und Truppen in ihren Gouvernements. Dieselbe Feudalisierung, wie somit für die Provinzialverwaltung, wurde auch für die Zentralverwaltung verlangt: Aufhebung des Geheimrates und des Finanzrates und Überweisung der Geschäfte dieser Behörden an den Staatsrat, der zu ihrer Erledigung einige technische Beamte hinzuziehen und wegen der Vermehrung seiner Aufgaben um einige Mitglieder verstärkt werden sollte; es wurden dafür vorgeschlagen Bergen, Meghem, Montigny und Noircarmes. Die Verwirklichung dieser Pläne bedeutete, wie wir

bereits bemerkten, nicht mehr und nicht weniger als die Auflösung der vielbewunderten burgundischen Verwaltungsorganisation in der Zentralinstanz, die Preisgebung der nach langem Ringen und Tasten durchgeführten Prinzipien der Arbeitsteilung, des Berufsbeamtentumes und selbst bis zu einem gewissen Grade der Kollegialität und der Ständigkeit. Es war ein Rückfall in den alten landesherrlichen Rat der großen Vasallen im Zeitalter der Feudalität, worauf diese Reorganisationsgedanken hinauswollten. Granvella hatte nicht unrecht, wenn er diese Projekte als einen Kampf der „militärischen Aristokratie" nicht nur gegen das geistliche Element in der Regierung, sondern auch gegen die Justiz und die langen Roben kennzeichnete.

Zu diesen Forderungen politischer Natur kamen solche religiöser Art. Denn die Opposition machte auch daraus kein Geheimnis, daß sie sofort, nachdem sie das Zugeständnis gemeinsamer Beratung für die Generalstände errungen hätte, das religiöse System Philipps einer scharfen Kritik unterwerfen und für Reformen in Ansehung der Religion eintreten würde. Als die brabantischen Stände die „Union der Generalstände", d. h. deren gemeinsame Tagung, verlangten, fügten Oranien, Egmont und Bergen sofort hinzu: »ut sit colloquium in negotio religionis,« und selbst die brabantischen Prälaten, denen dafür ein geistlicher Freund Granvellas das schmeichelhafte Prädikat „Esel" beilegte, waren ganz damit einverstanden. Stimmen wurden laut, es sei eine Schmach, daß sich die Christen untereinander nicht so viel Freiheit gönnten, als ihnen die Türken in ihrem Lande einräumten. Da das Kopfabschneiden bisher nichts genützt habe, so sei es die Sache der Generalstände, bessere Mittel zur Erhaltung der Religion zu finden. Man beachte wohl, daß man den Katholizismus immerhin aufrechterhalten wissen wollte, und daß man nur den Gewaltmitteln abgeneigt war. Es war eben eine katholische Opposition, die jetzt noch das System Philipps bekämpfte. Man hielt es für ausreichend wenn nur solche Personen bestraft würden, die Aufruhr erregten, Konventikel abhielten und schlechte Bücher besäßen; es wäre

dadurch zwar die Freiheit öffentlicher Religionsübung versagt, jedoch ein guter Schritt auf der Bahn der individuellen Gewissensfreiheit vorwärts gethan worden. Als viel wichtiger, wie das Wüten gegen die Ketzer, erklärte man die Besserung des Klerus. Man darf eines nicht vergessen: der moderne Rechts- und Beamtenstaat, wie er in der zentralistisch organisierten Monarchie des burgundisch-habsburgischen Geschlechtes um die Wende des Mittelalters zur Neuzeit seine ersten Triumphe feierte, war zum guten Teile nicht nur im Widerstreite gegen den Feudalismus, sondern auch gegen die Theokratie des Mittelalters emporgewachsen. In den Körperschaften der Berufsbeamten hatten sich die staatskirchlichen Traditionen erhalten, und gerade jetzt traten sie hier in einer Weise zu tage, die Philipp wenig angenehm war, und stärkten die Sache der Opposition. Den Anlaß dazu gab der Befehl des Königs, die Dekrete des unlängst geschlossenen Konzils von Trient zu publizieren. Dagegen erhob nicht nur der Staatsrat Schwierigkeiten, sondern auch der das Berufsbeamtentum repräsentierende Geheime Rat. Einstimmig bezeichnete man die Dekrete als verfassungswidrig, da sie die Autorität der Krone, sowie die Privilegien der Vasallen und Unterthanen beeinträchtigten; ihr Zweck sei es, die Geistlichen wieder der Souveränität des Königs zu entziehen, der sie sich schon beugen mußten. Im Staatsrate wie im Geheimrate sagte man, es sei notwendig, dem Klerus, der viel zu fett sei, seine Reichtümer abzunehmen und für die Bedürfnisse des Staates zu verwenden. Alle Behörden, auch die Provinzialhöfe, waren zum großen Ärger Philipps dagegen, daß man die Dekrete unbedingt, ohne Vorbehalt der Rechte der Krone und der Unterthanen annähme.

Wie verhielt sich Margaretha von Parma gegen diese im schroffsten Widerspruche zum Systeme der Krone stehenden politischen Tendenzen der Opposition? Machte sie auch nur einen Versuch, ihnen gegenüberzutreten oder eine unabhängige Stellung über den Parteien einzunehmen? Die Antwort auf diese zweite Frage muß verneinend ausfallen. Sie schlug sich rückhaltslos auf die Seite der Opposition, gegen ihren bisherigen

Vertrauten Granvella und gegen seine Parteigänger mit allem Hasse und mit aller Leidenschaft, deren sie nur fähig war, vorgehend.

Vor allem war sie vom Gefühle tiefster Befriedigung erfüllt, daß sie Granvella endlich los war. Ihr Vertrauter Armenteros äußerte am Tage der Abreise des Kardinals: „Dieser Teufel dachte hier sein Paradies zu finden; aber er wird nicht mehr wiederkehren; man wird vor ihm gut auf der Hut sein." Sicherlich brachte Armenteros mit diesen Worten auch die innerste Meinung seiner Herrin zum Ausdrucke. Als ihr Gemahl Oktavio, der im Jahre 1563 in Brüssel geweilt hatte, auf seiner Rückreise Wien passierte, teilte er am kaiserlichen Hofe mit, daß er und seine Gemahlin die Partei der Großen ergriffen und Mißtrauen gegen Granvella hätten; wenn er sich zugleich darüber beklagte, daß Philipp so wenig für die Farnese thue, so gab er damit seine und Margarethas wahre Beweggründe deutlich genug zu erkennen. Ihre größte Sorge war, daß Granvella noch einmal zurückkehren könne. Um dies zu verhüten, schrieb sie einen Brief nach dem anderen an Philipp, um ihm die Gefahren vorzustellen, die dann entstehen könnten: es sei Gefahr, daß er dann sogar das Land verliere; wenn jetzt noch nicht alles nach Wunsch gehe, und wenn sich insbesondere noch immer die Bewilligung der Steuern verzögere, so liege das nicht an dem bösen Willen Oraniens und seiner Freunde, auf deren Ergebenheit und Loyalität durchaus zu rechnen sei, sondern an der Furcht im Lande vor den Drohungen Granvellas, daß er bald wiederkommen würde, und an den Intriguen seiner Anhänger. Selbst an persönlichen Beschuldigungen ließ sie es nicht fehlen. Sie bezichtigte den Kardinal der Habsucht, des Eigennutzes und des unsittlichen Lebenswandels und fügte hinzu, daß er schon dieses letzten Punktes willen in der Ferne bleiben müsse, da sich sonst das Verlangen im Lande nach Reformation des Klerus noch viel stärker äußern würde.

Erst jetzt wurde Granvella die wahre Gesinnung der Herzogin offenbar. Er hatte gehofft, daß er selbst von Burgund

aus ihr Leiter und Ratgeber bleiben würde, und ſie hatte ihm beim Abſchiede verſprochen, daß ſie ihm die Staatskorreſpondenz zwiſchen ihr und dem Könige beſtändig mitteilen würde. Kaum hatte er den Rücken gewandt, als ſie trotz der Mahnungen von Viglius nicht daran dachte, ihr Wort einzulöſen. Um die Großen zu beruhigen, äußerte ſie entſchieden, ſie werde Granvellas Rückkehr verhindern. Armenteros ging ſo weit, ihnen die Briefe des Kardinals an Margaretha zu zeigen und ihnen das Geheimnis zu verraten, daß Granvella auf Befehl des Königs das Land verlaſſen mußte. Man brachte der Herzogin bei, Granvella habe bisher alles gethan, und ſie ſei nur eine Null geweſen. Wie war die eitle Frau entrüſtet, als ihr ſo die Augen geöffnet wurden! Sie ſagte, nunmehr wolle ſie zeigen, daß ſie ſelbſt regieren könne. In ihrer blinden Wut glaubte ſie alles, was man ihr vorſpiegelte, daß Granvella ihr Plazentia vorenthalte, daß er darnach trachte, ſie durch Chriſtine von Lothringen zu erſetzen. So oft nur von ihm geſprochen wurde, ward ſie im Geſichte „rot wie ein Krebs“. Als von ihm die Rede war, ging die Schülerin und das Beichtkind Loyolas ſogar ſo weit, die Worte fallen zu laſſen, ſie danke Gott, daß ſie nur einen Sohn habe; denn hätte ſie noch einen zweiten, ſo würde ſie es nicht vermeiden können, dieſen in geiſtlicher Tracht zu ſehen; der würde dann aber auch nicht beſſer geworden ſein, als alle die anderen vom Klerus.

Nur ein halbes Werk ſchien es ihr zu ſein, daß ſie ſich nur von Granvella, nicht auch von ſeinen „Kreaturen“ befreit habe. Um ſo empfindlicher ließ ſie dieſe ihre Ungnade empfinden. Berlaymont und Viglius wurden einfach von ihr als Luft behandelt. Die wichtigſten Finanzſachen beriet ſie mit dem Generalſchatzmeiſter Schetz über Berlaymonts Kopf hinweg, ſo daß dieſer ſchließlich verſtimmt einen mehrmonatlichen Urlaub nahm. Er bekam dabei ein „ſo mageres Lebewohl, wie ein Lakai“, und auch nach ſeiner Rückkehr erging es ihm nicht beſſer. Am meiſten hatte Viglius zu leiden. Ihn hielt Margaretha auf die Einflüſterungen ſeines perſönlichen Gegners Armenteros für den gefährlichſten „Kardinaliſten“, und ſie ſuchte ihn völlig

zu vernichten. Margaretha trug die schwersten Anklagen gegen ihn bei Philipp vor: nur seinem böswilligen und ungeschickten Verhalten sei es zuzuschreiben, daß die lange begehrten Steuern noch nicht bewilligt wären; er verursache ihr Höllenqualen und durchkreuze alle ihre Maßregeln, damit man glauben solle, ohne Granvella vermöge die Regierung nichts auszurichten. Ein noch verhängnisvolleres Schicksal war Viglius zugedacht. In den Niederlanden lebte damals als Contador, betraut mit der Kontrolle der Rechnungen des Faktors der spanischen Krone zu Antwerpen, der Spanier Alonso del Canto, ein besonderer Vertrauensmann des Königs. In der Zeit kurz nach der Abreise Granvellas stand dieser noch in guten Beziehungen zur Herzogin und zu Armenteros, deren Wendung er noch nicht durchschaute, und deren heftigster Feind beim Könige er erst später wurde. Beide nun wußten seinen stets auf Ketzer spürenden Verdacht geschickt auf Viglius zu lenken; auch der flandrische Inquisitor Titelman ließ sich nicht gern die Gelegenheit entgehen, einen so fetten Ketzerbraten zu erschnappen. Alle berichteten jetzt die ungeheuerlichsten Beschuldigungen gegen Viglius nach Spanien: er habe Gott gelästert und bezweifle seine Allmacht; er hindere die Verfolgung der Ketzer, beraube in ruchloser Weise seine Propstei von St. Bavo in Gent und sei ein heimlicher Lutheraner und sogar Atheist. Die Intrigue verfehlte ihren Zweck, da sie vom Könige durchschaut wurde, der immer noch Granvella mehr Glauben als allen anderen und selbst der Herzogin schenkte. In seiner gewohnten Verstellung versicherte er zwar der Herzogin seines ausschließlichen Vertrauens und forderte sie auf, noch weitere Informationen über Viglius einzuziehen; im übrigen schwieg er die Sache tot.

Wie emphatisch auch die Herzogin erklärt hatte, sie wolle nunmehr zeigen, daß sie allein herrschen könne, in Wirklichkeit geriet sie unter den Einfluß der Großen der Opposition und des mit diesen eng verbundenen Armenteros. Dieser hatte das Ohr seiner Herrin und benutzte seine Stellung, um sich in schrankenloser Weise zu bereichern. Er führte einen schmachvollen Ämterhandel in den Niederlanden ein. Alle Ämter und

Pfründen, deren Vergebung die Herzogin hatte, wurden an den Meistbietenden verkauft; daneben wurde ein schwunghafter Schacher mit Lotteriekonzessionen betrieben. Eine Ratsstelle bei einem Provinzialhofe oder einer Rechenkammer wurde an die 2000 Thaler geschätzt. Alfonso del Canto rechnete nach, daß Armenteros im Zeitraum von anderthalb Jahren 50000 Dukaten verdient habe. Als beim Könige Beschwerden dagegen einliefen, entschuldigte sich Margaretha damit, daß sie bei der mangelhaften Auszahlung ihrer Revenuen sonst ihren Hofhalt nicht bestreiten könne. Armenteros — oder, wie man ihn seiner Habsucht halber spöttisch nannte, Argenteros — war der mächtigste Mann im Lande und wurde selbst von den vornehmsten Herren mit der zartesten Rücksicht behandelt. Die Taufe seines Kindes wurde mit einem geradezu lächerlichen Pompe gefeiert, wie wenn ein Prinz geboren wäre. Margaretha, Oranien und Egmont standen Gevatter, und der Rat von Brüssel schickte 50 Bogenschützen mit Fackeln, um den Glanz der Festlichkeit zu erhöhen.

Es war gleichsam ein stillschweigendes Übereinkommen zwischen Margaretha und Armenteros auf der einen und den Großen auf der anderen Seite. Diese ließen jene die Wege des Eigennutzes wandeln und durften dafür der Unterstützung ihrer politischen Bestrebungen gewiß sein. Armenteros war das Bindeglied zwischen der Herzogin und den Herren; sie hielt nichts vor ihm geheim, und er hinwiederum war ihnen durchaus ergeben. Unaufhörlich berichteten beide an Philipp, wie eifrig und zuverlässig die Herren seien, wie es keine besseren Katholiken und treueren Vasallen geben könne. Es entwickelte sich zwischen Margaretha und den Herren ein inniges persönliches Verhältnis; zumal Egmont stand bei ihr in hoher Gunst. Sie waren täglich bei ihr zu Rate und zu Tische, und Oranien vertraute ihr seine älteste Tochter als Ehrendame an. Margaretha gab ihnen Kenntnis und maßgebenden Einfluß in allem, was in der Regierung sich ereignete, in Sachen der Justiz, Finanzen, der allgemeinen Verwaltung, der Konsulten und der Religion. Sie gewährte ihnen in ihren Gouvernements eine

unbeschränkte Machtstellung. Alle Forderungen der Opposition machte sie sich unbedingt zu eigen. Schon ein Vierteljahr nach Granvellas Abreise empfahl sie dem Könige dringend die Berufung der Generalstände zu gemeinsamer Beratung über eine gründliche Reform der Verwaltung, der Finanzen und selbst der Religion. Sie konnte im Staatsrate keinen Widerspruch mehr dagegen ertragen, und eben deshalb waren ihr Viglius und Berlaymont unbequem. Auch ihre religiösen Ansichten erlitten eine Wandlung. Armenteros war verschwägert mit dem Kanonisten Molinaeus aus Löwen, einem der hervorragendsten Vertreter der ireniſchen und der staatskirchlichen Richtungen in der damaligen katholischen Theologie. Margaretha wählte ihn zu ihrem Großalmosenier, und unter seinen Einwirkungen neigte sie sich denselben gemäßigten Anschauungen zu, von denen die Großen der Opposition beherrscht wurden. Sie disputierte über die Kommunion unter beiden Gestalten und über die Lehre von der Rechtfertigung und eiferte über die Verderbnis der Geistkeit. Die neuen Bistümer fanden nicht mehr ihren Beifall; anstatt ihre Organisation zu fördern, widersetzte sie sich ihr eher. Auch sie war gegen eine schnelle und unbedingte Annahme der Tridentinischen Dekrete und konnte erst durch die gemessensten Befehle des Königs dazu veranlaßt werden. Hauptsächlich aber war sie gegen die althergebrachte Strenge der Ketzeredikte. Sie billigte es, daß die Generalstände darüber verhandeln dürften, und meinte, wie die Herren der Opposition, es sei genug, wenn man nur solche bestrafe, die Aufruhr erregten, Konventikel abhielten und schlechte Bücher besäßen.

So hatte sich in kurzer Zeit in der bislang für die Autorität der Krone und Religion eifernden Statthalterin ein gänzlicher Wechsel der Ansichten vollzogen. Sie stand nunmehr in jeder Beziehung auf dem Boden der Opposition, die von ihr früher leidenschaftlich bekämpft worden war. Freilich war sie dazu nicht durch eine feste innere Überzeugung, durch eine tiefe, selbstständige Einsicht in die politischen und religiösen Bedürfnisse der Zeit und des Landes geführt worden, sondern durch das willkürliche und wechselnde Spiel persönlicher Einflüsse. Wie

lang dieser Umschwung dauern würde, wer konnte es wissen? Aber er war nun einmal eingetreten, und die Opposition baute darauf ihre Hoffnungen. Die Großen waren guten Mutes. Sie meinten, der König sei wegen des Krieges mit den Osmanen an Spanien gefesselt; da nun die Herzogin gegen Granvella sei und der König auf sie höre, so werde alles nach Wunsche gehen. Man hatte die übertriebensten Vorstellungen von der Schätzung, die Philipp ihr angedeihen lasse; sagte man doch, sie brauche dem Bruder nur einen kleinen Zettel zu schicken, um alles, was sie wolle, bei ihm zu erreichen.

Die folgende Entwicklung zeigte, inwieweit diese Aussichten berechtigt waren. Sie knüpfte in der Hauptsache an zwei Begebenheiten an, nämlich an die Streitigkeiten der Stadt Brügge und der flandrischen Stände mit dem Bischof von Brügge und dem Inquisitor Titelman, sowie an die Verhandlungen mit den Ständen von Brabant über die Fortsetzung der 1563 abgelaufenen Garnisonsteuer.

In Brügge war es zu harten Zusammenstößen zwischen den Bürgern und den geistlichen Behörden gekommen. Der Inquisitor Titelman hatte hier bei seinem Einschreiten gegen die Ketzer mannigfach die Privilegien der Stadt verletzt. Die Erregung der Bürger wurde dadurch verschärft, daß der neue Bischof einigen in der Stadt verstorbenen ketzerischen Engländern eine Grabstätte auf dem Kirchhofe verweigert hatte; sie fürchteten, daß das ihrem Handel schaden könne, da die fremden Kaufleute, empört durch diese Unduldsamkeit, die Stadt meiden würden. In Gemeinschaft mit den flandrischen Ständen reichten sie im Oktober 1564 eine Beschwerdeschrift bei der Statthalterin ein; diese erteilte ihnen den Bescheid, daß sie Titelman zu gemäßigtem und gesetzmäßigem Auftreten ermahnen würde, und nahm sich auch bei Philipp der Stadt an. Zur selben Zeit verlangten die Stände von Brabant, falls sie in die Fortsetzung der abgelaufenen Garnisonsteuer und weitere Auflagen willigen sollten, die Erlaubnis zu gemeinsamer Beratung der generalständischen Abgeordneten. Die Großen im Staatsrate befürworteten diesen Wunsch auf das Wärmste, während ihn Viglius und Berlaymont

bekämpften. Sie wurden jedoch überstimmt, und auf Grund eines Beschlusses des Staatsrates im Juni 1564 gab Margaretha den Brabantern das Versprechen, sich beim Könige für ihr Begehren zu verwenden. Mit den Worten „die Planke ist gelegt" machte Viglius dem Kardinal hiervon Mitteilung; er fügte hinzu, der König werde sie in Anbetracht seiner finanziellen Drangsale gewähren lassen. In dieser Befürchtung täuschte er sich. Philipp schlug die vereinigten Wünsche der Herzogin, des Staatsrates und der Stände von Brabant ab, wiewohl er selber eingestehen mußte, daß er kein Geld für die Bedürfnisse der Niederlande mehr aufzubringen im stande sei. Ebenso unzugänglich erwies er sich in dem Brügge'schen Konflikte; er stellte sich auf die Seite des Bischofs und des Inquisitors und beauftragte die Herzogin sogar, Titelman seinen Dank förmlich auszusprechen. Auf die heftigen Anklagen, die Margaretha eben damals gegen Granvella vorbrachte, hatte er keine andere Antwort, als daß er ihr auseinandersetzte, laut der Tridentinischen Dekrete sei der Kardinal zur Residenz in Mecheln verpflichtet, und sie demgemäß ersuchte, die Großen bei passender Gelegenheit für seine Rückkehr günstig zu stimmen.

Philipp hatte somit den ersten Angriff, den die Herzogin und der Staatsrat mit vereinten Kräften gegen ihn unternommen hatten, abgeschlagen. Aber sie gaben deshalb das Spiel noch nicht verloren. Durch eine uns leider verloren gegangene französische Depesche hatte Philipp dem Staatsrate seine Abneigung gegen die geforderte generalständische Tagung ausgedrückt. Bald nach ihrem Eintreffen fanden in Brüssel eifrige Beratungen im Staatsrate und unter den Häuptern der Opposition statt, zu denen Armenteros, Molinäus und der eine ähnliche Haltung einnehmende Jakob Masius, Rat im Hofe zu Brabant, hinzugezogen wurden. Man war des Glaubens, daß es dem Einflusse, den Granvella selbst nach seiner Entfernung aus dem Lande noch auf den König ausübe, zuzuschreiben sei, wenn dieser nichts von den Vorschlägen der Herzogin wissen wolle. Da schien denn nichts ratsamer, als durch mündliche Verhandlungen den König davon zu überzeugen,

ein wie ungerechtes und gefährliches Spiel es für ihn sei, den Einflüsterungen Granvellas zu gehorchen und die gewünschten Änderungen seines religiösen und politischen Systemes zu verweigern. Man gab sich der Hoffnung hin, daß eine Persönlichkeit ersten Ranges, mit dieser Mission beauftragt, den König zur Nachgiebigkeit bestimmen könne, und Egmont, der sich des besonderen Vertrauens des Monarchen teilhaftig wähnte, bot sich selbst dazu an. Mitte und Ende Dezember 1564 beschäftigte sich der Staatsrat mit diesem Projekte, und auch Viglius, der sich gerade sehr unwohl fühlte, wurde ausdrücklich von der Herzogin zu diesen Sitzungen beschieden und mit der Ausarbeitung einer Instruktion für Egmont beauftragt. Er schilderte darin in allgemeinen Ausdrücken die in Religion, Justiz, Verwaltung und Finanzen herrschende Verwirrung und schloß damit, daß es nur ein Heilmittel gebe: die baldige Ankunft des Königs. „Denn dann werden die Feinde in den Nachbarstaaten keinen Angriff, die rebellischen Ketzer im Lande keinen Aufruhr wagen. Es wird leicht sein, in Religion, Justiz und Verwaltung die Ordnung wieder herzustellen. Die Stände werden sich gefügig zeigen, wenn sie das Antlitz ihres Fürsten sehen, welcher ihnen all die Huld und Gnade zeigt, die seinem angebornen Wohlwollen und seiner Liebe zu seinen niederländischen Unterthanen entspringt. So wird aller Not abgeholfen, das Domanium entlastet und in seinem Zustande vor dem letzten Kriege mit Frankreich wiederhergestellt werden können."

Aber das war es ja eben, ob der König nach den Niederlanden reisen könne und wolle. Wenn er in Spanien blieb, so standen die Dinge auf dem alten Flecke. Der König mußte zu bestimmten Erklärungen gedrängt werden, was dann geschehen solle, wenn seine Ankunft sich verzögerte. Die Instruktion des Viglius ließ sich darüber nur sehr kurz und unbestimmt aus: der König müsse dann für die Tilgung der Schulden, für den Unterhalt der stehenden Truppen, sowie der Verwaltung sorgen und der Herzogin befehlen, Vorkehrungen für die Erhaltung von Justiz, Polizei und Religion zu treffen. Das waren nun freilich schöne Worte, jedoch keine positiven Vorschläge, und an

diesem schwachen Punkte der offiziellen Instruktion übte Oranien eine scharfe Kritik. Am letzten Tage des Jahres 1564 verlas Viglius im Staatsrate seinen Entwurf. Da ergriff Oranien das Wort und erklärte, die Instruktion sei in dieser Form unvollständig; sie bedürfe noch der Ergänzung, nämlich positiver Vorschläge einer Reform der staatlichen und religiösen Zustände. Die Herzogin schloß die Sitzung, indem sie den Mitgliedern des Staatsrates empfahl, darüber nachzudenken, ob der Anregung Oraniens Folge zu leisten sei. Viglius wurde am Neujahrstage 1565 vom Schlage gerührt; es fanden daher die weiteren Beratungen ohne seine Teilnahme statt, und es wurden gewisse Zusätze zu seiner Instruktion beschlossen. Leider sind uns diese Zusätze nicht bekannt; es wird uns nur berichtet, daß der Marquis von Bergen ihr Verfasser war, und Granvella bemerkt gelegentlich in einem seiner Briefe, daß ihr Inhalt hinsichtlich des Punktes der Religion auf die Erklärung hinausgelaufen sei: Die Ansicht gewinne Boden, daß die Bestrafung der Ketzer für die Aufrechterhaltung des Katholizismus nichts nütze, und daß man es, um dieses Ziel zu erreichen, vielmehr mit anderen Mitteln und Wegen versuchen müsse. Die Hauptbedeutung der Egmontschen Mission sollte aber höchstwahrscheinlich überhaupt nicht in der schriftlichen Instruktion liegen, die ihm zu teil wurde, sondern in den Vorstellungen, die er dem Könige mündlich zu machen hatte. Ehe er von Brüssel abreiste, fanden sich die Mitglieder der Liga ziemlich vollzählig daselbst ein, und Viglius, sowie die übrigen „Kardinalisten" vermuteten mit Recht, daß Egmont sowohl von der Liga als auch von der Herzogin mit weitergehenden geheimen Aufträgen ausgestattet worden sei. Worum es sich dabei handelte, ist unschwer zu erraten. Offenbar sollte Egmont dem Könige die Alternative klar vorlegen, daß er entweder aus eigenen Mitteln die niederländischen Finanzen ordnen, oder, falls ihm das, wie vorauszusehen war, nicht möglich sei, die Hilfe des Landes anrufen und dafür die Forderungen der Opposition bewilligen müsse: Einberufung und gemeinsame Beratung der Generalstände, Reform der Plakate, Erhebung des Staatsrates über

die anderen Zentralbehörden und seine Verstärkung durch weitere Mitglieder der Opposition.

Keineswegs war Philipp von dem neuen Plane der Herzogin und der Liga sehr entzückt. Kaum hatte er die Kunde von dem Vorhaben Egmonts erhalten, als er noch in den letzten Tagen des Dezembers 1564 der Statthalterin den Befehl schickte, die Reise Egmonts um jeden Preis zu hindern. Denn einmal war er entschlossen, der Opposition keinen Schritt mehr zu weichen; andererseits mußte er fürchten, daß die Ablehnung der Vorschläge, deren Träger Egmont war, in den Niederlanden viel böses Blut erregen würde. Aber es war schon zu spät, um Egmont noch zurückzuhalten, und der Herzogin lag selbst daran, daß die Gesandtschaft vor sich gehe, und zwar mit Erfolg. Anfang Februar 1565 kam Egmont am spanischen Hofe an. Er bat den König, der ihn unter großen Auszeichnungen empfing, ihn möglichst schnell abzufertigen, und machte kein Hehl daraus, daß er gekommen sei, um ausreichenden Bescheid in allen Stücken zu erwirken, da er und seine Freunde schon lange genug gewartet hätten. An Energie des Auftretens ließ er es nicht fehlen, wohl aber an Geschicklichkeit. Philipp hatte nur den einen Wunsch, möglichst schnell den unbequemen Mahner loszuwerden. Um das zu erreichen, nahm er sich vor, dem Grafen zwar nichts zu bewilligen, aber auch nichts abzuschlagen; er sprach die Besorgnis aus, daß man nie mit dem Grafen zu Ende kommen würde, wenn man ihm etwas verweigere. Mit wohlwollender Miene hörte er auf alles, was ihm Egmont vortrug; er erwiderte, das lasse sich hören, und er würde unverzüglich das Gutachten der Herzogin darüber einholen. Seinem vertrautesten Sekretär Perez, dem er die Abfertigung Egmonts zuwies, gab er den Auftrag, ganz ebenso gegen den Grafen zu verfahren. Wer war glücklicher als Egmont, als er diese Erklärungen vernahm? Er dachte nicht daran, daß sie nichts Bindendes enthielten. In seiner Leichtgläubigkeit meinte er, es komme nur noch auf Margarethas Gutachten an, und er kannte ja ihre Gesinnungen genau genug, um zu wissen, daß ihr Gutachten das seiner Ansicht nach bewirkte Einverständnis

zwischen ihm und dem Könige nicht trüben würde. Auf Wunsch Philipps arbeitete er eine Denkschrift aus, in der er darstellte, daß im geheimen Rate, im Finanzrate, im großen Rate zu Mecheln und den Provinzialhöfen große Mißbräuche herrschten. Dem könne nur dadurch abgeholfen werden, daß alle Behörden, auch die übrigen Zentralbehörden, dem Staatsrate untergeordnet würden. Dieser müsse dann natürlich verstärkt werden, und dafür empfahl er Bergen, Montigny, Meghem und Noircarmes. Wie würden die Ketzer erschrecken, so fügte er mit erstaunlicher Naivetät hinzu, wenn sie einen „so trefflichen Staatsrat" (tan buen consejo) erblicken würden! Er befürwortete die Entlassung des kranken Viglius und die Teilung des Präsidiums im Staatsrate von dem des geheimen Rates; für beide bezeichnete er Niemanden von den „langen Roben", sondern zwei Edelleute als die geeignetsten Kandidaten, den Herrn von Beaufort und den Herrn von Rasseghem.

Es war des Königs Grundsatz, mit schönen Worten gegen Egmont nicht zu sparen, ihm aber andererseits nichts Schriftliches zu gewähren, woraus bindende Zugeständnisse für die Opposition gefolgert werden könnten. Von diesem Geiste ist die Instruktion diktiert, die er dem Grafen am 2. April bei seiner Abreise aus Spanien gewährte. Sie war das Werk eingehender Beratungen mit Perez. Nichts von den Forderungen der Liga ward durch sie bewilligt, sondern in allen Stücken verwies der König darauf, daß er das Gutachten der Statthalterin einholen würde. Eine wirkliche Abhilfe der finanziellen Not konnte man schwerlich darin finden, daß er einen mageren Zuschuß von 150000 Dukaten für die Bedürfnisse der laufenden Verwaltung nicht bewilligte, sondern vorderhand erst in Aussicht stellte. Was die Tilgung der Schuldenlast anlangte, so hatte er bereits kurz zuvor großmütig 200000 Dukaten angewiesen, mit deren Hilfe eine Lotterie zur Aufbringung des rückständigen Soldes in der Höhe von 4 Millionen Gulden veranstaltet werden sollte. Für die 3 Millionen, die er auf Grund der Rentmeisterbriefe den deutschen Bankhäusern schuldete, standen ihm, wie er erklärte, keine Mittel zur Verfügung. Auf

die während Viglius' Krankheit hinzugefügten Punkte betreffs der Religion erwiderte er, lieber würde er hunderttausendmal das Leben verlieren, als Änderungen seines Systemes gestatten. Er genehmigte, daß Margaretha, ohne Aufsehen zu erregen, einige Bischöfe, erfahrene Räte und Theologen versammle und in Gemeinschaft mit dem Staatsrate darüber verhandeln lasse, „ob nicht eine andere Form der Bestrafung der Ketzer und Verirrten möglich wäre, nicht damit sie der verdienten Züchtigung entgingen, sondern nur um ihrer Frechheit und Anmaßung Einhalt zu gebieten und das Übel zu dämpfen, auf daß es nicht weiter um sich greife, und um zu verhüten, daß sie nicht in ihrer Verstocktheit stürben, und daß ihr Tod nicht noch auf andere, wie das bisher oft geschehen sei, Eindruck mache und andere in ihrem Glauben erschüttere".

Gewiß gehörte ein starker, unbegreiflicher Optimismus dazu, in dieser Instruktion eine Bewilligung der Forderungen der Opposition zu erblicken. Kein einziges Zugeständnis hatte ihr der König gemacht. Die Einberufung der geistlichen Notabelnversammlung hatte nur den Zweck, Egmont Sand in die Augen zu streuen; die vom Könige beigefügte Motivierung klang wie offener Hohn auf den Ruf nach religiöser Reform. Vor der Herzogin machte der König auch gar kein Geheimnis aus seiner wahren Gesinnung. In einer spanischen Depesche, die er zur gleichen Zeit an sie richtete, ersuchte er sie allerdings um ihr Gutachten über die Vorschläge Egmonts; er gab dabei aber deutlich genug zu verstehen, daß er in einer Superiorität des Staatsrates über den anderen Zentralbehörden eine schwere Gefahr erblicke. Die Verblendung Egmonts war grenzenlos. Auf Grund seiner mündlichen Verhandlungen mit Philipp war er des festen Glaubens, daß er alles erwirkt habe, was die Liga begehre. Große Begnadungen, die ihm der König gewährt hatte, und die man ihrem Werte nach in Spanien auf 100 000 Gulden schätzte, trübten vollends seinen Blick. Begleitet von Margarethas Sohn Alexander, dessen Vermählung mit der Infantin von Portugal in Brüssel gefeiert werden sollte, trat er den Rückweg an, der ihn über die neu erbauten Lustschlösser

Philipps, den Eskurial und den Park von Segovia, führte. Ganz begeistert von diesen Eindrücken schrieb er, im Begriffe Spanien zu verlassen, aus Valladolid am 9. April 1565 einen Abschiedsbrief im Tone der höchsten Überschwenglichkeit: Nachdem er diese reizenden Orte gesehen habe, könne er es begreifen, wenn der König sobald nicht nach den Niederlanden komme. Er drückte seine volle Genugthuung darüber aus, daß er den Zweck seiner Reise so trefflich erreicht habe: „Sire, ich kann nicht umhin, Euer Majestät zu sagen, daß ich von hier die Rückfahrt als der zufriedenste Mensch der Welt antrete. Denn ich habe erkannt, welches Zutrauen mir Euer Majestät in allen den Dingen zeigt, die ich Ihnen als notwendig für Ihr Wohl vorstellte, und ich schätze das mehr als alle Gnaden der Welt. Ich küsse die königlichen Hände Euer Majestät und bitte den Schöpfer, Ihnen ein langes und glückliches Leben zu schenken."

Stolz und gehoben wie ein Triumphator langte Egmont am letzten April in der Heimat an. „Er spricht wie ein König," so spotteten über ihn die Anhänger Granvellas. Nicht genug wußte er von den schönen Worten und von den Verheißungen zu erzählen, mit denen ihn der König beglückt habe. Die übertriebensten Gerüchte über den Erfolg seiner Gesandtschaft wurden verbreitet. Die geistliche Notabelnversammlung wurde einberufen und mit den ausschweifendsten Hoffnungen begrüßt. Es gehörten zu dieser „Konvokation", die von Anfang Mai bis Ende Juni tagte, die Bischöfe von Ypern, Namur und St. Omer, die Präsidenten von Flandern und Utrecht, ein Rat vom Mechelner Hofe, sowie drei Doktoren der Theologie. Am frohesten gestimmt waren Margaretha und ihr Vertrauter Armenteros, wiewohl doch gerade diese beiden durch die spanische Depesche Philipps hätten entnüchtert werden müssen. Aber es war, wie wenn ein Freudentaumel alle berauscht und ihrer Einsicht beraubt hätte. Armenteros raunte bereits geheimnisvoll, es werde einen großen Umschwung geben. Und Margaretha richtete ein emphatisches Dankschreiben an den Bruder für die gnädigen Erklärungen, die er ihr durch Egmont übersandt, und durch die

er sie und die Großen so sehr verpflichtet habe: ihrer aller Eifer für seinen Dienst sei dadurch verdoppelt.

In einen trügerischen Traum hatten sich Margaretha und Egmont eingewiegt; schrecklich sollte ihr Erwachen sein. Berlaymont war der Erste, der die Sachlage richtig beurteilte, als er die Instruktion Philipps für Egmont sah. Er bemerkte, daß Egmont gar keine Vollmachten besaß, und daß sich der König unter dem Vorgeben, er wolle erst das Gutachten der Herzogin einfordern, thatsächlich die Entscheidung vorbehalten hatte. Ende Mai kam Oranien, der bisher durch Geschäfte in Amsterdam zurückgehalten worden war, nach Brüssel, und auch seinem kritischen Blicke blieb es nicht verborgen, daß Egmont in Wirklichkeit gar nichts beim Könige erreicht habe. Die Herzogin zeigte den Herren die spanische Depesche, die ihr der König im April zugeschickt hatte, und die eigentlich nur für sie im geheimen bestimmt war; sie bestätigte die Deutung, die Berlaymont und Oranien der Instruktion Egmonts gaben. Und wenn noch irgend welcher Zweifel bestehen konnte, so wurde er durch neue Depeschen vom Hofe, die im Juni eintrafen, vollends beseitigt. Sie betrafen in der Hauptsache die religiösen Verhältnisse und enthielten Befehle, die den mündlichen Versicherungen ganz entgegengesetzt waren, die Egmont vom Könige erhalten zu haben glaubte und versicherte. Philipp stellte sich darin in dem Brüggeschen Konflikte aufs neue durchaus auf die Seite des Bischofs und des Inquisitors Titelman. Er wollte nichts davon wissen, daß sich die Inquisitoren Übergriffe erlaubt hätten, und ordnete die Hinrichtung gewisser, in Middelburg, Utrecht, Antwerpen und Armentières gefangener Wiedertäufer an, obgleich sich diese zu Reue und Widerruf verstanden hatten und daher von der Herzogin und dem Staatsrate dem Könige zur Begnadigung empfohlen worden waren. In schneidendem Widerspruche standen diese Verfügungen zu allen Erwartungen eines milderen Vorgehens gegen die Ketzer, zu denen man sich auf Grund des Egmontschen Berichtes berechtigt glaubte. Auch der Ausgang der geistlichen Konvokation entsprach nicht den Wünschen der Herren vom Staatsrate. Nur ein einziges Mitglied, der

Präsident von Utrecht, hatte sich gegen die Verhängung der Todesstrafe über die Ketzer ausgesprochen, ohne doch damit gegen die „blutdürstigen" Theologen durchdringen zu können. Aber auch sie hatten immerhin dafür gestimmt, daß nur verstockte Häretiker das Leben verlieren, und daß auch da noch unter gewissen Rücksichten Begnadigung zu Galeerenstrafe und Ächtung mit Vermögenseinziehung eintreten dürfe; reuige Ketzer dagegen und sonstige Übertreter der Plakate, die nicht selbst in Irrlehren verfallen seien, sollten nach erlangter kirchlicher Absolution mit Verbannung, Gefängnis, Schandpfahl, Prügelstrafe oder Geldstrafe davonkommen.

Die Opposition tobte, als sie sich so in allen den Hoffnungen die sie zur Unzeit erweckt und genährt hatte, schmählich getäuscht sah. Zwischen den beiden Häuptern der Liga kam es zu erregten Auftritten. Oranien warf Egmont geradezu vor, er habe es zwar in Spanien sehr gut verstanden, für seinen privaten Vorteil zu sorgen, das Wohl des Landes aber preisgegeben. Egmont sah sich aus allen Himmeln gerissen, als ihm die Dinge in ihrer wahren Gestalt und befreit von dem Schleier gezeigt wurden, mit dem seine Illusion sie verhüllt hatte. Der Boden wankte unter seinen Füßen. Umsonst beschuldigte er den König der Doppelzüngigkeit; umsonst klagte er, er sei einer Intrigue zum Opfer gefallen, deren einziger Zweck es sei, seine Glaubwürdigkeit zu erschüttern und sein und seiner Freunde Ansehen beim Volke zu vernichten: er konnte den Verdacht nicht vermeiden, seines Sondernutzens halber das Land verraten zu haben. Wie tief kränkte dieser Vorwurf seine stolze Seele! Wie ein Donnerschlag auch wirkte die Erkenntnis des Sachverhaltes auf die Herzogin. Noch tröstete sie sich mit der eitlen Hoffnung, daß es sich nicht um ein doppeltes Spiel handle, das der König mit Absicht treibe, sondern um einen bloßen Irrtum und bedauernswerte Mißverständnisse. Sie zögerte nicht, in ihrer Herzensangst nach diesem rettenden Strohhalm zu greifen. Noch einen letzten Versuch wagte sie, den König zur Nachgiebigkeit zu bewegen. Sie stellte ihm nochmals (am 22. Juli 1565) vor, wie dringend notwendig es sei, den Staasrat

über die übrigen Kollegien zu setzen, die Instruktionen der Inquisitoren zu revidieren, sowie die Differenzen zwischen seinen mündlichen Versprechungen an Egmont und seinen Depeschen auszugleichen. Indem sie ihn auf die Beschlüsse der Konvokation hinwies, bat sie ihn, das Vorgehen gegen die Ketzer zu mildern und insbesondere von der Hinrichtung der reuigen Wiedertäufer Abstand zu nehmen.

Wenn Philipp indes nie daran gedacht hatte, auch nur einen Fußbreit von der Linie zurückzuweichen, die er sich für die Verteidigung seines Systemes vorgezeichnet hatte, so war er jetzt erst recht abgeneigt, auch nur die geringsten Zugeständnisse zu bewilligen. Aus Burgund mahnte Granvella, die Feudalisirung der Verwaltung und die bei der Eigenart der ständischen Verfassung voraussichtlich doch erfolglose gemeinsame Tagung der Generalstände nicht zu gestatten. Aus den Niederlanden liefen bewegliche Klagen der Inquisitoren und der theologischen Fakultät zu Löwen über den Niedergang der Religion ein; jene beklagten sich geradezu über die schlechte Behandlung, die ihnen seitens der Herzogin zu teil würde, und legten daher ihr Amt nieder. Alonso del Canto sandte auf eigene Kosten einen Vertrauten, den Frater Lorenzo da Villavicencio, Priester der spanischen Kaufleute zu Brügge, an den Hof, um Philipp über das Verhalten Margarethas und ihres Beraters Armenteros aufzuklären, die Beziehungen beider zu den Herren der Liga, ihren Ämterschacher, die herrschende Unordnung in Justiz und Verwaltung und die drohende Zunahme der Sektirer zu schildern. Am 29. und 30. Juli hatte Frater Lorenzo zwei mehrstündige Audienzen beim Könige; der Titel eines „Hofpredigers" war der Lohn für seine Bemühungen. Hätte Philipp auch nur noch einen Augenblick schwanken können, nach den glühenden Worten des eifernden Mönches wußte er genau, welche Maßregeln er zu treffen habe, um sein System nicht verderben zu lassen.

Die endliche Entscheidung war denn auch so, wie sie bei des Königs Gesinnung und bei der Hartnäckigkeit, mit der er alle Konsequenzen der katholischen Idee zu ziehen entschlossen

war, nicht anders ausfallen konnte. Sie erging Mitte Oktober 1565 in der Form von drei Depeschen, von denen die erste vom 17. Oktober in französischer Sprache für den Staatsrat bestimmt war. Die beiden anderen vom 20. desselben Monats waren in spanischer Sprache abgefaßt und nur an die Herzogin gerichtet; die eine, längere war — auf Grund eigenhändiger Aufzeichnungen des Königs — von seinem Sekretär Perez entworfen und ausgefertigt; die kürzere stammte von Philipps eigener Hand. Dem Staatsrate gegenüber bestritt Philipp, daß ein Unterschied zwischen seinen mündlichen Eröffnungen an Egmont und seinen Depeschen bestünde. Denn er habe Egmont zu keiner Neuerung ermächtigt; was insbesondere die Revision der Plakate anbelange, so habe er ihm nur gesagt, er könne eine Änderung nur insoferne gestatten, als es besser sei, die Exekutionen der Ketzer im geheimen vorzunehmen, damit nicht die Verstocktheit der Verurteilten zur Nacheiferung anreize. Er ordnete an, daß die Inquisition bestehen bleiben und, wie bisher, durch die Inquisitoren geübt werden solle, daß nicht minder die Plakate zu vollziehen seien, und zwar ohne Lässigkeit, Rücksichtnahme und Furcht, daß sie fernerhin von Neuem publiziert würden. Selbst die gemäßigten Anträge der geistlichen Konvokation über die „Milderung" der Strafen gegen die Ketzer fanden vor seinen Augen keine Gnade. Er befahl der Statthalterin, unverzüglich die gefangenen Wiedertäufer hinrichten zu lassen. An den Übergriffen der Inquisition dürfe man, so schärfte er Margaretha ein, keinen Anstoß nehmen; denn noch schlimmer wäre es, wenn die Inquisitoren einen Mangel an Eifer zeigten. Abermals mißbilligte er das Verhalten der Stadt Brügge gegen ihren Bischof und Titelman. Indem er sich weigerte, den Inquisitoren neue Instruktionen zu geben, verlangte er, daß diese unterstützt, geehrt und ermutigt würden, daß die Herzogin sie bitte, ihr Amt wieder zu übernehmen, und ihnen alle Gunst und allen Beistand gewähre; alle weltlichen Behörden erhielten die Weisung, die Inquisitoren nicht zu stören, sondern sich ihnen ohne Vorbehalt zur Verfügung zu stellen. Wenn er der Statthalterin erwiderte, noch vermöge er sich nicht

auf ihre Bitte zu entschließen, dem Staatsrate die Superiorität über die andern Zentralbehörden zu geben, so konnte man unschwer gewahren, daß diese aufschiebende Antwort die Bedeutung einer Verneinung habe, und dasselbe galt von seinem Bescheide auf das Verlangen nach Generalständen, er könne diese solange nicht bewilligen, als es sich nicht im Lande mit der Religion bessere. Noch unzweideutiger zeigte er seine Willensmeinung in der Regelung der Personenfragen. Der Staatsrat wurde zwar verstärkt, aber nicht durch ein Mitglied der Opposition, sondern durch den „Kardinalisten" Arschot. Die Vorschläge Egmonts für die Präsidien im Staatsrate und im geheimen Rate blieben unberücksichtigt, ebenso die Wünsche der Herzogin, die für jenes den Hopperus, einen Freund des Viglius, empfohlen hatte. Ernannt wurde vielmehr der bisherige Siegelbewahrer Tisnaq, und an dessen Stelle Hopperus nach Spanien berufen. Dieser hatte sich nämlich Margaretha und den Herren der Liga gegenüber so konnivent erwiesen, daß er den Spitznamen »Oui madame« bekam; er mußte daher unschädlich gemacht werden. Das Präsidium des Geheimrates sollte bis auf weiteres vakant bleiben. Zum Überflusse wurde der Herzogin ausdrücklich verboten, irgend welche Änderungen im Behördenwesen zu treffen, da daraus große Gefahren entstehen könnten. Und war schon jede dieser Entscheidungen den wiederholten und dringenden Bitten und Vorschlägen der Herzogin geradezu entgegengesetzt, so konnte sie den leisen, aber empfindlichen Tadel nicht überhören, der in Philipps eigenhändigem Briefe enthalten war, indem er sie ersuchte, „der Religion ihre gewohnte Sorgfalt zuzuwenden, ja sogar noch größere, wenn das möglich sei". Er versicherte sie, daß er nicht zögern werde, falls nur durch seine Ankunft die Religion in den Niederlanden zu retten sei, die Reise dahin zu unternehmen, wenn sie auch noch so große Schwierigkeiten und Gefahren ihm biete: „Denn die Religion ist der Hauptzweck, den ich verfolge, und es giebt keine Gefahr in diesem Leben, in die ich mich nicht um ihretwillen stürzen würde."

Der Wahn der Herzogin und der Herren der Liga, daß sich der König in die Bahnen ihrer Politik werde ziehen lassen, mußte nach so bestimmten Erklärungen schwinden. Alles Bitten und Flehen der Herzogin, alle Vorstellungen und Drohungen der Großen und der Stände, der Jammer des Landes und die Flüche des Volkes, sie prallten ab an der ehernen Brust des Mannes, der in seinen herrlichen Lustschlössern im sonnigen Süden wandelnd mit starrer und unverrückbarer Strenge auf die Durchführung seines Systemes bestand, ohne auch nur ein Titelchen davon zu opfern. Daß ihm nicht einmal die Mittel zur Verfügung standen, sein Regiment aufrechtzuerhalten, scherte ihn nicht. Er wollte, daß man sich seinem Herrschergebote beuge, unbedingt und ohne Widerspruch. An die gesamte Opposition — Volk, Stände, Große und selbst die Herzogin, die ja jetzt auch dazu gehörte — trat nunmehr die Frage heran, ob sie sich dem Heischen des Machthabers stillschweigend und knechtisch unterwerfen, oder ihm Widerstand leisten wollten. Der Gang der Dinge brachte es mit sich, daß der entschlossenste Teil der Opposition, der Protestantismus, den Fehdehandschuh aufnahm, den der allmächtig sich dünkende Herrscher ihm hingeworfen hatte, und dabei sogar einen großen Teil der katholischen Opposition mit sich fortriß. Freilich war dieser Widerstand zunächst noch zersplittert, durch die verschiedenartigen Elemente, die sich in ihm zusammenfanden, innerlich geschwächt, sowohl der Ausdehnung als auch der Intensität noch ermangelnd. Aber es trat ein Mann an die Spitze dieser Bewegung, der sie nach anfänglicher Niederlage zum endlichen Siege führen sollte. Wie oft hatte Margaretha, zumal in den Tagen, da Granvella sie beherrschte, an den König geschrieben: „Der Ketzer sind zwar viele, wenngleich die Guten in der großen Mehrzahl sind. Aber sie sind nur niedriges Volk. Der Adel ist unversehrt, und die großen Herren sind unwandelbar treu im Dienste der Religion. Freilich würde auch nur Einer von ihnen wanken und sich für die Irrgläubigen erklären, so wäre das Unheil und der Verlust der Lande unabwendbar.“ Was die Herzogin damals fürchtete, das wurde jetzt zur Wirklichkeit. Die Reihen des Adels füllten

sich mit Ketzern, und einer der Herren, der Vornehmste, Mächtigste und bei weitem Bedeutendste, wurde ihr Haupt: Wilhelm von Oranien, der große Schweiger.

Achtes Kapitel.

Margaretha, die Liga und die Geusen (1565/66).

Die letzten Monate des Jahres 1565 waren für Margaretha von Parma eine sehr traurige Zeit. Ihr vielgeliebter Sohn Alexander feierte damals seine Vermählung mit der Infantin Maria von Portugal. Eine Flotille von vier Kriegsschiffen mit 600 Mann Besatzung und einem Ehrengeleite von 15 Edelleuten und 12 Edeldamen mit einem Gefolge von über 100 Bediensteten holte im Herbste des Jahres die Braut aus Portugal nach den Niederlanden. An der Spitze der Expedition standen der Graf und die Gräfin Mansfeld. Die Kosten der Einholung allein beliefen sich auf 100 000 Gulden; sie verschlangen die Mitgift der Infantin, die Viglius nicht mit Unrecht „eine teuere Braut" nannte. Weder der Prinz, noch auch seine Mutter waren übrigens von der Heirat, die das Werk des Königs war, sehr entzückt. Alexander sprach gelegentlich den liebenswürdigen Wunsch aus, das Reisegeleit mit der Braut möge in den Grund des Meeres versinken.

Trotzdem wurde die Hochzeit in dem Schlosse zu Brüssel mit der Entfaltung eines geradezu unsinnigen Prunkes begangen. Margaretha äußerte, noch nie habe ein Statthalter oder eine Statthalterin der Niederlande hier einen Sohn verheiratet, daher müsse ein solches Ereignis mit ganz besonderem Glanze gefeiert werden. In der Stadt und im ganzen Lande aber war man über die Verschwendung der Herzogin sehr wenig erbaut. Es fehlte nicht an höhnischen Witzen und Spottreden

über die eitle Dame. Sowohl sie als auch ihr Sohn erfreuten sich überhaupt einer geringen Popularität. Alexander fühlte sich infolge seiner Erziehung am Hofe Philipps ganz als Spanier. Er trug den üblichen spanischen Hochmut unverhohlen zur Schau, und behandelte den niederländischen Adel, selbst die vornehmsten Großen, mit kalter Verachtung, und diese erwiderten ihm das mit Abneigung und Haß. Was Margaretha selbst anging, so diente ihr Ämterschacher und ihre Abhängigkeit von dem anmaßenden, niedrig gesinnten Armenteros nicht gerade zur Erhöhung ihres Ansehens. Anfang November 1565 traf Oktavio Farnese in Brüssel ein, um der Vermählung seines Sohnes beizuwohnen. Auch er war über die großen Kosten, die seine Gemahlin dabei aufwandte, sehr verstimmt, und es kam zwischen den von jeher zwieträchtigen Gatten zu heftigen Auseinandersetzungen, von denen Armenteros an seinen Vetter Perez schrieb, sie seien so schlimm, daß er sie nicht wieder erzählen dürfe, zumal da er ja Margarethas Brot esse. Um dieselbe Zeit wie Oktavio langten (am 5. November) die Oktoberdepeschen des Königs an. Ihr politisches Fiasko zugleich mit ihrem häuslichen Unglück reichte hin, um Margaretha alle Fassung zu rauben und sie in eine geradezu trostlose Stimmung zu versetzen. Sie that das, was sie in solchen Krisen am liebsten machte: sie weinte den ganzen Tag. In der Stadt sprach man überall von nichts als von dieser „Weinerei".

Über eine Woche hielt die Herzogin die Depesche Philipps vom 17. Oktober geheim. Sie wagte nicht, sie dem Staatsrate vorzulegen. Sie klagte dem Londoner Gesandten Don Diego Guzman, der als Vertreter des Königs bei der Hochzeitsfeier Alexanders zugegen war, sie sehe wohl, daß ihr der König nicht traue, und versicherte ihm, daß ohne Milderung der Plakate das Land verloren gehen müsse. Guzman erwiderte darauf ganz im Sinne des Herrschers, in der That würde dieser lieber alle seine Staaten verlieren, als hierin auch nur ein Pünktchen nachgeben; über die Plakate könne und dürfe man nicht einmal reden. Erst am 14. November ließ Margaretha die französische Depesche im Staatsrate verlesen. Die Herren

machten bei dem Passus über die Religion „lange Nasen". Ihr Ingrimm kannte keine Grenzen. Der Marquis von Bergen traf sofort Anstalten, seinen Wohnsitz von Brüssel zu verlegen, und sprach es offen aus, daß der König „zweideutig und versteckt" sei. Oranien erklärte, er wolle nach Deutschland abreisen, um dort am Reichstage teilzunehmen; man muß wissen, daß gerade damals im Einverständnisse mit ihm die niederländischen Protestanten damit umgingen, die Hilfe des deutschen Reichstages gegen die Verfolgungen ihrer Regierung anzurufen. Hoorne meinte, der König sei toll, man werde indes schon noch ohne ihn fertig werden. Wiewohl er persönlich dem katholischen Bekenntnisse treu blieb, verkehrte er um jene Zeit viel mit Nikolaus von Hames, einem glühenden Protestanten, der das Amt eines Herolds des Vließordens und Lieutenants des Generals der Artillerie innehatte. Selbst Franzose von Geburt, erhob Hames wütend die Frage, was denn der Spanier Philipp eigentlich in den Niederlanden zu suchen habe. Alle Mitglieder der Opposition schalten auf Egmont und ziehen ihn des Verrates. Egmont hinwiederum tobte gegen den König und die Herzogin, und der Verdacht stieg in ihm auf, daß die Oktoberdepesche auf einem geheimen Einvernehmen zwischen Philipp und Margaretha beruhe. Das Mißtrauen seiner alten Freunde schmerzte ihn tief, und seine Loyalität geriet ins Wanken. Zwar beteuerte er, daß er niemals die Waffen gegen seinen Herrscher ergreifen werde, aber er sprach doch von diesem in den bittersten und abfälligsten Ausdrücken. Er frug die Herzogin geradezu, warum sie nicht abdanke, wenn sie doch das Vertrauen des Königs nicht besitze. Nur vor ihrer Person, fügte er hinzu, habe man noch Achtung, nicht vor ihrem Amte; er riet ihr dringend, den Abschied zu nehmen.

In der That war die Herzogin nahe daran, diesen Schritt zu thun. Ihre Seele ward von den verschiedenartigsten Eindrücken bestürmt. Zwar blieb es nicht ohne Wirkung auf sie, wenn ihr Guzman vorstellte, die von den Herren für den Staatsrat geforderte Suprematie sei doch eigentlich eine Beeinträchtigung ihrer Autorität, da nur der Generalstatthalter eine allen

Zentralbehörden übergeordnete Stellung einnehmen dürfe. Das war ein Ton, der in ihrer Bruft bei der Veranlagung ihres Charakters verwandte Saiten erklingen ließ. Mit Nachdruck ſtellte ihr Don Diego vor, welche Verantwortung ſie treffe, wenn unter ihrer Regentſchaft die vom Könige und ſeinen Vorgängern mit Mühen begründete und ſorgſam behütete Autorität der Krone vernichtet würde. Da wechſelte ſie die Farbe und wurde weiß wie Leinwand. Aber auf wen ſollte ſie ſich ſtützen, wenn ſie wirklich wieder zu den Traditionen ihrer erſten Regierungsjahre zurückkehren wollte? Sie ſelbſt war zu ſchwach und unſelbſtändig, und des Armenteros gemeine Natur konnte ihr keinen Halt bieten. Granvella war durch ſie aus dem Lande verjagt, und mit den übrigen „Kardinaliſten“ hatte ſie es gründlich verdorben. Sie hatte ſie auf das Tiefſte beleidigt und ſchmählich verfolgt; dadurch waren ſie eingeſchüchtert und mutlos geworden. Daß aber der König alle ihre Vorſchläge, die ſie mit ſo großem Eifer vor ihm verfochten hatte, ſo kurzweg ablehnte, war andrerſeits für ihren Eigenwillen und ihr Selbſtgefühl eine allzuſchwere Kränkung, als daß ſie ſich ſonderlich leicht darüber hinwegſetzen konnte. Das Band, durch das ſie und Armenteros an die Herren gekettet wurden, war ſo einfach nicht zu löſen. Noch war es ihr nicht möglich, ihre Haltung zu ändern. Sie teilte Arſchot ſeine Ernennung in einer Form mit, gleich als wünſche ſie, daß er ablehne, und behandelte ihn ſo, daß er alsbald, nachdem er einmal im Staatsrate erſchienen war, wieder abreiſte, ohne daß ſie einen Verſuch machte, ihn zum Bleiben zu bewegen. Das hatte nun freilich keinen andern Erfolg, als daß ihr der König, dem das hinterbracht ward, befahl, dem Herzoge ihre beſondere Gewogenheit zuzuwenden. Als die ſich immer mehr in die Öffentlichkeit hervorwagenden Calviniſten in Brüſſel große Exzeſſe begingen und die Heiligenbilder ſchändeten, erwiderte ſie dem Alonſo del Canto, hinter dieſen Freveln ſteckten die Prieſter ſelbſt, um Unruhen zu ſtiften. Sie verſchloß ſich nicht ganz den Mahnungen Egmonts und ſagte, ſie thue am beſten, ihre Entlaſſung zu nehmen. Aber Armenteros hielt ihr vor, daß es den farne-

sischen Interessen ungemein schaden könne, wenn sie unter diesen Umständen ihren Abschied nähme, da sie dadurch die Ungnade des Königs über ihr Haupt heraufbeschwören würde. Sie sah das ein und blieb, wenngleich mit Widerwillen, auf ihrem Posten. Ihre Gesinnungen jedoch blieben unverändert. Die Herren der Liga, insbesondere Egmont, bewahrten bei ihr das alte Ansehen, und nicht Margarethas Schuld war es, wenn die Bestrebungen der Opposition fruchtlos blieben.

Würden sich aber die Herren in ähnlicher Resignation fügen oder den Widerstand fortsetzen? Das war es, worauf es zunächst anzukommen schien. Als die französische Depesche des Königs am 14. November 1565 dem Staatsrate vorgelegt wurde, stellte die Herzogin die Umfrage, ob der Passus betreffend die Religion ausführbar sei. Viglius bejahte sofort und erklärte, man müsse den Willen des Königs vollziehen. Den ganzen November und Dezember hindurch wurden die Beratungen über diesen Gegenstand fortgesetzt. Oranien und seine Genossen waren sehr erregt; sie meinten, es würden große Gefahren entstehen, wenn die in der Depesche enthaltenen Befehle an die Öffentlichkeit kämen: schon sage man überall, daß der König die spanische Inquisition einführen wolle; eine strenge Ausführung der Plakate würde großes Blutvergießen verursachen, und es müsse sich dann erst zeigen, wer der Stärkere sei. Allerdings gaben sie zu, daß die Befehle so entschieden lauteten, daß man mit ihrer Vollziehung nicht zögern dürfe. Man holte das Gutachten des Geheimen Rates ein, und dieser, der damals überhaupt zu einer milderen Auffassung der religiösen Verhältnisse neigte, sprach sich für die Revision der Instruktion der Inquisitoren und daher auch für vorläufige Hinausschiebung der Angelegenheit aus. Trotz dieser Erwägungen des Geheimen Rates beschloß der Staatsrat, daß in Rücksicht auf die bestimmte Form der Willensäußerung des Königs die Vollstreckung seiner Befehle nicht länger verzögert werden könne. Er handelte damit ganz korrekt im Sinne des Königs, von dem ja in Anbetracht seiner bisherigen Haltung Zugeständnisse nicht zu erwarten waren. Den Dingen mußte nun eben ihr Lauf gelassen

werden.[1]) In den letzten Tagen des Dezember 1565 setzte die Herzogin die Gouverneure und Provinzialhöfe von den Verordnungen des Königs über die strenge Anwendung der Plakate und die der Inquisition schuldige Hilfe in Kenntnis, indem sie ihnen zugleich die gewissenhafte Ausführung der Tridentinischen Dekrete an das Herz legte. Sie verfügte, daß die Gouverneure und Provinzialhöfe ihrerseits den Beamten und Städten ihres Amtsbezirkes die nötigen Weisungen gäben und für eine neue Bekanntmachung der Plakate Sorge trügen. Sie befahl die Hinrichtung der gefangenen Wiedertäufer, trat in dem Streit der Stadt Brügge für Titelman ein und beauftragte die Inquisitoren, ihre Pflicht ohne Scheu und Rücksicht nach Laut ihrer Bestallungen und Instruktionen auszuüben und sich dabei des Schutzes der Regierung versichert zu halten. Dem Könige gegenüber bekannte sie indes rückhaltlos, daß sie diese Maßregeln, zu denen er sie gezwungen hatte, für verderblich hielt: das sei das Urteil aller, die Gott und den König liebten, und auch ihr eigenes. Von neuem befürwortete sie die Versammlung der Generalstände, aus der nur Vorteile, nicht aber die Gefahren erwachsen könnten, die ihm von schlechten Ratgebern vorgespiegelt würden. Sie lehnte jede Verantwortung für die Folgen ab, die aus den Anordnungen des Königs erwachsen könnten; denn deren Wortlaut sei ein so bestimmter, daß sie die Vollziehung nicht vermeiden könnte. Den Vorwurf, daß sie in der Erfüllung ihrer Pflichten etwa lässig gewesen sei, bezeichnete sie als ungerecht, schon deshalb, da Verfassung und Volksgeist ihr unübersteigbare Schranken böten: jetzt sei es ihr sehnlichster Wunsch, ihr Amt niederzulegen.

Nötigte Margaretha die Rücksicht auf ihre persönlichen Interessen, ihr Entlassungsgesuch in zurückhaltender Form vorzutragen, so glaubten die Herren der Opposition freier auftreten zu können. Nach der Ankunft der verhaßten Depesche ließen

[1]) Es dürfte nicht überflüssig sein, gerade an dieser Stelle darauf aufmerksam zu machen, daß sich meine Darstellung auf die geheimen Depeschen Margarethas und die Korrespondenz Granvellas mit seinen niederländischen Anhängern gründet.

sie ihre frühere Absicht wieder laut werden, Abstinenzpolitik zu treiben. Im Dezember pflegten sie geheime Beratungen zu Breda, zu denen Egmont nicht geladen wurde, wahrscheinlich, weil man ihm nicht traute. Die Frucht dieser Konferenzen wurde bald offenbar. Wenngleich sie im Staatsrate die Vollziehung der Befehle Philipps für unbedingt erforderlich erachteten, so erklärten sie doch, sie selber wollten nicht als Werkzeuge ihre Hand dazu bieten, daß 50 bis 60000 Menschen um das Leben gebracht würden, und zögen es daher vor, ihre Statthalterschaften niederzulegen. Der Marquis von Bergen machte mit seinem Demissionsgesuche (vom 8. Januar 1566) den Anfang: er könne die vom Könige befohlene strenge Beobachtung der Religionsedikte nicht billigen, da sie entweder einen Aufstand oder die Auswanderung von einer Million von Menschen nach sich ziehen müsse, die den Wohlstand des Landes mit sich nehmen würden. Oranien und Meghem gaben ähnliche Erklärungen ab, und auch Egmont stellte dasselbe in Aussicht. Es war ein regelrechtes System des passiven Widerstandes, das die Herren der Opposition somit organisierten: Niederlegung der Statthalterschaften und Fernbleiben vom Staatsrate. Selbst davon war ernstlich die Rede, dem Könige den Orden des goldenen Vließes zurückzuschicken.

Durften sie aber im Ernste hoffen, auf diesem Wege etwas zu erreichen? Granvella riet dem Könige, ihre Demission anzunehmen und ihre Ämter mit zuverlässigen Männern zu besetzen. Wenn Philipp sich nicht einschüchtern ließ und den Rat des Kardinals befolgte, so brachte ihnen ihre passive Haltung wenig Erfolg. Sie waren dann aus den einflußreichen Stellungen verdrängt, die ihrem Auftreten eine ganz andere Bedeutung gab, wie wenn es sich lediglich um die Opposition einfacher, wenn auch sozial noch so hochstehender Privatleute gehandelt hätte. Geschickte und thatkräftige Männer der Gegenpartei, die in die verlassenen Posten einrückten, bekamen schon durch die Autorität ihres neuen Amtes die Mittel an die Hand, die Bewegung gegen das religiöse und politische System Philipps zu ersticken, und es war vorauszusehen, daß die Generalstatthalterin

bei ihrer mangelhaften Selbständigkeit bald dem Einflusse der neuen Würdenträger verfallen würde. Und wenn das gelang, so standen sie selbst vereinzelt; sie waren kompromittiert und mußten die Rache des Königs fürchten. War es nicht thöricht, die Macht aus den Händen zu geben und sich selbst dadurch den Widersachern an das Messer zu liefern? War es nicht vielmehr geboten, gerade die Macht zu behalten und sie zu benutzen, um sich zu aktivem Widerstande gegen das spanische System zu vereinigen?

Das waren Erwägungen, denen sich der Einsichtigste und Entschlossenste unter den Herren, Wilhelm von Oranien, unmöglich verschließen konnte. Unter ihnen allen stand er im schärfsten Gegensatze zum Systeme Philipps, wie er sich auch am meisten von ihm bedroht fühlte. Denn schon stand er, wenngleich nicht sowohl durch starke dogmatische Überzeugungen, als vielmehr durch politische Motive dem Katholizismus entfremdet, mit einem Fuße im Lager des Protestantismus. Gerade er konnte sich nicht mit passiver Resignation und Ergebung in den Machtspruch des Herrschers begnügen. Er und seine Genossen von der Liga hatten als Mitglieder des Staatsrates, als Provinzialgouverneure und Vließritter nächst der Generalstatthalterin die höchste Autorität im Lande, und diese sollten sie, wie er plante, zu einer neuen Aktion gegen die Politik des Königs ausspielen. Die Liga sollte eine andere Bewegung, die bereits im geheimen vorbereitet wurde, in ihren Schutz nehmen, um dadurch das herrschende System endlich zu durchbrechen. Denn einen zweiten Pfeil hatte er noch im Köcher, den er jetzt zu entsenden gedachte.

Das Bekanntwerden der Befehle Philipps in der Depesche vom 17. Oktober 1565 und die erneute Publikation der Plakate im Anfange des Jahres 1566 hatten allenthalben im Lande eine tiefe Gärung erzeugt. Überall erscholl aufs neue der Ruf, der König wolle die spanische Inquisition einführen, und wenn die Regierung das bestritt, so entgegnete man, die Plakate seien eben nichts anderes als die Inquisition: nicht auf den Namen komme es an, sondern auf die Sache. Kein Wort war so

verhaßt wie das der Inquisition. Nach Hoornes Vorgange drohte man den Inquisitoren öffentlich, sie sollten nur kommen, man werde sie dann zum Fenster hinauswerfen. Die Städte von Brabant reichten eine Remonstranz bei ihrem Provinzialhofe gegen die Beschwerung ihres Landes durch die Inquisition ein, da diese hier, wie sie fälschlich behaupteten, nie bestanden habe. In Löwen protestierten die Vorsteher verschiedener Zünfte gegen die Publikation der Edikte. Flandern hörte nicht auf, die Entfernung Titelmans zu fordern. Die Stände von Namur, deren Pensionär eines der heftigsten Mitglieder der Opposition war, traten eigenmächtig zusammen und schickten Deputierte nach Brüssel mit der Erklärung, sie würden die spanische Inquisition nicht annehmen. Überall hallte nur ein Schrei: Fort mit der spanischen Inquisition! Fort mit der Inquisition überhaupt! Milderung der Plakate!

Die Stimmung war allzu mächtig, als daß sie nicht die Grundlage für eine große, einheitliche Bewegung gegen die Inquisition und die Plakate hätte bieten können. Und diese Bewegung kam in der That zu stande. Sie wurde vorbereitet und geleitet von denjenigen Elementen, die sich durch die Religionspolitik des Königs am meisten bedroht fühlten, von den Protestanten. In den letzten Jahren war der Protestantismus und zumal der Calvinismus mächtig in den Niederlanden erstarkt. Schon bildeten seine Anhänger einen ansehnlichen Bruchteil der Bevölkerung, und was ihnen an der Zahl mangelte, das ersetzten sie durch eine feste, geschlossene Verfassung. In vielen Städten besonders Flanderns und an der französischen Grenze gab es wohlorganisierte Gemeinden mit Predigern und Konsistorien. Die leitenden Organe der einzelnen Gemeinden standen untereinander in dauernder Verbindung und beschickten gemeinsame Synoden. Der Geschäftsführer dieser Synoden war der Advokat Gilles Le Clerq aus Tournai. Die Häupter der Gemeinden, zumal Le Clerq, unterhielten Beziehungen mit den freilich noch nicht zahlreichen, aber unerschrockenen und thatkräftigen Edelleuten protestantischer Konfession, zu denen in erster Reihe Oraniens Bruder, Graf Ludwig von Nassau,

der Ordensherold Hames und die Brüder Marnix gehörten. Um so wichtiger waren diese Beziehungen, als sie durch die Mittlerschaft Ludwigs von Nassau indirekt bis Oranien hinauf reichten, der sich freilich im verborgenen hielt, und als weiterhin Ludwig von Nassau mit Wissen und Willen des Bruders nicht nur mit den deutschen protestantischen Fürsten von Sachsen, Hessen, Württemberg und Kurpfalz, sondern auch mit Condé, dem Führer der Hugenotten in Frankreich, Verbindungen unterhielt.[1]) Einem Manne wie Oranien, dem die Bekenntnisunterschiede im Hintergrunde standen, mußte vor allem daran liegen, die beiden Hauptrichtungen des niederländischen Protestantismus unter einen Hut zu bringen, damit dessen Sache nicht durch dogmatische Zwistigkeiten geschwächt werde. Auf seine Veranlassung unternahm Ludwig von Nassau bereits zur Zeit der Gesandschaft Egmonts den Versuch, in der Abendmahlslehre eine Einigung zu stande zu bringen. Aber sowohl diese als auch spätere Schritte in gleicher Richtung blieben erfolglos.

Als infolge der Oktoberdepeschen des Jahres 1565 die Niederlande vom Sturme wilder Erregung durchtobt wurden, da hielten die Vorkämpfer des Protestantismus die Zeit gekommen, die Früchte der Saat zu ernten, die sie schon seit so langer Zeit im stillen ausgestreut hatten. Nicht ohne Vorwissen der Gemeinden beschlossen die protestantischen Edelleute nunmehr selbstthätig in den Gang der Dinge einzugreifen, und zwar dadurch, daß sie unter ihren Standesgenossen für den Widerstand gegen die Inquisition und Plakate warben. Es fiel ihnen nicht schwer, auf den Zauberruf des Kampfes gegen die Inquisition zahlreiche Anhänger bei dem seiner persönlichen Überzeugung nach zwar katholischen, das spanische System jedoch verabscheuenden, gemäßigten und friedlichen Anschauungen huldigenden Adel zu gewinnen. Es wurde ein förmlicher Bund organisiert. Jeder Eintretende mußte eine Urkunde, „das Kompromiß", unterschreiben. Die Unterzeichner schlossen dadurch „eine heilige und

[1]) Vgl. hierzu Ritter in der Historischen Zeitschrift Bd. 58 S. 412 ff.

gesetzmäßige Konföderation und Allianz"; sie verpflichteten sich durch einen feierlichen Eid, nach Kräften zu hindern, „daß die Inquisition nicht angenommen und eingeführt werde in irgendwelcher Gestalt, sei es offen oder verhüllt, unter welchem Vorwande oder Deckmantel das auch immer sein möge, sei es unter Namen oder Gestalt der Inquisition, Visitation, Plakate oder sonst irgendwie, sondern sie ganz zu vertilgen und auszurotten als die Mutter und Wurzel jeder Unordnung und Ungerechtigkeit". Sie gelobten, einander beizustehen „mit Gut und Blut als Brüder und treue Gefährten, wenn einem von ihnen durch die Inquisition oder des Kompromisses halber ein Leides geschehe". Gegen das Ende des Jahres 1565 wurde diese „adlige Gesellschaft" (noble compagnie), wie sie sich selbst nannten, gestiftet, als sich bei Gelegenheit der Vermählung Alexanders Farnese der Adel zahlreich in Brüssel eingefunden hatte. Durch Agitation wurden in den folgenden Monaten noch weitere Mitglieder in den Provinzen gewonnen. Im ganzen belief sich die Anzahl der Verschworenen auf 359 Mann. Die meisten Teilnehmer (87) stellte Friesland; dann kamen Holland mit 59 und Brabant mit 46 Konföderierten. Aus Flandern beteiligten sich nur 21 Edelleute. Nicht weniger als 147 von ihnen ereilte später die Rache durch Gefängnis, Verbannung und gewaltsamen Tod.

Die protestantischen Gründer des Bundes bildeten seinen eigentlichen Kern und gleichsam sein ständiges Aktionscomité. In dieser letzteren Eigenschaft hatten sie Fühlung sowohl mit den protestantischen Gemeinden, als auch durch Vermittelung Oraniens mit der Liga der Herren. An sie wandten sich die Häupter der Gemeinden mit der Eröffnung, das durch die Plakate und die Inquisition gequälte Volk trachte, vom Auslande, nämlich von den Hugenotten in Frankreich, aufgereizt, nach Aufruhr; wenn sich der Adel nicht der Verfolgten und Bedrängten annehme, so sei ein gewaltsamer Ausbruch der Erbitterung unvermeidlich. Auch für die Gemeinden hatte sich eine Art Exekutivausschuß gebildet, indem nämlich eine Anzahl von Kaufleuten nach dem Vorbilde der Edelleute gleichfalls unter sich ein Kompromiß

geschlossen hatten, als dessen Hauptzweck man wohl schon damals die Aufbringung von Geldmitteln für die Förderung der religiösen Sache in Aussicht genommen hatte. Wie nach unten zu mit den Gemeinden, so bestand nach oben für die Eingeweihten des Adelsbundes ein Zusammenhang mit Oranien. Es kann kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß Ludwig von Nassau, der sich ja unter den Begründern des Kompromisses befand, einen Schritt von solcher Tragweite ohne Wissen und Willen des Bruders nicht gewagt hätte. Thatsächlich übernahm Oranien alsbald die Leitung der „adligen Gesellschaft", und zwar suchte er ein Zusammenwirken zwischen ihr und der Liga der Herren zu stande zu bringen. Auf seinen Rat wurde der erste Plan der Führer der Verschwörung verworfen. Dieser lief nämlich darauf hinaus, eine Versammlung der Generalstände mit unbeschränkter Vollmacht zu erzwingen. Da aber dabei die Anwendung von Waffengewalt in Aussicht genommen war, so mißbilligte der Prinz das Projekt, als es ihm in den letzten Tagen des Februars 1566 von den Häuptern in Breda vorgelegt wurde. Noch glaubte er, durch mildere und gemäßigte Mittel zum Ziele gelangen zu können.

Ein neuer Plan wurde nunmehr zu Breda beschlossen, der sich in dieser Richtung bewegte. Zunächst sollte der Adelsbund sich an die Herrenliga wenden, ihr die Beschwerde des Landes klagen und sie bitten, dem bedrängten Volk zu helfen. Erst wenn die Vereinigung zwischen der Liga und dem Bunde nicht gelänge, sollte sich dieser direkt an die Statthalterin wenden, und zwar vermittelst einer Massenpetition um Aufhebung der Inquisition und Erlaß eines neuen Religionsgesetzes durch die Generalstände. Anfang März weilte eine Anzahl von Herren, die Grafen Hoorne, Hooghstraeten, der Marquis von Bergen, Karl Mansfeld und andere Adlige in Breda; von da begaben sie sich in der Mitte des Monats nach Hooghstraeten, unter dem Vorwande, hier den Abschied zweier deutscher Freunde zu feiern, des Grafen Günther von Schwarzburg und des Obersten Georg von Hol, die als Gäste bei ihnen weilten. Auch Egmont, Meghem und Montigny fanden sich ein. Nur Mansfeld fehlte;

man glaubte wohl, sich mit der Gegenwart seines Sohnes Karl und mit der Thatsache begnügen zu können, daß dieser zu den Unterzeichnern des Kompromisses gehörte. Als nun so die ganze Liga versammelt war, erschienen plötzlich vor den Herren zehn bis zwölf Abgeordnete des Adelsbundes. Sie machten ihnen Anzeige von ihrem Bunde und stellten ihnen vor, wie sehr das Land durch die Oktoberdepeschen des Königs erregt sei, und daß sie des Volkes Neigung zu Gewalt und Aufruhr nur durch das Versprechen noch dämpfen konnten, daß sie sich bei den Ordensrittern und der Statthalterin für Abstellung der Inquisition und der Plakate verwenden würden. Daher bäten sie die Ordensritter, dafür zu sorgen, daß die Beschwerden des Volkes abgestellt und dadurch aller Unruhe gesteuert würde; sollten diese sich aber dessen weigern, so müßten sie sich direkt an die Herzogin wenden.

Das also war jetzt die Frage, ob die Herren der Liga, d. h. die Ordensritter, deren Mehrzahl aus ihnen bestand, sich zu Mittlern zwischen dem Adelsbunde und der Statthalterin aufwerfen, ob sie bei dieser die Forderungen der Verschworenen vortragen und vertreten und sich somit an ihre Spitze stellen wollten. Oranien ist zu Hooghstraeten dafür mit Eifer und Wärme eingetreten. Er schilderte die gefährdete Lage des Landes, das vom Bürgerkriege bedroht sei: das wahre und einzige Mittel zur Abwehr bestehe darin, daß sie, die wegen ihrer Ämter und in ihrer Eigenschaft als Ordensritter mit der Macht und der Autorität bekleidet wären, die Sache in die Hand nähmen und diejenigen Vorkehrungen träfen, die sie als geziemend für das Wohl des Landes erachteten. Seine Worte blieben jedoch ohne Eindruck. Es waren Egmont und Meghem, die den Gedanken des Zusammenwirkens der Liga und des Bundes zu aktivem Vorgehen gegen das System Philipps zurückwiesen. Die Herren antworteten den Deputierten, schon mehrere Male hätten sie beim Könige schriftlich und mündlich gegen die Inquisition und die Plakate remonstriert, doch ohne Erfolg; die letzten Befehle des Herrschers seien so bestimmt, daß sie weitere Vorstellungen und Bemühungen in dieser Angelegenheit ablehnen müßten, zumal

da der Adel ohne ihren Rat und ihr Wissen dieses Werk unternommen habe.

Der Bund war somit im wesentlichen auf seine eigene Kraft angewiesen; er mußte zufrieden sein, wenn diejenigen Herren, die sich der Vereinigung zwischen ihm und der Liga widersetzt hatten, ihm wenigstens in der Zukunft eine wohlwollende Neutralität zeigten. Oranien kehrte in der Begleitung von Hoorne nach Breda zurück, und hier wurde jetzt von ihnen in Gemeinschaft mit den Führern der Konföderation der Plan der Massenpetition endgültig beschlossen. Schon vor der Reise nach Hooghstraeten hatte Marnix, Herr von Toulouse, einen Entwurf vorgelegt; Graf Ludwig hatte diesen indes allzu weitschweifig befunden, und jetzt wurde die von ihm besorgte kürzere Redaktion genehmigt. Der Gedanke der Petition hatte vieles für sich. Daß die Herzogin ihren Inhalt nicht von vornherein verwerfen konnte, wußte Oranien; enthielt doch das Gesuch nichts anderes als das, was Margaretha schon so oft bei Philipp beantragt hatte. Indem man ihr zugleich etwas Furcht einjagte, konnte man sie zu vorläufigen Zugeständnissen bewegen, und es war zu erwarten, daß sie eben deshalb um so eifriger beim Könige auf einen günstigen Bescheid dringen werde. Daß Philipp in schweren Geldnöten stecke, pfiffen sich die Spatzen auf den Dächern. Man hatte außerdem Kunde, daß die Türken von neuem gegen Malta rüsteten, und daß der König gegen sie alle verfügbaren Streitkräfte und Mittel brauche. Gonzalo Perez hatte ganz bestimmt seinem Vetter Armenteros versichert, es sei jetzt gar nicht daran zu denken, daß Philipp nach den Niederlanden kommen könne, und Armenteros hatte es sofort seinen Freunden, den Herren, erzählt. Hatte man da nicht so gut wie freies Spiel?

Die Verschworenen hatten es meisterhaft verstanden, den Schleier des Geheimnisses über die Anfänge ihres Bundes zu decken. Erst gegen Ausgang des Monats Februar 1566 drangen zu Margaretha dunkle Gerüchte, daß der Adel von Brabant jenseits der Maas eine „Liga“ gegen die Inquisition schließe. Bestimmtere Nachrichten bekam sie erst Mitte März, und zwar

von Egmont, Montigny und Meghem nach ihrem Scheiden von Hooghstraeten. Bald sandten auch Oranien und Hoorne Mitteilungen; beide stellten sich so, als hätten sie zum Bunde keine direkten Beziehungen. Diese ersten Meldungen waren aber noch sehr phantastisch und übertrieben. Von dem wahren Plane des Bundes, der Petition, erhielt die Herzogin erst am 24. März durch einen Edelmann im Dienste Meghems, Namens Andrelec, und am folgenden Tage durch Meghem selbst Kunde. Der Graf sprach seine feste Hoffnung aus, daß sich der Bund auflösen würde, sobald seine Petition erfüllt sei, und versicherte, er würde Leben und alles opfern im Kampfe gegen diejenigen, welche sich nicht mit der Milderung der Plakate begnügen würden. Er erklärte sich demnach zunächst noch mit den Zwecken des Bundes einverstanden, insofern als seine Mitglieder sich in den Grenzen der alten Forderungen der Liga der Herren halten würden. Dieselben Zusicherungen gab Egmont ab. Beide stellten der Herzogin dringend die Abschaffung der Inquisition und die Mäßigung der Ketzeredikte als unbedingt notwendig für die Erhaltung der Religion und des Landes vor.

Die Herzogin geriet in einen nicht geringen Schrecken. Sie dachte zuerst daran, sich von Brüssel nach einem sicheren Orte, etwa nach Mons, zu flüchten. Aber die Herren in ihrer Umgebung verstanden, sie von der Grundlosigkeit ihrer Befürchtungen zu überzeugen. Sie hielten ihr vor, daß es sich nur um eine Petition innerhalb gesetzmäßiger Schranken handle, daß die Verbündeten Adlige seien, die sich ihrer Pflicht und Ehre bewußt wären und sich keines Gewaltstreiches erdreisten würden, daß sie alle insgesamt ihr Beistand leisten, und daß mit der Genehmigung der Petition alles in das alte Geleise zurückkehren würde. Einigermaßen gewann Margaretha durch dieses Zureden ihre Haltung wieder. Im ersten Augenblicke ihrer Bestürzung richtete sie an den König (am 25. März) ein Schreiben, in dem sie ihn von der Verschwörung unterrichtete und die Befürchtung ausdrückte, daß der Bund das Ergebnis der Beratungen der Herren zu Breda und zu Hooghstraeten sei. Das war natürlich eine bloße Vermutung, durch ihre grenzenlose Angst ihr eingegeben.

Sie schilderte Philipp ihre hilflose Lage, ihren absoluten Mangel an Geld und Truppen; sie warnte daher vor der Anwendung von Gewalt und befürwortete die Bewilligung der Petition, die ja nicht mehr forderte, als sie selbst seit 1564 unablässig bei Philipp verlangt hatte. Aufreizende Gerüchte und Pasquille schürten die schon bestehende Erregung des Volkes und vermehrten den Kleinmut der Statthalterin. Es hieß, der König sei bereit, mit einer großen Anzahl von Spaniern und Italienern den Zug nach den Niederlanden anzutreten, und in seinem Auftrage veranstalte Herzog Erich oder Heinrich von Braunschweig Werbungen in Deutschland, um die spanische Inquisition mit Gewalt dem Lande aufzuzwingen. Immerhin war es nicht unmöglich, daß es bei dieser Gährung zu einem gewaltsamen Ausbruche drängte. Dem stand freilich der feste Wille des geheimen Leiters der neuen Aktion, Oraniens, entgegen, der noch jede Gewaltthat zu verhindern entschlossen war.

Das Erste, was die Herzogin that, war, daß sie sämtliche Herren, d. h. alle Gouverneure und Vließritter, nach Brüssel berief. Alle Mitglieder der alten Liga, selbst Egmont, Meghem und Mansfeld, waren mit dem Inhalte der Petition einverstanden, wenn sie auch zum Teile das Vorgehen des Bundes nicht billigten. Ohne Ausnahme erklärten sie, sie würden sich für die Verteidigung des Landes, nicht aber für die Inquisition und die Plakate schlagen, und rieten, den Verschworenen ihre Petition, sowie Verzeihung zu gewähren, da dann alles gut wäre. Egmont befreundete sich zusehends mit dem Bunde, und der Graf Hooghstraeten sagte offen, die Konföderierten seien gute Vasallen des Königs, deren Pläne der Krone nur zum größten Nutzen gereichen könnten. Sehr bitter beklagte sich Oranien über den König: er liebe das Land nicht so, wie sein Vater Karl V., und wolle ihm selbst an das Leben, — eine Besorgnis, die nur allzu begründet war, und von der er sich durch alle beruhigenden Versicherungen Margarethas nicht abbringen ließ. Am 27. März fand eine Art offizieller Notablenversammlung statt, bei der die Mitglieder des Staatsrates und des Geheimen Rates, die Gouverneure und Ordensritter zugegen

waren. Es wurde darin ein doppelter Beschluß gefaßt, daß die außerordentliche päpstliche Inquisition für überflüssig zu erachten sei, da ja den Bischöfen und ihren Offizialen bereits die Sorge für die Überwachung der Reinheit des Glaubens obliege, und daß die Plakate einer Milderung bedürften. Der Geheime Rat wurde mit dem Entwurfe einer solchen „Moderation" betraut. Die Herzogin verpflichtete sich, die Abschaffung der Inquisition und die Moderation, sowie die Erteilung eines Generalpardons für die Verschworenen nach Kräften beim Könige zu befürworten, uud feierlich versprachen die Herren insgesamt der Herzogin allen Beistand für den Fall, daß der König diese drei Bedingungen bewillige.

Die Herzogin war somit der Petition des Bundes, ehe sie ihr noch überreicht worden war, so weit entgegengekommen, als man nur überhaupt wünschen konnte. Sie hatte bereits vor ihm die Waffen gestreckt, ehe der Angriff noch erfolgt war. Und das war auch nichts Verwunderliches. Keinesfalls billigte sie darum die Art und Weise des Vorgehens der Verschworenen. Sie meinte, diese hätten nicht den rechten Weg eingeschlagen; sie hätten den König in Demut bitten sollen, da er sich dann leichter hätte rühren lassen, — eine allerdings erstaunlich kindliche Ansicht. Aber nur das Vorgehen des Bundes mißbilligte sie, nicht auch seine Zwecke, und darin stimmte sie mit einem Teile der Herren, wie Meghem und Mansfeld, überein. Da sie sich weiterhin zur Befürwortung eines Generalpardons verbindlich gemacht hatte, so hatte selbst diese Mißbilligung zunächst noch nicht die Bedeutung einer ernstlichen Differenz zwischen ihr und den Verschworenen. Im Grunde besorgte ja der Bund auch die Geschäfte der Herzogin. Jedenfalls hatte sie ihre Entscheidung schon getroffen, als die Verschworenen bei ihr in Brüssel eintrafen, und diesen hinwiederum konnte es nicht verborgen bleiben, daß Margaretha bereits geneigt sei, auf ihre Wünsche einzugehen. Die Verhandlungen zwischen der Herzogin und dem Bunde hatten daher nur noch die Bedeutung einer förmlichen Bestätigung und Besiegelung eines Übereinkommens, das in Wirklichkeit schon abgemachte Sache war.

Begleitet von Edelen in der Stärke von ungefähr zweihundert Reitern, ritten Brederode und Ludwig am 2. April durch die Thore Brüſſels ein. Mit einem noch größeren Gefolge kamen am nächſten Tage die Grafen Culembourg und Vanden Berg an. Offenbar waren viele Edelleute zugeſtrömt, die nicht durch Unterzeichnung des Kompromiſſes dem Bunde beigetreten waren. Am Mittage des 5. Aprils begaben ſich an die 225 von ihnen, nur Unterzeichner des Kompromiſſes, in langem Zuge, paarweiſe einherſchreitend, nach dem Schloſſe, um der von den Großen umringten Herzogin durch die Hand Brederodes die Petition zu überreichen. Sie verlangte, daß die Statthalterin in Eile eine geeignete Perſönlichkeit an den König entſende, um bei dieſem die Aufhebung der ſtrengen Religionsgeſetze und den Erlaß neuer von größerer Milde mit Rat und Zuſtimmung der Generalſtände zu erwirken, daß ſie fernerhin für die Zwiſchenzeit die beſtehenden Edikte und die Inquiſition außer Kraft ſetze. Tags darauf erteilte die Herzogin die Antwort auf ihre Bittſchrift. Sie verſprach ihnen, die gewünſchte Geſandtſchaft an den König abzuordnen und alle ihre Kraft einzuſetzen, um dieſen zur Gewährung der Petition zu veranlaſſen. Sie berichtete ihnen, daß man bereits eine „Moderation“ ausarbeite, die hoffentlich jedermann befriedigen würde, und fügte hinzu, ihre Vollmacht reiche nicht ſoweit, um Inquiſition und Plakate für die Zwiſchenzeit einfach aufzuheben; doch werde ſie ſowohl den Inquiſitoren als auch den weltlichen Behörden anbefehlen, ſich einer derartigen Beſcheidenheit und Zurückhaltung zu befleißigen, daß ſich niemand über ſie zu beklagen habe. Da die Verbündeten mit dem letzten Punkte des Beſcheides nicht ganz einverſtanden waren, verſicherte ihnen Margaretha, ſie werde den Inquiſitoren und Provinzialhöfen ausreichende Weiſungen geben, und ließ ihnen ſogar beiſeite durch den Grafen Hoogſtraeten und den Staatsſekretär Berti den Entwurf dieſer Inſtruktionen mitteilen, um ihr Mißtrauen gänzlich zu verſcheuchen.

Mit ſolchem Erfolge konnten die Verſchworenen wohl zufrieden ſein. Noch einmal zogen ſie vor die Herzogin, und Euſtachius von Fienne, Herr von Esquerdes, ſprach ihr im

Namen der „edelen Gesellschaft“ den Dank für die „gute Antwort“ auch hinsichtlich der letzten Punkte aus. Sowohl offiziell als auch abseits durch die Vermittlung Hooghstraetens erklärten sie einstimmig, sie seien gewillt, die alte Religion zu bewahren und zu schützen, und wären bereit, zu den Füßen Margarethas für sie zu sterben, wenn sie es befehle. Unverbrüchlich wollten sie halten, was der König und die Generalstände für die Erhaltung der alten Religion verordnen würden, und sich den Strafen unterwerfen, die der König und die Generalstände gegen die Übertreter der neuen Edikte verhängen möchten. Zum Schlusse ihrer letzten Audienz baten sie die Herzogin, bei der Lauterkeit der Absichten des Bundes möge sie in Gegenwart der Herren erklären, daß sie sein Vorgehen als löblich und nützlich für das Interesse des Königs betrachte. Das war nun freilich ein starkes Ansinnen, und sie beschränkte sich daher, stehenden Fußes zu erklären, es liege ihr nicht ob, darüber zu urteilen: die Zeit und das fernere Verhalten des Bundes werde offenbaren, welcher Geist ihn belebe. Obzwar behutsam, gab die Herzogin so zu erkennen, daß sie zwischen den Zwecken der Petenten und den Mitteln unterscheide, die sie zur Anwendung brächten. Nachdem der Bund eine Art von permanentem Ausschuß aus vier Personen — Ludwig von Nassau, Brederode, Culembourg und Vanden Berg — zur Wahrnehmung seiner Interessen eingesetzt hatte, verließen die Verschworenen, die „Geusen“ (ein Name, der jetzt für sie aufkam, da sie sich ihn selbst beilegten), Brederode am 10. April mit 500 Genossen, die Stadt Brüssel. Als sie die Thore passierten, gaben sie dem kecken Mute und der frohen Hoffnung, von denen ihre Seele erfüllt war, durch eine kräftige Salve von Pistolenschüssen Ausdruck.

Der Staatsrat beschäftigte sich indessen mit der vom Bunde geforderten Gesandschaft nach Spanien. Zuerst wurde Egmont angefragt, ob er die neue Mission an Philipp übernehmen wolle. Der aber lehnte ab mit dem Bemerken, er habe noch von dem Mißerfolge seiner letzten Reise genug. Man wandte sich sodann an den Marquis von Bergen, der jedoch gleichfalls nicht viel Lust zeigte, sondern meinte, es würde doch nichts nützen. Schließlich nahm er unter der Bedingung an, daß ihn Montigny

begleite, und dieser verstand sich dazu auf das lebhafte Drängen der übrigen Herren. Beide meinten, gerade ihre Personen würden dem Könige wenig genehm sein; sage man ihnen doch nach, daß sie die Hauptähne der Opposition wären, indem der eine deren „Sekretär", der andere ihr „Greffier" sei. Sie verlangten, daß erst bei Philipp angefragt würde, ob ihm ihre Reise nicht unerwünscht sei. Die Ausarbeitung der „Moderation" wurde dem Mitgliede des geheimen Rates, Assonleville, übertragen. Er legte am 20. April dem Staatsrate einen Entwurf vor, der folgende Bestimmungen enthielt: Aufwieglern, Predigern und Verführern wurde der Galgen angedroht; denn man fürchte diese Strafe als die schimpflichste mehr als den Feuertod, den viele sogar erstrebten, um dann in den Märtyrerbüchern ihrer Sekte gefeiert zu werden. Für die Verführten solle die Strafe je nach Art und Häufigkeit des Vergehens in das Ermessen des Richters gestellt und von ewiger Verbannung bis zu gänzlicher Begnadigung gemildert werden. Der Staatsrat billigte diesen Entwurf, und um die Meinung des Landes darüber zu hören, wurde im Einverständnisse mit der Herzogin beschlossen, daß die Gouverneure den Entwurf den Provinzialständen vorlegen sollten. Auch diese, wo sie zusammentraten, sprachen sich in der Folgezeit für die „Moderation" und für die gänzliche Abschaffung der besonderen päpstlichen Inquisition aus.

Aus Spanien traf nun auch die Botschaft ein, daß Philipp die Reise Bergens und Montignys wünsche. Man ahnte nicht, daß es ihm nur darum zu thun war, die Opposition um zwei Häupter zu schwächen und beide in Spanien zurückzubehalten, bis die Stunde der Rache schlüge. Ende Mai reiste Montigny ab — nicht ohne Scheu vor der gefährlichen Fahrt —, zunächst allein, da sich Bergen eine Wunde am Beine zugezogen hatte. Vom 29. Mai 1566 war ihre Instruktion datiert. Sie sollten die Abschaffung der päpstlichen Inquisition, die Moderation und den Generalpardon beim Könige vertreten. Das sei der sehnsüchtige Wunsch der Stände und des gesamten Volkes, der Guten wie der Bösen. Die Statthalterin, die Großen und alle Behörden seien darin einig. Dann werde das Einvernehmen zwischen König und

Land wiederhergestellt werden; hätten doch alle Herren einmütig erklärt und versprochen, sie würden alle weitergehenden Forderungen, wie etwa Religionsfreiheit, unterdrücken. Freundlich wurde Montigny vom Könige empfangen. Einige Wochen später folgte ihm der Marquis von Bergen. Als er in Frankreich war, schon nahe der spanischen Grenze, wurde der sehr beleibte und schwer bewegliche Herr von einer Krankheit ergriffen, die ihn zu einigem Aufenthalte zwang. Düstere Ahnungen dessen, was ihm in Spanien bevorstand, mochten ihn bewegen, und er dachte an Umkehr. Da schrieb ihm der König einen überaus gnädigen Brief, wie sehr es ihn freuen würde, den Marquis bald bei sich zu sehen und sich seines Rates zu bedienen; er veranlaßte Montigny, einen Uriasbrief an den Freund in gleichem Sinne zu schreiben. Der Unglückliche ließ sich durch die gleißenden Worte täuschen. Er überschritt die Grenze und betrat den spanischen Boden, den weder er noch sein Genosse je wieder verlassen sollten. —

Der Adelsbund, der bei seinen Verhandlungen mit der Herzogin augenscheinlich unter der Leitung höherer Einflüsse, zumal Oraniens, stand, hatte sich bisher durchaus in den Schranken der alten oppositionellen Bestrebungen gehalten, deren Vertreter und Vorkämpfer früher die Herren der Liga und Margaretha selbst gewesen waren. Sie wollten nichts als die Abschaffung der scharfen Ketzeredikte und der Inquisition, sowie die Erlaubnis generalständischer Beratungen. Sie wollten keineswegs Freiheit der Religionsübung oder auch nur individuelle Gewissensfreiheit, sondern lediglich eine Milderung der Strafe. Die Verschworenen selbst hatten sich ja, und zwar einstimmig, bereit erklärt, wenn sie von der alten katholischen Religion abweichen würden, die in dem neuen Plakate des Königs und der Generalstände angedrohte Strafe zu erleiden. Freilich gab es etliche unter ihnen, denen es mit diesem Versprechen nicht Ernst war, und die schwerlich gesonnen waren, sich mit den Forderungen der Petition zu begnügen, sondern deren Gewährung nur als eine erste Abschlagszahlung, als Vorboten weiterer Erfolge betrachteten. Aber ebensowenig wie Oranien unter den Herren durfte der

verhältnismäßig noch kleine Bruchteil der Geusen, der sich zum Protestantismus bekannte, schon offen mit diesen Tendenzen hervortreten. Die große Majorität unter den Herren und im Adel hielt fest am Katholizismus, ohne jedoch den Gewaltmaßregeln des Systemes Philipps beizupflichten. Die Ziele der Protestanten lagen noch in nebelweiter Ferne. Vorderhand mußten sie sich mit dem zufrieden geben, was die katholische Mehrheit für sie und für sich selbst beim Könige zu erwirken gewillt war, und diese war zu ihrem Vorgehen doch auch durch die Furcht für das eigene Wohl bei scharfer Handhabung der Plakate und der Inquisition bestimmt.

Es war, wie gesagt, noch das alte Programm der Opposition der gemäßigten katholischen Richtung, das Bergen und Montigny beim Könige vertreten sollten. Und es ist kein Zweifel, daß der König, indem er es genehmigte, durchaus den Wünschen der Herzogin entsprochen hätte. In dem ersten Schrecken über die Gerüchte vom Adelsbunde hatte sie wohl bei Philipp alle Herren der Liga, nicht etwa nur Oranien allein, als Mitwisser oder gar als Urheber bezichtigt. Aber das dauerte nicht lange; bald hatte sie sich wieder mit ihnen geeinigt. Noch nach der Überreichung der Petition der Geusen, und als sie sah, welche Rolle Ludwig von Nassau dabei spielte, konnte sie nicht davon überzeugt werden, daß Oranien und Egmont davon etwas wüßten und damit einverstanden wären. Die neue Bewegung, so wenig sie an sich von ihr erbaut war, verfolgte ja ein Ziel, das auch ihr selbst nicht fern lag. Nur die Mittel mißbilligte sie, nicht den Zweck, und auch über jene hätte sie hinweggesehen, wenn dieser erreicht worden wäre. Alles stellte sie dem Könige vor, um ihn geneigt zu stimmen, daß er die Petition des Adels erhöre: Jetzt seien die Herren die wichtigsten Personen; falls sie nicht durch die Ergebnisse der Sendung Bergens und Montignys befriedigt würden, so würden sie sich zurückziehen, und sie selbst müßte dadurch in die gefährlichste Lage geraten. Denn die übrigen Mitglieder des Staatsrates seien ihr zu nichts nütze, da sie die Herren nicht nur brauche, um sich mit ihnen zu beraten, sondern auch zur Ausführung der

Beschlüsse des Staatsrates. Jedenfalls müsse er den Herren volles Vertrauen schenken, d. h. ihr Begehren erfüllen. Am meisten beunruhigten sie des Prinzen von Oranien Befürchtungen, daß der König Schlimmes gegen ihn sinne. In einem vertrauten Schreiben vom 27. Mai 1566 warnte sie Philipp, sich einen Vasallen zu entfremden, „der ihm so treffliche Dienste erwiesen habe, und der noch viele hohe Dienste in der Zukunft leisten könne, ohne Grund und infolge falscher Berichte". Sie bat den König, das in reifliche Erwägung zu ziehen und dem Prinzen eine Genugthuung zu geben, die alle seine schwarzen Besorgnisse zerstreue. Noch vier Wochen später (am 21. Juni 1566) beschwerte sie sich bei Philipp: wenn er dem Drängen nach Generalständen, Abschaffung der Inquisition und Milderung der Plakate, nachdem sie ihm so oft die Notwendigkeit dieser Maßregeln ans Herz gelegt habe, auch jetzt noch nicht nachgäbe, so könne sie das nur dem Umstande zuschreiben, daß sie bei ihm in Ungnade gefallen sei, und daß die verwerflichsten Einflüsse parteiischer, leidenschaftlicher und selbstsüchtiger Ratgeber den König beherrschten; indem er diese bisher auf sich habe wirken lassen, und indem ihn diese zu seinen Oktoberdepeschen vom vergangenen Jahre verleiteten, habe er die Liebe seines Volkes verscherzt. Und andererseits glaubten Oranien und Hoorne noch im Anfange des Juli 1566 der Herzogin so sicher zu sein, daß sie nichts Besseres wünschten, als daß ihr der König die Vollmacht erteile, alles zu thun, was ihr nötig scheine, d. h. in Wirklichkeit, was sie selbst ihr eingeben würden.

Wenn aber der König auch jetzt noch unverrückbar auf seinem alten Standpunkte verharrte, für welchen Weg sollte sich Margaretha dann entscheiden? Sollte sie mit der Opposition weitergehen, oder sollte sie den Abschied nehmen? Was dann, wenn gar die Opposition in ihrer Gesamtheit oder zum Teile über das Maß ihrer bisherigen Forderung hinausging, wenn sie etwa gar offen das Banner des Protestantismus entrollte? Die Antwort konnte in keinem Falle zweifelhaft sein. Der Herzogin war ihr Weg bestimmt genug durch ihr eigenes Interesse vorgezeichnet. Armenteros hatte die Motive, die für ihre

Haltung den Ausschlag geben mußten, einmal in einem Briefe an Perez (vom 11. Januar 1566) richtig angedeutet: „Sie wünscht nichts, als daß sie in des Königs Gnade bleibe. Sie erkennt es selbst, daß sich das so geziemt, und daß sie und ihr Sohn das nötig haben, und daß sie keinen Fuß breit Erde ohne des Königs Gnade und Schutz ungestört besitzen würden. Das, wiewohl es nicht notwendig ist, lege ich ihr bei allen Gelegenheiten, die sich mir bieten, an das Herz.“ Der König, dem Perez diesen Brief unterbreitete, beschränkte sich darauf, bei dieser Stelle an den Rand ein einfaches »no« zu setzen. Deutlicher, als es durch seitenlange Depeschen möglich gewesen wäre, gab er durch dieses einzige Wörtchen seiner innersten Meinung über seine Schwester und ihren Berater Ausdruck.

Neuntes Kapitel.

Die Erhebung der Protestanten. Der Bruch Margarethas mit den Herren der Opposition.

Schon seit Jahren hatte König Philipp in Spanien dem Treiben der oppositionell gesinnten Herren in seinen Niederlanden mit verhaltenem Grolle zugesehen. Er hatte ihnen Granvella geopfert, da er die wahren Beweggründe Margarethas noch nicht durchschaute, und in der schwachen Hoffnung, die Opposition dadurch einigermaßen zufrieden zu stellen. Aber diese Hoffnung hatte sich nicht erfüllt. Indessen glaubte er schwerlich an den Ausbruch wirklicher Unruhen. Er meinte, wenn man die Forderungen der Unzufriedenen, zumal die generalständischen Beratungen, beharrlich ablehne, und es sonst an freundlichen Worten nicht fehlen lasse, so würde man sie solange hinzuhalten vermögen, bis er die günstige Gelegenheit fände, mit Nachdruck gegen sie einzuschreiten und sie zur Ruhe zu bringen. Auf die Klagen seiner Schwester über den Ein-

druck seiner Depeschen vom Oktober 1565 hatte er nach monatelangem Schweigen in den letzten Tagen des März kurz geantwortet, daß er nicht begreife, wie jemand von diesen Verordnungen sich beschwert fühlen könne. Um dieselbe Zeit hatte er der Herzogin in einem eigenhändigen vertraulichen Briefe mitgeteilt, daß der Seekrieg gegen die Osmanen in dem laufenden Jahre aller Voraussicht nach seine Zeit und seine verfügbaren Mittel durchaus in Anspruch nehmen würde.

Um so überraschender kamen ihm die Nachrichten von der Bildung und dem Vorgehen des Adelsbundes. Er stand keinen Augenblick an, diese Bewegung als ein fluchwürdiges, hochverräterisches Beginnen, als einen unerhörten Frevel gegen die Gebote der göttlichen und irdischen Majestät anzusehen. Aber noch waren ihm die Hände gebunden, und er setzte daher das bisherige System des Temporisierens fort. In einem eigenhändigen, geheimen Schreiben (vom 12. Mai) verbot er der Herzogin auf das Strengste, die Generalstände einzuberufen oder sich zu einer Milderung der Plakate zu verstehen, — das war eine unzweideutige Ablehnung der Petition des Adelsbundes; doch fügte er hinzu, sie dürfe nichts davon merken lassen, daß sie einen so unbedingten Befehl von ihm erhalten habe. Inzwischen kam Montigny nach Spanien; von den Niederlanden her drängte Margaretha auf Entscheidung, indem sie die Notwendigkeit betonte, die Großen und zumal Oranien zufrieden zu stellen. Unter diesen Umständen gab Philipp so weit nach, als es ihm vorläufig möglich und nötig schien, da die Zeit der Gewalt noch nicht gekommen war. Am 26. Juli 1566 hielt der spanische Staatsrat eine Sitzung, in der auf die Petition der Geusen folgende Beschlüsse gefaßt wurden: Die Inquisition solle aufhören, wenn die neuen Bistümer durchgeführt seien; die von Assonleville ausgearbeitete „Moderation" sei zu verwerfen; dafür solle die Herzogin unter Mitwirkung der Ordensritter, des Staats- und Geheimrates ein neues Plakat vorschlagen, für das allerdings Änderungen bezüglich der Bestrafung der Ketzer im wesentlichen durch zahlreiche Restriktionen, die der König machte, von vornherein ausgeschlossen wurden;

endlich solle die Herzogin ermächtigt werden, den Verbündeten Verzeihung zu gewähren. Zwar erbat sich Montigny sofort eine Audienz beim Könige, um Protest gegen einen derartigen Bescheid auf die Petition des Bundes einzulegen. Er sprach sich für einfache, unbedingte Abschaffung der Inquisition aus und tadelte, daß die Frage der Moderation, die doch der wichtigste Punkt der Petition sei, eigentlich unentschieden bleibe. Trotzdem wurde am 31. Juli auf Anordnung des Königs eine offizielle Depesche an die Statthalterin und den Brüsseler Staatsrat im Sinne der Beschlüsse des spanischen Conseils ausgefertigt.

So beschränkt diese Zugeständnisse waren, in Wirklichkeit dachte der König nicht daran, sie zu halten. Was die Abschaffung der Inquisition betraf, so hielt er seine — wenngleich nur bedingt erteilte — Zustimmung für ungültig. Er meinte, da die Inquisition in den Niederlanden mit Genehmigung des päpstlichen Stuhles eingeführt sei, so könne sie auch ohne diese nicht wieder aufgehoben werden, und daher sei seine Zusicherung wertlos und ohne Wirkung. Er war ferner entschlossen, auch den neuen Moderationsentwurf nicht zu billigen, wenn er Strafmilderungen enthalte. Und am allerwenigsten war es ihm Ernst mit dem Pardon. Er erklärte vor Notar und Zeugen, dieser sei ihm abgezwungen worden, und daher null und nichtig. Zwar verbarg er selbst vor Margaretha diese seine innerste Gesinnung, da er sie eines so weitgehenden Vertrauens nicht für würdig hielt; immerhin ließ er sie nicht darüber im unklaren, daß jedes weitere Entgegenkommen über die Beschlüsse des spanischen Staatsrates hinaus völlig ausgeschlossen sei. In einem neuen eigenhändigen Schreiben (vom 2. August) wiederholte er das Verbot der Generalstände, ohne daß sie doch davon Mitteilung machen dürfte. Er gab zu, daß seine Gegenwart in den Niederlanden notwendig sei, schützte aber vor, durch den Türkenkrieg an der Reise verhindert zu sein. Er untersagte ihr jede weiteren Verhandlungen mit den Ständen der einzelnen Provinzen über die Moderation der Plakate, sowie neue Forderungen, die ihr von irgendwem vorgelegt würden,

zu bewilligen oder auch nur die geringste Aussicht auf ihre Bewilligung zu erregen. Indem er ihr eine Subvention von 300000 Dukaten gewährte, bestimmte er, daß davon die deutschen Pensionäre befriedigt und für den Fall der Not deutsche Truppen (3000 Reiter und 10000 Mann zu Fuß) in Sold genommen würden, deren Kommando sie dem Vertrauenswürdigsten unter den Herren übertragen dürfte. Dem Papste gegenüber sprach sich Philipp rückhaltslos über alle diese Maßregeln und seine wahren Intentionen aus; er versicherte ihm, daß seine Zugeständnisse nur auf den Schein berechnet wären, und daß er lieber alle seine Staaten und hundertmal sein Leben verlieren würde, als daß er duldete, daß der Religion und dem Dienste Gottes ein Schaden zugefügt würde: „Denn ich bin nicht gesonnen und gewillt, über Ketzer zu herrschen.“ —

Schwerlich waren die Konzessionen Philipps geeignet, die Opposition zu befriedigen und die Ruhe wenigstens vorläufig wiederherzustellen. Aber allzu lange hatte der König selbst damit gezaudert. Als seine Depeschen in den Niederlanden ankamen, hatte sich hier bereits die Situation bedeutend verändert und noch erheblich bedrohlicher gestaltet, und zwar dadurch, daß die Protestanten jetzt den Augenblick für gekommen erachteten, aus dem Dunkel der Verborgenheit emporzutauchen und sich mit ihrer ganzen Organisation an das Licht der Öffentlichkeit hervorzuwagen.

Die bisherige Opposition trug äußerlich einen durchaus katholischen Charakter. Sie hatte auch von Anfang an mehr ein politisches als ein religiöses Gepräge, und erst seit kurzem hatte sich dieses letztere Moment in den Vordergrund geschoben. Sie setzte sich, insofern sie in der jüngsten Zeit in Aktion getreten war, aus drei Schichten zusammen: an der Spitze stand die Generalstatthalterin, in der Mitte die lockere, nicht formell geschlossene Liga der Großen, zu unterst der Adelsbund. Sowohl in der zweiten als auch in der dritten Schicht gab es protestantisch gesinnte oder im geheimen zum Protestantismus hinneigende Elemente, und diese eben stellten die Verbindung zwischen Beiden her. Sie waren zwar an Zahl weitaus die

schwächsten; aber wie Oranien unter den Herren die bedeutendste Stellung einnahm, so lag die Leitung des Adelsbundes ganz in den Händen seiner protestantischen Mitglieder. Freilich war sowohl Oranien als den protestantischen Führern des Bundes Rücksicht auf die große katholische Majorität ihrer Bundesgenossen geboten. Sie wußten nicht, wieweit ihnen diese in dem Kampfe gegen das religiös-politische System Philipps Gefolgschaft leisten würden. Der Kriegsruf für die Generalstände und gegen die Inquisition wie auch gegen die Plakate hatte sie verbunden und unter einem Banner einträchtig zusammengeschart; wer konnte wissen, ob sie auch für weitere Pläne der Führer zu haben waren? Die Abschaffung der Inquisition und die Milderung der Plakate bedeutete im besten Falle immer nur die Gewährung einer mäßigen individuellen Gewissensfreiheit. Das war gewiß eine Toleranz, die in den Augen eines Philipp, betrachtet vom Standpunkte eines starren und unbeugsamen Anhängers der katholischen Idee, als ein ungeheuerliches, unsühnbares Verbrechen erscheinen mußte, bei der sich aber die Bekenner des Protestantismus nicht zu beruhigen vermochten. Denn diese verlangten mehr. Sie forderten eine unbedingte Toleranz, auch der Religionsübung. Denn sie meinten, ihrem Glauben nicht leben zu können, wenn sie ihn nicht auch öffentlich verkünden und üben durften, und gerade darauf setzte der Entwurf der „Moderation" die härtesten Strafen, indem er sich vornehmlich gegen ihre Versammlungen und Geistlichen richtete. Gewiß, der Standpunkt, wie ihn bisher die katholische Opposition vertreten hatte, der unklare Widerspruch gegen die Inquisition und die Plakate, war eine Halbheit. Es gab hier, — und die Haltung des Königs wies darauf mit Notwendigkeit hin, nur eine Alternative: strengster Glaubenszwang, wie ihn Philipp wollte, und damit unbedingte Unterwerfung unter sein System, oder Eintreten für unbeschränkte Toleranz, und das bedeutete, wenn Philipp unerbittlich blieb, Teilnahme an der protestantischen Schilderhebung gegen den Herrscher. Zwischen diesen beiden Wegen hatten die katholischen Mitglieder der Opposition nunmehr zu wählen. Indem die Protestanten aus der passiven

Haltung heraustraten, die ſie bisher eingenommen hatten, war die Sprengung der katholiſchen Mehrheit in der Oppoſition entſchieden. Die ſchon vorhandenen Gegenſätze mußten in einen unverſöhnlichen Zwieſpalt geraten.

In dem Glauben, einen großen Erfolg bei der Herzogin errungen zu haben, hatten ſich die Verbündeten im April in Brüſſel getrennt. Das Gerücht, mit Windesſchnelle das ganze Land durcheilend, erzählte Ungeheuerliches von der Wendung der Dinge, die jetzt eintreten würde. Wie eine frohe Botſchaft klang dieſe Mär in den Ohren der unterdrückten und verfolgten Proteſtanten. Schon glaubte man allgemein, die Stunde der Erlöſung habe geſchlagen; frei und ungehindert dürfe das Evangelium jetzt gepredigt werden. Die Exulanten im Auslande vernahmen mit Begier die Kunde, daß es jetzt beſſer würde, und in großen Scharen ſah man ſie betend und ſingend nach der geliebten, ſo lange und ſo ſchwer vermißten Heimat zurückkehren. Jetzt oder nie ſchien die Möglichkeit geboten, die Freiheit der Religion zu erringen. Eine Menge von Predigern, — ſowohl fremde, wie aus dem Lande ſtammende — überſchritten die Grenze, die Franzoſen Franz Junius und Peregrin de la Grange, Peter Dathenus, den der Kurfürſt von der Pfalz mit einem Empfehlungsſchreiben an Egmont in das Vaterland beurlaubte, und andere mehr. Allen Edikten der Statthalterin zum Trotze füllte ſich das Land mit Predigern und heimgekehrten Emigranten. Vor den Thoren der Städte, auf den Haiden und in den Wäldern unter freiem Himmel verkündigten die todesmutigen Prädikanten, umringt von Tauſenden und Abertauſenden in Waffen ſtarrender Hörer, den Gläubigen das lautere Wort Gottes, ungetrübt vom Schlamme menſchlicher Tradition. Und nicht nur vereinzelte Vorſtöße kecker Neuerer waren dieſe Predigten, ſondern ſie beruhten auf dem ausdrücklichen Beſchluſſe der Synoden. Der Moderationsentwurf Aſſonleville's, den die Herzogin damals den Ständen in den einzelnen Provinzen vorlegte, wurde von den Proteſtanten auf das Heftigſte bekämpft: er widerſpreche, ſo ſagte man, freilich mit Unrecht, den Zugeſtändniſſen, die Margaretha dem Adelsbunde

gemacht habe. Als die Regierung an einigen Orten einzuschreiten versuchte, wuchs die Erbitterung. Die Gefängnisse wurden gestürmt und die Verhafteten befreit. Am ungescheutesten ging es zu in Valenciennes und Antwerpen. Hier reichten die Calviniſten ſogar Petitionen um Gewährung freier Religionsübung ein. In Antwerpen hielten ſich angeſehene Mitglieder der Stadtregierung, der Bürgermeiſter Straelen und der Penſionär Weſembecke, ſowie viele vermögende Kaufleute heimlich zu den Ketzern. Jeden Tag fanden hier an den Thoren Predigten mit 15000 Zuhörern ſtatt. Das Volk hatte ſich der Schlüſſel bemächtigt, um das Hinausſtrömen zu den Predigten und die Rückkehr zu ſichern. Die Ketzer hatten hier die Oberhand und hielten den eingeſchüchterten Magiſtrat, ſowie die furchtſame katholiſche Bevölkerung in Schrecken.

Es war eine Entwicklung, durch welche die Vorausſetzungen, die vor wenigen Monaten zur Entſtehung des Adelsbündniſſes und zur Überreichung der Petition an Margaretha geführt hatten, bei weitem überholt wurden. Allerdings ſtanden hinter ihr einflußreiche Mitglieder des Bundes, wie Philipp Marnix, Herr von St. Adelgonde, der die Entſchließungen der Synode von Antwerpen hinſichtlich der öffentlichen Predigt geleitet hatte. Immerhin mußte der Bund als ſolcher zu den jüngſten Vorgängen Stellung nehmen; dazu kam das Ausbleiben der Antwort des Königs, der Umſtand, daß Margaretha über den Aſſonleville'ſchen Moderationsentwurf nur mit den Provinzialſtänden verhandelte und keine Miene machte, die Generalſtände zu verſammeln, endlich die Beſchwerde der Statthalterin, daß die Verbündeten Beziehungen mit dem Auslande pflegten. Um über dieſe Punkte und die durch ſie erforderten Maßregeln ſich zu verſtändigen, traten die vier Vertrauensmänner des Bundes mit anderen Geſinnungsgenoſſen in den erſten Tagen des Juli zu Lier zuſammen. Sie beſchieden die Beauftragten der Antwerpener Synode vor ſich und forderten von ihnen die Einſtellung der Predigten. Die Synodalen erklärten ohne Umſchweif, das würde einen fürchterlichen Ausbruch der Volkswut hervorrufen. Man beſchloß darauf, dieſer und der übrigen

Angelegenheiten halber eine allgemeine Tagſatzung des Bundes in der Stadt St. Trond im Lüttichſchen auf Mitte Juli anzuberaumen. Inzwiſchen ſetzten einige Häupter der Konföderation, die im geheimen gewillt waren, der proteſtantiſchen Sache Vorſchub zu leiſten, vor allem Brederode und Hames, die Beratungen mit den Vertretern der Gemeinden fort, und man kam zum Ergebniſſe, daß dieſe ihre Bevollmächtigten nach St. Trond ſchicken ſollten, um den Schutz der Verbündeten anzurufen.

Machtlos und ratlos ſtand die Herzogin dieſer Bewegung gegenüber. Sie wurde von einem alle Thatkraft lähmenden Schrecken ergriffen. Das Wichtigſte ſchien es ihr, ſich zu verſichern, ob und inwieweit ſie auf die Hilfe der Großen rechnen dürfe, wenn es zum Kampfe mit den Proteſtanten käme. Meghem, Mansfeld, Aremberg, Berlaymont, Arſchot und Noircarmes, dem inzwiſchen der Hennegau, das Gouvernement Bergens, proviſoriſch übertragen worden war, erklärten ſich ohne Zögern bereit, ihr beizuſtehen. Namentlich Meghem, Mansfeld und Aremberg zeigten ſich ſehr mutig. Zwar meinte auch Meghem noch, für die Inquiſition und gegen die Milderung der Plakate würde er nicht die Waffen ergreifen, und dafür würde ſie überhaupt keine Soldaten finden. Er riet ihr jedoch, ſich auf eine Berufung der Generalſtände nicht eher einzulaſſen, als nicht die Proteſtanten wieder zurückgedrängt ſeien, ſowie energiſch gegen ſie einzuſchreiten und die Predigten mit Gewalt zu verhindern. Er nahm fünfzehn deutſche Infanteriekapitäne in Wartegeld und riet ihr, dem Herzoge Erich von Braunſchweig eine Beſtallung über 4000 deutſche Reiter zu erteilen. Mansfeld nahm ſofort 2000 deutſche Reiter vorderhand auf ſeine eigenen Koſten auf Wartegeld. Meghem und Aremberg drangen in Margaretha, ſich nach dem Kaſtell von Gent zurückzuziehen und unverzüglich Antwerpen belagern zu laſſen, da die Gutgeſinnten dort mindeſtens ebenſo ſtark wie die Ketzer ſeien, und da es nur des entſchloſſenen Auftretens der Regierung bedürfe, um den getreuen Unterthanen Mut einzuflößen.

Gewiß waren dieſe Ratſchläge die beſten, die man bei der Lage der Dinge der Herzogin erteilen konnte. Wenn je, ſo war

jetzt beim Beginne der Unruhen eine entschiedene Haltung der Regierung erforderlich. Denn die Zahl der Katholiken war doch die bei weitem größere im Lande, und eine energische Demonstration hätte die Protestanten im Zaune zu halten vermocht. Aber Margaretha war keine heroische Natur. Sie sagte, sie kenne die Intentionen des Königs nicht, und „fürchte sich daher, so weit vorzugehen". Von politischem Scharfblicke zeugte diese Ausrede nicht, wohl aber von kläglicher Zaghaftigkeit. Und dazu kam noch Eines. Noch immer glaubte sie, des Beistandes der wichtigsten Großen, ihrer bisherigen vornehmsten Günstlinge, nicht entbehren zu können. Bei diesen aber fand sie wenig Geneigtheit zur Anwendung von Gewalt gegen die Ketzer. Oranien warnte geradezu davor; „denn es ist um Herz und Willen der Menschen," so sprach er offen zum Rate Assonleville, „ein großes Ding; sie lassen sich nicht durch äußere Macht zwingen". In jenen Tagen ging Margaretha und Armenteros das Verständnis dafür auf, wie es um Oraniens religiöse Gesinnung stand. Armenteros teilte dem Könige mit, Oranien habe den Glauben gewechselt, und Philipp machte dazu die Bemerkung: „Noch niemand hat es so deutlich geschrieben." Hoorne schloß sich Oranien an. Er beteuerte zwar, daß er ein guter Katholik sei und bleiben wolle. Aber von Waffengewalt wollte auch er nichts wissen, sondern er erachtete als das einzige Mittel zur Unterdrückung der Predigten die sofortige Berufung der Generalstände und die Bekanntmachung dieser Maßregel durch die Gouverneure in den Provinzen. Dasselbe forderte Egmont mit ungestümer Heftigkeit. Er sagte der Statthalterin, daß er dem Marquis von Bergen, hätte er diese Unschlüssigkeit des Königs voraussehen können, von der Reise nach Spanien abgeraten haben würde: auf keinen Fall werde er die Waffen gegen die Ketzer ergreifen; zaudere die Herzogin, die Generalstände einzuberufen, so würden sie sich von selber versammeln. Auf der geängstigten Statthalterin Bemerkung, sie wolle dem Könige noch einmal die Notwendigkeit dieser Maßnahme vorstellen, erwiderte er herrisch, achtzehn Tage wollten er und seine Freunde noch auf die Antwort des Königs warten,

und mit Mühe ließ er sich schließlich erbitten, diese Frist auf fünfundzwanzig Tage zu erstrecken. Er schwor, wie Hoorne, daß er immer Katholik bleiben würde, möchten auch andere abfallen; aber darin war er, wie Hoorne, mit Oranien einer Ansicht, daß das Streben nach Gewissensfreiheit sich nicht mehr länger zurückdrängen lasse, und daß es die Aufgabe der Generalstände sei, sie zu proklamieren.

Das Eintreten der Protestanten in die Aktion hatte somit zur Folge, daß die drei Herren der Opposition im Staatsrate sich nicht mehr mit der bloßen negativen und unklaren Forderung der Abschaffung der Inquisition und der Milderung der Plakate begnügten, sondern daß sie das positive Verlangen nach Gewährung völliger Gewissensfreiheit durch Beschluß der Generalstände erhoben. Dadurch wurde die alte Herrenliga, die schon durch die Verschiedenheit in der Haltung ihrer Mitglieder zum Auftreten des Adelsbundes einen tiefen Riß erhalten hatte, vollends gesprengt. Noch mehr: auch der Bruch der drei Herren mit der Statthalterin wurde unvermeidlich. Sie stellten an diese das Ansinnen, daß sie auch jetzt noch, nachdem sie solange mit ihnen gemeinschaftliche Sache gemacht hatte, auf ihrer Seite verbleibe und ihre neuen Wünsche unterstütze. Das war der Punkt, an dem sich die Wege der Herzogin und der drei Herren für immer schieden. Hatte sie sich früher mit der Illusion schmeicheln können, daß es ihrem Einflusse beim Könige gelingen möchte, die politischen Aspirationen der Opposition und eine bescheidene Milderung der Religionsedikte durchzusetzen, so durfte sie angesichts der jüngsten Willenserklärungen Philipps über die absolute Unmöglichkeit noch weiterer Zugeständnisse keinen Zweifel hegen. Es stand nun zu erwarten, daß sie gegen eine solche Steigerung der Ansprüche der drei Herren kräftig protestierte, daß sie sofort einen engen Anschluß an die der Zahl nach viel stärkere Partei des Systems Philipps und derjenigen Mitglieder der Opposition suchte, die auf dem alten Standpunkte stehen geblieben waren, und daß sie vor allem die thatkräftige Hilfe annahm, die ihr Aremberg, Meghem und Mansfeld anboten.

Aber davon war keine Rede. In Wahrheit hatte sie allen Halt verloren und gab, zwar unwillig und zornerregt, dem nach, was ihr die drei Herren als notwendig bezeichneten. Anstatt sich Antwerpens nach dem Rate Meghems zu versichern oder dem Wunsche des dortigen Magistrates zu entsprechen, sie möge zur Wiederherstellung der Ruhe selbst in der Stadt erscheinen, schickte sie, von Furcht für ihr persönliches Schicksal ergriffen, den Prinzen von Oranien dorthin, wiewohl sie ihm bereits mißtraute. Sie sah selbst voraus, daß er seinen Bruder Ludwig, „seinen bösen Engel", mitnehmen, und daß daraus große Gefahren entstehen würden. An den König schrieb sie, die Antwerpener wollten nur Oranien haben und von ihrer eigenen Hinkunft nichts wissen; daher sei sie „gezwungen", Oranien hinzuschicken, zumal da man ihm kein Mißtrauen zeigen dürfe, und er alles Gute für den Dienst Gottes und des Königs versprochen habe.

Zeigte sie schon in diesem einzelnen Falle ihre Schwäche, so trat ihre Verzagtheit noch bedenklicher gegenüber dem erneuten Ansturme des Geusenbundes zu Tage. Die Führer der Konföderation hatten sich bereits im geheimen mit den Bevollmächtigten der protestantischen Gemeinden geeinigt, diesen die freie Religionsübung — wenigstens provisorisch — erringen zu wollen. Da galt es zunächst, sowohl die Zustimmung der Regierung als auch des Plenums des Bundes für ihren Plan zu gewinnen. Daher beraumten sie die Tagfahrt zu St. Trond an, um die große Menge der Genossen mit sich zum Schutze der protestantischen Erhebung fortzureißen, während sie die Regierung durch Terrorismus einzuschüchtern suchten. Die Deputierten der Antwerpener Synode hatten, wie schon erwähnt wurde, zu Lier geäußert, wolle man die Predigten verhindern, so würde sich das Volk, von Wut entflammt, erheben und an den Katholiken, zumal an den Priestern, blutige Rache üben. Die Führer des Bundes verfehlten nicht, diese Drohungen als einen Beweis der Volksstimmung den drei Herren des Staatsrates zu melden, und diese, zumal Egmont, der selbst thatsächlich dadurch in Furcht gesetzt wurde, machten davon der

Herzogin gegenüber einen ausgiebigen Gebrauch, um ſie zur Nachgiebigkeit zu ſtimmen. Man ſtellte ihr vor, die Ketzer ſeien bereits ſo verzweifelt, daß die ſchlimmſten Mordthaten gegen die katholiſchen Prieſter zu beſorgen ſeien. Das wirkte. Von namenloſer Angſt ergriffen, dachte Margaretha überhaupt nicht erſt daran, irgendwelche Vorkehrungen zur Verhütung der bevorſtehenden Greuelthaten zu treffen; nur durch Bitten glaubte ſie das angekündigte Verhängnis abwenden zu können. Sie erſuchte Oranien und Egmont, in ihrem Namen mit den zu St. Trond verſammelten Konföderierten zu verhandeln, auf daß dieſe ihren Einfluß beim Volke zur Verhinderung der geplanten Frevel geltend machten.

Was konnte den Herren angenehmer ſein, als ein Auftrag dieſer Art, der ihre Beziehungen zum Bunde mit einem offiziellen Gewande umkleidete und ihnen den Stempel ausdrücklicher Billigung ſeitens der Statthalterin aufdrückte? Sie begaben ſich nach Duffel, während ſich die Verbündeten, durch Einladungsſchreiben Ludwigs von Naſſau entboten, am 14. Juli in St. Trond einſtellten. Durch ſeinen Sekretär Jan Caſembrot, Herrn von Backerzeele, der dem Bunde angehörte, verſprach Egmont den Verſammelten ſeinen Schutz, falls ſie ſich innerhalb der Grenzen des Kompromiſſes und der Petition vom April hielten; er ließ ihnen ſagen, er werde ſich mit ihnen verbünden, und, um ſie zu verteidigen, hoch zu Roſſe ſterben.

Die Beratungen zu St. Trond dauerten mehrere Tage und wurden in der Weiſe geführt, daß ein Ausſchuß, aus den Eingeweihten beſtehend, hinter geſchloſſenen Thüren tagte und dann die einzelnen wichtigſten Punkte dem Plenum gleichſam zur Akklamation vorlegte. Von den 359 Unterzeichnern des Kompromiſſes waren übrigens kaum zweihundert erſchienen. Die Luxemburgiſchen Verſchworenen hatten ſich unter dem Einfluſſe ihres Gouverneurs, des Grafen Mansfeld, ganz vom Bunde losgeſagt.

Wenn man die Verhandlungen und Beſchlüſſe der Tagfahrt von St. Trond unterſucht, ſo findet man, daß ſie ſich in zwei Gruppen ſcheiden, die ſich eigentlich ſchlecht mit einander

vertragen. Zuerst beriet man über die Gerüchte, die Herzogin sei über den Bund ungehalten, da er das Volk angereizt habe, die Predigten und andere Ungehörigkeiten zu veranstalten, und da er Beziehungen in Frankreich unterhalte; daher nehme sie Truppen an und habe namentlich den Herzog Erich von Braunschweig mit Rüstungen beauftragt. Dem gegenüber bezeugten die Konföderirten ihre Anhänglichkeit und Treue gegen den König, und wenn auch Einige von ihnen zugaben, daß sie die neuen Lehren bekännten, so protestierten sie doch gegen solche Verleumdungen. Es wurde festgesetzt, daß Jedermann unter ihnen den Übergriffen der Menge zu steuern und sich von den Predigten fernzuhalten oder aus dem Bunde auszuscheiden hätte, damit auf diesen nicht Haß und Verdacht falle; nur soviel wurde bewilligt, daß man inzwischen die Herzogin bitten wolle, nicht auf dem Wege der Inquisition und mit der Strenge der Plakate gegen das Volk einzuschreiten. Infolge der angeblichen Rüstungen der Herzogin fand man für gut, „Leute" in Dienst zu nehmen und „sich an Verwandte, Freunde und Verbündete zu wenden, um bei diesen Schutz und Hilfe zu suchen", d. h. etwaiger Gewalt gleichfalls Gewalt entgegenzusetzen. Durch Deputierte, an der Spitze Brederode und Culembourg, wurden diese Beschlüsse am 18. Juli nach Duffel Oranien und Egmont übermittelt. Beide Herren drückten den Abgesandten ihre Geneigtheit für den Bund aus und ihren Wunsch, seine Sache zu schützen: nur müßten sie darauf bestehen, daß sich die Konföderierten gegen die Predigten, die Übung der neuen Religion und gegen jede andere Neuerung erklärten. In der That beteuerte darauf die ganze Versammlung einmütig, daß ihr solche Neuerungen „nicht nur verhaßt, sondern auch ganz verwünscht" seien. Oranien begab sich alsdann nach Antwerpen zurück und überließ Egmont die weiteren Verhandlungen mit dem Bunde und seinen Abgeordneten.

Bis hierher hielten sich die Beratungen und Beschlüsse von St. Trond ganz im Geiste der Petition vom April des Jahres. Sie hatten sich insoweit vor dem Plenum des Bundes abgespielt und waren darauf berechnet, der großen katholischen

Majorität der Verschworenen die wirkliche Bedeutung der Zusammenkunft zu verschleiern. Denn was sich nunmehr ereignete, vertrug sich keineswegs mit der von Oranien und Egmont gestellten Bedingung und der Erklärung der Versammelten, jede religiöse Neuerung sei ihnen „verhaßt und verwünscht". Vor dem geschäftsführenden Ausschusse, in dem, wie bereits erwähnt wurde, die protestantisch gesinnten Führer saßen, stellten sich gemäß den vorher getroffenen Abmachungen Abgesandte der protestantischen, sowohl der reformierten wie auch der lutherischen Gemeinden ein, darunter der Prediger Franz Junius und Gilles Le Clerq. Sie legten eine Bittschrift vor, in der sie dem Bunde für sein bisheriges Eintreten gegen die Inquisition dankten. Gleichwohl hätten die Protestanten, da der Anfang nun einmal gemacht worden sei, gemeint, nicht länger „an der Thüre stehen bleiben zu dürfen, sondern weiter vorgehen zu müssen". Daher hätten sie sich, ihrer Gewissensnot und der glühenden Begierde des Volkes nachgebend, zur offenen Predigt des Evangeliums entschlossen; doch seien sie dabei auf den Widerstand der Behörden gestoßen. Sie hätten das Zutrauen zu den verbündeten Edelleuten, diese würden nicht länger leiden, daß dem Evangelium, das schon so tief in die Herzen des Volkes eingegraben sei, Gewalt geschehe, und daß die Herde des Herrn zerstreut würde. Darum flehten sie im Namen Gottes zum Bunde, er möge geruhen, die bedrängten Gemeinden unter seinen Schutz zu nehmen und sie gegen alle Feinde zu verteidigen, damit sie frei und ungehindert ihrem Glauben leben könnten. Sie schlugen vor, daß eine Anzahl von Edelleuten ernannt würde, um in den einzelnen Theilen des Landes offenbaren Unruhen zu steuern, bis daß die Generalstände gesprochen hätten; sie wiesen darauf hin, daß das Volk zum Aufstande bereit, und daß ebendarum das Land von den schwersten Gefahren bedroht sei, wenn sie auf ihre Bittschrift vom Bunde keinen günstigen Bescheid erhielten.

Man kann kaum daran zweifeln, daß diese Petition auf einer Vereinbarung zwischen den Führern des Bundes und den Vertretern der Gemeinden beruhte. Die Abgeordneten der

reformierten Kirche hatten ursprünglich noch weitergehende Vorschläge zum Schutze „aller und jeder Privilegien und Freiheiten des Landes", sowie der kalvinistischen Konfession gemacht, und zwar gipfelten diese darin, daß ein Ausschuß von sechs Konföderierten und sechs Kaufleuten oder sonstigen Erwählten der calvinistischen Synode als eine Art von permanentem Aktionscomité eingesetzt werde, das im Vereine mit Brederode und Ludwig von Nassau in Zukunft die wichtigeren Maßregeln zu treffen hätte. Anträge dieser Art hatten nun freilich wenig Aussicht auf Annahme, sowohl aus Rücksicht auf die Mehrzahl der Verbündeten, als auch auf die Protektoren des Bundes. Denn allen diesen gegenüber mußte man sich ja den Anschein geben, sich innerhalb der Schranken der Petition vom April zu halten. Selbst Oranien tadelte sehr heftig das Vordringen der Calviniſten. Er führte ihr keckes Auftreten auf die Agitationen gewisser Führer des Bundes zurück, die ihnen große Hoffnungen erregt und versprochen hätten, sie niemals zu verlassen. Er hatte sich bereits für das lutherische Bekenntnis entschlossen und schmeichelte sich noch mit dem Wahne, daß sich der König, wenn ihn die Generalstände um dessen Zulassung bäten, und wenn die deutschen Fürsten dieses Gesuch befürworteten, schließlich dem Beispiele des Augsburger Religionsfriedens anschließen würde. Die Gewährung der calvinistischen Konfession hielt er für aussichtslos. Dennoch verkannte er nicht, daß, falls die Regierung nicht nachgeben, sondern Gewalt anwenden wolle, Vorkehrungen zum Widerstande getroffen werden müßten. Der Landgraf von Hessen hatte ihm mitgeteilt, daß Herzog Erich von Braunschweig rüste, und Oranien zweifelte nicht, daß das gegen ihn und den Adelsbund gerichtet sei. Schon vor der Tagfahrt von St. Trond hatte er daher beim Landgrafen Philipp um die Erlaubnis zu Werbungen in Hessen nachgesucht. Das Schlimme war nur, daß er dazu Geld brauchte, und daß keine andere Aussicht sich ihm bot, das von anderer Seite zu erlangen als von den Calviniſten. Die Deputierten des Antwerpenschen Konsistoriums zu St. Trond zeigten sich bereit, dem Bunde die Mittel zu Rüstungen in Deutschland

zur Verfügung zu ſtellen, „Gut und Blut“ für den Bund einzuſetzen, wenn dieſer dafür die Verteidigung ihrer Religion und ihrer Predigten übernehmen wolle. Nach der einen Nachricht boten ſie alsbald 100000, nach einer anderen 50000 Gulden für den Schutz der Konföderierten. Jedenfalls mußten ſich ſowohl Oranien als auch die nichtcalviniſtiſchen Führer des Bundes ſagen, daß ſie im Falle des Ernſtes nur bei den reformierten Gemeinden wirkſame Unterſtützung finden würden, und dieſes Motiv mußte ſie zu Entgegenkommen gegen deren Wünſche bewegen.

Fanden darum auch die radikaleren Vorſchläge der Konſiſtorien kein Gehör, ſo doch ihre Bitte um Schutz. Der geſchäftsführende Ausſchuß erteilte auf die Petition der proteſtantiſchen Gemeinden den Beſcheid, es ſolle dem Volke keine Unbill und keine Gewalt aus Anlaß der Religion geſchehen, bis die Generalſtände ihren Willen erklärt hätten. Dafür verſprachen die Deputierten der Gemeinden dem Bunde eine Subvention von 50000 Gulden, deren eine Hälfte alsbald dem Grafen Ludwig von Naſſau ausgezahlt wurde. Dieſer erhielt die Ermächtigung, dafür Truppen in Deutſchland in Wartegeld zu nehmen. Die Schwierigkeit beſtand nur darin, für dieſes offene Bündnis mit den Calviniſten die Billigung der ganzen Konföderation zu erwirken; denn es war doch kein Zweifel, daß es über den Inhalt der Petition vom April weit hinausging, und daß es mit den bisherigen Beſchlüſſen und zumal den Erbietungen gegenüber Oranien und Egmont in geradem Widerſpruche ſtand. Aber alles gelang beſſer, als man erwarten durfte. Ludwig von Naſſau trat aus dem Beratungszimmer des Ausſchuſſes heraus, ließ die Petition der Gemeinden verleſen und frug die Verſammelten, ob ſie die Predigten und die Übung der neuen Religion ſo lange geſtattet wiſſen wollten, bis der König und die Generalſtände anderweitige Verordnung getroffen hätten. Er betonte, daß die Proteſtanten, wenn ſich der König und die Generalſtände gegen ſie ausſprächen, ſofort das Land verlaſſen würden, und daß ſie inzwiſchen mit Gut und Blut für den Bund einzutreten gewillt wären. Einſtimmig beſtätigten darauf

die Anwesenden die Entscheidung des Ausschusses. Verwundert wirft man die Frage auf, wie es denn möglich war, daß die der Mehrzahl nach katholisch gesinnten Mitglieder des Bundes sich zu einem Beschlusse von solcher Tragweite verleiten ließen, der so wenig mit ihren noch soeben abgegebenen Erklärungen im Einklange stand. Offenbar wurden sie sich der ganzen Bedeutung ihrer Verbindung mit den Calvinisten nicht bewußt. Einmal auf die schiefe Bahn der oppositionellen Bewegung geraten, verloren sie jeden Halt, und waren bereit, mit jeder anderen beliebigen oppositionellen Gruppe zusammenzugehen, ohne sich darüber klar zu werden, wie groß der Unterschied sei, der sie immer noch von ihren neuen Genossen trennte. Dazu kam, daß das Gefühl des kameradschaftlichen Zusammenhaltes und das blinde Vertrauen zu den Führern alle anderen Erwägungen bei ihnen erstickten. Nur wenigen, darunter dem Herrn von Estambruges, stiegen schließlich Bedenken auf. Es kam zwischen ihnen und Ludwig von Nassau zu einem heftigen Wortwechsel, und indem sie ihm vorwarfen, daß sein Verhalten gegen die Petition vom April verstoße, verließen sie St. Trond.

Die übrigen Versammelten nahmen inzwischen noch keinen Anstoß an dem geplanten Zusammenwirken mit den Calvinisten, wiewohl man ihnen weder aus der von den Konsistorien angebotenen Geldunterstützung noch aus den projektierten Werbungen in Deutschland ein Geheimnis machte. Abermals wurden vor dem Plenum die angeblichen Rüstungen der Herzogin zur Sprache gebracht. Man gab der Befürchtung Ausdruck, die Herzogin könne mit der Absicht umgehen, sie alle niedermetzeln zu lassen, und man beschloß, es sei besser, auf freiem Felde, in der Hand die Waffen zur Abwehr, zu fallen, als sich ruhig abschlachten zu lassen; daher wurde das Projekt des Ausschusses, fremde Kriegsleute in Dienste zu nehmen, gebilligt. Um aber kein Mittel der Güte unversucht zu lassen, einigte man sich, es vorher noch einmal mit Verhandlungen mit der Herzogin, den Herren des Staatsrates und den Ordensrittern zu versuchen, und es wurde zu diesem Zwecke ein neuer Ausschuß von zwölf Edelleuten, darunter Ludwig von Nassau, eingesetzt. Diese

zwölf Deputierten ſollten der Herzogin eine zweite Petition überreichen, durch die ſie feſte Garantien für die Sicherheit des Bundes forderten.

Zuerſt weigerte ſich die Herzogin, den Zwölferausſchuß vorzulaſſen, ſondern wies ihn an den Grafen Egmont, den zweiten Chef der Finanzen Montmorency, Herrn von Hachicourt, und den Rat Aſſonleville. Die Deputierten erwiderten, die Petition ſei durch den geſamten Bund entworfen und beſchloſſen, und beſtanden darauf, bei der Herzogin ſelbſt Audienz zu erlangen, da ſie ſonſt noch einmal die ſämtlichen Konföderierten verſammeln müßten. Wohl oder übel mußte ſich Margaretha fügen. Am 30. Juli empfing ſie die Deputierten im Staatsrate. In ihrer neuen Petition begehrten die Konföderierten Sicherheitsbriefe der Herzogin und ſämtlicher Ordensritter; mit einem einfachen Pardon, ſo meinten ſie, könnten ſie ſich nicht begnügen, da ſie dadurch mittelbar zugeſtehen würden, ein ſtrafbares Unrecht begangen zu haben. Sie verlangten ferner, daß ſie Oranien, Egmont und Hoorne befehle, dem Bunde ihren Beiſtand angedeihen zu laſſen, und ihn unter ihren Schutz zu nehmen, daß ſie die genannten Herren ferner ermächtige, alle Maßregeln für den Schutz und die Erhaltung des Landes anzuordnen, ſowie daß ſie dafür ſofort beim Könige um die Genehmigung einkomme. Indem ſie der Herzogin Anzeige davon erſtatteten, daß ſie die Gemeinden unter ihren Schutz genommen hätten, forderten ſie auch für dieſe Gewähr der Sicherheit; ſie wiederholten endlich den Ruf nach Tagung der Generalſtände.

Nur mit Widerwillen hatte Margaretha die Abgeordneten empfangen, und noch mehr ward ſie entrüſtet von dem, was ſie zu hören bekam. „Sie geriet in einen ſolchen Zorn gegen uns, daß ſie hätte platzen wollen," ſchrieb Ludwig von Naſſau an Oranien. Jedenfalls harmonierte dieſes Benehmen wenig mit der Anſicht Egmonts von der Lage der Dinge, der in ſeinem gewohnten Optimismus noch jetzt ſich und den Deputierten einredete, daß die Herzogin ihnen gewogen ſei; ſo ſehr verkannte er, daß es nur Angſt war, was die Statthalterin bewogen hatte,

scheinbar auf seine Vorstellungen einzugehen, und ihn nebst Oranien nach Duffel zu entsenden. Am ungehaltensten war sie über die Zumutung, Oranien, Egmont und Hoorne offiziell an die Spitze des Bundes zu stellen und mit außerordentlichen Vollmachten zu bekleiden. Im Grunde genommen war das ja nichts anderes als das alte, früher von ihr selbst gebilligte Verlangen der Opposition, daß der von den Herren dieser Partei geleitete Staatsrat, allen anderen Behörden übergeordnet, die gesamte Regierungsgewalt in seinen Händen konzentriere, — nur jetzt in der veränderten Form einer militärischen Diktatur, verbunden mit der Leitung der zu offenem Aufstande hinneigenden und den Protestantismus begünstigenden Adelskonföderation. Aber die Zeiten hatten sich eben geändert. Hatte Margaretha früher nicht genug Worte gefunden, um dem Könige die Zweckmäßigkeit einer derartigen Oligarchie vorzustellen, so fand sie jetzt dieses Ansinnen empörend und anmaßend, als ein Attentat auf ihre eigene Würde und Machtvollkommenheit. Vornehmlich über diesen Punkt der neuen Petition ersuchte Margaretha daher den Zwölferausschuß um weitere Aufklärung. Durch eine „Deklaration" wurde sie ihr (am 2. August) in einer Form gegeben, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ. Zwar wurde ihr erklärt, die Vollmachten der drei Herren sollten keineswegs der Autorität der Generalstatthalterin einen Eintrag zufügen; gleichwohl aber wurde als unerläßlich bezeichnet, daß Truppen im Inlande oder Auslande nur durch Oranien, Egmont und Hoorne angenommen werden dürften, und daß die Hauptleute, durch eben dieselben ernannt, unter ihrem Befehle stünden. Die Deputierten setzten der Herzogin weiter auseinander, daß die von ihr und den Ordensrittern begehrte „Sicherheit" nur einen provisorischen Charakter tragen sollte, bis sich der König erklärt hätte, ob er sie bestätige oder verwerfe; für den letzteren Fall sollte die erbetene provisorische Sicherheit noch drei Wochen lang nach der Bekanntmachung des abschlägigen Bescheides des Herrschers gelten, damit der Bund während dieser Frist über anderweitige Maßregeln für seinen Schutz schlüssig werden könne — eine unverkennbare Drohung, daß sie dann zu

den Waffen zu greifen gedächten. Die Statthalterin erteilte ihnen darauf die Antwort, sie wolle unverzüglich einen Kurier an den König senden, um dessen Entscheidung einzuholen. Da die Deputierten fernerhin „Sicherheit“ nicht nur von ihr selbst, sondern auch von den Ordensrittern heischten, so setzte sie eine Versammlung des Vließordens auf den 18. August an und bestellte die Deputierten des Adelsbundes für zwei Tage später nach Brüssel. —

Das Hervortreten der Protestanten an die Öffentlichkeit, ihr ungestümes Drängen auf freie Religionsübung, unterstützt vom Adelsbunde und den drei Herren des Staatsrates, hatte die Herzogin in die äußerste Bestürzung versetzt. Aber noch Schlimmeres stand ihr bevor. Ehe sich noch die Ordensritter um sie in Brüssel versammelten, traten neue, noch schrecklichere Ereignisse ein, die ihre Lage geradezu verzweifelt zu gestalten drohten.

Je kecker der Wagemut war, mit dem sich die Calvinisten gebärdeten, um so mutloser und schwächlicher zeigte sich die Regierung. Schon machte sie keinen ernstlichen Versuch mehr, der hereinbrechenden Flut zu wehren. Ungehindert reizten die Prediger durch ihre flammenden Reden die Leidenschaften der Hörer zur äußersten Wut. Die bewaffneten Banden, die den Anhang der Prädikanten bildeten, vermochten den Fanatismus nicht mehr zurückzudämmen, den die wilden Schmähungen gegen die alte Kirche und deren Diener in ihnen entzündet hatten. Keineswegs fehlte es an Vorboten, die das drohende Ungewitter kündeten. Schon Ende Juli fürchtete die Herzogin den Ausbruch von Exzessen, und sie nahm dagegen ihre Zuflucht zu Gott, indem sie den Bischöfen befahl, in ihren Diözesen Gebete, Prozessionen, Fasten, Almosen und Predigten anzuordnen. Auf dem platten Lande Westflanderns zogen seit den Tagen von St. Trond Haufen umher, welche die Kirchen stürmten und plünderten, sowie die Heiligenbilder zertrümmerten. Noch wäre es ein Leichtes gewesen, die Bewegung im Keime zu ersticken; aber die Furcht lähmte alle Thatkraft. Eine zuverlässige Ordonnanzkompagnie hätte gewiß die Tumulte unterdrückt. Man

mochte indes glauben, daß die Entsendung von Truppen nach den gefährdeten Gegenden dort erst recht den Aufstand entfachen würde.

Diese Verzagtheit der Regierung gab das Signal zu einem allgemeinen Sturme. Mitte August begann das Wüten in den größeren Städten von Flandern, zumal in Ypern, Cortrijk und Lille. Von hier drang das Ungewitter nach den alten Herden der calvinistischen Propaganda, nach Tournai und Valenciennes. nach Brabant und nach den nördlichen Provinzen an der See, bis nach Friesland, wo sich seine letzten Schauer einige Wochen später austobten. Wohl hielt sich der bessere Teil der Calvinisten fern von diesen Gräuelthaten, sowohl der Adel als auch die Kaufleute, wenngleich manch einer von ihnen im Herzen das heilige Werk der Bilderzertrümmerung nicht ungern sah. Es war der Pöbel, der jene Frevel beging, oft freilich aufgestachelt und selbst angeführt von den Predigern und Mitgliedern der Konsistorien. Banden zogen von Stadt zu Stadt, überall ihre Genossen mit sich fortreißend. Wie eine ungeheure Sinnesverrückung durchzuckte es plötzlich das Land. Man sah die Kirchen und Klöster, die der fromme Sinn der Voreltern erbaut hatte, zerstört, die Bilder und Kunstwerke, die man bisher so inbrünstig verehrte, in Trümmer geschlagen, die Grabmäler der Ahnen geschändet. Aber gerade das Entsetzliche und Gräßliche der Geschehnisse war es, was alle in einen Taumel der Furcht stürzte und ihre Besinnung lähmte. Die kalte Eisenfaust des Schreckens hielt die Regierung und die große Mehrheit des Volkes gepackt, und so ward das Land der Wut einer kleinen terroristischen Minderheit preisgegeben.

Unter dem Eindrucke dieser wüsten Gräuelscenen im Lande traten die Vließritter in Brüssel zusammen, um über die zweite Petition des Adelsbundes zu beraten. Meghem war nicht erschienen. Er hielt sein Leben für bedroht und hatte keine Lust, ein gleiches Schicksal zu erfahren, wie es einst die Genter seinem Großvater Humbercourt trotz der Fürbitten der Herzogin Maria bereitet hatten. Auch Arschot hielt sich fern, und selbst Mansfeld war nur mit Widerstreben dem Rufe der Statthalterin

gefolgt. Das große Wort in der Notablenverſammlung führten, wie auf der im März, Oranien, Egmont und Hoorne. Gerade kurz zuvor waren die Depeſchen Philipps vom letzten Juli mit der Entſcheidung auf die erſte Petition der Edelleute eingetroffen, und ſie beſiegelten den Bruch Margarethas mit der Oppoſition. Während jene jedermann zu überzeugen ſuchte, daß der König dem Bunde mehr entgegengekommen ſei, als man hoffen durfte, erklärten dieſe rundheraus, die Zugeſtändniſſe Philipps ſeien nichts wert, da ſie ſo mit Klauſeln und Einſchränkungen umgeben ſeien, daß man ihnen nicht trauen könne, und da ohne Generalſtände die Dinge überhaupt keine Wendung zum Beſſeren zu nehmen vermöchten. Sowohl im Staatsrate, als auch im privaten Geſpräche kam es zwiſchen Margaretha und Egmont zu heftigem Wortwechſel. Denn er beſonders betonte die Nutzloſigkeit der Depeſche Philipps. Er war nicht zufrieden mit der Abſchaffung der außerordentlichen päpſtlichen Inquiſition, da ja alles beim Alten bleiben würde, wenn die Biſchöfe fernerhin die Inquiſition handhaben ſollten. Nicht einmal die „Moderation“ nach dem Entwurfe von Aſſonleville fand mehr Gnade vor ſeinen Augen, da ſie das Land zu entvölkern drohe. Der ganze Unterſchied, der jetzt Egmont und ſeine frühere Gönnerin trennte, trat hervor, als die Botſchaften von den Tumulten in Flandern anlangten. Da verlangte Egmont, daß erſt der Staat gerettet würde, ſei es auch um den Preis des Verzichtes auf die Alleinherrſchaft des Katholizismus im Lande: ſolle man, ſo fügte er hinzu, zweimalhunderttauſend Ketzer töten? Unerbittlich jedoch beſtand jetzt die Herzogin darauf, daß das Schickſal von Staat und Religion unauflösbar mit einander verbunden ſei. Feierlich beteuerte ſie im Staatsrate: Selbſt wenn der König zwei Religionen zulaſſen wolle, ſo würde ſie ſich lieber in Stücke hacken laſſen, als dabei mitwirken.

Solch tönende Worte waren aber mehr für den König im fernen Spanien als für die Herren des Staatsrates beſtimmt. Wenn es zum Handeln kam, entſprachen ihnen nicht die Thaten, ſondern ſie half ſich mit bequemeren Mitteln. Sobald die Bließritter verſammelt waren, ſtellten ſich Ludwig von Naſſau

und die anderen Deputierten des Adelsbundes ein. Sie verlangten Antwort auf ihre zweite Petition und provisorische Freiheit der protestantischen Predigt als das einzige Mittel zur Stillung des tobenden Aufruhres im Lande. Die oppositionell gesinnten Großen unterstützten dieses Gesuch trotz aller Protestationen der Statthalterin. Abermals dachte Margaretha daran, nach Mons zu flüchten. Ihre persönliche Sicherheit schien ihr gefährdet. Schon hatte der Bilderſturm die Städte Brabants ergriffen und schien Brüssel in Mitleidenschaft ziehen zu wollen. Oranien und Egmont widersetzten sich indes der Absicht der Herzogin. Oranien drohte ihr, wenn sie fliehe, würde der Staatsrat sofort die Generalstände berufen, und Egmont, man würde sie in Mons belagern. Der Magistrat und das Volk schlossen die Thore der Stadt, und Tag und Nacht standen die Bürger unter Waffen, sowohl um aufständischen Bewegungen der Calvinisten und Überrumpelungsversuchen von dieser Seite vorzubeugen, als auch um die Herzogin am Entweichen zu hindern.

Heroismus war eben nicht Margarethas Sache, so sehr sie damit auch prahlte, und wiewohl sie sich in Brüssel immer noch sicherer, als sonst irgendwo befand, so spiegelte ihr doch ihre von Angst erhitzte Phantasie bereits vor, die Geusen würden sie und Viglius in das Gefängnis werfen. So gab sie denn nach; in der Nacht des 23. August willigte sie in der Sitzung der Ordensritter in einen „Accord" mit den Deputierten des Bundes: Die Predigten der neuen Religion dürften in Zukunft dort stattfinden, wo augenblicklich bereits gepredigt würde, bis der König im Einvernehmen mit den Generalständen anders verfügt hätte. Dafür versprachen die Deputierten, das Volk zur Niederlegung der Waffen zu bewegen, gewaltthätige Ausschreitungen, zumal Predigten unter Waffen und an Stätten, wo noch keine bisher gehalten worden seien, desgleichen Angriffe gegen die Katholiken und den katholischen Kultus zu verhindern. Am 25. August wurde dieser „Accord" gleichsam ratifiziert. Indem sie sich an die Depesche Philipps vom letzten Juli hielt, nur daß sie die in ihr enthaltenen Beschränkungen verschwieg oder fallen ließ, erteilte die Statthalterin dem Bunde das

urkundlich verbriefte Zugeständnis, daß die Inquisition aufgehoben sei, und daß ein neues Religionsgesetz erlassen werden solle; sie fügte hinzu, der König habe sich noch nicht entschlossen, ob er sich dabei der Mitwirkung der Generalstände bedienen wolle, doch hoffe sie ihn dazu zu bestimmen. Sie bewilligte dem Bunde die erbetene „Sicherheit", wiewohl sie von Philipp nur zu einem „Pardon" ermächtigt war. Dafür stellten die Deputierten einen Revers gleichfalls am 25. August aus, daß sie sich als gehorsame Vasallen des Königs verhalten, Gewaltthaten und die dem „Accorde" zuwiderlaufenden Predigten des Volkes abstellen würden, und daß ihr Kompromiß und der ganze Bund, solange ihnen die gewährte „Sicherheit" gehalten würde, null und nichtig sein solle. Durch einen feierlichen Eid bekräftigten sie diese Verpflichtungen.

Es war ein Triumph, wie sich ihn die Protestanten nicht glänzender wünschen konnten; waren es doch die Errungenschaften schon ihrer ersten Erhebung: nicht nur individuelle Gewissensfreiheit, sondern provisorisch auch Religionsübung mit gewissen örtlichen Beschränkungen, nämlich an denjenigen Stätten, wo sie bereits durch gewaltsame Usurpation thatsächlich bestand, also gleichsam ein Waffenstillstand auf dem status quo. Nur einer einzigen Anstrengung hatte es bedurft, um einen solchen Sieg zu erringen. Wie schwach mußten sich doch die Regierung und die katholische Kirche fühlen, daß sie vor einem einzigen Angriffe ohne einen Versuch des Widerstandes so hurtig kapitulierten! Schien es nicht vielmehr, als seien die Katholiken froh, daß sie seitens der Protestanten das Versprechen der Duldung und des Aufhörens gewaltsamer Störung erhielten? Schon eilten zur Ausführung des Accordes die Herren und hervorragende Mitglieder des Adelsbundes nach den aufständischen Provinzen, um die Protestanten zu entwaffnen und gegen Gewährung der zugestandenen Religionsfreiheit zum Gehorsam zurückzuführen. Oranien ging nach Antwerpen, Egmont nach Flandern, Hoorne im besonderem Auftrage nach Tournai, Hoogstraeten nach Mecheln. In Holland suchte Brederode, in Valenciennes die Herren von Audrignies und Lumbres die

Aufständischen zu beschwichtigen. Der Glaubenszwang und die Gewissensnot hatten nun ihr Ende gefunden. Frei und unbehindert konnte jetzt jeder zu seinem Gotte beten und ihm dienen, wie es ihm Recht und Pflicht dünkte. Ruhe und Frieden konnten jetzt im Lande wieder ihren Einzug halten.

Es waren Träume, denen ein jähes Ende beschieden war.

Zehntes Kapitel.

Margaretha unter dem Einflusse Mansfelds (1566/67).

Der Accord vom 23. August war gewiß ein erster Triumph für die Sache des Protestantismus; aber er trug nicht in sich die Bürgschaft der Dauerhaftigkeit. Denn er war weniger ein Erfolg der eigenen Kraft der Protestanten, als vielmehr eine Frucht der jahrelangen Entfremdung zwischen Krone und Land, sowie der augenblicklichen Kopflosigkeit der Regierung. Es war die Frage, inwieweit die katholische Opposition auch jetzt noch gemeinsame Sache mit den Protestanten machen würde. Die Liga der Herren war bereits gespalten. Mansfeld, Meghem und Noircarmes, die schon die Entstehung des Adelsbundes für revolutionär angesehen hatten, mußten die protestantische Erhebung und die Tumulte des Bildersturmes noch viel mehr verabscheuen. Oranien, Egmont und Hoorne und einige jüngere Vließritter, besonders Hooghstraeten und Brederode, waren freilich gesonnen, die Konsequenzen ihrer oppositionellen Haltung auch weiterhin auf sich zu nehmen. Zwar waren auch in ihren Augen die Ausschreitungen der letzten Woche ein Greuel. Aber teils glaubten sie, wie Oranien, man dürfe dafür nicht den gesamten Protestantismus, und am wenigsten die Lutheraner, verantwortlich machen. Teils waren sie, wie Egmont, von Schrecken gebannt und in der That der Ansicht, man müsse, um den Staat zu retten, der neuen Lehre nachgeben, und daher aus politischen Gründen geneigt, sich ehrlich mit dem Gedanken der

Toleranz zu befreunden. Wie lange sie freilich dabei verharren würden, mußte sich erst zeigen. Jedenfalls war die Liga schon lange thatsächlich aufgelöst, und dasselbe geschah nunmehr mit dem Adelsbunde. Die Mehrheit seiner Mitglieder erkannte jetzt erst deutlich die protestantischen Tendenzen der Führer und fühlte kein Bedürfnis, diesen dafür noch weiter ihre Mitwirkung zu schenken. Dazu kam, daß durch die von der Herzogin gewährte „Sicherheit" das Kompromiß formell aufgehoben ward, und die weitaus meisten Verbündeten waren froh, so mit Ehren ihrer Teilnahme an der „edelen Gesellschaft" los und ledig zu werden.

Auch die Statthalterin erholte sich allmählich von ihrem Schrecken. „Nur dem Zwange gehorchend und unter Thränen" hatte sie den Accord vom 23. August bewilligt. Sie wußte, daß dieser nie Philipps Zustimmung finden würde. Indem sie Gott zum Zeugen anrief, daß sie nur der Gewalt gewichen sei, gab sie dem Könige den Rat, ebendaher bei seiner geplanten Ankunft im Frühlinge des nächsten Jahres den Accord zu widerrufen, und ließ selbst eine geheime Protesterklärung in diesem Sinne aufsetzen. Auf die Herren der Opposition schob sie alle Schuld. Dieselbe Sprache, die sie dereinst im Jahre 1562 gegen die Großen in ihren geheimen Berichten an den König geführt hatte, kehrte jetzt seit dem Juli 1566 wieder und löste ihre bisherigen Schmähungen gegen Granvella und Viglius ab. Es war noch gelinde, wenn sie von Oranien, Egmont, Hoorne und Hooghstraeten schrieb: „In Worten und Thaten haben sie sich gegen Gott und den König erklärt." Kein Märchen, keine Verleumdung, und wenn sie noch so unsinnig gewesen wären, gab es, die sie nicht sofort dem Bruder hinterbracht hätte. Bald meldete sie, Oranien wolle sich zum Herrn des Landes machen und verspreche daher dem Volke Gewissensfreiheit, um es aufzuwiegeln. Bald erzählte sie ihm von einem Teilungsprojekte bezüglich der Niederlande: Friesland und Overyssel sollen an den Kurfürsten August von Sachsen, Holland an Brederode fallen; in Geldern werden sich die Herzöge von Cleve und Lothringen teilen, während Brabant für Oranien bestimmt

ist; Flandern, Artois und Hennegau werden an Frankreich kommen, jedoch unter Egmonts Statthalterschaft verbleiben. Und indem sie diesen tollen Altweiberklatsch wiedergab, versicherte sie mit der ernstesten Miene, es stamme aus guter Quelle, und sie halte es für ihre Pflicht, dem Könige darüber zu berichten. Von Mansfeld wollte sie gehört haben, alle protestantischen Fürsten Deutschlands steckten mit dem Adelsbunde unter einer Decke; eine allgemeine Revolution stehe bevor, die Herrscher zu entthronen und das Haus Habsburg zu stürzen; schon seien die Ketzer in England, Frankreich und in allen anderen Ländern aufgestachelt, das Gleiche gegen ihre Dynastien zu unternehmen.

Wenn Margaretha dem Könige zur Entschuldigung des Akkordes vom 23. August schrieb, die Einwilligung sei ihr gewaltsam abgedrängt worden, so war das nur bedingt richtig. Es hätte wohl in ihrer Hand gelegen, das Schicksal anders zu gestalten, wenn sie es eben verstanden hätte, die nötige Energie zu entwickeln. An Mitteln dazu fehlte es ihr keineswegs. Einige Monate zuvor hatte ihr der König die durch Egmont im Frühjahre 1565 in Aussicht gestellte Subvention von 150000 Dukaten (gleich 300000 Gulden) übermittelt, und sie verwandte eben um jene Zeit 225000 Gulden davon für Soldzahlungen an die Ordonnanzkompagnien und die Infanterie. Mit einiger Sicherheit durfte daher die Regierung schon auf die Unterstützung der stehenden Truppen rechnen, zumal da diese mit geringen Ausnahmen ergeben gesinnt waren, wenn auch ihre Hauptleute, die Großen, nicht ganz sicher waren. Aus dem Jahre 1563 hatte sie noch eine Vollmacht über 100000 Dukaten für den Fall eines plötzlichen Aufstandes zur Verfügung, und diese benutzte sie beim Ausbruche der Unruhen, um in Antwerpen Geld auf Wechsel aufzunehmen. Und dazu hatte sie spätestens Mitte August die Anzeige einer neuen Vollmacht über 300000 Dukaten mit dem Befehle zu Werbungen in Deutschland erhalten. Margarethas finanzielle Lage war also den früheren Jahren gegenüber eine glänzende. Bereits vor dem Accorde des 23. August stand die Summe von 550000 Thalern oder 1 110000 Gulden zu ihrer Disposition, die ihr doch die Möglichkeit zu entschiedenem

Auftreten gewährte. Umsonst hatten ihr Meghem, Mansfeld und Aremberg schon im Juli zu Rüstungen geraten, und die Verhältnisse predigten ihr eindringlich genug diese Notwendigkeit. Aber mutlos legte sie die Hände in den Schoß und begnügte sich, mit Egmont zu zanken, und dem Könige einen Brief um den andern mit Klagen und Verdächtigungen gegen die drei Herren zu schreiben, in Wirklichkeit jedoch das zu thun, was diese von ihr gebieterisch verlangten. Der Magistrat und die große Mehrheit der Bürgerschaft von Brüssel waren katholisch gesinnt und schritten gegen alle Excesse mit Ernst und Nachdruck ein; anstatt bei ihnen eine feste Stütze zu suchen, wollte sie entweichen. Die Brüsseler hatten alles Recht, sie wider ihren Willen in der Stadt zurückzuhalten; denn ihre Flucht hätte in der That eine allgemeine Panik und den ungehinderten Ausbruch der Revolution zur Folge gehabt. Ihre Furcht und Kopflosigkeit überstieg alle Grenzen. Ohne auch nur den Versuch thatkräftigen Widerstandes gegen die Bilderstürmer und den Bund zu wagen, wollte sie das Feld räumen, und kleinmütig bewilligte sie der Opposition alles, was diese wünschte, um nachher freilich im geheimen alles zu widerrufen. Ein solches Verfahren hatte allerdings den Vorzug der Bequemlichkeit für sich; aber Mut und Standhaftigkeit dürfte man darin allen ihren hochtrabenden Redensarten zum Trotze vergebens suchen.

Die Wahrheit war eben, daß sie einer so schwierigen Situation durchaus nicht gewachsen war. Sie war viel zu unselbständig und schwachmütig, um allein aus diesen Wirren einen rettenden Ausweg zu finden. Sie bedurfte einer starken Hand, deren Leitung sie sich anvertrauen und unterwerfen konnte. Und diese bot sich ihr jetzt. Es war Peter Ernst von Mansfeld, wie Oranien, ein deutscher Graf von Geburt, der jetzt den seit ihrem Bruche mit den drei Herren des Staatsrates frei stehenden Platz eines Leiters und Vertrauensmannes bei ihr einnahm, eine der unangenehmsten Persönlichkeiten jener Epoche der niederländischen Geschichte. Sein Geiz war sprichwörtlich. Ein jüngerer Bruder Granvellas sagte von ihm: „Er ist Niemandes Freund, als seiner selbst und Niemandem

erkenntlich, außer solange er ihn ausnützen kann.“ Kein anderer Statthalter trat so hochmütig und hochfahrend gegen das Berufsbeamtentum in den Provinzialhöfen auf. Ein einträgliches Geschäft hatte er in den letzten Kriegen durch eine Art von Menschenhandel betrieben: er kaufte vornehme Gefangene gemeinen Soldaten, die nicht wußten, welch gute Beute sie gemacht hatten, für ein Geringes ab, um dann seinerseits ein großes Lösegeld zu erpressen. Der Liga hatte er von Anfang an als ein besonders eifriges Mitglied angehört; zur Feier der Taufe eines Sohnes (1564) war ein derbes Possenspiel aufgeführt worden, in dem unter ungeheuerer Heiterkeit der Zuschauer Granvella und sein Streit mit Renard als Zielscheibe des Spottes herhalten mußten: es stellte das einen Kardinal, der von zwei Teufeln mit Fuchsschwänzen (queues de renard) gehetzt wurde dar. Mit Margaretha stand er zuerst auf dem denkbar schlechtesten Fuße, zumal als diese ihm nicht die Reise zur Hochzeit Oraniens nach Sachsen erlauben wollte; seitdem er aber ihre Schwiegertochter, die Infantin von Portugal, eingeholt hatte, besserte sich das Verhältnis. Schon mit der Bildung des Adelsbundes nicht einverstanden, zog er sich seit der Erhebung der Protestanten gänzlich von der Liga zurück. Ein unglückseliges Ereignis in seiner Familie verschärfte die Spannung mit seinen ehemaligen Freunden. Brederode war sein Schwager, und bei diesem weilte eine Tochter Mansfelds aus erster Ehe, die indes dort so schlecht behütet wurde, daß sie sich von einem Bastarde des früheren Prinzen von Oranien, des Vorgängers Wilhelms, entführen ließ. Mansfeld war über diesen Skandal sehr erbittert und schrieb die Schuld daran Brederode zu. Er zwang seinen Sohn Karl, aus dem Adelsbunde auszutreten, und umsonst suchte der kinderlose Brederode dadurch, daß er dem Grafen Karl die Nachfolge in seinen Gütern zusicherte, die Aufhebung dieser Maßregel zu erreichen. Indem sich Mansfeld jetzt der Herzogin zur Verfügung stellte, vergaß er übrigens seinen persönlichen Vorteil nicht. Er strebte darnach, die große Herrschaft Turnhout in Nordbrabant in Pfandbesitz zu erhalten, und immer wieder drangen er und

Margaretha in Philipp, ihm diesen Beweis seiner Gnade zu bewilligen.

Dieser Mann, brutal aber energisch, war es, in dem Margaretha jetzt den heißersehnten Retter und Helfer fand, dessen starker Arm ihr einen Weg durch die Gefahren zu bahnen versprach, von denen sie umgeben war. Sie lehnte sich an ihn so eng, und er gewann über sie eine so große Macht und einen so dauernden Einfluß, wie das weder in ihrem Verhältnisse zu Granvella, noch auch später zu Oranien und Egmont der Fall gewesen war. Während sich Oranien, Egmont und Hoorne bald nach dem Accorde in die Provinzen begaben, um diesen zur Ausführung zu bringen, blieb Mansfeld in Brüssel. Zum Generalkapitän dieser Stadt ernannt, traf er zweckmäßige militärische Vorkehrungen, um Brüssel vor Überfällen und Gewaltthätigkeiten seitens der Calvinisten zu schützen und so die persönliche Sicherheit der Statthalterin außer Zweifel zu stellen. Sowie sie ihre Person in fester und zuverlässiger Hut wußte, atmete sie wieder auf. Das nächste Gefühl, von dem sie gefaßt ward, war ein unsägliches Grauen über die Frevel, die gegen den Kult und die Diener der alten Religion verübt worden waren. Die Bigotterie ihrer Seele, die durch die Feindschaft gegen Granvella einen Stoß erlitten hatte, wurde angesichts der ungeheuren Missethaten und Heiligtumsschändungen der letzten Wochen wieder wachgerufen. „Ich wünschte, ich könnte denen, welche die Kirchen verheert haben, das Herz auskrallen und ihr Blut trinken, aber noch mehr denen, welche die Urheber davon sind," so sagte sie zu einem ihrer italienischen Diener, indem sie unter den „Urhebern" schwerlich sonst Jemanden, als die Verbündeten und die Herren der Opposition verstand. Man sah sie zu dem berühmten wunderthätigen Marienbilde, das einst im Besitze der heiligen Elisabeth gewesen sein soll, in der schönen gotischen Kirche zu Hal wallfahrten. Dort ließ sie so viele Messen lesen, „als ob die Exequien eines Papstes gefeiert würden", zwei stille und eine mit Musik und Gesang. Drei und eine halbe Stunde lang lag sie auf den Knien, den Blick unverwandt auf das Gebetbuch

gerichtet, bis sie von einem Ohnmachtsanfalle betroffen zu werden drohte.

Bald zeigten sich die Spuren einer neuen Wendung der Dinge. Der wahre Leiter der Politik der Regierung wurde Mansfeld, der — wiewohl nicht Mitglied durch königliche Ernennung — an allen Sitzungen des Staatsrates teilnahm und dort das entscheidende Wort führte. Im Anfange des September bereits verbot Margaretha die geplante Unterzeichnung eines Sicherheitsbriefes der Ordensritter für den Adelsbund. Dem Accorde widersprach es direkt, wenn sie den Bürgern von Brüssel den Besuch der Predigten selbst außerhalb der Stadt untersagte. Bald sollten auch die vornehmsten Herren spüren, daß ein anderer Wind am Hofe wehe. Der Wortlaut des Accordes gab der Deutung einen weiten Spielraum, und sie waren geneigt, ihn möglichst zu Gunsten der Protestanten auszulegen. Oranien ging in Antwerpen darin voran, indem er daselbst den Protestanten nicht nur freie Religionsübung gestattete, sondern auch innerhalb der Stadtmauern gewisse Orte zum Kirchenbau anwies. Den Calvinisten von Tournai erlaubte Hoorne gleichfalls die Errichtung von Kirchen, zwar nicht innerhalb der Stadt, jedoch nahe an den Mauern, und in Flandern gewährte Egmont unbeschränkte Religionsfreiheit und Verzeihung für die „Verführten", falls sie die Waffen niederlegten. Alle diese Konzessionen aber schienen der Herzogin jetzt viel zu weitgehend. Sie wollte nicht, daß in den Städten gepredigt würde. Am schärfsten geriet sie mit Hoorne zusammen. Zu dreien Malen befahl sie ihm Widerruf seiner Zugeständnisse und Rückkehr nach Brüssel. Schließlich leistete er Folge. Wütend verließ er Tournai, reichte eine Beschwerde beim Könige gegen Margaretha ein und zog sich auf seine Güter zurück, indem er ein weiteres Verbleiben am Hofe mit den Worten ablehnte, er sei nicht gewohnt, sich über Ehrensachen mit Weibern in Verhandlungen einzulassen. Auch von Oranien forderte die Statthalterin die Zurücknahme seiner Verfügungen in Antwerpen. Als er nicht gehorchte, schob sie das auf den Einfluß seines Bruders Ludwig, der auch dadurch ihren Zorn erregte, daß er die Brüsseler warnte, sich den Besuch der

Predigten außerhalb der Stadt verschränken zu lassen, und forderte des Grafen Entfernung aus dem Lande. Nicht nur Antwerpens wegen kam es zum Konflikte mit Oranien, sondern auch wegen Holland. Margaretha ließ seinen Wunsch, Brederode möge hier mit seiner Stellvertretung beauftragt werden, unerfüllt; sie gab ferner dem bei den Herren verhaßten Herzoge Erich von Braunschweig und dem Magistrate von Gouda die Erlaubnis, Truppen anzunehmen. Das betrachtete Oranien als einen Eingriff in seine Rechte als Gouverneur, und er begab sich am 12. Oktober von Antwerpen, wo Hooghstraeten sein Nachfolger wurde, selbst in seine Provinzen. Ebensowenig fanden Egmonts Bemühungen in Flandern Margarethas Beifall. Sie verwarf den Pardon, den er verkündigt hatte, nicht minder die unbeschränkte Religionsfreiheit. Der Staatsrat erklärte, daß ein Unterschied zwischen „Predigten" und „Religionsübung" bestünde; im Akkorde vom 25. August aber sei den Ketzern nur die Predigt erlaubt worden, nicht auch Taufen, Heiraten, Begräbnisse, Kollekten und Konsistorien, und was sonst noch mehr zur Religionsübung gehöre. Und selbst die freie Predigt wurde durch ein Edikt (vom 8. Oktober) getroffen, durch das alle Fremden, also vornehmlich die ausländischen Prediger, des Landes verwiesen wurden.

Schon im September 1566, wenige Wochen nach der Bewilligung des Accordes, konnten sich die Herren nicht mehr verhehlen, daß ein anderer Geist die Handlungen der Statthalterin belebe, nämlich der Mansfelds. Egmont charakterisierte einige Zeit später den Umschwung mit den Worten, sie sei eine in Rom „gesäugte" (nourrie) Frau und werde von Mansfeld beherrscht. Oranien weigerte sich, nach Brüssel zu kommen, da er dort für sein Leben fürchtete; ebenso ließ er schon im Anfange des Oktober der Herzogin mitteilen, er würde die Ankunft des Königs mit einem Heere nicht abwarten, sondern vorher das Land verlassen. Von den verschiedensten Seiten gingen ihm und seinen Genossen Warnungen zu, vor dem Könige und der Herzogin auf der Hut zu sein. Dazu gehörten die drei berühmten Alababriefe, Schreiben, die angeblich vom spanischen

Gesandten Alaba in Paris an Margaretha gerichtet waren, und welche die französischen Hugenotten in den Monaten September und Oktober Oranien in die Hände spielten.[1]) Sie besagten, man solle nur vorderhand die niederländischen Großen in Sicherheit wiegen, um sie für die Stunde der Rache aufzubewahren; ebenso würde dann später mit den französischen und deutschen Protestanten geschehen. Die Briefe waren Fälschungen; sie gaben aber die Stimmung der spanischen Regierung ganz richtig wieder. Zur Genüge wußte Oranien jedenfalls, wessen er sich von Philipp zu versehen habe; doch dachte er, von seinem Bruder Ludwig beraten, in Wirklichkeit nicht daran, ohne Kampf das Feld zu räumen. Wir haben Kunde von einem Projekte, das aus dem Kreise Oraniens — vermutlich in den letzten Tagen des September — entsprungen ist, und ihm, sowie dem Grafen Egmont und Hoorne vorgelegt wurde. Es gestattet uns einen tiefen Einblick in die Pläne Oraniens und seiner Umgebung und ist zugleich charakteristisch dafür, wie scharf und richtig man dort die Statthalterin beurteilte. Es sei kein Zweifel, so ward in dem Schriftstücke ausgeführt, daß die Herzogin Oranien, Egmont und Hoorne für die Anstifter der jüngsten Tumulte halte. Man dürfe ihr kein Vertrauen mehr schenken; denn das Wohl des Landes sei ihr ganz gleichgültig, und nur die privaten Angelegenheiten ihres Hauses lägen ihr am Herzen. Sie strebe nur darnach, die Citadelle von Plazentia wiederzubekommen, die ihr der König, wenngleich er ihren Sohn vermählt habe, noch vorenthalte. Daraus sei zu ersehen, daß er weder sie noch ihr Haus für zuverlässig erachte. Welches Unglück sei das aber für das Land! Denn ihr, der er nicht einen festen Platz in ihrem eigenen Gebiete anvertrauen wolle, habe er die sämtlichen Niederlande übertragen, und sie würde keinen Augenblick anstehen, diese in das Verderben zu stürzen, wenn ihr nur jenes eine Schloß zu teil würde. Daran schloß sich der Vorschlag, daß Oranien, Egmont und Hoorne sich als treue Diener des Königs und als Protektoren von Adel, Vaterland

[1]) S. hierzu Ritter, Archiv für sächs. Gesch. N. F. Bd. 5 S. 363 ff.

und Volk, um den Accord vom 23. August aufrechtzuerhalten, und alle, die sie daran hindern wollten, als Feinde des Königs und Rebellen erklären sollten. Das war eine Wiederaufnahme des Gedankens in der Petition von St. Trond, zugleich aber auch eine förmliche Entsetzung der Herzogin zu Gunsten der drei Herren des Staatsrates.

Ehe er sich von Antwerpen nach Holland begab, wagte Oranien den Versuch, Egmont und Hoorne für diesen Plan zu gewinnen. Er lud beide zu einer Zusammenkunft ein. An Egmont schickte er einen Edelmann mit einer längeren Instruktion, in der er dem Grafen vorstellte, daß dem Lande ohne Zweifel das Joch der spanischen Knechtschaft drohe; er werde sich ihr nicht unterwerfen, und wenn Egmont und Hoorne derselben Ansicht seien, so wolle er alles thun, was er vermöge, um diese Gefahr abzuwenden. Zwei Wege gebe es, die zu diesem Ziele führen könnten: die Einberufung der Generalstände oder, da das zu langwierig sei, der Entschluß, selbst in Gemeinschaft mit Freunden und Anhängern die Initiative zu ergreifen. Das zielte auf die in der soeben besprochenen Denkschrift entwickelte Idee, die Zentralgewalt der Statthalterin zu entreißen und in die Hände eines, aus Oranien, Egmont und Hoorne bestehenden Comités zu legen. Der Leiter dieses Direktoriums würde natürlich Oranien geworden sein, sowohl wegen seiner geistigen Überlegenheit als auch deshalb, weil er die engsten Beziehungen zu den aufständischen Edelleuten unterhielt, und weil die Werbungen in Deutschland unter seiner Autorität geschahen; er würde daher in erster Linie die Disposition über die Truppen der Revolutionspartei gehabt haben.

Es war nur die Frage, ob es gelingen würde, Egmont mit dem Gedanken einer bewaffneten Erhebung vertraut zu machen. Der Graf verkannte ja keineswegs, daß sich die Statthalterin von ihm abgewendet hatte: aber war das für ihn ein genügender Grund, die Waffen zu ergreifen, da er sich selbst keiner Handlung schuldig dünkte, durch die er die Grenzen gesetzmäßiger Opposition überschritten hätte? Zwar wollte er den Protestanten Duldung gewährt wissen: aber sollte er sich deshalb

mit ihnen zu gemeinsamem Kampfe gegen den König verbünden? So weit ging doch schließlich das Interesse nicht, das er am Protestantismus nahm. Es war ja doch mehr die Furcht und politische Rücksicht gewesen, die ihn zu seiner religiösen Toleranz bestimmten. Das einzige Motiv, das ihn zu gewaltsamem Widerstande bewegen konnte, wäre die Überzeugung gewesen, daß der König ihm ungnädig gesinnt sei und ihm an das Leben wolle. Doch auch da konnte es noch zweifelhaft sein, ob nicht Loyalität und Vasallentreue die Regungen des Mißtrauens und der Furcht gegen den königlichen Herrn ersticken würden. Sein Vorschlag war anderer Art als der, welchen Oranien vorzog: Aufrechthaltung des Accordes und möglichst baldige Einberufung der Generalstände zur endgültigen Schlichtung der herrschenden Wirren. Für diese Unternehmung mußte vor allem Mansfeld gewonnen werden. Denn er besaß jetzt das Ohr der Herzogin, und wenn man ihn wieder zur Liga herüberzog, so stand zu hoffen, daß auch die Statthalterin wieder ihre feindselige Haltung gegen die Herren aufgeben würde.

Als die Botschaft Oraniens an Egmont gelangte, befand sich dieser in seinem Schlosse zu Sotteghem bei Oudenarde. Er nahm die Einladung des Prinzen an, und es wurde eine Zusammenkunft am 3. Oktober in dem mitten zwischen Brüssel, Gent und Antwerpen gelegenen flandrischen Städtchen Dendermonde verabredet. Egmont reiste über Brüssel dorthin und gab sich große Mühe, Mansfeld zu bewegen, sich ihm anzuschließen. Da dieser sich beharrlich weigerte, mußte er allein nach Dendermonde weiterfahren, wo bereits Oranien, Hoorne, Hoogstraeten und Ludwig von Nassau seiner harrten. Oranien und besonders Ludwig von Nassau, dem sein Bruder in vorsichtiger Zurückhaltung das Wort überließ, gaben sich alle Mühe, Egmont für ihr Projekt geneigt zu stimmen. Sie legten ihm den ersten der Alababriefe vor, den sie damals bereits in den Händen hatten. Man verglich die Warnungen, die man empfangen hatte, und fand, daß der König Oranien, Egmont, Hoorne und Mansfeld enthaupten lassen wolle: sollte ihnen ein solches Schicksal zugedacht sein, so müßten sie beizeiten daran

denken, sich durch Freunde zu stärken, um dem entgegenzuwirken und sich zu retten. Damit war das entscheidende Wort gesprochen. Es gab für sie nur noch die Alternative, das Land zu verlassen oder die Waffen zu ergreifen und Truppen anzunehmen. Aber am Widerspruche Egmonts scheiterte die Sache des gemeinsamen Widerstandes. Er erklärte, es sei ihm schwer, zu glauben, daß der König in der That mit solchen blutigen Absichten sich trage; aber auch wenn das der Fall sei, so müsse man sich darauf beschränken, das Land zu verlassen. Oranien und Ludwig von Nassau erzählten später, Egmont habe, als die Rede auf die Notwendigkeit von Rüstungen kam, erwidert: „Ich habe keine Bekanntschaften in Deutschland; du, o Prinz, kannst dies leicht bewirken!“ Die Anklage schloß aus diesen Worten, Egmont habe seine Zustimmung zu den Werbungen erteilt. Der Graf bestritt indes, diese Äußerung gethan zu haben, und man darf wohl annehmen, daß, wenn er eine ähnliche Redewendung gebrauchte, er durch sie vielmehr die Teilnahme an den Rüstungen ablehnen wollte. Hoorne scheint sich zugänglicher gezeigt zu haben als Egmont. Es ist bezeichnend, daß er später in seinem Prozesse mit der Aussage über seine Haltung auf der Versammlung von Dendermonde in diesem Punkte zurückhielt — wie der Präsident von Artois in einem von Alba geforderten Gutachten über den Prozeß Egmonts mit gutem Grunde bemerkte, schwerlich zu Gunsten Egmonts, sondern wohl um seiner selbst willen. Jedenfalls machte die Haltung Egmonts die Hoffnungen zu nichte, daß die drei Herren des Staatsrates, die bisherigen Häupter der oppositionellen Bewegung, nunmehr gemeinschaftlich das Banner des Aufstandes entrollen und das Unternehmen wagen würden, der Statthalterin die Regierungsgewalt zu entwinden. Zornentflammt reiste Egmont von Dendermonde ab, und nicht minder mißmutig war gewiß Oranien. Ludwig von Nassau wenigstens bemerkte: „Niemals werden wir bei diesem Manne etwas erreichen, und wir werden auf seine Hilfe verzichten müssen, wenn wir vorwärts dringen wollen“.

Damit hatte die alte Liga der Herren in Wahrheit den Todesstoß erhalten. Zwar blieb Egmont noch eine Zeitlang

seinen damaligen Anschauungen getreu und wollte sogar der Liga neues Leben einhauchen, indem er noch einmal Mansfeld zu sich herüberzuziehen suchte. Bald nach den Verhandlungen zu Dendermonde schrieb er ihm zu diesem Zwecke einen Brief unter bitteren Klagen über die Statthalterin. Aber Mansfeld blieb fest. Er erwiderte, er habe früher zur Liga gehört, als diese darauf ausging, Granvella zu entfernen, die Inquisition abzuschaffen, die Plakate zu mildern und sogar Verzeihung für den Adelsbund zu erwirken: Alles das habe der König bewilligt. Er ermahnte Egmont und die übrigen Herren, sich so zu führen, daß sie dem Könige bei seiner Ankunft gute Rechenschaft ablegen könnten. Auf ihre Warnungen, Philipp trachte auch nach seinem Haupte, entgegnete er, er habe keine Furcht, da er sich eines reinen Gewissens bewußt sei; er sei bereit, nach Spanien zu gehen und sich dort zu verantworten; denn es könne ihm dort nichts anderes widerfahren als Ehre und große Gunst. Man müsse sich damit begnügen, daß man dem Könige so oft die Gefahren vorgestellt habe, die sich aus der Nichtberufung der Generalstände ergeben könnten; aber man dürfe ihn nicht zwingen, sich dazu zu entschließen. Noch Mitte November schlug Egmont im Staatsrate, an dessen Sitzungen Oranien und Hoorne längst nicht mehr teilnahmen, Gewährung von Gewissensfreiheit und Einberufung der Generalstände vor, indem er es zugleich als unbedingt erforderlich bezeichnete, daß der König darauf verzichte, mit Waffenmacht in den Niederlanden aufzutreten. Natürlich widersetzte sich Margaretha diesen Anträgen, und Egmont war darüber sehr ungehalten. Schließlich aber machte er seinen Frieden mit Margaretha, und seit dem Beginne des Jahres 1567 segelte er ganz in dem Fahrwasser der Politik von Mansfeld und Noircarmes. Unter Thränen beklagte er seine früheren Verirrungen.

Ebenso wie sich in dem Kreise der Herren die gemäßigten Katholiken von der protestantisch gesinnten Aktionspartei zurückzogen, so auch in der Sphäre des niederen Adels. Durch den Revers vom 25. August war das Kompromiß aufgehoben worden. Schon Mitte September freilich neigten sich die Führer

des Bundes der Ansicht zu, daß es, da Margaretha den Akkord nicht halte, wieder in Kraft trete. Aber vergeblich blieben alle Bemühungen, „die Einheit unter den Verbündeten wiederherzustellen und die Kleinmütigen zu ermuntern". Die katholische Majorität erkannte die wahren Absichten der Oberhäupter und wandte sich von ihnen ab. Schließlich stand das Häuflein der protestantisch gesinnten Leiter und Eingeweihten vereinzelt da, und das war alles, was von der „edelen Gesellschaft" übrig geblieben war. Viele der einstigen Genossen gingen auf ihren Herrschaften sogar scharf gegen die Glaubensneuerer vor. Jedenfalls hatten die Tumulte des Monats August die Sympathien der katholischen Majorität für die Protestanten zerstört. Noch vor Ablauf des Jahres 1566 sprachen sich die Stände von Brabant und Flandern geradezu für die Unterdrückung der Predigten, Ketzereien und Unruhen aus, und wären die Generalstände damals zusammengetreten, so hätte sich schwerlich — ausgenommen etwa nur die Deputierten von Valenciennes — unter ihnen eine Stimme für die neue Lehre erhoben.

Mit einem Schlage hatte sich die Lage der Protestanten im Lande durchaus verändert. Sie mußten sich sagen, daß sie nur durch Kampf und Gewalt noch den Accord zu schützen vermochten, und daß sie dabei den größten Teil ihrer bisherigen Freunde von der katholischen Seite nunmehr im Heereslager der Regierung antreffen würden. Und sie sollten erfahren, daß es viel leichter war, Tumulte anzustiften und einen vorübergehenden Terrorismus auszuüben, als einen planmäßigen, kraftvollen und wohl fundierten Widerstand zu organisieren. Das Geld, das die Konsistorien Ludwig von Nassau für die Werbungen in Deutschland zur Verfügung gestellt hatten, ging schon im Oktober aus, und es handelte sich nun darum, neue Mittel aufzubringen. Um die Mitte dieses Monats trat daher eine Synode zu Gent zusammen; sie beschloß, drei Millionen Gulden unter dem Vorwande zu sammeln, dem Könige diese Summe für die Bewilligung freier Religionsübung anzubieten, und zwar sollte eine halbe Million binnen Monatsfrist einlaufen. Lokale Hebestellen sollten Listen zur Zeichnung von Beiträgen

in Bewegung setzen, und in Antwerpen wurde eine zentrale Sammelstelle eingerichtet. In der That wurden von Antwerpen, Flandern und Mecheln her Petitionen mit dem Anerbieten von drei Millionen in Gold für Gewährung der Religionsfreiheit bei der Regierung eingereicht. Die Statthalterin verweigerte entrüstet die Annahme. Die Calvinisten waren sich auch gewiß von vornherein der Aussichtslosigkeit dieser Bitte bewußt, und es kam ihnen nur darauf an, möglichst ungeniert eine wirksame Organisation zur Erhebung von Geldern für ihre Parteizwecke zu schaffen. Aber der Erfolg war ein kläglicher. Die erste halbe Million war noch um Weihnachten 1566 nicht gezeichnet, geschweige denn eingekommen. Erst im Dezember wurden seitens der protestantischen Edelleute große Zeichnungen gemacht, aber nur zum Scheine. Denn sie überstiegen weit deren Kräfte, und hatten lediglich die Bestimmung, die Großmut der nachfolgenden Subskribenten anzureizen. Das Wartegeld für die Truppen in Deutschland konnte inzwischen nicht gezahlt werden, und damit schwand die Hoffnung auf diesen Succurs. Was halfen die ungezügelten Pöbelrotten, die den Bilderstürm verbrochen hatten, und auf deren Mitwirkung man auch jetzt noch rechnete, wenn es zum ernsten Kampfe kam? Geld mußte man haben, um wohl geordnete und disziplinierte Truppen in Sold nehmen zu können, und am Geldmangel ist denn schließlich — — abgesehen von den inneren dogmatischen Gegensätzen — die erste Erhebung der niederländischen Protestanten elendiglich zu Grunde gegangen.

Gerade in den letzten Monaten des Jahres 1566 wäre den Protestanten mehr, als je, Verträglichkeit und Opfermut nötig gewesen, da die Herzogin jetzt die letzten Rücksichten fallen ließ und eine noch schärfere Tonart, als bisher, anschlug. Anfang Dezember erging ein genereller Erlaß, daß den Protestanten durch den Accord nur die Predigt, nicht auch die übrigen Kulthandlungen gestattet seien. Als Egmont sich weigerte, die Waffen zu ergreifen, um die Aufhebung der von ihm mit den flandrischen Ketzern geschlossenen Verträge durchzusetzen, die mehr als die Bewilligung bloßer Predigt enthielten, da stellte

sie es dem Könige anheim, wie gegen den Grafen einzuschreiten sei. Und schon wurde ihr der Accord überhaupt lästig. Bei Verhandlungen mit den holländischen Ständen in Schoenhoven wollte Oranien die Predigten nur dort gestattet wissen, wo sie schon vor dem 23. August gehalten worden seien, doch außerhalb der Städte und Kirchen. Margaretha erkannte an, daß das streng nach dem Wortlaute des Akkordes sei; dennoch ersuchte sie ihn, „Besseres zu erwirken," und forderte zugleich den König auf, dem Prinzen den Abschied zu geben. Sie erbat sich sogar für sich selbst die Vollmacht, ungehorsame Gouverneure absetzen zu dürfen, da sich genug Getreue, wie sie jetzt plötzlich merkte, zum Ersatze finden würden. „Zur Unterscheidung der Guten von den Bösen" nahm sie einen bereits früher gehegten Gedanken wieder auf, einen neuen Eid unbedingter Treue und Unterwerfung schwören zu lassen. Zuerst forderte sie ihn durch die Vermittlung der Provinzialgouverneure, unter denen Oranien freilich Schwierigkeiten erhob, von den Städten. In den ersten Tagen des Januars 1567 stellte sie im Staatsrate den Antrag, daß alle Mitglieder dieser höchsten Behörde, alle Gouverneure, Ordensritter und Kapitäne der Ordonnanzbeamten schwören sollten, dem Könige gegen Jeden und Alle ohne Ausnahme zu dienen. Mansfeld war der Erste, der sich im Staatsrate dazu bereit erklärte; ihm schlossen sich Arschot, Meghem, Berlaymont und nach einigem Bedenken auch Egmont an: Das war das Ende seiner Opposition. Die Gouverneure, Kapitäne, Kastellane, Baillis und alle Beamten, die mit der Verreichung von Lehen beauftragt waren, mußten allen Edelleuten, Vasallen und Lehnsträgern, sowie den Reitern in den Ordonnanzkompagnien denselben Treuschwur abnehmen, und auch das gesamte Beamtentum, die Räte in den Zentral- und Provinzialbehörden, alle Lokalbeamte, Magistrate und Richter, sowie der gesamte Klerus wurden zu neuer Eidesleistung verpflichtet. Unter den Herren weigerten sich nur Oranien, Hoorne, Hooghstraeten und Brederode; ihrem Beispiele schloß sich eine Anzahl Adliger an. Sie allein blieben noch übrig von der Opposition, außerdem allerdings noch eine Reihe größerer Städte, die von den Protestanten

und ihren Gönnern beherrscht wurden. Sie waren die festen Stützpunkte des Protestantismus und mußten daher bezwungen sowie entwaffnet werden, ehe dieser ausgerottet werden konnte.

Mit Eifer, wenngleich anfangs nicht ohne Zagen ging die Herzogin an dieses Werk. Mit Gelde war sie reichlich genug versehen. Hatte ihr doch der König außer den schon überwiesenen Summen die Erlaubnis erteilt, 200 000 Dukaten, die er für die Organisation einer Lotterie zur Tilgung der alten Rückstände für die einheimischen Soldaten früher bewilligt hatte, zur Unterdrückung der Unruhen zu verwenden, und dazu schickte er ihr in der Zeit vom Oktober 1566 bis zum März 1567 noch mehrere hunderttausend Dukaten. Die Mahnungen ihrer Ratgeber zu Rüstungen fanden jetzt besseres Gehör bei der Statthalterin, als im Sommer beim Beginne der protestantischen Erhebung. Mit Zustimmung des Königs, der freilich die Annahme deutscher Truppen wünschte, wurden gegen Ende des Jahres 1566 eine große Anzahl neuer Kompagnien einheimischer Soldaten gebildet und teils den Gouverneuren in Friesland und Geldern zugeteilt, teils für die südlichen Grenzprovinzen bestimmt. Die Regierung glaubte sich jetzt stark genug, sich an die Städte zu wagen, und zwar beschloß man, nach Möglichkeit immer alle Kräfte gegen eine Einzige von ihnen zu richten. Auf den Rat von Noircarmes, der darauf brannte, sich die Sporen im Kampfe gegen die Ketzer und Rebellen zu verdienen, begann man mit Valenciennes. Margaretha und dem Staatsrate erschien der Vorschlag zuerst nicht unbedenklich. Denn auf einen guten Anfang schien Alles anzukommen, und die Stadt war nicht nur ein Hauptherd der protestantischen Umtriebe, sondern galt auch als ganz besonders stark befestigt. Als stellvertretender Gouverneur forderte Noircarmes die Ausweisung des Predigers Peregrin de La Grange, als eines Franzosen von Geburt, und Beschränkung des calvinistischen Gottesdienstes auf die Predigt. Als ihm das abgeschlagen wurde, rückte er Ende November 1566 mit Truppenmacht vor die Stadt und heischte Aufnahme einer Garnison, indem er zugleich Anstalten traf, sie einzuschließen. Anfangs war man nicht abgeneigt,

ihm zu willfahren; auf den Rat der calviniſtiſchen Prediger Guy de Bray und Peregrin de la Grange, der konföderierten Edelleute und ſelbſt des Grafen Hoorne nahm man jedoch ſchließlich eine abweichende Haltung ein. Durch ein Edikt wurde nunmehr die Stadt als „rebelliſch“ erklärt; Noircarmes begann die regelrechte Belagerung und bat die Herzogin um die Erlaubnis zum Sturme. Noch vermochte ſich aber dieſe nicht aus eigener Initiative zu einem ſo kühnen Unternehmen zu entſchließen. Durch ein Schreiben vom 18. Dezember ſtellte ſie dem Herrſcher die Entſcheidung anheim.

Man ſtand an der Schwelle des Bürgerkrieges. Jetzt mußte es ſich zeigen, wer der Stärkere war, die Regierung oder die faſt bis auf die Proteſtanten zuſammengeſchmolzene Oppoſition. Die Calviniſten ſchwankten keinen Augenblick, den von der Regierung hingeworfenen Fehdehandſchuh aufzunehmen. Es frug ſich nur, ob die Lutheraner, vor allem Oranien, ihr heimliches Oberhaupt, von dem gleichen Mute beſeelt waren. Am 1. Dezember 1566 tagte zu Antwerpen die calviniſtiſche Synode; ſie beſchloß den Aufſtand mit Waffengewalt und die Aufforderung zur endlichen Einzahlung jener halben Million, die nach den Beſchlüſſen von Gent ſchon ſeit Wochen hätte erfolgt ſein müſſen. Den Oberbefehl über die Truppen, die aufgeſtellt werden ſollten, wollte man zuerſt Oranien, wenn dieſer ablehne, Hoorne, und an letzter Stelle Brederode anbieten. Doch wurde die Bedingung beigefügt, daß der künftige General gelobe, die reformierte Religion zu verteidigen, und daß ein von den Konſiſtorien erwählter Zwölferausſchuß ihm zur Seite trete, von denen die eine Hälfte, aus Adligen beſtehend, ihn in den militäriſchen Angelegenheiten berate, die andere, aus Kaufleuten zuſammengeſetzt, die finanzielle Leitung habe.

Konnte Oranien dieſen Antrag annehmen? Er konnte ſich nicht verhehlen, daß der Schritt, der ihm zugemutet wurde, nichts Geringeres bedeutete, als ſeinen offenen Anſchluß an die Sache des Calvinismus. Das fiel ihm freilich nicht leicht. Nicht nur, daß er perſönlich dem Augsburgiſchen Bekenntniſſe zuneigte,

— ein Motiv, das freilich nur nebensächliche Bedeutung für ihn gehabt hätte, — er hielt auch die calvinistische Sache für aussichtslos. Nachdem sein Plan, zusammen mit Egmont und Hoorne der Herzogin die höchste Gewalt zu entwinden, mißglückt war, setzte er seine vornehmsten Hoffnungen auf die diplomatische und im Notfalle auch auf die militärische Intervention der deutschen Territorialherren für die niederländischen Protestanten. Die deutschen Fürsten aber waren — mit Ausnahme nur des Kurfürsten von der Pfalz —, wie er einsah, im besten Falle zur Unterstützung der lutherischen Unterthanen Philipps zu bewegen. Daher konnte ihm höchstens die Zulassung der Augsburgischen Konfession erreichbar erscheinen. Den Friesen gab er den Rat, diese auf ihrem Landtage zu fordern, indem er ihnen versicherte, der König werde sich dazu verstehen, wenn die Stände ihn darum ersuchen würden. Er gab sich alle erdenkliche Mühe, eine dogmatische Union zwischen den Lutheranern und Calvinisten zu stande zu bringen, und ließ zu diesem Zwecke Prediger aus Deutschland kommen; die dienten freilich mehr dazu, die Gemüter zu erhitzen und zu entzweien, als Frieden und Versöhnung zu stiften. Alle Einigungsversuche zwischen den beiden Parteien sowohl in Antwerpen als auch in Holland blieben erfolglos, und inzwischen verstrich die kostbare Zeit. Der Herr von Toulouse sagte, er wolle lieber sterben, als das Augsburgische Bekenntnis annehmen. Dennoch hätten weder seine Bevorzugung des Luthertums, noch auch die Furcht vor einem Abbruche seiner Beziehungen in Deutschland Oranien abzuhalten vermocht, sich schon damals an die Spitze der protestantischen Aktionspartei, das will besagen der Calvinisten, zu stellen, wenn er die Bürgschaft dafür gehabt hätte, daß nicht der Mangel an Mitteln jeden Erfolg von vornherein ausschließe. Als eben zu jener Zeit die Bevollmächtigten der Konsistorien ihn baten, ihren Schutz zu übernehmen, da erwiderte er ihnen mit deutlicher Anspielung auf die Drei Millionen-Petition, sie ließen es zwar an großen Worten nicht fehlen, doch brächten sie kein Geld zusammen; wenn sie ihm das zur Verfügung stellten, so wolle er sie von ihren Drangsalen befreien.

Mit den geringen Mitteln, die inzwischen eingelaufen waren, unternahmen es die Calvinisten, für sich allein mit dem Widerstande zu beginnen. Durch Tollkühnheit hofften sie zu ersetzen, was ihnen an Gelde abging. Eine in der Mitte des Dezember 1566 zu Nieuwkerken tagende Synode beschloß unter dem Einflusse der Prediger Peter Dathenus und Herrmann Modet die Aufstellung eines Ersatzheeres für Valenciennes unter der Führung eines gewissen Jan Denis. Einige zuchtlose Söldnerrotten sammelten sich unter dreizehn Fähnlein in Westflandern und zogen von dort plündernd und brennend auf Valenciennes zu. Sie erreichten ihr Ziel nicht. Einen ihrer Haufen in der Stärke von 300 Mann vernichtete, als er die Umgegend von Lille passierte, der dortige Gouverneur, der Herr von Rasseghem, in den letzten Tagen des Jahres 1566. Gegen das Gros von ungefähr zehnfacher Anzahl, welches im Gebiete von Tournai hauste, wandte sich Noircarmes mit einem Teile der Belagerungsarmee vor Valenciennes. Vor ihm zurückweichend, stießen die Geängstigten auf Rasseghem, und nun wieder vorwärtsgehend, fielen sie bei Lanoy in die Gewalt von Noircarmes, der sie so gut wie aufrieb. Dieser führte bald darauf einen neuen Handstreich aus. Er warf sich des Nachts in die Citadelle von Tournai, die allerdings unter einem zuverlässigen Kommandanten stand, die Stadt aber wirklich zu beherrschen wegen ihrer ungünstigen Anlage und ihrer schwachen Besatzung nicht imstande war. Des andern Morgens forderte er vom Magistrate Aufnahme einer Garnison in die Stadt, indem er ihm nur eine zweistündige Bedenkzeit ließ und zugleich die Aufrechterhaltung des Accordes versprach. Die Überrumpelung gelang. Am 2. Januar 1567 wurde Tournai von Regierungstruppen besetzt und ging dadurch der protestantischen Sache verloren. Solche Erfolge in den Nachbarprovinzen seines Gouvernements reizten Egmont, der ja nunmehr seinen Frieden mit der Regierung zu machen im Begriffe stand, zur Nacheiferung. Er erbot sich, was er noch kurz zuvor als unmöglich bezeichnet hatte, die Waffen zu ergreifen, um die Kassierung der günstigen Verträge durchzusetzen, die er selbst im Herbste den Ketzern bewilligt hatte.

Mit einigen Kompagnien säuberte er in den Monaten Januar und Februar mit geringer Mühe Flandern von den letzten Resten der Insurgenten und schaffte allmählich selbst die Predigten überall ab. Wie er in Flandern, so stellten Aremberg in Friesland und Meghem in Geldern, einige Städte noch ausgenommen, die Autorität der Regierung wieder her, während das wichtige Mecheln durch einen Edelmann im Dienste der Herzogin, Namens Sepmeries, zum Gehorsam zurückgeführt wurde.

Mit bedeutenden Erfolgen trat also die Regierung in das neue Jahr. Binnen weniger Wochen hatte sich die Machtlage zu ihren Gunsten durch eine mäßige Anstrengung verschoben. Mit Ausnahme von Antwerpen, Herzogenbusch, einiger wichtiger Städte der Ostgrenze und der Gouvernements Oraniens war die Statthalterin überall wieder die Herrin, und um Valenciennes zog sich der eherne Gürtel bereits enger und enger zusammen. Man wartete nur noch auf das Stichwort aus dem Munde des Königs, und das blutige Schauspiel konnte auch hier anheben. Und was das Wichtigste war: der Nimbus, den anfangs die protestantische Erhebung umgeben hatte, war geschwunden; die Furcht, die aller Thatkraft gelähmt hatte, war gewichen. Seitdem sich die katholische Opposition von ihnen zurückgezogen hatte, standen die Protestanten ganz allein, und als die Regierung jetzt daran ging, sich mit ihnen zu messen, da merkte sie erst, wie schwach die Position ihrer Gegner war. Egmont war ganz erstaunt, wie leicht die Unterdrückung der Ketzer von statten ging. Wie er seine Verdienste nie laut genug preisen konnte, so schrieb er alsbald an den König, in Monatsfrist habe er dem Gottesdienste und den Predigten der Ketzer in Flandern ein Ende gemacht; hätte er die acht bis zehn Kompagnien, die ihm jetzt zur Verfügung stünden, schon früher gehabt, so hätte er die protestantische Bewegung schon in ihrem Keime erstickt. Der Thörichte vergaß nur, daß er bei der Gesinnung und bei der Furcht, die ihn damals beherrschten, auch wenn er über eine doppelt und dreifach stärkere Macht gebieten konnte, unthätig die Hände in den Schoß gelegt, ja sogar, daß er damals Maßregeln der Gewalt und selbst nur Rüstungen

sich auf das Schärfste widersetzt haben würde. Übrigens hatten, im rechten Lichte betrachtet, weder er, noch auch die Herzogin einen Grund, sich in dieser Hinsicht gegenseitig etwas vorzuwerfen.

Der Verzweiflungskampf auf Tod und Leben drohte dem Protestantismus: darüber konnte niemand mehr im unklaren sein. Wurde doch auch im Januar 1567 bekannt, daß der König endlich selbst nach den Niederlanden zu kommen, und daß er den Herzog Alba mit einem Heere von Spanien im voraus zu senden gedenke, wozu bereits in der That Vorbereitungen getroffen wurden. Welchen Zweck diese Maßregel hatte, konnte jedermann leicht erkennen. Unter diesen Umständen schien es, als wolle es in der That zu einer gemeinsamen Aktion der calvinistischen Gemeinden, der protestantischen Adligen und selbst Oraniens kommen. Schon in den Monaten Dezember und Januar waren in Antwerpen neue Verhandlungen zwischen den Bevollmächtigten der Gemeinden und den protestantischen Edelleuten gepflogen worden, deren Ergebnis darin bestand, daß diese noch im Januar ein neues Kompromiß zum Schutze der Gemeinden schlossen. In den letzten Tagen desselben Monats begab sich darauf Gilles Le Clerq nach Vianen zu Brederode und reiste mit ihm von da weiter zu Oranien und Ludwig von Nassau nach Amsterdam, wo sich auch die Abgesandten der Konsistorien und die Häupter der Adligen einstellten. Es handelte sich offenbar darum, den Rest der alten Herrenliga zum Anschlusse an das Vorgehen des protestantischen Adels und Volkes zu gewinnen. Man begehrte, daß einer von den Herren, am liebsten Oranien, gemäß dem Beschlusse der vereinigten Konsistorien vom 1. Dezember 1566 sich an die Spitze der Erhebung stelle und, unterstützt von dem Zwölferausschusse der Edelleute und Kaufleute, den Oberbefehl über die Revolutionstruppen übernähme. Ludwig drang in den Bruder, den Antrag anzunehmen. Der aber wollte einen so gewichtigen Schritt nicht unternehmen, ohne sich vorher mit seinen übrigen Genossen unter den Herren ins Einvernehmen zu setzen. Alle reisten sie daher über Vianen nach Breda, wohin Hoorne, Bandem

Berg und Hooghstraeten beschieden wurden. Hier faßten die Herren in der That den Beschluß, für die Freiheit der Gewissen und den Accord einzutreten. Sie selbst aber wollten zunächst im Hintergrunde bleiben, während Brederode im Vereine mit dem Zwölferausschusse die öffentliche Führung übernehmen sollte. Er erhielt den Auftrag zur Werbung von Truppen auf Kosten der Konsistorien und den Oberbefehl; zugleich setzte er seine Stadt Vianen in Verteidigungszustand, wofür ihn Oranien mit Artillerie versorgte. Ludwig von Nassau wurde nach Deutschland geschickt, um die Hilfe der deutschen Fürsten anzurufen und deutsche Streitkräfte in Sold zu nehmen, sowie nach den Niederlanden hereinzuführen. Freilich scheinen die Geldmittel, die ihm dafür zunächst zur Verfügung gestellt wurden, gering genug gewesen zu sein; über 10 bis 20000 Gulden dürften sie kaum hinausgegangen sein.

In Amsterdam, Vianen und Breda waren diese Vorbereitungen zum Kriege getroffen worden; zugleich aber hatte man an diesen Orten noch zwei andere Beschlüsse gefaßt, einmal, ehe man die Waffen kreuzte, der Statthalterin ein Ultimatum vorzulegen, und sodann, wenn es zum Kampfe käme, wenigstens Egmont wieder von der Regierung zu trennen. Dieser hatte jüngsthin dem Grafen Ludwig von Nassau auf seine Beschwerden über den Bruch des Accordes den Rat gegeben, noch einmal durch gütliche Vorstellungen auf die Herzogin einzuwirken. Daran knüpfte man an hinsichtlich der Form, die man für das Ultimatum wählte. Man gab ihm nämlich die Gestalt einer dritten Petition des Adelsbundes an die Statthalterin. Die Herren von Toulouse und Gilles Le Clerq waren die Verfasser dieser letzten Bittschrift. Sie enthielt angeblich im Namen der Unterzeichner des alten Kompromisses die Anfrage an Margaretha, ob sie zur Vermeidung von Aufruhr und Blutvergießen den Accord halten wolle, sowie die Aufforderung, die Regierungstruppen zu entlassen. Die Zeiten jedoch, da sich die Herzogin durch Petitionen einschüchtern ließ, waren für immer vorbei. Sie ließ Brederode nicht erst nach Brüssel kommen und erwiderte ihm, er habe gar kein Recht mehr, im Namen des Adelsbundes

zu sprechen, da weitaus die meisten seiner Mitglieder sich bei der Erklärung des Königs vom 31. Juli des verflossenen Jahres beruhigt hätten. Indem sie ihm erklärte, daß sie auf weitere Petitionen von ihm überhaupt nicht mehr antworten würde, befahl sie ihm, sich auf seine Güter zurückzuziehen, und sich um die öffentlichen Angelegenheiten nicht mehr zu bekümmern, sondern Frieden zu halten, da sie sonst mit Gewalt gegen ihn einschreiten werde. Deutlicher konnte die Herzogin nicht zeigen, daß sie nunmehr bedingungslose Ergebung unter ihren Willen forderte. Und ebensowenig, wie das Ultimatum Eindruck auf Margaretha machte, waren die Schritte bei Egmont von Erfolg. Auf eine letzte Aufforderung Oraniens, Hoornes und Hooghstraetens zur Teilnahme am Widerstande gegen das Einrücken eines spanischen Heeres und zum Schutze der Freiheiten des Landes schrieb er den früheren Freunden einen von Noircarmes diktierten förmlichen Absagebrief, in welchem er sie warnte, gegen Gott, König und Ehre zu handeln; möge der König, so beteuerte er, ihn auch noch so sehr seine Ungnade fühlen lassen und Spanier herschicken, er würde sich darauf beschränken, sich auf seine Güter zurückzuziehen, oder höchstens außer Landes gehen. So wenig ahnte der unglückselige, verblendete Mann, daß ihm noch ein schlimmeres Schicksal bevorstehen könnte.

Der Kampf war somit unvermeidlich. Anfang Februar nach der Versammlung von Breda eilten Brederode, Oranien und Hooghstraeten kurz hinter einander nach Antwerpen, und hier traf Brederode mit heimlicher Unterstützung der beiden anderen jetzt Anstalten, den Aufstand zu organisieren. Mit Verdruß sah die Herzogin, welche die Absichten der drei Herren und ihr Einverständnis durchschaute, auf ihr Treiben. Drei- bis viermal berief sie den Prinzen nach Brüssel, um ihn aus der gefährdeten Stadt zu entfernen. Er verweigerte den Gehorsam, und ebensowenig verboten er und Hooghstraeten trotz ausdrücklicher Weisung der Statthalterin, und wiewohl der regierungsfreundliche Magistrat dazu geneigt war, die Predigten. Als Mansfeld darüber an Hooghstraeten schrieb, empfing er eine ironische Erwiderung. Eine emsige Geschäftigkeit herrschte in

Antwerpen. Die heftigsten und aufreizendsten Predigten wurden gehalten und Gelder gesammelt. Brederode ließ die Werbetrommel sowohl hier als auch in seiner Stadt Vianen rühren, nahm Truppen an, formierte Kompagnien und ließ sie schwören, zu kämpfen für den König, für ihn selbst und für das Evangelium.

Die Verhältnisse lagen für die Empörer nicht ungünstig. Während Oranien und Hooghstraeten Antwerpen vor der Regierung hüteten, hatte Brederode in Vianen einen festen Stützpunkt in Holland, von dem aus er den Versuch wagen konnte, sich Amsterdams, der bedeutendsten Stadt des Nordens, im Einverständnisse mit den zahlreichen Calvinisten daselbst zu bemächtigen. Der Hauptmann der Citadelle von Utrecht war Oranien ergeben, während in der Stadt Utrecht die Ketzer die Oberhand hatten. Die seeländischen Inseln, zumal Walcheren mit Vlissingen, sollten durch eine Landung der Insurgenten gesichert werden. Das war besonders wichtig, weil man glaubte, daß sich Philipp auf dem Seewege nach den Niederlanden begeben wollte. Oranien selbst wußte um diesen Plan und unterstützte ihn. Er schickte seinen Vertrauten Boxtel nach Walcheren und ließ nicht nur durch diesen Truppen werben, sondern er gab auch den Städten daselbst den Befehl, keine Garnison ohne seine Zustimmung aufzunehmen, selbst wenn die Generalstatthalterin das fordere; d. h. er wollte etwaige Vorkehrungen der Regierung zum Schutze der Insel gegen die Truppen der Aufständischen vereiteln. Indem man Amsterdam, Utrecht und Vlissingen innehatte, beherrschte man die Provinzen Holland, Utrecht und Seeland, das Gouvernement Oraniens, ferner den Zugang von der Seeseite und die Verbindung mit Frankreich und England. Im Osten durfte man auf die Städte Groningen, Deventer und Maestricht mit Gewißheit zählen; durch sie sicherte man sich den Verkehr mit Deutschland und konnte von dort dem Grafen Ludwig mit seinen Truppen den Eintritt in das Land gewähren. Im Auftrage Brederodes riß der Kapitän Bombergen in Herzogenbusch, das wichtig für die Straßen von Antwerpen und Holland nach der Maaß- und Rheingegend

war, die Gewalt an sich. Und im Süden hielt sich noch immer Valenciennes. Die Truppen, die man warb, und die man nicht zum Schutze des Norden brauchte, sowie die deutschen Söldner, die Ludwig von Nassau herbeiführen sollte, waren zum Entsatze dieses wichtigen Platzes an der französischen Grenze bestimmt. In Antwerpen weilten Gesandte der belagerten Stadt, die auf schnelle Hilfe drängten. Brederode sagte ihnen, sie könnten auf Oranien so rechnen, wie auf ihn selber, und der Prinz sprach ihnen in eigener Person Mut und Trost ein, da schon im Lande und in Deutschland für sie gerüstet werde.

Die Pläne der Insurgenten waren wohl gut; aber es fehlte ihnen an Gelde. Dieser Geldmangel drohte gleich im Anfange ihr Unternehmen zu nichte zu machen. Brederode war kaum einige Wochen in Antwerpen mit Werbungen und Rüstungen beschäftigt, als er den Mut verlor. Denn von den großen Summen, die ihm die Konsistorien in Aussicht gestellt hatten, vermochte er nichts zu erhalten. Schon gedachte er, alles im Stiche zu lassen und abzureisen, da begaben sich die verbündeten Edelleute, die über diese Absicht auf das äußerste bestürzt waren, zu ihm und baten ihn, nur noch eine Nacht zu bleiben. Die einzige Rettung schien es ihm jetzt, wenn Oranien sich offen für die Partei erkläre. Er riet den Adeligen, sofort zu Oranien zu gehen und ihm dieses Ansinnen vorzutragen. In der Stärke von 20—25 Mann traten sie vor den Prinzen, der sie in Gemeinschaft mit dem Grafen Hooghstraeten empfing. Das Wort führte der Herr von Escaubecq. Er frug Oranien, was er und seine Genossen zu thun hätten, ob sie das Land verlassen sollten, oder ob sie auf seinen Schutz rechnen könnten, indem er ihn wohl merken ließ, daß auch sie sofort gehen würden, wenn er nicht für sie offen Partei ergreife. Oranien erwiderte zuerst, er könne sie nicht als unter seinem Schutze stehend erklären, doch wolle er sie mit seinem Rate unterstützen. Da sie dadurch nicht befriedigt waren, bat er sich einen Tag Bedenkzeit aus. Nachdem er sich mit dem Grafen Hooghstraeten und seinem Schwager, dem Grafen von Neuenahr, beraten hatte, eröffnete er den Verbündeten am andern Tage, er wolle sie in

seinen Schutz nehmen, wenn sie Geld schaffen, d. h. die Konsistorien veranlassen könnten, ihre Versprechungen zu erfüllen. Das war dasselbe, was er schon früher den calvinistischen Kaufleuten gesagt hatte, und es kam darauf an, ob diese nun ihre Opferwilligkeit besser beweisen würden, als das bisher geschehen war. Brederode und die Edelleute gaben sich mit Oraniens Erklärung vorläufig zufrieden. In der That scheint nunmehr einiges Geld beschafft worden zu sein. Denn als Brederode Ende Februar mit mehr als tausend Mann Antwerpen verließ, um sich nach Holland einzuschiffen und zu den in Vianen geworbenen Soldaten zu stoßen, konnte er unter seine Hauptleute einige Summen als Handgeld und Sold für ihre Kompagnien verteilen. Im ganzen hatten ihm die Konsistorien 60000 Gulden versprochen, von denen sie ihm jedoch nach Vianen schließlich nur 7000 nachschickten. Da sie so schlecht bezahlt wurden, ließen sich die Truppen nur schwer im Zaune halten; sie begingen große Ausschreitungen und wurden der Gegenstand der Abneigung und des Hasses der Bevölkerung, selbst bei ihren Glaubensgenossen.

Mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgte die Regierung die Rüstungen der Aufrührer, keineswegs gesonnen, sich in die Defensive drängen zu lassen, sondern kräftig die Offensive ergreifend. Mit Holland, der Hauptprovinz Oraniens, wurde begonnen. Meghem wurde mit seinem Regimente aus Geldern hierhin entsandt und, ohne Widerstand zu finden, nahm er Schloß und Stadt Utrecht. Wiewohl mit mehreren tausend Mann in Vianen liegend, fühlte sich Brederode durch das Herannahen Meghems in seiner Sicherheit bedroht und begab sich am 26. Februar mit wenigen Begleitern nach Amsterdam. Zu den Erfolgen Meghems in Holland kam das gänzliche Fehlschlagen der Expedition gegen Seeland in den ersten Tagen des März. Mit einigen hundert Mann hatte sich der Herr von Toulouse in drei Fahrzeugen eingeschifft, um sich der Insel Walcheren zu bemächtigen. Zwar hatte die Statthalterin eine Kompagnie unter dem Befehle des Herrn von Beauvoir dahin geschickt; doch hatten die Regierungs-

truppen infolge der Befehle Oraniens und der Agitationen Boxtels keine Aufnahme gefunden. Trotzdem mißglückte das Unternehmen Toulouſes, und zwar wegen der Haltung der Bevölkerung, die von ihren Befreiern nichts wiſſen wollte. Sogar mit Gewalt wurden die Truppen der Inſurgenten auf ihre Schiffe von den Einwohnern zurückgetrieben. Sie fuhren nach Antwerpen zurück und ſtiegen in der Umgegend der Stadt bei Doſterweel an das Land. Wohin hätten ſie auch ſonſt ihre Zuflucht nehmen ſollen?

Die Sache der Empörer ſtand verzweifelt. In Holland belagerte Meghem Vianen mit den von ihrem Führer verlaſſenen Truppen. Brederode war in Amſterdam, umgeben von einer Anzahl friſiſcher Edelleute und ſchrie vergebens nach Geld. Aus Antwerpen wurde ihm keines geſchickt; von den Amſterdamern verlangte er umſonſt, daß ſie ihm eine große Summe Geldes, wie es heißt, 80000 Thaler, lieferten und ihn zum Kapitän der Stadt ernannten. Die jämmerliche Truppe, die vor den Thoren Antwerpens brennend und plündernd hauſte, war kaum noch militäriſch ernſt zu nehmen. In Antwerpen hätte der Magiſtrat, wären nicht Oranien und Hooghſtraeten dort geweſen, die Predigten verboten und ſich der Regierung unterworfen. Die Rolle der Proteſtanten ſchien ausgeſpielt. Nur ein Mann ſchien den Bedrängten noch Rettung in dieſer tiefſten Not bieten zu können, und auf ihn richteten ſich hilfeflehend aller Blicke. Es war Oranien. Sie wußten ja, daß er zu ihnen hielt: wenn er ſich nun offen für ſie erklärte und an ihre Spitze ſtellte, wenn er ihre Sache mit dem Zauber ſeines Namens umſtrahlte, dann meinten ſie, noch hoffen zu dürfen. Wie im Februar die Edelleute, ſo traten am 10. März die Bevollmächtigten der Konſiſtorien an ihn heran und baten ihn, „den Schutz des Wortes Gottes und des im Vorjahre ihnen gewährten Accordes“ zu übernehmen; ſie boten ihm dafür „eine große Summe“, wie ein engliſcher Agent ſich ausdrückt, in Wirklichkeit nur 50000 Gulden. Es kann kein Zweifel darüber beſtehen, daß ſich der Prinz in der That bereit zeigte, ſich zum Führer der Bewegung aufzuwerfen, ſelbſt in dieſem

verzweifelten Momente, und daß er die Konsistorien dessen versicherte. Aber ehe er nicht das Geld in den Händen hatte, konnte auch er nichts thun. Denn ohne dieses waren die deutschen Soldaten, um die sein Bruder warb, nicht zu haben, und nur ihr Eingreifen konnte beim Stande der Dinge noch Rettung versprechen.

Auch jetzt noch nicht vermochten die Konsistorien ihre Zusage zu erfüllen, und so vollzog sich denn das Schicksal des Protestantismus mit überraschender Schnelligkeit. Die Sache war eben die, daß die Reichen unter seinen Bekennern die Börsen geschlossen hielten, und daß die Armen bei dem Aufruhre durch Plündern und Rauben ihre Taschen zu füllen hofften. Das zuchtlose Auftreten der Banden Toulouses zerstörte den letzten Rest von Sympathie, den die protestantische Sache noch im Lande genoß. Die Stände der Insel Walcheren und von ganz Seeland erklärten sich gegen die Rebellen. Sie hielten 12 Kriegsschiffe gegen neue Überfälle bereit, und allenthalben nahm man die Garnisonen auf, welche die Regierung schickte, allein mit Ausnahme des Schlosses Rammekens oder Seeburg, dessen Kapitän, Roland von Ghistelles, die geheimen Anweisungen Oraniens befolgte. Und nachdem die Seeländer die Landung Toulouses abgewiesen hatten, that auch die Herzogin das Ihre gegen seine ungeordneten Haufen. Mit dreihundert Hakenschützen, drei Kompagnien Infanterie und zwei Ordonnanzbanden schickte sie den Kapitän Philipp von Lannoy, Herrn von Beauvoir, gen Oosterweel. Am frühen Morgen des 13. März langte dieser dort an. Als die Aufständischen die Angreifer herannahen sahen, da wurden sie von eitel Freude gerührt. Sie wähnten, das seien die lang ersehnten deutschen Krieger, die Ludwig von Nassau zu ihrer Verstärkung herbeiführe. Mit Absicht hatte Beauvoir die Fahnen seines Heeres senken lassen; erst als er ganz nahe an den Gegner herangekommen war, ließ er die Banner plötzlich erheben. Wie furchtbar war die Enttäuschung der Bethörten, als sie die Kreuze, das Zeichen der königlichen Truppen, erblickten! Entsetzt schrien sie: „Zu den Waffen! Zu den Waffen! Das sind unsere Feinde!“ Es

war ein förmliches Metzeln. Pardon wurde nicht gewährt. Alles mußte über die Klinge springen. Vergebens bat Toulouse um sein Leben und bot 2000 Thaler Lösegeld an. Er wurde in hundert Stücke zerhackt.

Und während vor den Mauern Antwerpens ein gräuliches Schlachten sich abspielte, wütete hinter ihnen ein ungeheurer Tumult. Der Magistrat, der davon Kunde hatte, daß Beauvoir im Anzuge sei, hatte in der Nacht vom 12. zum 13. März, damit den Rebellen keine Hilfe aus der Stadt zukommen könne, die Brücken an den beiden Thoren, die nach Oosterweel zu gelegen waren, abbrechen, die Thore selbst sperren und durch starke Wachen besetzt halten lassen. Oranien und Hooghstraeten hatten dazu ihre Zustimmung gegeben, freilich wohl von anderen Motiven geleitet. Mußten sie nicht den Kampf der undisziplinierten Rotten Toulouses gegen die Übermacht Beauvoirs für aussichtslos halten, auch wenn sie Zuwachs aus der Stadt bekamen? Und mußte sich nicht in diesem letzteren Falle der Kampf bis dicht an die Thore der Stadt heranwälzen, sodaß der regierungsfreundliche Magistrat und die Katholiken Gelegenheit fanden, Beauvoir in die Stadt hereinzulassen? Auch konnten, indem die Calvinisten auf freiem Felde waren, die Katholiken einen Gewaltstreich zu Gunsten der Regierung wagen. Dann war der Verlust Antwerpens entschieden, und er, Oranien, geriet selbst in die Macht der Truppen der Regierung, gegen die er Mißtrauen zu hegen allen Grund hatte. Die Zahl der Calvinisten in Antwerpen war damals gerade durch eine große Menge flüchtiger Vlamen und Wallonen, die sich aus den durch die Reaktion betroffenen Gegenden, zumal aus Lille, Tournai und Niederflandern, hierhin gerettet hatten, ansehnlich erhöht worden. Aus den Vorstädten hatte sich dieses arme Gesindel, das vor Hunger zu sterben drohte, nach dem Innern der Stadt zurückgezogen, um gleich dabei zu sein, wenn das Plündern anfange. Früh in der Zeit von 6 bis 7 Uhr wurde in Antwerpen das Eintreffen Beauvoirs bekannt, und sofort rotteten sich die Calvinisten in der breiten Hauptstraße der Stadt, in der Place de Meir, zusammen, entschlossen, auszubrechen, um ihren den Verzweiflungs-

kampf fechtenden Brüdern beizustehen. Umsonst suchten Oranien und Hooghstraeten sie zu besänftigen; sie beschworen sie, in der Stadt zu bleiben, da es zu ihrem eigenen Besten sei. Die Gemahlin Toulouses lief von Straße zu Straße und jammerte, man lasse ihren Gatten nebst seinen Gefährten ermorden. Schon setzte sich ein Teil in Marschbereitschaft, um das rote Thor zu stürmen. Oranien und Hooghstraeten folgten ihnen, um sie davon abzuhalten und ihnen zu wehren. Es kam zu den wildesten Auftritten. Mehr als einmal schwebten die beiden Herren in Lebensgefahr; man setzte Oranien die Waffe auf die Brust und schalt ihn einen Verräter. Trotzdem gelang es, die Wütenden bis zur Beendigung der Schlacht und bis zum Abzuge Beauvoirs zurückzuhalten. Der folgende Morgen fand die Calvinisten wieder zusammengeschart auf der Place de Meir, mit Artillerie versehen und bereit, das Plündern und Morden der Priester anheben zu lassen. Dagegen waffneten sich die Katholiken und selbst die Lutheraner, um sich und ihr Hab und Gut zu verteidigen. Hatte sich auch Oranien bereit erklärt, an die Spitze der Aktionspartei zu treten, wenn ihn die Konsistorien dafür mit Geld unterstützten, so konnte er doch unmöglich mit diesen Mordbrennern und Pöbelmassen gemeinsame Sache gegen seine eigenen Glaubensgenossen machen. Freilich sein Verhalten war nicht sowohl ein Einschreiten mit Nachdruck und Gewalt gegen die Tumultuanten zu nennen, als vielmehr ein ununterbrochenes Bemühen, sie zu beschwichtigen, und sie so vor der Vernichtung zu retten, der sie, falls es zum Schlagen gekommen wäre, nach dem Urteile Vieler kaum entgangen wären; denn es war klar, daß die Niederlage der Calvinisten ihre Vertreibung und Vertilgung aus der Stadt, die Herrschaft der Katholiken und dann mit Wahrscheinlichkeit die Auslieferung Antwerpens an die Regierung bedeutet hätte. Statt dessen kam durch seine Vermittlung, nachdem der Tumult drei Tage lang gewährt hatte, ein Ausgleich zu stande, der für die Calvinisten höchst günstig war: er sicherte ihnen Anteil an der Bewachung der Stadt und Aufrechterhaltung des vom Magistrate angefochtenen Accordes. Gerade das Auftreten Oraniens in diesen

Tagen ist immer der Gegenstand bitterer Vorwürfe gewesen, daß er ein doppeltes Spiel gespielt habe. In Wahrheit war es so, wie es dem wohlverstandenen eigenen Interesse der protestantischen Aktionspartei durchaus entsprach. Denn es erhielt dieser die Hauptstadt des Landes, Antwerpen.

Aber selbst dieser Gewinn konnte auf die Dauer nichts helfen; durch die Niederlage bei Oosterweel und die Ereignisse in Antwerpen war der Entsatz der Stadt Valenciennes von dieser Seite her unmöglich geworden, und die von ihrem Feldherrn Brederode getrennten Truppen hielt Graf Meghem in Vianen eingeschlossen. Und wo blieben die heiß ersehnten Deutschen unter Ludwig von Nassau? In jenen Tagen, als Oranien den Hilferuf der Konsistorien zu erhören versprach, kurz vor dem Ausbruche des Tumultes, war ein Kommissär der deutschen Truppen, mit denen Ludwig von Nassau verhandelte, in Antwerpen erschienen und hatte den Prinzen gefragt, ob die Soldaten den Marsch nach den Niederlanden antreten sollten. Oranien hielt ihn eine Zeitlang hin, ohne ihm eine Antwort zu erteilen. Welches kann die Ursache dieses Zögerns gewesen sein? Es gibt nur eine Antwort auf diese Frage. Nicht Unentschlossenheit, Furcht oder Doppelzüngigkeit war es, was ihn abhielt, das entscheidende Wort zu sprechen, sondern Geldmangel zwang ihn dazu. Von den 50000 Gulden, die ihm die Konsistorien zahlen wollten, hatte er eben noch keinen Heller gesehen, und nichts davon hat er überhaupt jemals erhalten. Daher war er schlechterdings außer stande, den Marschbefehl zu erteilen. Er wußte nur zu gut, daß ohne Geld seine Landsleute nicht zu haben waren. Wo waren nun die drei Millionen Goldes, mit denen die Synode in Gent so prahlerisch in Worten um sich geworfen hatte?

Es war, als schlüge die Sterbestunde des niederländischen Protestantismus. Denn jetzt ging Margaretha daran, das Schwert, das solange über dem Haupte der Bürgerschaft von Valenciennes geschwebt hatte, herniedersausen zu lassen. Die Cernierungstruppen unter dem Befehle von Noircarmes waren inzwischen

durch zwei neue Regimenter unter dem Kommando der Söhne Mansfelds und Berlaymonts verstärkt worden. Von Deutschland rückten zwei Infanterieregimenter unter den Grafen Eberstein und Schauenburg heran. Unter großen Schwierigkeiten war die nötige Artillerie von weither herbeigeschafft worden. Nach monatelangem Zögern gab Philipp am 13. März 1567 in einem freilich sehr gewundenen und stark verklausulierten Briefe seine Zustimmung zur Erstürmung der Stadt. Aber ehe noch diese Genehmigung eintraf, war das Los bereits gefallen. Noch einmal hatte es die Herzogin mit Milde versucht. Durch Egmont und Arschot ließ sie am 14. und 15. März zu Beuvrage, einem Dörfchen bei Valenciennes, der aufsässigen Bürgerschaft eine Kapitulation anbieten, der zufolge es jedermann freistehen sollte, mit seinem Vermögen abzuziehen. Zur selben Zeit trafen Briefe von den Gesandten in Antwerpen ein, Oranien habe ihnen soeben erklärt, es gäbe für sie keine Hoffnung mehr auf Entsatz; sie möchten die Bedingungen Egmonts und Arschots annehmen. Im Großen Rate wurde die Trauerbotschaft verlesen. Da erhob sich ein wildes Toben gegen den Prinzen. Man nannte ihn einen nichtswürdigen Bösewicht, der die Stadt getäuscht und ins Verderben gestürzt habe, und den Gott noch einstens strafen werde. An eine falsche Stelle waren diese Anklagen gerichtet; an die eigene Brust hätte man schlagen, den eigenen Geiz und den Mangel an Opfermut verwünschen müssen. So schwer traf die Bürger diese Nachricht, daß viele wähnten, sie sei eine lügnerische Verleumdung, um sie zu hintergehen. Das Unglaubliche geschah. Auf die Ermahnungen des Predigers Peregrin de la Grange wies die Stadt die Anträge der Regierung ab. Jetzt war die Geduld der Statthalterin erschöpft. Ohne die Einwilligung Philipps abzuwarten, gab sie das Zeichen zum Sturme. Nach einer fürchterlichen Kanonade von dreitausend Schüssen, die ohne Unterbrechung anderthalb Tage währte, ergab sich die Stadt am 24. März auf Gnade und Ungnade. Bei den ersten Schüssen bereits sank den Bürgern der Mut. Anstatt die Wälle zu besetzen und die Bresche zu verteidigen, warfen sie sich in den Straßen auf die Kniee und

sangen Psalmen; mit Buchsbaumzweigen gingen sie den Siegern entgegen.

Der Fall von Valenciennes bedeutete den Sieg der Regierung auf der ganzen Linie. Die noch beim Widerstande beharrenden Städte stellten nach und nach den Kampf ein. Von Valenciennes zog Noircarmes gegen Maestricht. Dieses wartete die Ankunft des Entsetzlichen nicht erst ab, sondern schickte ihm die Botschaft bedingungsloser Unterwerfung entgegen. Mitte April hatten im ganzen Lande, ausgenommen in Herzogenbusch, Antwerpen, Groningen und einigen Städten Hollands die Predigten aufgehört. Die Konsistorien waren schon Ende März allenthalben aufgelöst. Die Unterzeichner des Kompromisses vom Frühjahre 1566 hatten sich fast sämtlich der Regierung gefügt und den verlangten Treueid geschworen. Vereinzelt standen die wenigen Herren und Edelleute des Bundes da, die der Regierung noch trotzten. Noch in der Mitte des Monats März hatten Oranien, Hooghstraeten und Brederode das Ansinnen der erneuten Eidesleistung abgewiesen und um Enthebung von ihren Ämtern nachgesucht. Hoorne war dagegen schon damals durch die Vermittlung Egmonts und Mansfelds in Unterhandlungen mit der Regierung getreten. Zum Schwure war er allerdings erst im April zu bewegen, als alles bereits verloren war. Seinem Beispiele folgte Hooghstraeten.

Und Oranien? Er sah ein, daß seines Bleibens in Antwerpen und im Lande nicht mehr sei. Die Herzogin hatte seinen Vertrag mit den Antwerpenschen Calvinisten verworfen und forderte, daß die Stadt Garnison nehme. Der Prinz erkannte, daß er diesem Verlangen nicht würde länger widerstreben können. Noch ein Mal machte die Herzogin den Versuch, ihren Triumph durch seine Unterwerfung zu erhöhen. Auf ihr Geheiß begaben sich die Grafen Egmont und Mansfeld nach dem in der Mitte zwischen Brüssel und Antwerpen gelegenen Orte Willebroek zu einer Zusammenkunft mit Oranien. Sie hatten den Auftrag, ihn zur Eidesleistung zu bewegen. Er jedoch wußte, daß das für ihn eine zwecklose Selbsterniedrigung sei, daß er dadurch in der eitlen Hoffnung, seine Güter zu retten,

unnütz sein Leben auf das Spiel setze. Sein Entschluß war gefaßt. Am 11. April verließ er Antwerpen und reiste nach seinem Schlosse zu Breda. Auch hier jedoch fühlte er sich gefährdet. Im Norden standen die Truppen Meghems und im Süden zog Noircarmes heran. Sowie er erfuhr, daß dieser das nahe gelegene Turnhout genommen habe, verließ er am 22. April in Eile die Niederlande und suchte mit seiner Familie und seinem Gefolge eine Zuflucht in seiner deutschen Grafschaft Nassau. Bis jetzt hatte er sich äußerlich nicht nur als einen treuen Vasallen des Königs, sondern auch als dem Katholizismus noch immer angehörig gebärdet. Jetzt erst durfte er die Maske fortschleudern, offen das Antlitz zeigen und dem Spiele ein Ende machen, in das er durch die Übermacht der Verhältnisse hinein gedrängt worden war. Die Träume von Glanz, Ruhm und Reichtum, die vormals den Knaben gelockt hatten, das Land der Väter und das Bekenntnis der Kindheit zu verlassen, waren in Nichts zerronnen, und arm, wie er dereinst ausgezogen war, kehrte der durch Sturm und Schicksal gereifte Mann zurück in die Arme der Heimat und des früheren Glaubens. Aber die Berührung mit der Muttererde stählte ihn zu kühner That. Sie gab ihm den hohen Mut und die trotzige Kraft, den Riesenkampf für die Freiheit der Niederlande und des Glaubens gegen die spanische Zwingherrschaft zu bestehen. Der Sieg sollte sein werden, freilich um den Preis seines Blutes.

Der Rückzug Oraniens aus Antwerpen und den Niederlanden war die Besiegelung der Unterdrückung des Aufstandes. An demselben Tage, da Oranien Antwerpen verließ, erbot sich die Stadt zu unbedingter Unterwerfung unter den Willen der Herzogin. Alsbald schickte sie eine starke Garnison dahin und zog am 28. April selbst in die Stadt ein, die so lange der feste Mittelpunkt aller Empörung gewesen war. Nur Brederode in Amsterdam blieb von den Großen noch übrig. Umsonst hatte er mit Hilfe eines Teiles der Calvinisten sich zum Kapitän der Stadt emporzuschwingen gesucht. Nicht einmal die reichen Calvinisten hatten ihn darin unterstützt. Sie fürchteten, daß, wenn er das Regiment in die Hände bekomme, eine Schreckensherr-

schaft des raubgierigen und beuteluſtigen Pöbels unvermeidlich wäre. Nach dem Falle von Valenciennes dachte er daran, auf weiteren Widerſtand zu verzichten. Er ſandte einen Diener zu Oranien und bat ihn um Geld, damit er ſeine Truppen in Vianen verabſchieden könne. Der Prinz antwortete ihm, er möchte gerne mit ſeinem eigenen Blute helfen; aber von den Konſiſtorien habe er Nichts erhalten, und jetzt vermöge er nicht einmal ein Darlehen von 6000 Gulden aufzubringen. Darauf ſchrieb Brederode an Egmont und Mansfeld, damit dieſe eine Kapitulation zwiſchen ihm und der Herzogin vermittelten, und ließ ihnen ein Blankett mit ſeiner Unterſchrift einhändigen, indem er nur bat, keinerlei Bedingungen feſtzuſetzen, durch die ſeiner Ehre Abbruch geſchehe, und die Edelleute ſeines Anhanges darin mit einzuſchließen. Da lief ein Befehl des Königs (vom 26. März 1567) ein, die Statthalterin dürfe niemandem Pardon gewähren und keine andere, als unbedingte Unterwerfung annehmen. Die Unterhandlungen mit dem Hofe wurden daher abgebrochen, und Brederode ordnete noch einen Boten an Oranien nach Breda ab, um ihn zu bitten, ſeine Pflicht zu thun und Geld für die Soldaten zu ſchaffen. Als der Diener in Breda eintraf, war Oranien ſchon ſeit vier Tagen nach Deutſchland abgereiſt. Brederode wagte nunmehr einen letzten, verzweifelten Verſuch, ſich Amſterdams zu bemächtigen, indem er dem Gros ſeiner Truppen in Vianen den Befehl gab, heimlich von Vianen abzuziehen und ſich des Nachts Amſterdam zu nähern, wo ihnen die Calviniſten Einlaß gewähren würden. Man kann zweifeln, ob es ihm Ernſt mit dieſem Plane war, und ob es ſich nicht vielmehr nur um einen Vorwand handelte, die Kapitäne, die ſich bei ihm eingeſtellt hatten und ſtürmiſch auf Bezahlung ihrer Soldaten drängten, los zu werden. Er ſelber ſetzte jedenfalls ſo wenig Hoffnung auf Gelingen des tollkühnen Unternehmens, daß er in derſelben Nacht (am 27. April), als der Anſchlag ausgeführt werden ſollte, in möglichſter Heimlichkeit mit ſeiner Familie zu Schiffe ſtieg und nach Emden flüchtete. Die Stadt hatte ihm noch, wohl um den Verwegenen loszuwerden, ein Darlehen von 5000 Gulden auf ſeine holländiſchen Güter

gewährt. Als die Soldaten anlangten, fanden sie die Thore verrammelt und die alarmierten Bürger zur Abwehr bereit. Sie suchten nun gleichfalls den deutschen Boden zu gewinnen. Aber die Grafen Aremberg und Meghem traten ihnen entgegen, und eine Anzahl von ihnen wurde vernichtet, andere gefangen. Damit war der letzte Widerstand gebrochen. Vianen, wo drei Fähnlein zurückgeblieben waren, ergab sich am 3. Mai auf Gnade und Ungnade, um dieselbe Zeit Herzogenbusch, Amsterdam, Harlem, Delft und die anderen Städte Hollands, im Juni dann endlich Groningen und Deventer. Die Autorität der Regierung war allenthalben wieder hergestellt, der letzte Funke des Aufruhrs erstickt. Besiegt und zerschmettert lag das Land zu den Füßen der Statthalterin. Wer konnte noch daran zweifeln, daß die Rolle des Protestantismus in den Niederlanden ausgespielt war?

Elftes Kapitel.

Die Sendung Albas. Margarethas Entlassung (1567).

Triumph und freudiges Hochgefühl schwellten die Brust Margarethas und erfüllten die Brüsseler Hofpartei. Je mehr die Erfolge wuchsen, um so mehr stieg der Mut und die Entschlossenheit, der Rebellion vollends den Garaus zu machen. Als die Nachrichten von den ersten Waffenthaten bei Wattrelos und Lannoy einliefen, wurden glänzende Bankette gefeiert, bei denen man auf das Wohl des Königs und der Herzogin trank, und laute Rufe erschallten: „Es lebe unsere Herrin, unsere gute Herrin!“ Margaretha selbst dachte nicht gering von ihren Verdiensten. Die Ruhe sei nunmehr wieder hergestellt im Lande — so schrieb sie an Philipp — und gefestigter, als je zu den Zeiten selbst Karls V. Jetzt, nachdem sie den Widerstand bewältigt hatte, hätte sie gern die Maßregeln zur dauernden und endlichen

Herstellung der Ordnung im Lande getroffen. Sie glaubte, genug des Blutes sei geflossen, und es genüge, wenn die Prädikanten, Rädelsführer und Bilderstürmer gehängt würden, die Menge jedoch, nachdem sie sich gedemütigt habe, Verzeihung erhalte: durch Garnisonen und Citadellen solle man sich der wichtigsten Städte für immer versichern. Die Erinnerung an das Schicksal Gents unter Karl V. stieg auf vor dem Geiste der eitlen Frau. Sie sah sich auf einem Throne, umgeben von ihren Getreuen: da nahten sich im Trauerzuge, den Strick um den Hals, Magistrat und vornehmste Bürger, fußfällig ihre Gnade anflehend, die sie ihnen dann großmütig gewähren wollte. Die Einberufung der Generalstände sollte als Schlußstein das Versöhnungswerk krönen; mit deren Hilfe, so malte sie sich das aus, würde der König dann neue, etwas mildere Religionsgesetze erlassen, und sie würden ihm dafür Steuern in Hülle und Fülle zur Verfügung stellen, damit die Schulden abgetragen, die zerrütteten Finanzen wieder geregelt und die Staatsmaschine in ihren rechten Gang gebracht würde. Und dabei vergaß sie auch sich selbst und ihre Helfer nicht. Diesen sollten die besten Gouvernements und andere Belohnungen zu teil werden. Zumal ihr Liebling und fac totum, wie Oranien ihn nannte, Peter Ernst von Mansfeld, sollte mit Gnaden und Ehren überschüttet werden, darunter die lang ersehnte Herrschaft Turnhout. Für sich selber hoffte sie die endliche Rückgabe der Citadelle von Plazentia als den würdigen Lohn für die überstandenen Gefahren und Mühen.

Das Schlimme war nur, daß König Philipp gar nicht geneigt war, die Wirksamkeit seiner Statthalterin so hoch anzuschlagen, als sie das selbst that. Er war mit ihrem Verhalten schon seit den Zeiten des Sturzes Granvellas keineswegs einverstanden gewesen. Im Herbste 1566 kam sein Vertrauter Alonso del Canto in Spanien an, welcher der Ausbrüche der Volkswut halber flüchten mußte. Der aber hatte in langer, umständlich begründeter Anklage die Herzogin der Hauptschuld an der nunmehrigen Erhebung der Ketzer geziehen: „Nur durch die große Fahrlässigkeit Margarethas ist es geschehen, daß sich

die Entwicklung der Dinge in den Niederlanden seit der Bildung der Liga der Herren so betrübend gestaltet und jetzt zum Aufstande geführt hat. Denn hätte die Statthalterin, wie es sich ziemt, denjenigen Personen Glauben geschenkt, die sie warnten, und hätte sie die nötigen Maßregeln ergriffen, die man ihr immer und immer wieder vorstellte, um das höllische Feuer zu ersticken, das in der Brust des Prinzen von Oranien, der Grafen Egmont und Hoorne, des Marquis von Bergen, Hooghstraetens und Montignys sich entzündete, so wäre es nicht so weit und zu solchen Gefahren gekommen, wie sie jetzt drohen." Solche Beschuldigungen verfehlten nicht ihren Eindruck auf den König, der ja schon in der alten Liga ein todeswürdiges Verbrechen erblickte.

Selbst die Amtsführung der Herzogin nach ihrem Bruche mit Oranien und Egmont fand keine Billigung vor Philipps Augen. Gerade die Verbindung mit Mansfeld, die ihr doch erst einen festen Halt gab und sie zur Unterdrückung der protestantischen Erhebung befähigte, war es, die sein höchstes Ärgernis erregte. Denn trotz seiner Abneigung und seines kräftigen Einschreitens gegen die protestantische Bewegung und ihre Gönner verharrte Mansfeld, was seine positiven politischen Ziele anbetraf, im wesentlichen bei dem Programme der alten Herrenliga, und dieselben Grundsätze vertrat unter seinem Einflusse Margaretha immer noch bei ihrem Bruder, nämlich Abschaffung der Inquisition, Milderung der Plakate und Einberufung der Generalstände. Indem sie den König dafür zu gewinnen strebte, berief sie sich darauf, daß selbst der getreue und einsichtsvolle Mansfeld diese Zugeständnisse sowohl für unbedingt notwendig, als auch für unbedenklich halte, und daß er auch meine, der König müsse ohne Heer nach seinen Niederlanden kommen. Zwar waren Mansfeld und sie weit davon entfernt, etwa eigenmächtig die Generalstände versammeln zu wollen; aber sie hörten nicht auf, dem Könige vorzustellen, wie zweckmäßig und unumgänglich das sei. Ende Oktober und Anfang November beriet der Staatsrat über die geeigneten Mittel zur Beendigung der Unruhen, und die Beschlüsse, zu denen er gelangte, bewegten sich in derselben

Richtung, wie sie Mansfeld immer vertreten hatte: Abschaffung der Inquisition und der alten Plakate, Erlaß eines neuen Religionsgesetzes, dessen Tendenz in der Bestimmung gipfeln würde, daß jedermann, der nicht katholisch leben wolle, mit seiner Habe das Land verlassen müsse, und das nicht ohne die Zustimmung der Generalstände in Kraft treten dürfe. Ganz unbesorgt könne der König darüber die Generalstände gemeinsam verhandeln lassen; setzten sich diese doch zusammen aus denjenigen Unterthanen, die Gott und dem Könige wahrhaft treu ergeben wären; andererseits könne man ihren Zusammentritt mit einer Menge von Garantien und Bedingungen umgeben, durch die jede Verletzung des katholischen Glaubens unmöglich gemacht würde. Auf das entschiedenste aber warnte der Staatsrat — nämlich Mansfeld, denn die anderen Teilnehmer, wie Viglius und Berlaymont, waren Puppen —, immer wieder davor, falls es zu den Waffen käme, andere als einheimische Truppen zu verwenden und etwa deutsche Soldaten in das Land zu ziehen, und zwar unter der merkwürdigen Motivierung, daß dann auch die Rebellen in Deutschland Werbungen veranstalten würden.

Sehr wenig konnte Philipp von diesem Einflusse Mansfelds auf Margaretha erbaut sein. Denn ihre Vorschläge — Abschaffung der Inquisition, Moderation der Plakate, Generalstände zur Beschlußfassung über die religiösen und politischen Angelegenheiten des Landes und zur Steuerbewilligung —, das war es ja, wogegen er sich bislang so hartnäckig gesträubt hatte, daß eben deshalb die Unruhen ausgebrochen waren. War das die Rache, nach der sein Herz dürstete, wenn er das bewilligte, was man ihm seit Jahren abzudrängen trachtete? Wenn ihm Margaretha und Mansfeld noch so lebhaft die katholische Gesinnung der Stände priesen: er wußte, daß der Katholizismus der Niederländer etwas anderes war, als der spanische Katholizismus, der seine Seele durchflammte. Die Aufhebung der Inquisition, eine Moderation, die den Protestanten freien Abzug mit ihrem Vermögen gestattet hätte, dünkte ihm als ein Verrat der Grundfesten kirchlicher und staatlicher Autorität. Unschwer war vorauszusehen, daß die Generalstände auch in Zukunft für

neue Steuern nicht ohne große politische Zugeständnisse zu haben sein würden. Was mußte er gar von den Wünschen halten, er möge ohne Heer nach den Niederlanden kommen, oder es möchten nur einheimische Truppen angenommen werden? Gerade die konnte er für die Verwirklichung seiner wahren Pläne nicht gebrauchen. Denn keinen Augenblick schwankte er mehr darüber, was zu thun sei. Für ihn gab es nur noch ein Ziel: Durchführung der königlichen Vollgewalt und Beseitigung der ständischen Verfassung. Der dualistische Ständestaat sollte der absoluten Monarchie endgültig weichen. Damit sollte sich verbinden die Wiederherstellung der unbedingten Herrschaft des Katholizismus, die Neubegründung des Staatskirchentumes und der Glaubenseinheit, sowie blutige Rache für die Tumulte und Ausschreitungen der Protestanten. Und diese Rache sollte vornehmlich die Häupter der Opposition treffen; denn ihren Umtrieben und ihrer aktiven und passiven Begünstigung der Rebellen legte er zur Schuld, daß die Dinge so weit gekommen waren, daß diese Frevel und Greuelthaten sich ereignen konnten.

Selbst jetzt noch standen sich also die Anschauungen des Königs und seiner von Mansfeld regierten Schwester schroff gegenüber. Wollte der König konsequent sein, dann konnte er Männern wie Mansfeld und Meghem, wenn sie sich neuerdings auch mancherlei Verdienste um die Zurückdrängung der protestantischen Erhebung erworben hatten, ihre einstige Teilnahme an der wenngleich nunmehr gesprengten Liga der Herren nie und nimmermehr verzeihen. Er mußte sie ganz ebenso für das Henkerbeil zeichnen, wie später die Grafen Egmont und Hoorne. Denn der einzige Unterschied zwischen den beiden Gruppen der Opposition bestand darin, daß die Einen, ohne ihr Ziel zu wechseln, sich von der Aktion zurückgezogen hatten, als die Protestanten an die Öffentlichkeit hervortraten. Dem Marquis von Bergen und Montigny, die ja auch nicht weiter als Mansfeld und Meghem gegangen waren, dachte er in der That dieses Schicksal zu. Verzichtete er aber in Rücksicht auf ihre frischen Lorbeeren im Kampf gegen den Protestantismus bei Mansfeld

und Meghem auf die Strafe, so durfte ihnen doch auf keinen Fall mehr ein politischer Einfluß eingeräumt werden. Und dasselbe galt für Margaretha von Parma. Auch sie hatte sich als unzuverlässig erwiesen, und noch jetzt widersetzte sie sich beharrlich den Intentionen des Königs. Sehr gut wußte dieser freilich, daß es in der Hauptsache Unselbständigkeit, Schwäche gegen fremde Einwirkungen, mit Kleinmut verbundene Selbstüberhebung und geringe politische Fähigkeiten waren, auf die Margarethas frondierende Haltung zurückzuführen war, nicht gerade böser Willen. Daher schien es ihm genügend, wenn sie von Mansfeld getrennt und unter den Einfluß eines Mannes gestellt werde, der sie so zum gefügigen Werkzeuge des spanischen Systems wiederum mache, wie das in den ersten Jahren ihrer Statthalterschaft unter Granvella der Fall gewesen war. Wenn die Entfernung Mansfelds geschickt bewerkstelligt und Margarethas Selbstgefühl nach Möglichkeit geschont würde, so stand zu hoffen, daß sie sich dem neuen Mentor, den ihr der König bestimmte, ohne große Schwierigkeiten fügen würde.

Mit großer Umsicht ging der König zu Werke. Die Kunde von den Bilderstürmen im August und September 1566, die sein Innerstes erschütterte, gebot ihm endlich zu handeln. Zwar forderte ihn Margaretha dringend auf, selbst zu kommen, indem sie ihn an das Beispiel Karls V. erinnerte, der durch ein Land, dessen Herrscher sein Feind war, von Spanien herbeieilte, um eine einzige rebellische Stadt, Gent, zu züchtigen. Nichts war dem Könige unangenehmer, als ein Appell an seinen persönlichen Mut, weil er davon nicht eben viel besaß. Sein Plan war bereits gefaßt, und der hatte den Vorzug, daß seine eigene Person dabei außer dem Spiele blieb. Im Herbst 1566 ließ er seine altbewährte spanische Infanterie aus Neapel, Sizilien und Sardinien nach der Lombardei schaffen. Zugleich wurde die italienische Reiterei in Bereitschaft gesetzt, während in Deutschland Truppen in Wartegeld genommen wurden. Sehr zu statten kam es ihm nun, daß Margaretha damals, da es sich zum offenen Kampfe mit den Protestanten anschickte, um die Ernennung eines obersten Feldherrn bat. Sie fügte naiv

hinzu, Mansfeld solle nicht dafür in Frage kommen, da es besser sei, wenn er beständig bei ihr bleibe, um sie zu beraten. Philipp stellte es ihr anheim, ihm Vorschläge zu unterbreiten, und da sie das ablehnte, zeigte er ihr am 30. Dezember 1566 an, daß er dem Herzog Alba dieses Amt übertragen habe: ihn werde er alsbald mit einem Heere vorausschicken, damit er seinen Weg sichere und in den Niederlanden Vorbereitungen für seinen Empfang treffe; er habe ihm auferlegt, gutes Einvernehmen mit der Statthalterin und den Herren des Staatsrates zu halten. Die Wahl Albas war für Margaretha ein durchaus unvorhergesehener Schlag, und zwar um so mehr, als zwischen ihm und den Farnese, Vater wie Sohn, starke persönliche Differenzen bestanden. Sie verhehlte Philipp keineswegs ihr Mißfallen. Sie hoffe, so schrieb sie ihm am 1. Februar 1567, er werde seinen Entschluß nicht gefaßt haben, ohne vorher reiflich erwogen zu haben, welch mißliche Folgen das haben könne, und sie halte sich versichert, daß der König nicht ihre Autorität verkürzen wolle.

Monatelang indes noch währte es, bis Alba mit seinem Heere aufbrechen konnte. Inzwischen vollzog sich in den Niederlanden der Vernichtungskampf gegen den Protestantismus. Dem Könige kam die plötzliche Energie der Herzogin sehr ungelegen; hatte er doch die Rolle des Bezwingers der Rebellion dem Herzoge zugedacht. Nur widerwillig und zögernd gab er die Einwilligung zum militärischen Vorgehen seiner Statthalterin. Am liebsten hätte er es gesehen, wenn sich Margaretha bis zum Eintreffen Albas jeder Offensive begeben und sich auf eine rein defensive Haltung beschränkt hätte. Er befahl ihr, nichts zu unternehmen, wo sie nicht des Erfolges ganz sicher sei, und die Genehmigung zur Erstürmung von Valenciennes verzögerte er ein Vierteljahr unter dem Vorwande, sein Herz neige zur Milde und schrecke zurück vor Bürgerkrieg und Blutvergießen. Auf das dringendste schärfte er ihr Sparsamkeit ein, damit es nicht an Geld fehle, wenn es notwendig sei. Solch abwehrende Haltung des Königs wäre der Herzogin noch im Sommer ein willkommener Grund gewesen, die Hände in den Schoß zu

legen; jetzt aber erweckten die einmal errungenen Erfolge in ihr den Durst nach weiteren Thaten und neuen Triumphen. Im Anfange des Jahres 1567 hüllte sich Philipp gar in ein tiefes Stillschweigen. Am 25. und 26. Januar schickte er ihr Depeschen, durch die er ihr die Einberufung der Generalstände und irgendwelcher Provinzialstände, sowie die fernere Annahme einheimischer Soldaten streng untersagte. Dann aber ließ er lange nichts von sich hören. Noch am 23. März beklagte sich Margaretha bitter bei ihm darüber, daß er sie seit 57 Tagen ohne Brief und sonstige Nachricht gelassen habe.

Schon war jedoch die endgültige Entscheidung Philipps damals unterwegs. Sie war einige Tage zuvor gefallen und enthielt die Ankündigung, daß Alba nunmehr im Begriffe stünde, seinen Zug nach den Niederlanden anzutreten. Der König verpflichtete die Herzogin, Alba nach Gebühr aufzunehmen und gutes Einverständnis mit ihm zu pflegen, seine Maßregeln in keiner Weise zu erschweren oder zu durchkreuzen und ihn in allen zweifelhaften Fällen gewähren zu lassen, da er des Herrschers Absichten genau kenne. Das bedeutete im Wesentlichen nicht nur die Gleichstellung Albas mit Margaretha, sondern sogar seine Überordnung. Die Herzogin erhielt nochmals den bestimmten Befehl, zwei deutsche Regimenter in das Land einrücken zu lassen und dagegen zur Kostenersparnis eine entsprechende Anzahl inländischer Truppen, Wallonen, wie man kurzweg sagte, zu verabschieden. Indem ihr eine letzte Subvention von 100,000 Dukaten bewilligt wurde, wurde ihr eröffnet, über Besoldung und Unterhalt der Truppen stehe fortan Alba die Verfügung zu. Auf das strengste wurde ihr verboten, mit irgendwem, Ständen, Städten oder Einzelpersonen über einen Pardon zu verhandeln und eine andere als bedingungslose Unterwerfung anzunehmen, sondern Philipp behielt sich das Alles bis zu seiner Ankunft im Lande vor. Und was das Wichtigste war: Mansfeld wurde die gemessene Weisung zu teil, ohne Verzug nach seinem Gouvernement Luxemburg abzugehen, wie es hieß, um Alba, der von Genua aus zu Lande kommen sollte, den Eintritt in die Niederlande zu sichern.

Er sollte offenbar dadurch von Margaretha getrennt und unter die Machtsphäre Albas gestellt werden. Zugleich machte Alba in einem überaus höflichen Schreiben der Herzogin Mitteilung von seiner Ernennung. Er bemerkte, er leiste der Berufung gern Folge, um der Statthalterin zu dienen und ihr hilfreich zur Seite zu stehen.

Die Statthalterin wußte freilich, welchen Wert sie diesen schönen Worten beizumessen hatte. Gerade, als sich Valenciennes ergeben hatte, als sie sich auf der Höhe ihrer Triumphe wähnte, trafen die letzten Depeschen ein. Man kann sich denken, wie sie davon berührt war. Den Befehl, betreffend die Verabschiedung der Wallonen, legte sie dem Staatsrate erst gar nicht vor und erklärte, sich von Mansfeld nicht trennen zu können. In bitteren Ausdrücken beschuldigte sie den König des Undankes. Er nehme, so schrieb sie ihm am 11. April 1567, keine Rücksicht auf ihr Ansehen. Durch außerordentliche Beschränkungen habe er ihr alle Autorität und damit die Möglichkeit geraubt, neue Ordnung im Lande zu schaffen. Jetzt, da durch ihre Bemühungen die Ruhe wiederkehre, wolle Philipp Anderen die Ehre geben, während sie die Arbeit und die Gefahr gehabt hatte. Da das Land auf Handel und Verkehr angewiesen sei, müsse die unruhige Spannung von ihm genommen werden, in die es der König durch den Vorbehalt des Pardons auf unbestimmte Zeit hinaus versetzt habe. Keinen schöneren Sieg könne es ja geben, als den, der ohne Blutvergießen errungen sei. An Alba antwortete sie, da der Frieden wieder herrsche, so könne sich der König die Kosten neuer Rüstungen ersparen; sie gab ihm damit zu verstehen, daß sie seine Sendung für überflüssig halte. Schon seit Jahresfrist weilte einer ihrer Hausbeamten, der Neapolitaner Lembo, am Hofe Philipps zur Beförderung ihrer persönlichen Angelegenheiten. Nun sandte sie einen neuen Vertrauten, den Gaspard von Robles, Herrn von Billy, Kommandanten der Festung Philippeville, zum Könige, um bei diesem ihre Wünsche und Vorschläge zu vertreten. Er war zugleich der Träger einer Liste, auf der die Namen derjenigen Herren und vornehmeren Edelleute verzeichnet waren, die in der

schlimmen Zeit des Bürgerkrieges treu zu Gott und dem Könige gestanden und daher Lohn und Ehre verdient hätten. Die auszeichnendste Erwähnung erhielt darin natürlich Graf Peter Ernst von Mansfeld. Graf Karl Mansfeld, Berlaymont und sein Sohn Karl von Hierges, Noircarmes, Beauvoir und Rassegem bekamen das Prädikat „sehr gut", der Herzog von Arschot nur „gut". Meghem und Aremberg mußten sich mit einfacher Namensnennung begnügen, und auch Egmont war bei ihr wieder insoweit zu Gnaden gelangt, daß ihm das Gleiche widerfuhr. Oranien, Hoorne und Hooghstraeten wurden mit vielsagendem Stillschweigen übergangen. Für den Fall, daß Philipp ihren amtlichen Vorschlägen und privaten Wünschen keine Rechnung trüge, bat sie um den Abschied.

Weder ihre Erfolge noch auch ihre Bitten vermochten den König umzustimmen. Am 15. April reiste Alba von Madrid ab; in Carthagena schiffte er sich nach Genua ein. In Oberitalien erwarteten ihn die mittlerweile hier konzentrierten Truppen, im ganzen 10,050 Mann, und zwar 1250 Mann leichter Kavallerie und 8800 Mann spanischer Infanterie, die vier „Terzios" von der Lombardei (2000), von Neapel (3500), Sardinien (1800) und Sizilien (1500 Mann). Wie offener Hohn klang es, wenn er von Genua aus (am 25. Mai) der Statthalterin replizierte: er freue sich sehr darüber, daß alles wieder ruhig sei, und bedauere die Herzogin für die erlittene Mühe und Sorge; in Anbetracht dieser glücklichen Wendung der Dinge werde er außer seiner spanischen Infanterie und italienischen Reiterei nur noch 400 leichte Reiter in Burgund und ein deutsches Infanterieregiment unter dem Grafen Lodron in Sold nehmen. Dabei lagen bereits die deutschen Regimenter Eberstein und Schauenburg im Lande. Und nicht nur diese ansehnliche Truppenmacht stand zu seiner Verfügung, sondern er war auch der Träger außerordentlicher Vollmachten. Sein Patent als Generalkapitän gab ihm das Kommando über alles Militär in den Niederlanden; es gab ihm die Erlaubnis, überall dorthin Soldaten zu legen, wohin es ihm beliebe, und forderte alle Gouverneure, Beamten, Vasallen und Unterthanen auf zu

unweigerlichem Gehorsam. Er durfte gegen alle, die sich seinen Anordnungen nicht fügen wollten, gleichviel welches Standes oder Amtes sie seien, mit Waffengewalt, Gefängnis, Amtsenthebung, ja sogar Todesstrafe und Vermögenseinziehung einschreiten; andererseits durfte er Reuigen nach Belieben Pardon gewähren und Getreuen Belohnungen versprechen. Ihm war eben alles das zu teil geworden, was der König der Herzogin versagt hatte. Sogar so weit war Philipp gegangen, daß er im voraus alle Maßregeln Albas bestätigte. In einer besonderen Urkunde ward er ermächtigt, gegen diejenigen Ritter des Goldenen Vließes, die Anstifter oder Mitschuldige der stattgehabten Unruhen seien, ohne Rücksicht auf die Privilegien des Ordens das Verfahren einzuleiten. Auf dasselbe lief es hinaus, wenn ihm der König außerdem einschärfte, diejenigen Herren, die er verdächtig oder mitschuldig befände, nach seiner Ankunft zu verhaften, um sie exemplarisch zu bestrafen. Desgleichen wurde ihm auferlegt, aus dem geringeren Volke eine Anzahl der Schuldigsten zur Züchtigung herauszugreifen, das Vermögen der Verurteilten zu konfiszieren, die Buchdruckereien, Buchläden und Schulen streng zu überwachen, die alten Religionsedikte von neuem zu publizieren und streng auszuführen, die Bistumsorganisation nach dem Plane von 1559 zu vollenden, die außerordentliche päpstliche Inquisition wiederherzustellen, sowie die rebellischen Städte durch Vernichtung ihrer Privilegien, hohe Bußen und Bau von Zwingburgen zu strafen und für immer zu fesseln.

Was bedeutete neben solchen Vollmachten und Instruktionen noch die Autorität der Statthalterin? Sie war nur noch ein leerer Schatten, bestimmt, die Verantwortlichkeit für das Gewaltregiment des Generalkapitäns zu tragen, und das war in der That die Absicht Philipps. In diesem Sinne fiel die Antwort aus, die er (Ende Mai) durch Gaspard von Robles der Herzogin erteilte. Er tadelte ernstlich die leidenschaftliche und heftige Sprache ihres Schreibens vom 11. April, sowie das Mißtrauen, das sie ihm darin bekundete. Den Abschied schlug er ihr ab. Daß sie sich in seinem Dienste — so führte er ihr zu Gemüte —

so großen Ruhm und Ehre vor der ganzen Welt erwerben konnte, verpflichte sie zu großem Danke gegen ihn. Denn sie habe Thaten verrichten dürfen, von denen er wünsche, daß sie ihm selber beschieden worden wären. Indem er sie durch solche Schmeicheleien zu besänftigen suchte, wollte er sie zugleich bestimmen, die Mission Albas in einem günstigeren Lichte zu betrachten: er liebe sie als seine Schwester, und nie werde er dulden, daß jemand zu einem anderen Zwecke nach den Niederlanden komme, als nur um ihr bei der Neubefestigung der Ordnung den erforderlichen kräftigen Beistand zu gewähren. Er suchte sie dadurch festzuhalten, daß er ihr die Aussicht auf Plazentia wieder vorspiegelte: zwar habe er sich darüber noch nicht entschlossen, doch suche er nach einem Auswege, der ihren Klagen ein Ende machen würde. Auch das alte Trugbild seiner baldigen Reise nach den Niederlanden führte er ihr vor und bat sie, wenigstens bis zu seiner Ankunft noch zu warten. Zugleich streckte er die Fühler aus, um zu erfahren, wieweit er auf ihre Mitwirkung bei dem Vorgehen rechnen dürfe, wie er und Alba es vorhatten. Der spanische Staatsrat beschloß, daß die Privilegien der niederländischen Städte kassirt würden, ehe Alba käme, da es das Ansehen der Statthalterin schädigen müßte, wenn man solange damit warten wolle. Demgemäß ließ ihr der König eröffnen, welche Maßregeln er zur dauernden Pazifikation des Landes für nötig erachte: Kassation der Privilegien, Ersetzung der städtischen Magistrate, der Organe der kommunalen Autonomie, durch königliche Beamte, Bau von Citadellen, Vermögenseinziehungen, Auferlegung von Steuern ohne ständische Bewilligung, Verabschiedung der einheimischen Truppen. Philipp stellte der Schwester anheim, mit der Ausführung dieser Anordnungen sofort zu beginnen oder, falls ihr das gefährlich dünke, bis zur Ankunft Albas zu warten. Ebenso, wie er die Entscheidung über Plazentia hinausschob, erklärte er, erst bei seinem Eintreffen in Brüssel könne er sich über die beantragten Belohnungen für Mansfeld, Noircarmes, Armenteros und andere Getreue schlüssig werden.

Margaretha war nicht gerade skrupulös, wenn es sich darum handelte, den Willen des Königs auszuführen, zumal wenn sie dabei ihren persönlichen Vorteil zu finden hoffte. Am 12. Juli erklärte sie sich bereit, alle Befehle des Königs auszuführen, selbst die Aufträge, die ihr Gaspard von Robles überbrachte, wie sehr auch deren Inhalt ihren eigenen Ansichten zuwiderlaufe. Sie wußte, daß sie nicht durch Ungehorsam die Aussicht auf Plazentia verscherzen dürfe. Aber andererseits empörte sie es doch, daß sie, die Retterin der Krone und des Landes, anstatt für ihre wiederholten Anträge Gehör zu finden, wie ein unmündiges Kind unter Albas Vormundschaft gestellt werden sollte. Diesen Schlag vermochte sie nicht zu überwinden. Und wie sehr sie auch ihre Willfährigkeit beteuerte, in Wirklichkeit liefen ihre Handlungen unter dem Einflusse Mansfelds den Intentionen des Königs schnurstracks zuwider. Wiewohl ihr Philipp den Erlaß auch provisorischer Edikte in Religionssachen verbot und an den alten Plakaten nichts geändert wissen wollte, hatte sie dennoch am 24. Mai eine Verordnung für Antwerpen veröffentlicht, die später wohl noch ausgedehntere Gültigkeit erlangen sollte, und die in den Augen Philipps immerhin eine beträchtliche „Moderation" bedeutete, wie sie früher von der Herrenliga gefordert und im Entwurfe Assonlevilles vom April 1566 einen Ausdruck gefunden hatte. Denn nur auf gewissen sehr schweren „Verbrechen", wie Predigten, häretischem Unterrichte, Kirchenschändung, Übung der protestantischen Religion, Druck und Verkauf ketzerischer und blasphemischer Schriften und Bilder, stand der Tod, aber nur Galgen und Schwert, nicht der Scheiterhaufen, für den Philipp eine ganz besondere Vorliebe hatte. Für leichtere Vergehen, wie Kauf verbotener Schriften und Bilder, harmlose Spöttereien u. s. w., ward die Strafe in das Ermessen des Richters gestellt; Vagabunden, Abtrünnigen, Verbannten und Flüchtlingen war nur der Abzug aus Antwerpen binnen vierundzwanzig Stunden auferlegt. Sogar eine Art von Gewissensfreiheit, wenn man sich nur der Religionsübung und der Verstöße gegen die ausdrücklich mit Strafe bedrohten Verbrechen enthielt, war mit dem Wortlaute dieses Plakates nicht

unverträglich. Philipp wußte sich vor Zorn über die Eigenmächtigkeit der Herzogin nicht zu fassen. Sie habe, so tadelte er sie herb, gegen ihre Pflicht verstoßen, da sie ohne seine Genehmigung eine solche Verordnung nicht erlassen, ja sogar nicht einmal daran hätte denken dürfen. Mit sichtlicher Beziehung frug er, warum sie denn der Staatsrat nicht davor gewarnt hatte. In Wahrheit hatte der Entwurf im Staatsrate eine strengere Gestalt getragen; nachher aber setzte auf Zuraten des Antwerpenschen Bürgermeisters Straelen, des Freundes Oraniens, der bei der Statthalterin allmächtige Mansfeld seine Milderung durch. Auf Befehl Philipps wurde das Edikt am 23. Juli 1567 widerrufen.

Die scharfen Worte des Königs dienten nicht dazu, in Margaretha die Rücktrittsgelüste zu ersticken, wenngleich sie vorderhand mit diesen Gedanken mehr spielte. Mansfeld hatte ihr eingeredet, der König könne sie für die Niederlande nicht entbehren, und daher meinte sie, Philipp würde sich durch ihre Drohungen, den Abschied zu nehmen, einschüchtern lassen. Je mehr indes die Spannung zwischen ihr und dem Könige wuchs, um so ernsthafter wurde es ihr mit dem Wunsche nach Entlassung. Die Verhältnisse an ihrem Hofe waren auch nicht die angenehmsten. Mansfeld, dem Egmont jetzt durch dick und dünn folgte, war seines Einflusses halber bei allen übrigen sehr unbeliebt, und fortwährend gab es Zerwürfnisse und Reibereien in ihrer Umgebung. Mit Alba geriet sie, ehe er noch angelangt war, in bitteren Zwist. Während er von Oberitalien aus in den Monaten Juni und Juli über Savoyen und Burgund heranzog, entspann sich zwischen ihm und der Statthalterin ein Briefwechsel, der von ihrer Seite mit steigender Heftigkeit geführt wurde. Sie frug ihn von neuem, welchen Zweck sein großes Heer habe, da doch das Land beruhigt sei. Sie weigerte sich beständig, Mansfeld fortzuschicken und die Wallonen zu kassieren. Auch damit war sie nicht einverstanden, daß Alba Luxemburg, Mansfelds Gouvernement, zum Ausgangspunkte für seine Operationen und zum Musterungsplatze für das deutsche Regiment Lodron bestimmte.

Aber was nützten ihr alle Proteste und Winkelzüge? Da ihr der König keine Subvention mehr für den Truppensold schickte, sondern sie dafür an Alba verwies, und da dieser hinwiederum kein Geld für die Wallonen empfangen zu haben behauptete, so mußte sie die einheimischen Truppen abschaffen. Im Juli gab es deren nur noch vierzehn Kompagnien, von denen dreizehn in Antwerpen als Besatzung lagen und eine ihr selbst als Leibwache diente. Auch auf deren Abdankung bestand Alba. Scheinbar den Wunsch Margarethas respektierend, daß Luxemburg geschont würde, dirigierte er das Regiment Lodron nach Antwerpen und befahl dem Grafen Mansfeld, der eben daselbst mit dem Hofe weilte, dort zu bleiben, indem ihm das Amt übertragen wurde, darüber zu wachen, daß sich das Regiment keine Ausschreitungen zu Schulden kommen lasse. Auch so hoffte nämlich der verschlagene Spanier Mansfeld von der Statthalterin zu trennen. Denn diese begab sich damals von Antwerpen zum Empfange Albas nach Brüssel. In Antwerpen stand Mansfeld ferner im militärischen Machtbereiche Albas, da das Regiment Lodron diesem ganz ergeben war. Offenbar fürchtete Alba noch immer, Mansfeld könne seinen Einfluß auf die Herzogin benützen, um sie zum Widerstande gegen das Einrücken der Spanier ins Land zu bewegen. Zwar nahm Mansfeld den Auftrag Albas an, freilich mit Widerwillen; dies hinderte ihn indes nicht, die Herzogin schließlich doch von Antwerpen nach Brüssel zu begleiten. Wie sehr sich aber sonst auch Margaretha gegen Albas Anordnungen sträubte, so war sie doch durchaus machtlos dagegen. Schließlich mußte sie doch immer thun, was ihr der Herzog, wenngleich in der höflichsten Form, aber als strikten Befehl des Königs vorstellte, woran er selbst nichts ändern dürfe.

Alle diese Demütigungen Margarethas waren indes nur ein Vorspiel zu dem, was ihr bevorstand, als Alba die Niederlande erreichte. Anfang August traf er in Luxemburg ein und wurde dort von Berlaymont und Noircarmes erwartet, die Mansfeld nicht gerade sehr hold und freundlich gesinnt waren. Aus Arlon in Luxemburg sandte er den Kriegsrat Franzisko

d'Yvarra der Herzogin zur Begrüßung entgegen. Yvarra hatte den Auftrag, ihr das alte Lied vorzutragen, Alba sei nicht gekommen, um ihre Autorität zu mindern, sondern um sie zu stützen und sie zu bitten, über ihn wie über ihren geringsten Diener zu verfügen, kurz ihr und allen Herren des Hofes die beruhigendsten Erklärungen abzugeben und ihnen jeden Verdacht gegen Alba auszureden. Er sollte sie alle, selbst Egmont und Hoorne, besuchen und ihnen sagen, bald werde der König kommen und ihnen seinen Dank für ihre Treue bezeugen. Falls Margaretha fragen würde, welche Vollmachten Alba habe, sollte Yvarra erwidern, er wisse nichts davon. Nachdrücklich sollte er in Abrede stellen, daß der König die Züchtigung des Landes plane, oder die spanische Inquisition einführen und das Land unter das Joch ewiger Knechtschaft unter Spanien beugen wolle: denn der König sei ein milder Fürst und wolle seine angeborene Gnade walten lassen; Alba gedenke sich überhaupt nicht in die niederländischen Verhältnisse einzumischen, sondern wolle nur des Herrschers Ankunft sichern.

Die Sendung Yvarras hatte indes noch einen anderen wichtigeren Zweck als diese trügerischen Versicherungen. Er sollte der Statthalterin anzeigen, daß Alba seine Truppen in Brüssel, in Lier bei Antwerpen und in Enghien einzuquartieren gedenke. Unter der bescheidenen Form eines Vorschlages sollte Yvarra zunächst diese Verteilung der Truppen bei der Herzogin befürworten, und zwar unter dem Vorwande, daß sie durch die Notwendigkeit geboten sei, die Soldaten, wenn es erforderlich wäre, in kürzester Frist konzentrieren zu können. In Wirklichkeit bedeutete das Projekt, da zugleich in Antwerpen an die Stelle der Wallonen das Regiment Lodron trat, die Okkupation der beiden Hauptstädte durch die Truppen Albas und die Unterwerfung der Statthalterin, ihres Hofes und der Zentralregierung unter seine Machtsphäre. Margaretha legte die Botschaft Yvarras dem Staatsrate vor, und dieser sprach sich gegen Albas Absicht aus. Man berief sich darauf, daß Brüssel sich immer gut gesinnt gezeigt habe, und daß es daher nicht gerecht wäre, wenn es zum Danke für seine Treue am ersten unter den Spaniern

zu leiden hätte; man beschloß, Alba solle mit seinem Heere an der Lüttich-Brabantischen Grenze bei Huy Lager halten und von dort allein nach Brüssel kommen. Da aber erklärte Ydarra mündlich dem Staatsrate, der Vorschlag Albas beruhe auf einem kategorischen Befehle des Königs selbst, und Alba bestätigte das brieflich. Der Herzogin blieb nichts anderes übrig, wenn sie nicht dem Könige offen den Gehorsam verweigern wollte, als nachzugeben. Die spanische Infanterie wurde nach Brüssel, Lier, Enghien und auch nach Gent gelegt; die Reiterei wurde teils in der Grafschaft Valkenburg am rechten Ufer der Maas, teils auf dem linken Ufer ziemlich in der Mitte zwischen Brüssel und Maestricht in den brabantischen Ortschaften Zout-Leeuw (Léau), Halen, Diest und Sichem, sowie in der Nähe von Brüssel einquartiert. Vergeblich blieben dagegen alle Bitten und Proteste der Stände von Brabant und der Stadt Brüssel, wiewohl sie dem Herzoge von der Statthalterin auf das nachdrücklichste empfohlen worden waren.

Am 22. August 1567 nachmittags um 3 Uhr zog Alba mit seiner Leibwache in Brüssel ein. Weder der Magistrat der Stadt, noch auch die hervorragendsten Großen, Egmont, Mansfeld und Arschot, bereiteten ihm irgendwelchen Empfang. Drei Stunden vor seiner Ankunft hatte die Herzogin im Staatsrate die Umfrage gestellt, ob sie ihm mit seiner Garde Einlaß in ihren Palast gewähren dürfe. Alba hatte davon erfahren und ließ ihr mitteilen, er und seine Garde ständen zu ihrer Verfügung, worauf es Margaretha in sein Belieben stellte, ob er allein oder mit Truppen kommen wolle. Als er am Schlosse anlangte, verweigerte indes die Leibwache der Statthalterin der seinigen den Zugang. Margaretha empfing, umgeben von Mansfeld, Egmont und anderen Herren, den Rivalen in ihrem Schlafzimmer, wo sie gewöhnlich ihre Audienzen erteilte, und blieb, als er eintrat, stehen, ohne einen Schritt vorwärts oder rückwärts zu thun. Der Herzog behandelte sie mit einer ausgesuchten Höflichkeit und Ehrerbietung, als spräche er mit dem Könige selbst oder der Königin. So großen Respekt er ihr aber auch bezeugte, sie bewahrte eine kalte, abweisende Haltung.

Nach Beendigung seiner Audienz, die ungefähr eine halbe Stunde gedauert hatte, begab er sich in seine Herberge.

Statthalterin, Herren, Stände und Volk waren einig in ihrem Mißfallen über Albas Erscheinen. Zwischen dem Volke und den spanischen Soldaten kam es zu blutigen Zusammenstößen. Der hündische Armenteros, der durch Denunziationen und Kriecherei vor dem neuen Herrn seine alten Sünden wettzumachen suchte, warnte Alba, außer dem Hause zu essen, und bat umsonst die Statthalterin, in ihrem privaten Interesse sich von Mansfeld zu trennen und sich Alba zu fügen. Die Herzogin war in einer verzweifelten Stimmung. Mansfeld gab ihr den Rat, im Einverständnisse mit den Ständen und dem Lande Alba nach Möglichkeit Schwierigkeiten zu bereiten und ihm das Leben sauer zu machen. Zunächst besann man sich hinterher, daß man ihm gar nicht den Einzug in Brüssel hätte zu gestatten brauchen, ehe man nicht seine Vollmachten kannte, und der Staatsrat beschloß daher alsbald am 23. August, ihn zu deren Vorlegung aufzufordern. Umgehend übersandte sie Alba, und als man ihre Tragweite ersah, bemächtigte sich aller eine tiefe Entrüstung. Margaretha sagte öffentlich, sie sei jetzt überflüssig und könne gehen.

Aber noch trat Alba mit der größten Vorsicht auf. Noch wollte er versuchen, ob er Margaretha günstiger stimmen könne. Einige Tage nach seinem Einmarsche hatte er eine neue Zusammenkunft mit ihr, wobei über die Einquartierung seines Heeres und die Leistungen der Stadt Brüssel für seine Soldaten beraten wurde. Sie bat nochmals, daß Brüssel verschont würde. Darin blieb er jedoch fest. Er erklärte sich bereit, alle Verantwortlichkeit und alles Odium dieser Maßregel auf seine Schultern zu laden, und ließ es nicht fehlen an schönen Worten, um sie zu kirren: nur deshalb habe ihn der König hierher gesandt, damit die Gerechtigkeit gehandhabt und die Befehle der Statthalterin ausgeführt würden, auf daß der Herrscher bei seiner Ankunft das Land in Frieden finde. Er suchte sie zu überzeugen, daß ihn nur Gehorsam, nicht etwa Streben

nach Ehre, Reichtum und Ruhm oder persönliche Feindschaft gegen irgendwen zu seinem Zuge hierher veranlaßt habe. Auf die verfängliche Frage, mit welcher Maßregel er beginnen wolle, suchte er sie zu beruhigen, indem er ausweichend erwiderte, Tag und Nacht sei er bereit, ihre Befehle auszuführen, nicht mehr und nicht minder als Aremberg oder Berlaymont.

In Wirklichkeit war die erste Maßregel, die er im Sinne hatte, die Verhaftung derjenigen Herren, die der König und er selbst für die Haupträdelsführer der Unruhen der letzten Jahre hielten. Aber noch konnte er dazu nicht schreiten, da sie sich bei seinem Einrücken im Lande mit Ausnahme Egmonts alle auf deutschem Reichsboden befanden. Oranien weilte in seiner Grafschaft Nassau, Hoorne in seiner Lüttichschen Lehnsgrafschaft Weert, Hooghstraeten in Köln. Diese drei Herren herbeizulocken, war sein sehnlichster Wunsch. Daher galt es zunächst, sie in Sicherheit zu wiegen, um sie dann um so fester in sein Netz zu verstricken. Er stellte sich tief betrübt, daß ihn die Herren nicht schon begrüßt hätten, da er doch so sehr ihr aufrichtiger Freund und ergebener Diener sei. Zunächst lud er Hoorne ein, ihn als Freund zu besuchen, und spiegelte ihm vor, er solle aus Rücksicht auf seine Verdienste zum Gouverneur von Mailand oder zum Vizekönig von Neapel erhoben werden. Diese glänzende Aussicht wirkte auf Hoorne, und am 20. August stellte er sich zu Löwen ein, wo Alba auf seinem Marsche nach Brüssel einige Tage sich aufhielt. Er wurde ausgezeichnet empfangen, und Alba hatte sogar nichts dagegen, daß er sich in Familienangelegenheiten noch einmal nach Köln begab. Der Herzog wußte, daß der Gimpel wieder auf den Leim zurückfliegen und wohl gar noch als Lockvogel die beiden Kameraden aus Deutschland mitbringen würde. Dem zu Löwen studierenden Grafen Buren, dem Sohne Oraniens aus erster Ehe, erwies er eine wahrhaft väterliche Zärtlichkeit und Wohlwollen. Durch die Personen seiner Umgebung ließ er fragen, warum denn Oranien außer Landes sei, und ungestört ließ er noch monatelang den Prinzen im Genusse seiner niederländischen Güter. Nicht minder liebenswürdig trat er in Brüssel Egmont gegen-

über. Sogar kleine Galanterien gegen Egmonts Gemahlin verschmähte er nicht, wie er ihr etwa ein paar Handschuhe verehrte. In der That kehrte Hoorne am 7. September wohlgemut aus Köln zurück, freilich allein. Hooghstraeten konnte einer Verwundung halber nicht reisen, und Oranien war zu schlau, um den spanischen Lockrufen zu folgen. Wie schwer es ihm auch fiel, Alba sah ein, daß er sich mit den Häuptern der beiden Grafen begnügen müsse. Nunmehr warf er die Maske ab. Am 9. September fiel der entscheidende Schlag, die Verhaftung Egmonts und Hoornes. Auch die Festnahme Mansfelds und Meghems wurde allgemein erwartet, und es war gewißlich ein Akt der Milde, wenn Philipp und Alba davon Abstand nahmen. „Ich hätte noch mehr Personen ergreifen können," so schrieb Alba, „aber der König hat nicht die Absicht, das Blut seiner Unterthanen zu vergießen und ich bin von Natur solcher Härte abgeneigt." Die Stunde der Rache, nach der Philipp und sein Minister seit Jahren gedürstet hatten, sie war endlich gekommen.

In denselben Tagen entschied sich auch das Schicksal Margarethas. Immer noch hatte sie sich mit der Hoffnung geschmeichelt, daß sie der König brauche. Zwar fehlte es ihr nicht am guten Willen, selbst die extremsten Befehle Philipps auszuführen, wohl aber an der Kraft, sich von der Herrschaft Mansfelds zu befreien und sich unter die Albas zu stellen, was doch dann nötig war. So schwankte sie jämmerlich hin und her; allenthalben suchte sie Alba Hindernisse in den Weg zu legen, um dann, wenn er fest zugriff, zurückzuweichen, um nicht der Gnade des Königs verlustig zu werden. Als Alba in Brüssel angelangt war, da stritten zwei Motive in ihrer Brust, einmal die Rücksicht auf Plazentia, auf der anderen Seite unüberwindlicher Abscheu gegen Alba, ihr Verhältnis zu Mansfeld und der Umstand, daß ihr Selbstgefühl durch Albas Vollmachten tötlich verletzt worden war. In einem Schreiben (vom 29. August) bat sie den König abermals um ihre Entlassung, da durch die Machtvollkommenheit, die er Alba gewährt habe, nicht nur ihre Autorität untergraben, sondern auch sein

Mißtrauen gegen sie selbst offenbar würde. Zugleich ließ sie indes durch Armenteros dem Herzoge mitteilen, nur dann wolle sie in ihrem Amte verbleiben, wenn ihr der König in ihren privaten Angelegenheiten einen günstigen Bescheid gebe, und ersuchte Alba, sich auch seinerseits dafür zu verwenden. Es war also gleichsam ein Ultimatum, das sie dem Könige stellte: entweder Plazentia oder Niederlegung der Statthalterschaft. Inzwischen wollte sie Brüssel verlassen und bis zum Eintreffen der Antwort aus Spanien von Stadt zu Stadt im Lande umherreisen, ohne sich um die Geschäfte zu kümmern.

Ebensowenig, wie Margaretha damals bereits unter allen Umständen zur Abdankung entschlossen war, lag es etwa im Willen des Königs und Albas, sie aus ihrem Amte scheiden zu sehen. Beide gaben die Hoffnung noch nicht ganz auf, sie werde sich den Intentionen anpassen, die sie selber hegten, wenn nur erst Mansfelds Einfluß beseitigt sei. Philipp bemerkte auf den Rand ihres Gesuches vom 29. August, sie wäre wohl dazu durch die Einwirkungen der Gegner Albas im Staatsrate, also vornehmlich Mansfelds, bewogen worden. Alba erwiderte Armenteros, es bekümmere ihn sehr, daß Margaretha an ihren Abschied denke; er möge ihr bei passender Gelegenheit vorstellen, der Herzog wünsche nichts mehr, als daß sie sich von ihm beraten lasse, seine Vorschläge befolge und sich seinem Willen und Einflusse unterordne; er hoffe zu Gott, sie werde dabei so gut fahren, wie einst Kaiser Karl und König Philipp in allen den Stücken, in den sie auf ihn ihr Vertrauen setzten.

So standen die Dinge, als Margaretha plötzlich ihrem Schwanken ein Ende machte, und ohne die Antwort des Königs auf ihr Ultimatum vom 29. August abzuwarten, ihr Abschiedsgesuch erneuerte, und zwar dieses Mal bedingungslos und in der schärfsten Form. Es geschah dies in einem Briefe vom 8. September, dessen Träger ihr Privatsekretär Machiavelli war. Vor dessen Abfertigung hatte sie eine Unterredung mit Alba, in der sie ihn davon in Kenntnis setzte, daß ihre Absicht unwiderruflich sei, und ihn bat, beim Könige die Gewährung ihres Rücktrittes zu befürworten. Umsonst blieben seine Bemühungen, sie von

ihrem Vorhaben zurückzuhalten. Was war es, was sie zu so großer Eile trieb? Von der drohenden Verhaftung Egmonts und Hoornes wußte sie noch nichts. Schwerlich aber waren ihr die gerade damals eingeleiteten Verhandlungen zur Einrichtung eines außerordentlichen Strafgerichtes, des „Rates der Unruhen", verborgen geblieben; auch mochte es sie kränken, daß Alba bereits begann, die Mitglieder des Staatsrates zu sich zu berufen und mit ihnen für sich zu arbeiten. Der Ärger und der Widerwillen gegen die beschämende Rolle, die ihr zugedacht war, gewannen eben schließlich in ihrer Brust den Sieg über alle anderen Erwägungen.

Heftig genug war der Ton, den sie nun gegen Philipp anschlug. Sie begann mit Klagen, daß ihr der König den Abschied nicht schon vor Albas Ankunft bewilligt habe, und daß dieser jetzt die Früchte ihrer Mühen genießen werde. Zum beständigen Beispiele werde sie dafür dienen, daß der König empfangene Dienste nicht nach Gebühr lohne, und andere würden sich wohl in Zukunft hüten, sich so für den König aufzuopfern, wie sie das gethan habe. Sie tröste sich indes mit dem Bewußtsein, ihre Pflicht vor Gott, vor der Welt und vor sich selbst erfüllt zu haben. Indem sie eine Schilderung ihrer Statthalterschaft gab, wies sie darauf hin, wie er sie ohne Geld, Soldaten und Berater im Lande zurückgelassen habe; so sehr hatte sie vergessen, daß er ihr einst Granvella zur Seite gesetzt hatte, der durch sie freilich gestürzt worden war. Durch ihre Geschicklichkeit und ihren Eifer, durch den Beistand von Helfern und Ratgebern, die sie sich erst habe heranziehen müssen, habe sie den Frieden geschaffen und die Bahn für Alba geebnet. Neun Jahre lang, so fuhr sie fort, habe sie keine Stunde der Ruhe gehabt. Vermögen, Gesundheit und gleichsam das Leben habe sie in die Schanze geschlagen, und das nur dazu, daß ihr alle Autorität geraubt und Alba gegeben würde. Habe es Alba selbst gewünscht, nach den Niederlanden entsandt zu werden, so habe er seine eigene Ehre und seinen besonderen Vorteil gesucht; habe ihn der König aus freiem Antriebe geschickt, so habe Philipp gegen sie ein um so schwereres Unrecht

begangen, als sie von seinem Blute sei. Falls er ihr nicht unverzüglich antworte, betrachte sie ihre Entlassung als bewilligt und reise ab. Wolle er, daß sie gehe, ohne Plazentia zu erhalten, so werde sie sich darein schicken; aber Gott und alle Welt seien ihre Zeugen, und Philipp könne es selbst nicht leugnen, daß sie und ihr Sohn solche Behandlung und Belohnung langjähriger Treue nicht verdienten. Sei ihr Sohn nicht gewillt, dem Könige bis zum letzten Atemzuge zu dienen? Um seinem Willen zu gehorchen, habe er sich vermählt, und zum Danke dafür setze ihn Philipp der Lebensgefahr aus. Denn um andere zu begünstigen, die ihres Sohnes Feinde seien, räume er ihm das Kastell von Plazentia nicht ein, um das sie schon so oft gebeten habe, das ihr gegen Gewissen, Billigkeit und Gerechtigkeit vorenthalten werde, und dessen sie dereinst auf eine so schändliche Weise beraubt worden sei. Bis zum Ende des Lebens werde sie gleichwohl des Königs ergebenste Dienerin bleiben: denn sie habe ihre Sache auf Gott gestellt, und sie höre nicht auf, diesen zu bitten, er möge dem Könige all die Qual und Schmach verzeihen, die sie um seinetwillen erleiden müsse, und er möge ihm seine Gnade schenken, daß er sein und seines Vaters Gewissen entlaste, nämlich durch die Rückgabe von Plazentia. Mit einer dringenden Fürbitte für Mansfeld schloß das merkwürdige Schriftstück, durch dessen rabiaten Ton man schwerlich etwas anderes als persönliche Gereiztheit und Bitterkeit durchklingen hört.

Philipp sah ein, daß alle Hoffnungen, Margaretha würde sich Alba unterordnen, vergeblich seien, und daß es das Beste wäre, ihr Abschiedsgesuch in möglichst verbindlicher und beruhigender Form zu gewähren. Unter diesen Umständen wurde Machiavelli schnell abgefertigt. Am 25. September war er in Madrid angelangt; schon am 5. Oktober richtete Philipp ein eigenhändiges Schreiben an Margaretha, worin er ihr in Kürze mitteilte, er finde die Ursache, um derentwillen sie ihre Entlassung wünsche, Müdigkeit und Krankheit, dringend und gerecht genug, um ihre Bitte zu gewähren. Er versicherte sie seiner völligen Zufriedenheit mit allem dem, was sie für die Erhaltung der

Niederlande und zur Wiederherstellung der Religion gethan habe: es erwachse ihm daraus gegen sie eine Verpflichtung, die noch stärker sei als die Bande des Blutes; man solle erkennen, wie sehr er sie schätze und achte, und erfahren, daß er sich ihre Angelegenheiten so zu Herzen nehme, wie wenn es seine eigenen seien. Durch Ruy Gomez, den Prinzen von Eboli, ließ er ihr einen zweiten Brief mit ähnlichen Schmeicheleien schreiben, durch den er, „um ihr seine brüderliche Liebe zu erweisen", ihre Pension von 8000 auf 14000 Dukaten erhöhte und zugleich festsetzte, daß nicht nur sie, sondern auch ihre Erben diese Rente beziehen sollten, die nur durch die Zahlung eines Kapitals von 140000 Dukaten ablösbar wäre: der höchste Lohn und Preis freilich, das sei der Ruhm, den Margaretha für sich und ihre Nachkommen errungen habe. Der Lohn, den sie allein begehrte, Plazentia, wurde ihr allerdings nicht zu teil.

Es blieb Margaretha jetzt nur noch übrig, ihre Heimkehr nach Italien zu rüsten. Alba selbst, höflich und zuvorkommend, wie er sich stets gegen sie zeigte, bot ihr an, sie auf ihrer Reise zu begleiten. Sie lehnte den Antrag ab und bat Alba, daß er ihrem teuren Mansfeld die Erlaubnis dazu gewähre. Sofort gab Alba dem Grafen diese Weisung, und der nahm gewißlich den Befehl um so lieber an, als seine Gebieterrolle in den Niederlanden ohnehin zu Ende war. Seit der Verhaftung Egmonts und Hoornes war er sehr kleinlaut geworden. Als er die Gefangennahme der beiden Grafen für eine Verletzung der Ordensprivilegien erklärte und zum Proteste dagegen die Vließritter versammeln wollte, hatte ihm Alba den Standpunkt gehörig klar gemacht. Er fuhr ihn an, die Zeiten der Ligen und Versammlungen seien jetzt vorüber: er würde ihn und seine Genossen strafen, auch wenn sie nur zusammenkämen, um das Credo herzusagen. Da wurde Mansfeld vom Schrecken gefaßt, zumal als er auf die vielen Briefe, die er dem Könige schrieb, nicht einmal einer Erwiderung gewürdigt wurde.

Noch mußte sich die Herzogin vor ihrer Abreise beim Könige, bei Alba und bei dem Lande verabschieden. Jetzt, da

sie ihres Amtes enthoben war, war sie durch keine Rücksichten mehr verhindert, sich für das unglückliche Land zu verwenden. Sie bat den Herrscher, den lange ersehnten Pardon zu bewilligen und Gnade zu üben, da übertriebene Strenge das Land zerrütten würde. „Je näher die Könige Gott stehen, um so mehr müssen sie der göttlichen Güte und Milde nacheifern", rief sie ihm zu. Der Gemahlin Egmonts gab sie ein freilich wirkungsloses Fürbittschreiben für den bereits dem Tode geweihten Grafen. Sie dankte Philipp für die Entlassung, die Pension, sowie für die Erklärung, daß er ihre Angelegenheiten stets fördern und für ihr Wohl und für ihre Ehre eintreten werde: da ja der König wisse, worin Würde, Ehre und Sicherheit ihres Gemahles, ihres Sohnes und ihrer selbst bestünden, so gebe sie sich der Hoffnung hin, daß sie bei ihrer Ankunft in Italien die Nachricht von der Auslieferung Plazentias vorfinden würde. Denn ohne diese Begnadigung, so wiederholte sie ihm, würden sie und ihre Angehörigen der Ehre und Sicherheit ermangeln, und niemand würde glauben, daß der König mit ihren Diensten zufrieden sei, daß er ihnen traue, und daß er sie in der That achte und liebe. Am 17. Dezember hatte sie eine letzte Zusammenkunft mit Alba in Gegenwart des Staatsrates, bei der sie ihm die Proklamierung eines Generalpardons und die Zusammenberufung der Generalstände als die zunächst dringend notwendigen Maßregeln an das Herz legte. Alba antwortete ausweichend, indem er ihr für die Ehre dankte, die sie ihm durch diese Empfehlung angedeihen lasse. An die Behörden und Stände der einzelnen Provinzen hatte sie schon vorher Abschiedsbriefe gerichtet, in denen sie ihnen ihr Bedauern aussprach, daß sie ihnen keine Generalstände gewähren durfte, und sie zu treuem Festhalten am katholischen Glauben ermahnte. Man ließ sie nicht ziehen, ohne ihr eine Ehrengabe zu bewilligen: Flandern bot ihr 30000, Brabant 25000 Gulden an. Die Einkünfte, die ihr in früheren Jahren aus dem Ämterhandel zugeflossen waren, waren längst verbraucht. Als sie abreiste, befand sie sich, da sie die Geschenke der Stände erst in Italien erhielt, in so bedrängter Lage, daß sie ein Darlehen von

80000 Gulden aufnehmen mußte, was ihr mit Mühe und Not gelang.

Am 30. Dezember 1567 verließ Margaretha, von Mansfeld und militärischem Gefolge geleitet, Brüssel, um über Luxemburg und die Schweiz nach Mailand zu reisen. Im Februar 1568 traf sie bei dem Gemahle und dem Sohne ein. Was sie dort aber nicht vorfand, das war die heißersehnte Nachricht von der Restitution der Citadelle von Plazentia. Am 23. Februar 1568 richtete sie daher zugleich mit der Anzeige von ihrer Ankunft und einer abermaligen Verwendung für Mansfeld die erneute Bitte um Plazentia an den König. Die Antwort, die sie bekam, war dieselbe, mit der sie schon so oft abgespeist worden war: nichts wünsche er mehr, als sie zufrieden zu stellen, da sie seine Schwester und ihm so lieb und teuer sei; seine Gründe, ihr Plazentia vorzuenthalten, seien indes so gewichtig und stimmten auch mit dem, was Margarethas eigenes Wohl und Interesse erfordere, derart überein, daß sie selber, wenn sie diese Motive kännte, zugeben müßte, wie sehr er sie liebe und achte. Umsonst war die Mühe ihrer neunjährigen niederländischen Statthalterschaft gewesen; was sie dadurch zu erringen gehofft hatte, blieb ihr versagt.

Und während sie im sonnigen Italien über den Undank eines Königs klagte und ihm einen Brief nach dem andern schrieb, ohne auch nur Antwort zu erhalten, strebte in den Niederlanden Alba darnach, unter Strömen von Blut das religiös-politische System Philipps für immer zu befestigen, die katholische Idee zur unbeschränkten Herrschaft zu führen und den rohen Konstitutionalismus des dualistischen Ständestaates zu Gunsten der absoluten Monarchie zu vernichten. Der endliche Ausgang des Ringens, das sich nun entspann, sollte jedoch ein ganz anderer sein, als Philipp und Alba für unumstößlich sicher hielten. Er bedeutete zwar nicht für alle, aber doch für die lebenskräftigsten Provinzen des Landes den Triumph des Protestantismus, und zwar in seiner radikalsten Form, in der Lehre Calvins, die Abstoßung nicht der ständischen,

sondern der königlichen Gewalt, und somit die Verwandlung des dualistischen Ständestaates in die bundesstaatlich organisierte Republik. Es entstand der protestantische Freistaat der Vereinigten Niederlande, das Werk des großen Schweigers; sein Grundstein aber ward gelegt unter der Regentschaft Margarethas von Parma.

Schluß.

Die Zeit der niederländischen Statthalterschaft war der bedeutsamste Abschnitt im Leben Margarethas von Parma. Ihre späteren Schicksale bieten wenig Interesse, wenngleich es ihr beschieden war, noch einmal in die Öffentlichkeit hervorzutreten.

Nur einige Monate weilte Margaretha nach ihrer Rückkehr aus den Niederlanden in dem Herzogtume ihres Gemahles. Schon im Oktober 1568 nahm sie ihren Wohnsitz in der Stadt Aquila in Unteritalien, in deren Nähe sie große Güter besaß, wie Penna, Lionessa, Civita ducale. Vom Podagra oft heftig gequält, lebte sie hier in stiller Zurückgezogenheit und Einsamkeit, die nur bisweilen durch den Besuch ihres Sohnes Alexander unterbrochen wurde.

So war fast ein Dezennium seit ihrer Abdankung vergangen, als sich ihr die Aussicht plötzlich eröffnete, auf die Bühne der Weltbegebenheiten zurückkehren zu dürfen. Das Gewaltregiment Albas hatte den Aufstand in den Niederlanden von neuem entfacht, und dieses Mal war der Widerstand so nachhaltig, daß selbst die Kraft eines Alba an ihm zu Schanden wurde. Auch sein Nachfolger Requesens hatte das Feuer nicht dämpfen können, und als nun gar des Don Juan d'Austria Versöhnungswerk scheiterte, indem es zum Bruche zwischen ihm und den Generalständen kam, da faßte Philipp einen Entschluß,

der deutlich erkennen läßt, in welcher Ratlosigkeit er sich damals befand. Er griff auf eine Kombination zurück, mit der er es bereits im Beginne seiner Regierung versucht, und die sich als unglücklich genug erwiesen hatte. Er dachte nämlich daran, Margaretha von Parma zusammen mit Granvella wiederum nach den Niederlanden zu entsenden. Beide sollten sich scheinbar aus eigener Initiative dorthin begeben und den Generalständen ihre Vermittlung bei ihm anbieten. Falls ihnen diese Mission gelänge, so sollte ihnen die Regierung des Landes wieder in der Weise anvertraut werden, wie das bereits im Jahre 1559 der Fall gewesen war. Es schien Philipps Gedächtnisse ganz entschwunden zu sein, daß eben schon damals das Zusammenwirken Margarethas und Granvellas nicht den gehofften Erfolg gehabt, sondern sich als undurchführbar herausgestellt hatte.

Im Auftrage Philipps machte der spanische Gesandte Don Juan de Zuñiga am 12. Oktober 1577 dem Kardinale Granvella Mitteilung von diesem Plane. Nach einer vierundzwanzigstündigen Bedenkzeit lehnte der kluge Prälat unter der Begründung, er könne sich kein Gelingen von diesem Vorhaben versprechen, die Anerbietungen des Königs ab. Er mochte sich erinnern, daß es Margaretha war, der er dereinst seine Entfernung aus den Niederlanden zu verdanken hatte, und er verspürte schwerlich Lust, noch einmal mit ihr zu thun zu haben. Anders Margaretha, die Zuñiga sofort in Aquila aufsuchte. Zwar machte auch sie zuerst Schwierigkeiten. Nachdem sie sich aber mit ihrem Sohne Alexander beraten hatte, eröffnete sie dem Gesandten, sie wolle den Antrag des Königs, den Frieden mit den Generalständen zu vermitteln, annehmen, und vertraue darauf, daß dieser zum Lohne für das Opfer, das sie ihm dadurch bringe, — ihrem Gemahle die Citadelle von Plazentia zurückerstatte. Sie erklärte, daß sie in Verzweiflung sterben würde, wenn sie das nicht mehr erleben sollte. Noch weiter ging ihr Ehrgeiz, und gar zu gerne hätte sie noch einmal das Hochgefühl der Macht genossen. Sie gab zu verstehen, daß sie es am liebsten sehen würde, wenn sie wiederum dauernd die

Regentschaft über die Niederlande oder eine andere Statthalterschaft in Italien erhielte, oder wenn sie gar an den Hof des Königs berufen würde, natürlich zu einer leitenden politischen Stellung. Als ihr Zuñiga erzählte, Granvella habe seine Mitwirkung versagt, konnte sie ihre Freude nur schlecht verhehlen, sondern begnügte sich mit einem kurzen, verdächtigen Bedauern, indem sie äußerte, der Kardinal sei beim Volke und dem größten Teile des Adels verhaßt.

Schon zeigte sie den vornehmsten Herren und Behörden in den Niederlanden ihre baldige Ankunft an, und schon hatte sie alle Vorbereitungen zur Reise getroffen, als sie sehr unsanft aus ihren ehrgeizigen Träumen geweckt wurde. Schwerlich mochte sich der König viel von ihrer Wirksamkeit ohne den Beistand Granvellas versprechen. Dazu kam die Ankunft des Erzherzogs Matthias in den Niederlanden, durch welche die Lage der Dinge so verändert wurde, daß es zweifelhaft erscheinen mußte, ob Margarethas Mediation überhaupt noch etwas nützen könne. Plötzlich erhielt die Herzogin von Philipp den Befehl, ihre Abreise zu verschieben, und nach langen Monaten ungeduldigen Harrens den endgültigen Bescheid, sie solle in Italien bleiben. Sie durfte die Summe von 20000 Dukaten, die ihr schon für die Kosten der Reise ausbezahlt worden waren, behalten, und wurde außerdem mit einem Schmerzensgelde in der gleichen Höhe bedacht. Dagegen wurde ihre erneute Bitte um Plazentia abgeschlagen, und wieder blieben alle weiteren Briefe, in denen sie Philipp ihr Leid ob dieser schlechten Behandlung klagte, ohne Antwort.

Man sollte denken, daß die Herzogin nunmehr alle Veranlassung gehabt hätte, sich mit solchen Beweisen der Liebe und des Vertrauens ihres königlichen Bruders zu begnügen. Aber Ehrsucht und Herrschereitelkeit waren in ihr so tief eingewurzelt, daß sie sich nicht scheute, sich von Philipp sogar gegen ihren eigenen Sohn in Wettbewerb bringen zu lassen. Nach dem Tode Don Juans hatte der bei ihm weilende Alexander Farnese vorderhand dessen Nachfolge übernommen, und seinen Bemühungen war

es geglückt, nachdem damals fast alle Länder von der spanischen Herrschaft abgefallen waren, Artois, Hennegau und Lille-Orchies-Douai wieder zur Unterwerfung zu bestimmen. Er hoffte, nach solchen Verdiensten die Statthalterschaft definitiv zu bekommen. Aber Philipp dachte anders. Wie gegen alle, die ihn geistig überragten, so auch gegen den thatkräftigen, als Staatsmann und Feldherr gleich bedeutenden Prinzen von Mißtrauen erfüllt, wollte er ihm nur die militärische Leitung gewähren; an die Spitze der Regierung jedoch sollte seine Mutter Margaretha treten. Und diese brachte das Unglaubliche über sich. Ohne sich vorher mit ihrem Gemahle oder mit ihrem Sohne zu verständigen, nahm sie die Ernennung an. Im Juni 1580 langte sie in den Niederlanden an, um zum zweiten Male das Generalstatthalteramt hier anzutreten.

Durchaus jedoch war Alexander mit dieser Zweiteilung der Gewalt nicht einverstanden. Er hielt sie, und zwar mit Recht, für verderblich. Sofort bot er nach der Ankunft Margarethas seine Entlassung als Generalkapitän an, und es blieb der Herzogin nichts anderes übrig, wenn sie nicht den Anschein erwecken sollte, als wolle sie ihren Sohn verdrängen, als gleichfalls um ihren Abschied zu bitten. Der König lehnte beide Gesuche ab und hieß Mutter und Sohn, in ihren Ämtern zu verbleiben. Während Margaretha sich seinem Befehle fügte, bestand Alexander auf seinem Rücktritte. Er war fest überzeugt, daß die Teilung der Machtvollkommenheit, die er früher allein besessen hatte, das Werk der Intriguen seiner Mutter sei. Daher beschuldigte er sie, seine Ehre geschädigt zu haben, und nannte sie die Ursache seines und seines Hauses Verderbens. Ging sie doch so weit, in ihren Briefen nach Spanien förmlich zu beteueren, daß sie am Ungehorsam ihres Sohnes keine Schuld trüge, und zu flehen, daß ihr aus Alexanders Verhalten beim Könige keine Ungnade erwachse. Sie, die ihre politische Unfähigkeit glänzend genug bewiesen hatte, vermaß sich, ihren Sohn dafür verantwortlich zu machen, daß er ihre Ratschläge nicht befolge!

Selbst ein Philipp konnte jedoch schließlich nicht schwanken, wenn ihm nur die Wahl zwischen dieser Mutter und diesem

Sohne blieb. Und vor allem, er konnte Alexander nicht entbehren. Am Ende des Jahres 1581 schickte er dem Prinzen das Patent nicht nur als Generalkapitän, sondern auch als Generalgouverneur der Niederlande. Auch jetzt konnte er sich noch nicht ganz von seinem Systeme der Halbheit und des Mißtrauens lossagen. Er ersuchte die Herzogin, sich noch nicht nach Italien zu entfernen, sondern noch zu bleiben, wie er sich ausdrückte, um die Vermittlung mit denen zu übernehmen, die seine Gnade anflehen und sich zur Rückkehr unter die Herrschaft der Krone geneigt zeigen würden. Eine derartige Rolle ohne amtliche Autorität behagte ihr freilich wenig. Auch konnte sie sich nicht verhehlen, daß sie durch einen längeren Aufenthalt im Lande jetzt nur noch zwecklos ihren Sohn reizen würde. Indem sie ihren schlechten Gesundheitszustand vorschützte, bestand sie nunmehr ihrerseits darauf, daß ihr der König die Heimkehr nach Italien gestatte. Achtzehn Monate mußte sie noch warten, ehe sie die Erlaubnis erhielt. Erst im Juli 1583 wurde ihr diese zu teil, und, von einer großen militärischen Eskorte geleitet, deren Kommando abermals wie vor 16 Jahren der in ihrer Gunst unwandelbar befestigte Graf Mansfeld führte, verließ sie am 14. September 1583 Namur, für immer von dem Lande ihrer Geburt Abschied nehmend.

Die zweite niederländische Statthalterschaft — eine in politischer Hinsicht weniger wichtige Episode — und der sich darüber entspinnende häßliche Konflikt zwischen Mutter und Sohn bildeten den Abschluß ihrer Laufbahn. Wieder zog sie sich nach Aquila zurück, und nur noch kurz war die Lebensfrist, die ihr hier vergönnt war. Den heißesten Wunsch ihrer Seele, der die vornehmste Triebfeder ihrer Handlungen gebildet hatte, sah sie im Jahre vor ihrem Tode erfüllt. Was ihre kläglichen Bitten und zweifelhaften Dienste nicht zu erreichen vermocht hatten, das erwirkte ihr Sohn Alexander. Dem unvergleichlichen Helden, der Flandern und Brabant der spanischen Krone rettete, konnte Philipp die Rückgabe Plazentias nicht versagen. In der Stadt Ortona, über die sie 1582 von Horazio von Lannoy die Herrschaft um 54000 Dukaten erworben hatte, starb sie

nach mehrtägigem Todeskampfe am 18. Januar 1586. Genau acht Monate später folgte ihr der ungeliebte Gemahl in das Grab. In der Benediktinerkirche zu Plazentia ruhen ihre sterblichen Überreste. —

Es gibt eine Reihe berühmter Frauen, die in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts eine hervorragende Rolle in der westeuropäischen Politik spielten und einen großen Einfluß auf die Entwicklung der Geschicke der Völker ausübten. Von ihnen allen hat wohl keine ein so gutes Angedenken in der Nachwelt bei Freund und Feind hinterlassen, als Margaretha von Parma. Der traditionellen Auffassung erscheint sie als eine mutige, standhafte Frau, die, ihrem Glauben und ihrem Könige mit unerschütterlicher Treue ergeben, in schwierigen Zeiten, wiewohl vom Herrscher so gut wie verlassen, mit männlicher Festigkeit ausharrte, die Rebellion schließlich bezwang, trotzdem jedoch menschliches Empfinden genug besaß, um sich nicht zum Werkzeuge der Tyrannei eines Alba machen zu lassen, und daher von der Bühne abtrat. Das waren so sympathische Züge, daß beide Parteien ihr Anerkennung und Achtung nicht versagen konnten. Daß freilich ihr Auftreten hie und da schlecht in diese Schablone hineinpassen wollte, konnte aufmerksamer Forschung nicht entgehen. Aber erst eine Betrachtung, die ihr Wirken in seinem ganzen Zusammenhange zu würdigen unternimmt, vermag ihr Bild von den Spuren legendarischer und panegyrischer Verzeichnung und Übermalung zu säubern und die wahren Konturen und Farben wieder aufzudecken. Ihre politischen Fähigkeiten waren unbedeutend. Familieninteressen, persönliche Beziehungen, Sympathien und Antipathien waren die Triebfedern ihrer Handlungen; dazu kamen Eitelkeit, Selbstüberhebung und Ehrsucht. Die männliche Selbständigkeit und Festigkeit, die ihr nachgerühmt wurden, sind nichts als Erdichtung. Sie war lediglich der Spielball ihrer jeweiligen Berater und Günstlinge. Vergebens sucht man in ihrem Wesen nach einem Zuge der Größe. Kleinliche Motive waren es, von denen sie beherrscht wurde. Je nach den Personen, unter deren Leitung

sie stand, war sie ein gefügiges Werkzeug des Systems Philipps oder das Sprachrohr der Wünsche der Opposition, und immer war es die Rücksicht auf den privaten oder dynastischen Vorteil und persönliche Einflüsse, von denen die Wendungen in ihrer Politik bestimmt wurden. Konnte ein solches Treiben anders als mit einem jämmerlichen Fiasko endigen?

Die Wahrheit war eben, daß sie den ungeheuren Schwierigkeiten der politischen Lage, in die sie sich durch ihre Erhebung zur Statthalterschaft der Niederlande plötzlich versetzt sah, nicht im entferntesten gewachsen war. Ihre Ernennung war ein Mißgriff seitens der Krone. Philipp dachte bei seiner Abreise nach Spanien die Regierung der Niederlande Granvella zu, und da er sie ihm nicht formell übertragen konnte, so brauchte er eine Strohpuppe, in deren Namen der Kardinal herrschen sollte. Dafür schien ihm Margaretha geeignet, und so fiel seine Wahl auf sie, zumal da er in der Citadelle von Plazentia und der Abhängigkeit ihrer Dynastie von seinem Wohlwollen ein Unterpfand für ihre Fügsamkeit in den Händen zu haben glaubte. Aber seine Berechnung trog. Als sich Margaretha in ihren Hoffnungen getäuscht sah, maß sie Granvella die Schuld daran bei und betrieb seinen Sturz. Dann war es allerdings von Philipps Seite ein neuer Fehler, daß er nicht nur Granvella fallen, sondern auch Margaretha, wenngleich er ihre Unfähigkeit kannte und ihr längst nicht mehr traute, noch Jahrelang ungehindert gewähren ließ und ihr Zusammengehen mit der Opposition schweigend duldete. Denn dadurch wurde der Ausbruch der Unruhen ohne Zweifel vorbereitet und ermöglicht.

Freilich waren diese Momente nur Glieder in der großen Kette der argen Fehlgriffe, welche die Regierung Philipps in den Niederlanden bezeichnen. Man kann die Frage aufwerfen, ob sein System hier überhaupt durchführbar war, ob die Macht, die ihm zu Gebote stand, war es auch die zweier Weltteile, dafür ausreichte. Aber wenn man selbst einmal davon absehen würde, die Wirksamkeit eines Staatsmannes nach den Zwecken zu beurteilen, die er sich setzte,

sondern lediglich die Mittel, mit denen er arbeitete, zum Maßstabe der Schätzung wählen wollte, so würde der Regierung Philipps der Vorwurf nicht erspart bleiben dürfen, daß er nicht genug that, um die Katastrophe zu verhüten. Und Margaretha von Parma hat in ihrer Statthalterschaft redlich das Ihre dazu beigetragen, daß sich diese Entwicklung vollziehen konnte.

Berichtigungen.

S.	1	Z.	14 v. o.	lies Ackerbauer statt Landbauern.
„	10	„	21 v. o.	„ oberster Hirte statt obersten Hirten.
„	13	„	11 v. o.	„ Cosimo statt Kosmus.
„	14	„	6 v. o.	„ farnesisch statt farnesianisch.
„	26	„	12 v. o.	„ schwerlich statt schwer.
„	48	„	1 v. o.	„ entfalten statt enthalten.
„	48	„	22 v. o.	„ Organisation statt Organiseation.
„	79	„	20 v. o.	ergänze vor „müssen": „zu".
„	79	„	26 v. o.	lies den Soldaten statt ihnen.
„	87	„	16/17 v. o.	lies vertrautestem Sekretär statt vertrautesten Sekretärs.
„	92	„	20 v. o.	setze ein Komma vor „und".
„	93	„	2 v. u.	tilge „das".
„	97	„	11 v. u.	ergänze vor „genügen": „zu".
„	98	„	12 v. o.	tilge „zu".
„	99	„	13 v. o.	lies auf statt auch.
„	105	„	9 v. u.	ergänze hinter „ein": „von".
„	106	„	20 v. o.	lies Granvella statt Granvellas.
„	108	„	3 v. u.	lies ihm statt ihn.
„	113	„	12 v. o.	ergänze hinter „oder": „ihm".
„	132	„	21 v. o.	muß es heißen (statt „die . . . . anzuziehen"): „die Steuern wiederum zu verweigern".
„	134	„	5—2 v. u.	muß es heißen (statt „Sollte sie . . . entgegengesetzt war"): „Sollte sie sich aber den Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage nur deshalb noch weiter aussetzen, um den Mann zu halten, dessen Bleiben ihren eigenen Wünschen durchaus widersprach?"
„	140	„	6 v. u.	ergänze hinter „schon": „um".
„	141	„	10 v. u.	lies schwerer statt empfindlicher.
„	142	„	10 v. u.	lies die statt der.

N.L.E.